DAS GEHEIMNIS UM DIE URSACHEN DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Band 2 in der Reihe
„Zeitgeschichtliche Dokumentation"

Das Geheimnis um die Ursachen des zweiten Weltkrieges

Sieben französische Historiker und Schriftsteller legten vor wenigen Monaten in Paris dieses Werk als das Ergebnis ihrer Suche nach und der Überprüfung von Dokumneten und Angaben verantwortlicher Politiker der Vorkriegszeit vor. Sie verfaßten das Buch nicht in der Absicht, dem deutschen Volke einen Dienst zu erweisen. Diese Absicht konnte nicht bestehen, hatten sie ihre Arbeit doch allein für ihre französischen Leser verfaßt und konnten nicht einmal erahnen, daß sich ein deutscher Verlag das Recht zum Nachdruck erbitten würde.

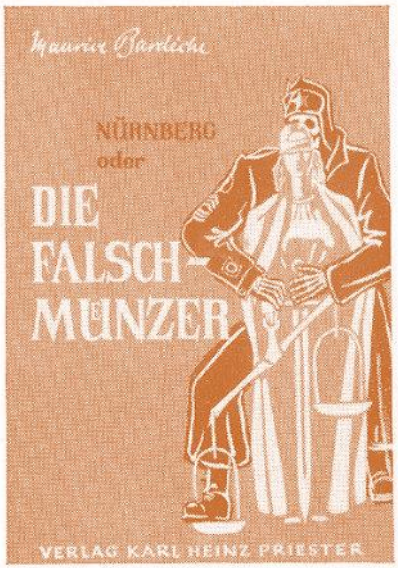
Während die Behauptung von der *Alleinschuld Deutschlands am 2. Weltkriege* längst zum Bestandteil einer offiziellen Geschichtsschreibung, ja sogar des Geschichtsunterrichtes gemacht wurde, setzte in vielen Ländern eine immer lebendiger werdende Diskussion um die Klärung der Ursachen dieses gewaltigen Weltbrandes ein. Das ist mehr als verständlich, sind doch seine Folgen insbesondere für die Völker Europas, daß sie mehr oder weniger ihre Freiheit einbüßten!

Dem deutschen Volke ist es erst bedingt möglich, an der Aussprache teilzunehmen, sind ihm doch die eigenen Dokumente und Archive 1945 entzogen worden. Es muß sich darum mit den aus dem Ausland erreichbar werdenden Forschungsergebnissen befassen, um der Wahrheit und Klarheit näher zu gelangen.

Durch die Herausgabe des Werkes *„Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges"* in deutscher Sprache, will der Verlag seinen Freunden die Möglichkeit vermitteln, die darin enthaltenen Angaben und Feststellungen wie auch die für diese angeführten Dokumente kennen lernen und überprüfen zu können. Da — wie sich schon aus der Tatsache ergibt, daß das Werk zunächst nur für Leser in Frankreich verfaßt wurde — den Verfassern in keiner Weise subjektives Interesse zugesprochen werden kann, dem deutschen Volke eine Schulderklärung aufzuzwingen oder gegen eine solche aufzutreten, wurde ihr Werk in die Reihe „Zeitgeschichtliche Dokumentation" aufgenommen. Dem Leser bleibt es vorbehalten, seine eigene Stellungnahme zu beziehen.

Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß mit diesem Werk auf die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges von seinen Verfassern eine Antwort gegeben wird — die nicht überhört werden kann!

Band 1 in der Reihe
„Zeitgeschichtliche Dokumentation"



212 Seiten, Leinen DM 11,20;
karton. DM 8,70

VERLAG KARL HEINZ PRIESTER
Verlag für politische und zeitgeschichtliche Dokumentation

DAS GEHEIMNIS UM DIE URSACHEN DES ZWEITEN WELTKRIEGES

EINE SAMMLUNG VON STUDIEN

VERFASSER:

René d'Argile
J. Ploncard d'Assac
Jacques Béarn
Henry Coston
Pierre-Antoine Cousteau
Henry Lebre
Michel de Mauny

VERLAG KARL HEINZ PRIESTER
– Wiesbaden –

Deutsche autorisierte Übersetzung des französischen Originals
«Les Originals Secrètes de la Guerre 1939-1945»

1 9 5 8
Copyright by Verlag «Lectures Françaises», Paris
Alle Rechte für das deutsche Sprachgebiet
bei Verlag Karl Heinz Priester, Wiesbaden
Druck: Hessische Druckerei GmbH, Darmstadt
Bindearbeiten Erwin Schwenk, Lossburg/Württ.
Umschlagszeichnung: Karl Heinz Schneider, Hagnau/Bodensee

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Seht ihr ein Volk mit Ketten belastet
und dem Henker preisgegeben,
sprecht nicht gleich:
Dieses Volk ist ein gewalttätiges Volk,
das den Frieden der Welt stören wollte.
Denn vielleicht ist es ein Märtyrervolk,
das für das Heil des Menschengeschlechtes stirbt.

Félicité Robert de Lamennais, 1782-1854
französischer Schriftsteller und Priester

Man kann ein ganzes Volk eine Zeitlang betrügen und einen Teil des Volkes die ganze Zeit. Aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit betrügen.

Abraham Lincoln, 1809-1865

Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

INHALT

Ein Labyrinth ohne den Faden der Ariadne 11

München und die Kriegsursachen 17

Legende und Wirklichkeit (18) – Englands Schwenkung (38) – Die Frage wird gestellt (50) – Die englische Kriegshetze gewinnt an Boden (55) – Der Plan der Kriegshetzer und die Kniffe der Sowjets (60) – Bilanz der Verantwortungen (74) – Die Antwort der Tatsachen (86).

Die Karten auf den Tisch 93

Prager Geheimfonds unterhielten die Kriegshetzerkampagne 10S

Die Kommunisten und die Kriegshetze 115

Die Rolle der Freimaurerei bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges 125

Der italienisch-äthiopische Konflikt (134) – Der spanische Bürgerkrieg (140) – Die Freimaurerei im Hintergrund bei der tschechoslowakischen Frage (147) – Der Gnadenstoss des B. Roosevelt (157).

Die Affäre Herschel Feibel Grynszpan – oder: Die entscheidende Wendung zum Kriege 167

Das Attentat am 7. November 1938 (168) – Ursachen und Folgen des Mordes (175) – Das verhängnisvolle Abgleiten in den Krieg (209).

Die Finanzmänner und Kriegshetzer 211

VORBEMERKUNG DES VERLAGES

In unserer Gegenwart erscheint es uns als ein nicht gerade mit offizieller Förderung rechnen könnendes Unterfangen, eine Untersuchung der Ursachen zu veröffentlichen, die zum Zweiten Weltkriege führten. Der Verlag meint aber, deshalb nicht auf die Aufgabe verzichten zu dürfen, die er sich mit der Herausgabe seiner Reihe «Zeitgeschichtliche Dokumentation» gestellt hat:

> Ohne jede, meist aus persönlichen und politischen Vorurteilen oder Zweckmässigkeiten geübte ‚Vorzensur' auch die Stimmen zu Gehör zu bringen, die – ausserhalb des durch ‚die Mächtigen unserer Zeit' bestimmten Rahmens – um eine historisch-objektive Untersuchung des Ablaufes und der Hintergründe bedeutender Geschehnisse bemüht sind.

Die Auffassung eines Winston Churchills *«Wenn die Gegenwart über die Vergangenheit zu Gericht zu sitzen versucht, wird sie die Zukunft verlieren»* («Der Zweite Weltkrieg, Band II, Seite 24) können wir nicht teilen. Ihr zu folgen, heisst doch nichts anderes, als auf Lehren zu verzichten, die uns eine objektive Geschichtsschreibung erteilen kann und die angenommen werden müssen, soll nicht im Leben und Zusammenleben der Völker ein Unglück dem anderen folgen.

Unsere Feststellung, dass wir ohne jede ‚Vorzensur' die Veröffentlichung der autorisierten Übersetzung von «Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges» vornehmen, bedurfte einer Hervorhebung. Das Buch enthält die Ergebnisse gewissenhafter Forschungen von sieben französischen Historikern und Schriftstellern. Sie konnten dieselben veröffentlichen und Dokumente sowie Quellen anführen, ohne mit Missverständnissen bei solchen Lesern rechnen zu müssen, die nur jene Thesen zu durchdenken bereit sind, welche ihren eigenen Ansichten oder Interessen entsprechen. Es kann sein, dass die Wiedergabe dieser Dokumente in Deutschland einen harten Meinungsstreit entfachen.

Wer aber an die Ergründung und Bewertung der Ursachen herantritt, welche die Menschheit in das Unglück des Zweiten Weltkrieges zu stürzen vermochten, kann nicht darauf verzichten, auch die Dokumente und Geschehnisse anzuführen, die der eine oder andere Teil der für sie Verantwortlichen nicht gerade gern erwähnt sieht.

Die Verfasser haben ihre Beiträge zu diesem Buche in bewundernswerter Achtung vor der Souveränität geleistet, die ihre Arbeitsgemeinschaft jedem Mitarbeiter zuerkannte. Hierdurch mag zwar zunächst der Eindruck einer wiederholten Behandlung gleicher Themen und Ereignisse erstehen. Der Leser wird aber die Durcharbeitung (wir wenden diesen Ausdruck absichtlich an, eine Lektüre allein reicht nicht aus, das Werk bewerten zu können) abschliessen mit der Feststellung, dass ihm gleichsam ein weltweit gespanntes Netz skizziert worden ist mit zahlreichen Knotenpunkten, die in den Betrachtungen zum gleichen Thema sonst kaum eine so gründliche Darstellung fanden. – Es ist hier nicht die Aufgabe und auch nicht der Raum, die Beweggründe dafür zu untersuchen; aber es könnte so kommen, dass die zu erwartende Diskussion dazu den Anlass gibt! –

Einzelne der von den französischen Autoren in diesem ‚Netz' nachgewiesenen Knotenpunkte mit Rücksicht auf die Gefahr einer Fehldeutung der für die Veröffentlichung einer deutschen Übersetzung massgeblichen Motive auszulassen, würde nach der Meinung des Verlages bedeuten, die Lehren aus dem Unheil von gestern nicht der Abwehr drohender Katastrophen von morgen dienstbar zu machen.

*
* *

Dem Verlag *«Lectures Françaises»* in Paris sei an dieser Stelle für seine freundliche Zustimmung zur Veröffentlichung einer deutschen Ausgabe herzlich gedankt. Dieser Dank gilt auch dem Übersetzer, dessen Können uns eine wesentliche Hilfe wurde.

DER VERLAG

VORWORT

Seit zwölf – oder dreizehn – Jahren ist man um den Nachweis bemüht, dass «Faschisten» für den zweiten Weltkrieg verantwortlich seien.

In Nürnberg wurden Leute aufgehängt, die ein von den Siegern gebildetes Gericht schuldig befunden hatte, den Konflikt, der das Abendland erschütterte, gewollt, vorbereitet und ausgelöst zu haben.

Wir haben uns die Frage vorgelegt, ob ausser den Verurteilten nicht auch noch andere Täter vorhanden wären, von denen der Hohe Internationale Gerichtshof entweder nichts wusste, oder von denen er glaubte, er brauche sie nicht vor sich erscheinen zu lassen. Wir haben uns gefragt, ob alle Kriegsverbrecher – und darunter verstehen wir alle, die den Krieg herausforderten und nicht nur diejenigen, welche ihn führten – wohl auch zur Rechenschaft gezogen worden waren.

Aus solchen Erwägungen sahen wir uns veranlasst, diese Schrift zusammenzustellen, die wir nun der Öffentlichkeit vorlegen.

Freilich ist sie nur ein Glockenschlag; aber er schien uns wert zu sein, gehört zu werden. Man kann sich eine Meinung erst dann bilden, wenn man auch das weiss, was die «die Anderen» getan haben. Wer möchte heute noch ernstlich behaupten, alles Unrecht
sei immer nur von der einen Seite ausgegangen?

Die von uns hier vorgelegten Dokumente sind nicht alle unbekannt. Viele sind Auszüge aus Erinnerungen, Rückblicken, aus verschiedenen, seit dem Kriege veröffentlichten Werken. Wer aber kennt sie ausser einigen Eingeweihten? Und welche Zeitungen haben sie kommentiert?

Andere stammen aus persönlichen Archiven, die uns liebenswürdigerweise zur Verfügung gestellt wurden. Ihre Besitzer hatten häufig Unannehmlichkeiten, um sie während der Umwälzungen in den Jahren 1940 -1945 zu erhalten.

Wenn es sich hier also nicht immer um vertrauliche oder geheime Dokumente handelt, so sind sie doch nicht von der Art

mehr oder weniger schwindelhafter Urkunden, wie sie vor, während des Krieges und auch noch hinterher von den Polemikern beider Lager wiederholt gebraucht wurden.

Als Werk guten Glaubens stützen sich diese Akten auf unwiderlegbare Dokumente, auf Dokumente, die für viele eine Offenbarung sein werden.

Vielleicht wird man uns sagen, wir hätten sie ausgesucht. Das bestreiten wir nicht. Wir haben tatsächlich solche Dokumente gewählt, die gewisse der Ankläger von gestern und heute als *«Mitverantwortliche»,* wenn nicht gar als Mittäter kennzeichnen.

Aber welcher Historiker wählt nicht unter den sich häufig widersprechenden Urkunden und Aussagen aus, die sich auf seinem Schreibtische häufen? Es kommt alles darauf an, dass diese Auswahl der Unterrichtung dient, dass sie dem Leser ermöglicht, sich eine Meinung zu bilden, und dass sie ihn im vorliegenden Falle anregt, zu erraten, was an der Darstellung der tragischen Ereignisse, die unseren Planeten mit Blut besudelten und für Jahrhunderte vielleicht umgestürzt haben, Wahres oder Falsches ist.

L. F.

Ein Labyrinth ohne den Faden der Ariadne

In gewissen Zeitabständen revidiert die Geschichte stets die Urteile, welche die Menschen über Geschehnisse gefällt haben, lie sie miterlebten. Sicher aber wird dies niemals notwendiger als heute, und zwar ganz einfach deshalb, weil die Propaganda genauso zur Kriegswaffe geworden ist wie eine Kanone oder ein Gewehr.

Lügen, Tatsachen verdrehen, erfinden, unterstellen, verleumden, diffamieren, Lästiges verschweigen, das Dienliche aber geräuschvoll herausstellen, ist im modernen Krieg ebenso notwendig geworden wie die Armeen. Mehr noch, ohne diese Propaganda, die ausschliesslich auf ein einziges Ziel abgestellt und Ausgeburt eines bestimmten Geisteszustandes ist, würden die Armeen gar nicht marschieren und die Menschen nicht kämpfen.

Denn die Männer wollen wissen, wofür sie kämpfen, wofür sie ihr Leben einsetzen. Die Soldaten der Demokratien sind Mitläufer. Zu einem Kreuzzuge sind sie zu bewegen.

Der Berufssoldat von einst, der Soldat des Königs, der Freiwillige, der aus dem Waffenhandwerk einen Dienst nicht ohne Adel machte, aber kein anderes Streben als nach Ruhm und tapferem Kampfe kannte, um seinen Mut zu beweisen, stellte keine Ermittlungen an, wofür er kämpfte. Der Fürst befahl, kleidete ihn ein und bezahlte ihn. Der Soldat gehorchte, legte Wert auf seine Haltung im Gefecht und starb mit dem Rufe: «Es lebe der König!»

Hatte er demnach nicht das Gefühl, dem Vaterlande zu dienen? Er diente dem König, und das war dasselbe. Aber er dachte gar nicht daran, den Gründen nachzugehen, die der König für seine Kriegführung wohl haben mochte. Er brauchte diesen «Anreiz» nicht für seinen Kampf. Daher spielten sich die Kriege ohne Hass ab. Am Abend nach der Schlacht schlief man auf der Erde neben den Fahnen, die man dem Feinde abgenommen hatte. Dann schlossen die Fürsten Frieden, und die Truppen, die gegenein-

ander gekämpft hatten, kamen mitunter in neuen Koalitionen als Verbündete zusammen.

*
* *

Dies alles war durch die französische Revolution von 1789 anders geworden. Um die Massenerhebung herbeizuführen und die Nation zu bewaffnen, musste man ihr die Überzeugung eintrichtern, dass ihr Gefahr drohe; diese Gefahr konnte nur von bösen Menschen kommen, die entschlossen waren, die neuen Institutionen zu zerstören. Also musste man sie hassen.

So wurde der Hass zur ersten Triebfeder der demokratischen Armeen. Die Fürsten mochten noch aus Interesse gekämpft haben, die Nationen konnten dies nur aus Hass. So wenigstens sagten ihnen die Führer, denn diese, als Erben der Staatsraison, glaubten nicht immer an die Lüge, die sie ihnen beibrachten. Und man erlebte, dass die Interessen nun die Völker antrieben und ihren Hass schürten. Anatole France – der hieraus zwar falsche Schlüsse zog – hatte dennoch richtig gesehen, wenn er schrieb: *«Man glaubt für das Vaterland zu sterben und stirbt für Industrielle.»*

Je mehr aber die uneingestandenen Interessen das festgelegte Gleichgewicht zu ändern suchten, umso mehr mussten sie sich tarnen. Je unsauberer die Sache war, umso sauberer, wie weisses Leinen, musste der Fürsprecher sein.

So glitt man in ein politisches Manichäertum, das ohne Weiteres auch das innere Leben des Volkes verseuchte.

Die Ursachen für eine Opposition sind in jeder Gesellschaft zahlreich, und die Geschichte ist ihrer Konflikte voll; aber niemals hat sich ein System auf ihrem Vorhandensein aufgebaut. Die Monarchie wollte stets über den Parteien stehen und wenn es mitunter den Anschein hatte, als identifiziere sie sich mit der einen oder anderen, so lagen dafür missliche Umstände vor, aber niemals geschah es absichtlich. Die Demokratie musste sich auf der steten Erkenntnis dieser Gegenströmungen aufbauen, hier ihren Grund finden und die Macht demjenigen übertragen, der am stärksten war, weil er der zahlenmässig Grösste war. Und diese Macht erhielt er nicht, um sie unparteiisch auszuüben, sondern als *Partei.*

Hieraus musste viel Übles entstehen, das schwerste aber war gewiss jene Notwendigkeit, alle Mittel einschliesslich der Lüge anzuwenden, um die Mehrheit zu gewinnen.

Fast zwangsläufig sollte die Lüge sogar das beste Mittel zur Erringung der Mehrheit werden. Da die Menschen nicht die Nei-

gung haben, Böses systematisch zu tun, kommen in einer normalen Gesellschaft keine Leidenschaften auf, die Unwillen erregen oder rachsüchtigem Hass nach sich ziehen müssten.

Um die an der Macht befindliche Partei zu erschüttern, um ihre Stelle einzunehmen, muss man also ihre Führer als Übeltäter hinstellen. So wurde im Laufe der letzten hundertfünfzig Jahre bestimmten Worten ein herabsetzender Sinn verliehen, ohne dass dafür ein anderer Grund vorhanden war als eine geschickt geleitete Propaganda. Und weil die guten und ehrlichen Menschen instiktiv die Lüge ablehnen, konnten sie sich über die Verleumdung nur entrüsten. Ihrerseits verleumdeten sie nicht. Sie machten manchmal Front, nannten sich Reaktionäre, Klerikale, Nationalisten, Faschisten, dann gaben sie langsam dem Druck einer irregeführten Meinung nach. Nun wollten sie nur noch Unabhängige, Liberale, Nationale, Europäer sein.

So vernichtete die Lüge die Wahrheit, und die Wahrheit besass keine Waffen, um die Lüge zu bekämpfen.

*
* *

Alles bisher Gesagte hat nur den Zweck, in gedrängter Form die verhängnisvolle Kunstfertigkeit darzulegen, die den psychologischen Krieg als Bedingung für den Erfolg des Krieges in Gang bringen sollte: nämlich Lüge und Hass.

Und da umgekehrt hierauf ein entsprechender Hassausbruch erfolgte, kam es, dass diese Leidenschaften sich gegenseitig schürten und auf einem unvermeidlichen Wege zu den «Höllenkriegen» führten, von denen Alphonse Séché gesprochen hatte.

Ich will auf diesen wenigen Seiten nichts über die Ereignisse des letzten Krieges darlegen. Ich beabsichtige auch nicht, ein Urteil über die hier veröffentlichten Aussagen abzugeben. Meine Absicht ist eine andere, allgemeinere und wendet sich an alle – denn wir alle sind Opfer jener höllischen Einrichtung, mit der uns die Demokratie bedacht hat.

Frankreich muss sich von seinen Trugbildern lösen. Ein Land ist nur dann frei, wenn es seine Geschichte sauber geschrieben hat.

Michel Vivier sagte ([1]), dass Xavier Vallat in seinen «Memoiren eines Mannes der Rechten» ([2]) *«die grösste Unabhängigkeit wahrt und uns die Dinge in einer Darstellung vorträgt, die oft von der-*

---

1) La Nation Française vom 24. 4. 57.

2) Xavier Vallat: Le Nez de Cléopâtre. Mémoire d'un homme de droite. Paris 1957.

jenigen abweicht, die uns von der reaktionären Orthodoxie aufgetischt wird».

So spricht der Historiker. Berichtet er über Ereignisse, in die er verwickelt wurde, so muss er einen gewissen Mut aufbieten, um sich von der «Orthodoxie», in der er gelebt hat, loszulösen. Handelt es sich aber um Ereignisse, die sich auf Kriege, Kämpfe der Völker untereinander oder ideologische Konflikte beziehen, dann wird die Aufgabe des Historikers noch schwieriger. Aber es ist eine Aufgabe, die gelöst werden muss. Geschieht dies nicht, was folgt dann?

Da die Lügen für Wahrheiten gehalten werden, machen sich die ehrlichen Menschen von der Wirklichkeit eine falsche Vorstellung. Aus dieser politischen «Farbenblindheit» entsteht eine künstlich herbeigeführte politische Lage; es verabscheuen und befehden sich Menschen, die in Wirklichkeit hierzu keinerlei Veranlassung haben; Völker betrachten sich als Feinde, obwohl alles sie zu einander führt – und wäre es auch nur das bei ihnen vorhandene Bedürfnis, die Folgen von Fehlern auszumerzen, die sie infolge ihrer unrichtigen Anschauungsweise der Dinge begingen.

*
* *

Der Historiker ist einem Manne vergleichbar, der einen Berg besteigt, dem man aber die Landschaft verlogen beschrieben hat. Bei jedem Schritte, den er tut – weil er anstatt sich das ihm Gesagte vorzustellen, beim Weiterschreiten einfach alles so in sich aufnimmt, wie es sich vor seinen Augen ausbreitet – sieht er die Bäume, Häuser und Flüsse an ihrer richtigen Stelle und in ihrer wirklichen Farbe.

Ich kenne keinen grösseren geistigen Genuss als die *geschichtliche Wahrheit* in dieser Form zu entdecken. Dabei kann es vorkommen, dass ich etwas, das ich für wahr gehalten hatte, verdunkelt sehe, aber darüber bin ich nicht betrübt, denn wahre Betrübnis ist, etwas nicht oder nur ungenau zu wissen.

Manchmal ist man über den immer grösseren Erfolg erstaunt, der Geschichtsbüchern beschieden ist. Mich setzt das nicht in Erstaunen. Es ist nach grossen Zeitabschnitten der kollektiven Lüge, in denen jeder ganz von selbst begriffen hat, dass man ihn – zumindest teilweise – täuschen musste, eine notwendige und unvermeidliche Reaktion.

Noch lebendiger ist dieses Gefühl bei den Jungen, denen keine persönliche Erinnerung das Verständnis für eine Zeit vermitteln kann, deren Ereignisse ihr Schicksal fortlaufend schwer belasten

Vor kurzem begann eine Wochenzeitung ([3]) mit einer Umfrage bei ihren Lesern, um die «Meinung zu sondieren». Bemerkenswerterweise waren es gerade die Jungen, die verlangten, dass ein bedeutender Raum in der Zeitung dem Rückblick auf geschichtliche Ereignisse, *«die wenig bekannt oder absichtlich entstellt sind»,* vorbehalten bleiben sollte.

Es besteht also wohl eine Angst vor der geschichtlichen Wahrheit. Dies ist bei den Wissbegierigen natürlich verständlich, weil die Masse sich damit bescheidet, von den Heldensagen der Zeit zu zehren. Dies war schon immer so.

> *«Ich vermute»,* sagte Pierre Gaxotte ([4]), *«dass für manche Leute das Jahr 1572 nicht das der Bartholomäusnacht war, sondern das Jahr, in welchem Tante Ursula vom Birnbaum fiel, oder der kleine Ludwig die Masern hatte, oder der Grossvater sich ins Bett legte, um nicht mehr aufzustehen.*

Man stelle sich vor, dass es noch Menschen gab, die nur vom Regen oder vom schönen Wetter redeten, während Frankreich seine Seele veränderte.»[4]

Ganz bestimmt . . . und diese Geschichtsdarstellung darf nicht verniedlicht werden. Sie ist die Geschichte der Bescheidenen, der Zerstreuten, der Naiven, kurz, die Geschichte vieler. Aber wenn jene Geschichte nicht vernachlässigt werden darf, so will es das Unglück, dass sie vom blitzartigen Aufleuchten einer anderen Geschichte durchdrungen wird: nämlich der Geschichte der Kanzleien und Generalstäbe.

Vielleicht wäre sie anders verlaufen, wenn die Zerstreuten und Naiven weniger zerstreut und naiv gewesen wären.

*
* *

Beherzigen Sie, dass es nicht immer leicht ist, im Labyrinth der Ereignisse den Ariadnefaden zu finden. Präsident Salazar sagte mir einmal im Vertrauen:

> *«Es ist leichter, sich ein Urteil zu bilden als korrekt unterrichtet zu werden»*

Wie viele unserer Zeitgenossen mögen über gefälschte Gegebenheiten vernünftig urteilen! Hiernach darf man nicht erstaunt sein, dass auch die Lösungen falsch sind.

---

3) Rivarol vom 14.3.1957.

4) Le Figaro vom 23.3.1957.

Der ehrliche Mensch wird also völlig über alles hinweggehen müssen, was er weiss oder zu wissen glaubt, wenn er das schwierige Problem der geschichtlichen Wahrheit anfasst. Er wird sehr bescheiden in seinen Urteilen und, wie man so sagt, in seiner Überzeugung fest sein müssen; man verlangt von ihm genügend geistige Aufnahmebereitschaft, um sie angesichts der Tatsachen zu berichtigen.

Ist es bekannt, dass Taine aus Wahlbedenken zum Geschichtsschreiber wurde? (5).

> *«Wenn ich es eines Tages unternehmen sollte»,* sagt er, *«nach einer politischen Meinung zu suchen, so verspreche ich mir, wenigstens für mich, dies erst zu tun, nachdem ich Frankreich erforscht habe»*

Seine Forschung führte ihn zur unerbittlichen Revision der Mythen von 1789. Aus ihr ging später der Nationalismus von Barrés hervor – man lese das bewundernswerte Kapitel über «Der Baum des Herrn Taine» in den «Déracinés» (Die Entwurzelten) – ferner die ordnende Erfahrungsmethode von Maurras, der Traditionalismus von Bourget. Alles Schulen, deren Grundlage in einer leidenschaftlichen Erforschung der geschichtlichen Wahrheit besteht.

Die Bedingungen für eine genaue Betrachtung Frankreichs haben sich nicht geändert. Nur ist das Propaganda- und Lügengestrüpp etwas dichter geworden.

Es wird nötig, es abzubrennen.

5) «Les Libertés Françaises», April 1957.

Jacques Ploncard d'Assac.

MÜNCHEN

UND DIE KRIEGSURSACHEN

I

Legende und Wirklichkeit

Anscheinend hat man noch immer nicht aufgehört, über München zu streiten und zu polemisieren. Oft masst die Presse sich an, den Namen dieser Stadt in geringschätzigem Sinne zu nennen, und zwar wegen der Konferenz, die am 29. September 1938 in der Hauptstadt Bayerns die Leiter der deutschen, englischen, französischen und italienischen Regierung vereinte, um die Frage der Tschechoslowakei zu regeln. Anlässlich des Todes des einstigen englischen Ministers Duff Cooper wurde in Nachrufen erwähnt, dass er am Tage nach München zum Zeichen seines Protestes zurückgetreten sei; dabei wird das politische Urteil sowie der Patriotismus, den er bei dieser Gelegenheit an den Tag gelegt hätte, gelobt. Als Mendès-France 1954 Tonkin und einen Teil Annams den Kommunisten auslieferte, sagten manche seiner Gegner, es handele sich um ein «asiatisches München». Schliesslich wurde der Name München auch bei den dramatischen Umwälzungen, zu denen die Dinge im Mittleren Osten Anlass gaben, gebraucht und missbraucht, weil er angeblich mit Feigheit, diplomatischer Niederlage und Mangel an politischem Denken gleichbedeutend sei.

Es lohnt sich, zu prüfen, ob solche Vergleiche gerechtfertigt sind und ob München tatsächlich einen so entehrenden Charakter verdient. Bevor wir jedoch zur Erörterung im Einzelnen übergehen, ist die Bemerkung nicht unangebracht, dass jene Leute, die die hartnäckigsten Gegner von München waren, die gleichen sind, die mit ihrer Bewunderung für Anthony Eden nicht feilschten, als dieser 1935 nach der Rückkehr von einer Reise nach Moskau erklärte, dass *«Sowjetrussland den Eindruck eines sehr schwachen Organismus mache, der zu Hause viel zu tun hätte, um Ordnung zu schaffen, und dass auf mindestens fünfzig Jahre kein Angriff von seiner Seite zu befürchten sei».* Es sind dieselben, die in den Jahren 1941-1945 im Gefolge Roosevelts behaupteten, der Sozialismus sei zur Vernunft gekommen, und das

Russland Stalins erfreue sich eines Regimes, dessen Grundlage Freiheit und religiöse Toleranz sei. Die späteren Ereignisse haben nicht gerade die Richtigkeit dieser Behauptungen bestätigt. Es ist daher angebracht, sich zu vergewissern, ob die These der Verächter Münchens auf exakten Begebenheiten beruht. Wir haben uns daher vorgenommen, alle Punkte, die Gegenstand lebhafter Kontroversen geworden sind, einer genauen Überprüfung zu unterziehen, nämlich die Lage in der Tschechoslowakei, die Haltung der Nachbarn dieses Landes, die Verpflichtung Frankreichs und Englands, die Einstellung Deutschlands und die Politik Sowjetrusslands. Seit mehr als achtzehn Jahren haben sich viele Archive geöffnet, zahlreiche Urkunden sind veröffentlicht worden, so dass die Geschichte zu ihrer Urteilsfindung über Grundlagen verfügt, die die Polemik geflissentlich übersah.

Herkunft und Schwäche der Tschechoslowakei

Was war eigentlich die Tschechoslowakei, über deren Schicksal im August und September 1938 entschieden wurde? Ein Land wie die anderen, dessen Geschichte seine alte Herkunft und seine Legitimität garantierten? Keineswegs, denn die Tschechoslowakei ist eine Erfindung aus dem Jahre 1919. Als künstliche und willkürliche Schöpfung ist, wie wir noch sehen werden, dieses Land in allen Stücken von Masaryk und Benesch zusammengezimmert worden. Vor den Jahren 1915-1916, in welchen Masaryk und Benesch ihre Propaganda in Europa und Amerika begannen, war mit Recht nie die Rede von einer Tschechoslowakei, weil es sie eben in der Vergangenheit niemals gegeben hatte. Der Tschechoslowake ist ein Menschenkind, das noch nie in einem Katalog aufgeführt war. Die Geschichte kannte ein Königreich Böhmen, das im XIII. Jahrhundert vorübergehend auch einmal einen Augenblick mächtig gewesen war. Im Jahre 1526 wählten die Tschechen, die bis dahin nur unter dem Namen Böhmen bekannt waren, den Erzherzog Ferdinand von Österreich zum König und teilten von da an das Schicksal der Habsburg untertänigen Staaten. Nach der Schlacht am Weissen Berge, 1620, hörte das Königreich Böhmen auf, als herausgehobene Einheit innerhalb des Habsburgerreiches zu bestehen. Die Slowaken waren niemals den Böhmen unterworfen und hatten nie ein gemeinsames Leben mit ihnen geführt; sie bildeten damals schon seit sechs langen Jahrhunderten einen Bestandteil des Königreiches Ungarn.

Auf Grund der Ermunterungen, die Masaryk und Benesch, hauptsächlich infolge ihrer Zugehörigkeit zur Freimauerei, zuteil geworden waren, glaubten sie, ihnen sei alles erlaubt und gliederten die Slowaken unbedenklich in den Staat ein, genauso wie die Deutschen, Ungarn, Ruthenen und Polen. Und so brachten die Verträge von Versailles, Saint-Germain und Trianon die Tschechoslowakei zur Welt, in welcher weniger als 7 Millionen Tschechen über mehr als 3 Millionen Deutsche, 2 Millionen Slowaken, 700'000 Ungarn, 400'000 Ruthenen und 350'000 Juden herrschten. Um ihr Ziel zu erreichen, versprachen Masaryk und Benesch den Slowaken und Ruthenen die Autonomie, aber diese Versprechungen wurden nie gehalten. Besonders das slowakische Problem ist von der Prager Regierung weder gelöst noch überhaupt ernstlich angefasst worden. Daher waren die Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken niemals gut und verschlimmerten sich im Laufe der Jahre unaufhörlich so sehr, dass sich die Slowaken nur wenige Monate nach München von Prag trennten und ihre Unabhängigkeit ausriefen. Trotz allem, was hierüber gesagt und geschrieben wurde, ist die Behauptung falsch, dass der Einfluss Deutschlands bei dieser Gelegenheit den Ausschlag gegeben hätte. In dem so gut dokumentierten Buche «Fin d'une Europe» (Band II), das der ehemalige Aussenminister Frankreichs, Georges Bonnet, dem «Ende eines Europas» widmete, weist er sehr richtig darauf hin, dass diese unnachgiebige Opposition der Slowaken auch nach dem Siege der Alliierten bestehen blieb. Als Zeugen beruft er sich auf Dr. Benesch selbst, der am 16, Februar 1947 folgende Worte an die Slowaken richtete:

> *«Es muss offen geredet werden. Die Slowaken müssen ja oder nein sagen, ob sie sich mit den Tschechen in einer tschechoslowakischen Republik vereinen wollen.» (1)*

«Ein klareres Zeugnis für die verstärkte Abneigung gegen die Tschechen, als das schmähliche Aufhängen des Mionsignore Tiso, des Oberhauptes des slowakischen Staates von Ï939 bis 1945, die Hinrichtung von Dr. Tuka und die entsetzlichen Säuberungsmassnahmen, deren Opfer die Slowaken wurden, könnte man sich nicht wünschen.

Die Proteste der Deutschen und Ungarn wurden gewaltsam unterdrückt, und besonders am 4. März 1919 wurden im Verlauf

1) Georges Bonnet: «Fin d'une Europe», Verlag du Cheval Ailé, Genf, S. 149, Fussnote.

von Kundgebungen, die ihren Anschluss an Österreich bezwecken sollten, 52 Deutsche von tschechischen Truppen getötet. Die Tschechoslowakei ist also unter flagranter Verletzung des Nationalitätenprinzips, auf das sich die Unterhändler von Versailles und Saint-Germain zur Rechtfertigung der Aufteilung Österreich-Ungarns berufen hatten, gebildet worden. Einige Jahre später musste Lloyd George, einer der Unterhändler von Versailles, bei einer Rede in der Guild Hall zu London am 7. Oktober
1928 zugeben:

> *«Die gesamte Dokumentation, die uns gewisse unserer Alliierten vorgelegt haben, war erlogen und erschwindelt. Wir haben auf Grund von Fälschungen entschieden.»* (2)

Schon im Jahre 1920 schrieb André Tardieu, der erste Mitarbeiter Clemenceaus, in seinem Buch «La Paix» (Der Frieden):

> *«Wir hatten zwischen der Volksabstimmung und der Herstellung der Tschechoslowakei zu wählen.»*

Der neue Staat konnte sich also weder auf geschichtliche Traditionen noch auf die Zustimmung der Bevölkerungen, aus denen er gebildet worden war, berufen. Nur die – es muss wiederholt werden – künstliche und willkürliche Verwirklichung einer Geisteshaltung, oder deutlicher gesagt des Freimaurergeistes, hat seine Gründer beseelt.

Übrigens machten sich die Tschechen kaum Illusionen über die Lebensaussichten eines Staates, dessen Herstellung für den gesunden Menschenverstand wie für die Gerechtigkeit eine Herausforderung war. Graf Szembek, der einstige Unterstaatssekretär im polnischen Aussenministerium, berichtet in seinem «Journal», was ihm der Botschafter Polens in Wien am 6. Januar 1935 sagte.

> Dieser Diplomat sah voraus, dass *«eine Entente zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland Zustandekommen, oder vielmehr, dass Deutschland in der einen oder anderen Form dieses Land aufsaugen wird. Die Tschechen sind in der Tat überzeugt, dass sie angesichts der geographischen Lage ihres Staates schliesslich in Abhängigkeit von Deutschland geraten müssen.»* (3)

Einige Jahre später machte der eigene Botschafter der Tschechoslowakei in Paris am Tage nach dem Anschluss (Österreichs) im März 1938 gegenüber einem der ersten Beamten der polnischen

---

2) Zitiert von Georges Champeaux: «La Croisade des Démocraties», Band II, Paris 1943, S. 9.

3) Graf Johann Szembek: «Journal 1933-1939», Paris 1952. Verl. Plon, S. 14-15.

Botschaft in Paris vertrauliche Mitteilungen. Letzterer berichtet dem Grafen Szembek über diese Unterhaltung:

«Osusky machte einen äusserst mutlosen Eindruck. Seine Mutlosigkeit gipfelte in der Feststellung, dass die Tschechen, wenn sie schon jahrhundertelang ein Teil des Reiches gewesen seien, nun in der Folgezeit auch weiter in dieses eingegliedert werden könnten. Auf jeden Fall würden sie keinen Krieg führen, um dies zu verhindern.» (4)

So sah eine offizielle Persönlichkeit, ein Freund Beneschs, nur wenige Monate vor der Münchener Konferenz die Dinge.

In Erwartung des Kesseltreibens

Es bedurfte keines besonderen Weitblicks, um festzustellen, dass dieser Pessimismus nur allzu gerechtfertigt war. Denn die im Innern schwache, ja hinfällige Tschechoslowakei konnte über die Gefühle, die ihre Nachbarn für sie hegten, nicht im Zweifel sein. Vergeblich hatte Dr. Benesch mit seinem Freunde Titulescu die Errichtung der kleinen Entente zustande gebracht, die Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei umfasste, denn Titulescu war seit August 1937 aus der rumänischen Regierung entfernt worden und Jugoslawien näherte sich Deutschland und Italien. Dagegen sah die Tschechoslowakei vor ihren Türen Ungarn, einen unversöhnlichen Feind, der die ihm durch den Vertrag von Trianon zugefügten Verstümmelungen nicht vergass. Jede Gelegenheit erschien ihm recht, um Gebiete zu fordern, die seit tausend Jahren Bestandteile der Krone des Heiligen Stephan waren. Im Norden war die Tschechoslowakei ganz von Polen umschlossen, das für sie keinerlei Sympathie empfand und dies auch nicht verbarg. Bei seiner Durchreise über Warschau im Mai 1935 versuchte Pierre Laval, der sich zur Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Paktes nach Moskau begab, im Einvernehmen mit Dr. Benesch eine Besserung der Beziehungen zwischen Warschau und Prag herbeizuführen. Graf Szembek berichtet über die Unterredung, die Laval mit Oberst Beck, dem polnischen Aussenminister, hatte, Folgendes:

«Am Ende der Unterredung kam Laval auf den Auftrag zurück, den ihm Benesch mitgegeben hatte. Nachdem Beck zum zweiten Male erklärt hatte, Benesch könne sich mit uns direkt unter-

4) Szembek: «Journal», S. 199.

halten, erwiderte Laval, dass im vorliegenden Fall es sich um eine Angelegenheit handele, die in gewisser Beziehung auch Frankreich interessiere. Benesch hätte ihn gefragt, ob im Falle eines deutschen Angriffs gegen sein Land, der Frankreich zwingen würde, diesem zu Hilfe zu kommen, Polen die Tschechoslowakei angreifen würde. «Schön, Herr Ministerpräsident, wollen Sie Herrn Benesch mitteilen, dass ich die Beantwortung dieser Frage ablehne. Dies ist der kategorische und offizielle Standpunkt der polnischen Regierung.» So lautete die Antwort Becks; dann folgte mit einem Lächeln: «Wenn Sie meine Meinung kennenlernen wollen, kann ich sie Ihnen sagen.» Der Minister ist ausserordentlich überrascht, dass Benesch diese Frage aufgeworfen hat. Wir haben uns niemals zu einer Angriffshandlung gegen die Tschechoslowakei hergegeben. Dagegen verzeichnet die Geschichte feindliche Akte gegen Polen seitens der Tschechen. So haben sie 1919 das schlesische Teschen angegriffen und ebenso 1920, als die Polen gegen die Bolschewiken kämpften, die Durchfuhr der für Polen bestimmten Munition verhindert. Diese Tatsachen haben sich tief in unser Gedächtnis eingegraben. Da übrigens die Form bekannt ist, in der die polnische Minderheit in der Tschechoslowakei behandelt wird, ist es uns unmöglich, für dieses Land Sympathie zu empfinden. Zumindest ist es überraschend, dass Benesch Fragen dieser Art ausgerechnet in dem Augenblick stellt, in dem die Tschechen allerart Schritte unternehmen, die uns gegenüber offen unfreundlich sind. Hierzu zählt Beck die Fragen der Luftfahrt, der Kohle und des Öles. In Bezug auf die erste ist unser Aussenminister genötigt gewesen, sofort Gegenmassnahmen zu ergreifen, und heute noch wird die französische Botschaft eine Note erhalten, die sie in Kenntnis setzt, dass wir gezwungen waren, der Air-France das Recht zu verweigern, tschechische Piloten zu verwenden.

Nachdem er diese Argumentation angehört hatte, erkundigte sich Laval nach der Zahl der in der Tschechoslowakei ansässigen Polen und fragte Beck schliesslich unter Hinweis auf die polnisch-tschechischen Beziehungen: «Können wir Ihnen nützlich sein?» «Ich sehe nicht worin», erwiderte Beck. Mit diesen Worten fand die Konferenz ihr Ende» (5)

Die feindliche Haltung der polnischen Regierung ist nie in Abrede gestellt worden. Im Juli 1938 erklärte Beck dem Botschafter

5) Szembek: «Journal», S. 76-77.

Frankreichs, *«das Schicksal des tschechoslowakischen Staates lässt uns kalt»*. (6) Graf Szembeck sagte seinerseits im März 1938 dem Botschafter Frankreichs:

> «Die *Tatsache, dass die tschechische Politik von Moskau abhängt, die Umsturzagitation, die von diesem Lande gegen unser Gebiet ausgeht, die Ermutigungen, die den polnischen Emigranten für ihre Tätigkeit zuteil werden, endlich die Art, in der unsere Minderheit behandelt wird, dies alles ergibt eine Reihe von Faktoren, die unseren Gefühlen gegenüber diesem Staate keine besondere Herzlichkeit verleihen.» (7)*

Die Verpflichtungen Frankreichs und Englands

So sah die Lage der Tschechoslowakei aus, die verloren zwischen Ländern lag, denen ihr Schicksal vollkommen gleichgültig war, oder die ihr zutiefst feindlich gesonnen waren. Daraus erklärt sich, weshalb sie ihre grössten Hoffnungen auf die Unterstützung setzte, die ihr Frankreich und England leihen würden. Der Anschluss Österreichs an Deutschland hatte Frankreich während einer Ministerkrise überrascht. Sofort nach Bildung der neuen Regierung war es erste Sorge des Ministerpräsidenten, Léon Blum, und des Aussenministers, Paul Boncour, dem Botschafter der Tschechoslowakei in Paris, Osusky, «die *Versicherung zu geben, dass Frankreich zuverlässig, sofort und vollständig alle seine Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei einhalten werde, die aus einem Vertrage herrührten, der allen bekannt sei»,* um damit dieselben Redewendungen wiederzugeben, wie sie in der Erklärung enthalten waren, die am 15. März 1938 veröffentlicht wurde und im «Temps» das Datum des folgenden Tages trägt.(8)

Um festzustellen, ob die Vertreter der französischen Regierung berechtigt waren, eine so kategorische Erklärung abzugeben, genügt es, sich auf einen Artikel zu beziehen, der knapp einen Monat später, am 12. April, in derselben Zeitung veröffentlicht wurde, die die erwähnte Erklärung gebracht hatte. Dieser Artikel des «Temps» erhielt aussergewöhnliche Bedeutung durch die Tatsache, dass er die Unterschrift von Joseph-Barthélemy trug, der in Frankreich und im Ausland grosses Ansehen als ein im

---

«) Szembek: «Journal», S. 324,

7) Szembek: «Journal», S. 283.

8) Georges Champeaux: «La Croisade des Démocraties», Bd. I Paris, 1941, S. 282.

Völkerrecht erfahrener Jurist genoss. Und was sagte Joseph-Barthélemy? Er sprach von der Feststellung, dass der tschechoslowakische Staat aus mehreren Minderheiten bestehe, die sich nicht an die Regierung in Prag gebunden fühlten. Die seit der Schaffung der Tschechoslowakei verstrichenen zwanzig Jahre hätten die Lage nicht gebessert, sondern im Gegenteil verschlimmert.

> *«Nun aber»,* so schrieb Joseph-Barthélemy, *«können wir die Frage stellen: lohnt es sich, die Welt in Brand zu stecken, um diese Form des tschechoslowakischen Staates, ein politisches Aggregat mehrerer Nationalitäten, zu erhalten? Müssen drei Millionen Franzosen fallen, meine Söhne, Ihre Söhne und die ganze Jugend der Universitäten, der Schulen, der Felder und Werkstätten, damit drei Millionen Sudetendeutsche unter der tschechischen Autorität Prags verbleiben? Ich antworte voller Schmerz, aber mit Bestimmtheit: Nein!»*

Bei der Prüfung der beiden zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei bestehenden Verträge fiel es dem Mitarbeiter des «Temps» nicht schwer, zu beweisen, dass der erste Vertrag vom 25. Januar 1924 Frankreich nur im Rahmen des Völkerbundes verpflichte und auch dies nicht mehr und nicht weniger als die übrigen fünfzig dem Pakte beigetretenen Staaten. Nun war der Genfer Organismus in völligem Verfall und hatte jeglichen Schein von Autorität verloren. Die Vereinigten Staaten hatten nie den Wunsch gehabt, sich an ihm zu beteiligen. Deutschland, Japan und Italien hatten ihn verlassen und die Tür hinter sich zugeschlagen. England verhielt sich immer gleichgültiger; unter diesen Bedingungen war wirklich nicht einzusehen, was Frankreich hätte verpflichten können, an die Stelle aller schwach werdenden Mitglieder eines todkranken Völkerbundes zu treten.

Der zweite Vertrag vom 16. Oktober 1925 war nur ein einfaches Rädchen im Getriebe des Locarno-Vertrages, der am gleichen Tage zwischen Deutschland, Belgien, Grossbritannien, Frankreich und Italien abgeschlossen worden war. Nun war aber der Locarno-Vertrag tot und keiner seiner Unterzeichner noch berechtigt, seine Ausführung zu beanspruchen. Deshalb schloss Professor Joseph-Barthélemy sein juristisches Exposé auch mit folgenden Worten:

> *«Dies muss eindringlichst wiederholt werden, weil unsere Landsleute in Fragen von Unterschriften, der Ehre und des gegebenen Wortes besonders empfindlich sind: Frankreich ist nicht*

verpflichtet, Krieg zu führen, nur damit die Sudetendeutschen weiterhin Prag huldigen müssen.» (9)

Der Fall Englands liegt noch einfacher, weil es keinen Vertrag mit der Tschechoslowakei hatte, und die Frage, in welchem Masse Frankreich in einen Krieg hineingezogen werden könnte, es nicht interessierte. Aber die Regierung hatte die wahrhaft moralische und diplomatische Gaunerei nicht vergessen, die Lloyd George in seiner von uns weiter vorn zitierten Rede an den Pranger gestellt hatte. Deshalb vermehrten der englische Premier und sein Aussenminister ihre Ratschläge zur Vorsicht an die französische Regierung. Nach dem Kriege wurden Briefe Chamberlains veröffentlicht, aus denen die Haltung der britischen Regierung einwandfrei ersichtlich ist. Am 20. März 1938, also fünf Tage nach den von Blum und Paul-Boncour so leichtfertig gegebenen Versicherungen, schrieb der englische Premierminister:

«Wir können nicht das geringste Vertrauen zur französischen Regierung haben, von der ich annehme, dass sie in sehr enger Verbindung mit unserer Opposition steht... Wir können der Tschechoslowakei nicht helfen. Deshalb gebe ich jeden Gedanken auf, der Tschechoslowakei eine Garantie zu geben, oder Frankreich in Verbindung mit seinen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei.»

Und nach sehr harten Besprechungen mit Vertretern der französischen Regierung schrieb Chamberlain am 1. Mai 1938 sogar:

«Es ist ein Glück, dass die Zeitungen sich nicht darüber klar werden konnten, wie nahe wir einem Bruch wegen der Tschechoslowakei waren.» (10)

Die Haltung Deutschlands

So standen also die Dinge, so waren die Lage und ihre Aussichten, als im Frühjahr und Sommer 1938 die Aufmerksamkeit der Weltmeinung auf die Sudetenfrage gelenkt wurde. Wir haben gesehen, dass diese Frage viel weiter zurücklag als die Regierungsübernahme durch Hitler und das nationalsozialistische Regime. Schon Ende 1918 und zu Anfang 1919, als Deutschland selbst noch in den grössten Schwierigkeiten hin und her stritt, forderten die Sudetendeutschen ihre Angliederung an

9) Champeaux: «La Croisade des Démocraties», Bd. II, S. 42-44.

10) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 399.

Österreich. Am 30. Oktober 1918 richtete die einstweilige österreichische Nationalversammlung eine Note an den Präsidenten Wilson, in der zu lesen war:

> «Man *kann keinen dauerhaften Frieden in Europa herstellen, wenn man im neuen tschechoslowakischen Staat eine deutsche Irredenta schafft, deren Rufe, die sich ständig an Berlin und Wien richten würden, den europäischen Frieden in Gefahr brächten.*»

Seitdem waren die Sudetendeutschen niemals von ihren Forderungen abgegangen und hatten geduldig bessere Zeiten abgewartet, die ihnen ermöglichen würden, sie zu verwirklichen. Zuerst in Sportvereinen und Verbindungen von Kriegsteilnehmern vereinigt, bildeten die gegen ihren Wunsch der Tschechoslowakei zugeteilten Deutschen 1933 die nationale Sudetenfront, die auf das energische Betreiben Konrad Henleins kurz darauf zur deutschen Sudetenpartei wurde. Diese Partei, die ein recht gemässigtes autonomistisches Programm angenommen hatte, verzeichnete bei den Wahlen von 1938 einen beachtlichen Erfolg, da es ihr gelang, 44 Abgeordnete in das Prager Parlament zu entsenden, in welchem sie sofort die zahlenmässig grösste Partei bildete. Daher erhielten die Wahlen vom Mai-Juni 1938 den Charakter einer Volksabstimmung, da trotz des von der Prager Regierung ausgeübten Druckes und ihrer Kontrolle 91 % der Bürger deutscher Sprache ihre Stimmen der deutschen Sudetenpartei gaben. Dr. Benesch aber, der inzwischen Präsident der Republik geworden war, nachdem Masaryk sich zurückgezogen hatte, lehnte es ab, aus einer so klaren Situation die Folgerungen zu ziehen und setzte den Bitten Henleins um Verhandlungen eine Weigerung entgegen; ebenso auch dem Anerbieten guter Dienste seitens der britischen Regierung. Vor der Wendung, die die Ereignisse nun nahmen, kam die Londoner Regierung auf ihr Anerbieten zurück und liess bei Dr. Benesch wegen der Entsendung einer britischen Persönlichkeit sondieren, die an Ort und Stelle als nicht offizieller Vermittler die Lage studieren solle. In seiner immer schwieriger werdenden Stellung durfte Benesch nicht riskieren, die Zahl seiner Gegner durch ein verdriesslich gemachtes England zu vermehren, und so erschien am 3. August 1938 Lord Runciman in Prag, um eine Untersuchung vorzunehmen und gegebenenfalls einen Schiedsspruch vorzuschlagen. Aber die Ereignisse hatten sich weiter entwickelt, und angesichts der Verständnislosigkeit und beharrlichen Böswilligkeit des Dr. Benesch forderten die Sudetendeutschen, die wenige Monate vorher nur die Autonomie verlangt hatten, nun ihre

vorbehaltslose Eingliederung in Deutschland. Am 21. September übergab Lord Runciman der Londoner Regierung seinen Bericht. Hierin hatte er die hauptsächlichsten Klagen der Deutschen zusammengefasst und die Politik Prags ihnen gegenüber im Laufe der letzten zwanzig Jahre geprüft und schrieb:

> *«Ich glaube, dass alle Klagen gerechtfertigt sind. Selbst jetzt noch, zur Zeit meiner Mission, habe ich bei der tschechischen Regierung keinerlei Bereitwilligkeit gefunden, diesem Sachverhalt in erschöpfendem Masse abzuhelfen»*

Lord Runciman kam zu folgenden Schlüssen:

> *«Für mich ist es völlig klar geworden, dass diese Grenzbezirke zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland, in denen die Sudetenbevölkerung eine beträchtliche Mehrheit darstellt, unverzüglich das Recht völliger Selbstbestimmung erhalten müssen. Falls eine Abtretung unvermeidlich wird, und ich glaube, dass dem so ist, dann ist es besser, wenn sie raschestens und ohne Aufschub stattfindet. Wird der Status der Ungewissheit fortgesetzt, so entsteht eine wirkliche Gefahr, nämlich die Gefahr eines Bürgerkrieges. Demzufolge bestehen sehr gewichtige Gründe für eine Politik des sofortigen und energischen Handelns. Nach meiner Meinung wäre jede Form einer Volksabstimmung oder Volksbefragung in diesen Zonen, in denen die Deutschen überwiegen, eine einfache Formalität. Eine ganz grosse Mehrheit ihrer Einwohner wünscht die Verschmelzung mit Deutschland. Die nicht zu vermeidenden Fristen, die eine Volksabstimmung mit sich bringt, werden die Gefühle des Volkes mit sehr gefährlichen Folgen nur in Erregung bringen.»*

> *«Darum bin ich der Meinung, dass diese Grenzbezirke ungesäumt von der Tschechoslowakei an Deutschland übertragen werden müssten, und ausserdem Massnahmen für den Schutz der Bevölkerung während der Übergangszeit sofort durch Vereinbarung zwischen beiden Regierungen ergriffen werden müssen.»*

Aber Lord Runciman geht noch weiter, wenn er hinzufügt:

> *« ... Für diejenigen Gebietsteile, in denen die deutsche Bevölkerung nicht so überwiegend ist, empfehle ich, dass man sich bemüht, die Basis für eine örtliche Autonomie innerhalb der tschechoslowakischen Republik zu finden.»*

Klarer und eindringlicher kann man nicht werden. Und die Besorgnis Lord Runcimans war nur allzu gerechtfertigt. Denn seit der Rede, die von Kanzler Hitler am 12. September 1938 in Nürnberg gehalten wurde, hatte die Sudetenfrage offiziell aufgehört, eine nur innere tschechoslowakische Angelegenheit zu

sein, da der Führer erklärt hatte, von nun an werde das Reich die Sache der Sudetendeutschen in die Hände nehmen. Deutschlands juristische Stellung war sehr stark. In dem Werke, das er dem «Scheitern des Friedens» widmete, und das zu einer Geschichtssammlung gehört, deren demokratische Rechtgläubigkeit nicht in Zweifel gezogen werden kann, ist Maurice Baumont, den man ebenfalls nicht der Sympathie für Deutschland verdächtigen kann, gezwungen, dies anzuerkennen.

«Hitler», so schreibt er, *«stützt seine fanatischen Unternehmungen auf einen von der Demokratie verkündeten Grundsatz, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das mit der rassischen Doktrin so übereinstimmt, dass seine ideologische Stellung rechtens ist.»* (11) Und die Folgerungen des von Lord Runciman verfassten Berichtes hatten, wie wir schon sahen, die Argumente Deutschlands noch verstärkt. Unter diesen Bedingungen schien es, als wäre die Frage entschieden, und man brauchte nur noch die Modalitäten der Anwendung einer Massnahme zu finden, über deren gute Fundierung eine Diskussion kaum noch möglich war. Da aber die internationale Partei der «Kreuzfahrer der Demokratie», denen Benesch als Aushängeschild diente, auch von den klar zutage tretenden Tatsachen nicht entwaffnet wurde, waren noch Komplikationen möglich. Um sie zu vereiteln, richtete Chamberlain am 13. September an Hitler die Bitte, ihn zu empfangen. Sie hatten lange Unterredungen, zuerst in Berchtesgaden, dann in Godesberg. Der britische Erstminister hatte den Eindruck, dass die Lage ausserordentlich ernst war, da Deutschland, das zu Dr. Benesch keinerlei Vertrauen hatte, nach seiner Meinung entschlossen zu sein schien, das, was für Recht erkannt worden war, mit Gewalt zu erreichen, falls Dr. Benesch, ermutigt durch die Verbündeten, die er in allen Ländern hatte, bei seiner Haltung verharre. Diese Verbündeten behaupteten nun, dass Hitler nur bluffe und nicht die Mittel – besonders militärische – besässe, um seine Ansprüche durchzusetzen. Schon am 31. März 1936 hatte der deutsche Flüchtling Heinrich Mann in einem von der «Dépêche de Toulouse» veröffentlichten Artikel die Demokratien auf ihre Pflicht hingewiesen:

«Wenn *die Demokratien den Wunsch haben, die Zivilisation zu erhalten, dann bleibt ihnen nur eine Wahl: Hitler muss verschwinden!»*

11) Maurice Baumont: «La Faillite de la Paix», Paris 1951, Verlag Presses Universitaires de France, Bd II, S. 781.

Nach seiner Meinung bestand kaum ein Risiko, denn *«Hitler ist nicht stark»,* behauptete Heinrich Mann, *«er ist schwach».*

Die Propaganda der Kriegstreiber

In «Fin d'une Europe» zeigt Georges Bonnet, wie sehr sich diese Propaganda mit den Jahren entwickelt hatte, so dass 1938 in Frankreich «die *widersinnigsten Illusionen, die durch eine tendenziöse Propaganda verbreitet wurden, schliesslich über den gesunden Menschenverstand des Franzosen siegten».* Und was erzählte man ihm? Man wagt kaum noch, diese lächerliche Folge zu zitieren: vorneweg Hitler, dieser Bluffer, *«der seine ewige Pokerpartie gegen Europa spielt»,* dieser *«Meistersänger»,* der *«die Demokraten in Panik versetzt»;* und auf welche Weise? Mit einer Armee, «die *nur eine Horde von Männern ohne die nötigen Offiziere und Unteroffiziere ist».* Und die Zivilisten taugen auch nicht mehr! Denn, *«in den Rüstungsbetrieben betätigen sich Aufwiegler und sabotieren die Produktion». (12)*

Dies konnte man in einer gewissen Presse lesen. Paul Reynaud erklärte am 26. Februar 1938 in der Deputiertenkammer:

> *«Ist es nicht allgemein bekannt, dass die Deutschen nicht die Hälfte der Offiziere haben, die für die Aufstellung ihrer Divisionen erforderlich sind?» (13)*

Dieselben Zeitungen, die das behauptet hatten, was in der Folgezeit als falsch erkannt wurde, dass nämlich Hitler am 21. Mai 1938 mobilisiert hätte, um auf die Tschechoslowakei einen Druck auszuüben, behaupteten im September, dass die Warnungen, die er Dr. Benesch erteilte, nur polemische Argumente seien, hinter denen nur blauer Dunst stehe. Dies war aber nicht die Meinung von Sir Neville Henderson, des britischen Botschafters in Berlin, der schrieb:

> *«Hitler bluffte nicht. Nur dank der Beharrlichkeit Mr. Chamberlains konnte ein Krieg vermieden werden.»*

Eine Meinung, die auch Monsieur François Poncet, der französische Botschafter in Berlin, teilte:

> *«Nach meiner Meinung»,* erklärte er, *«wäre Hitler nicht zurückgewichen, wenn man ihm den Fehdehandschuh hingeworfen hätte. Er wäre 1938 ebenso wenig zurückgewichen wie er dies 1939 auch nicht tat. Die Lesart, nach welcher er 1938 geblufft*

---

12) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 20.

13) Zitiert von Champeaux: «La Croisade des Démocraties», Bd. I, S. 251.

hätte, ist für jeden, der wie ich die Atmosphäre der Reichskanzlei im Laufe des entscheidenden 28. September kennengelernt hat, unhaltbar. Die Politik Neville Chamberlains hat den Krieg um ein Jahr aufgeschoben.» (14)

Der Geschichtsschreiber Marcel Baumont ist 1950, nachdem er die wichtigsten seit Kriegsende veröffentlichten Dokumente zu Rate gezogen hatte, bei seiner Niederschrift nicht weniger deutlich. In seinem bereits genannten Buche schreibt er klar und un-missverständlich:

«Viele Zeitgenossen glaubten damals an einen Bluff Hitlers. Die Lage war im September 1938 nicht mehr so wie sie im März 1936 gewesen war. Ein Zurückweichen des Führers konnte vernünftigerweise nicht ins Auge gefasst werden. Wohl hatte sein Generalstabschef, der General Beck, daran gedacht, ihn unter der Beschuldigung festnehmen zu lassen, einen unseligen Krieg zu provozieren. Und Schacht, der mit dem Gedanken einer Verbindung liebäugelte, an welcher die Generale teilnehmen würden, behauptete später, seine Pläne wären durch die Reise Chamberlains nach Berchtesgaden vereitelt worden. Zweifellos hat München den Hitlerismus gefestigt und Hitlers Prestige gestärkt; die Generale gaben zu erkennen, dass sie von dieser friedlichen Lösung sehr befriedigt waren. Es besteht auch kein Zweifel darüber, dass die Verschwörung, die bis zum 20. Juli 1944 wartete, um loszuschlagen und dann zu scheitern, im Herbst 1938 mit oder ohne München noch weniger Aussicht auf Erfolg gehabt hätte.» (15)

Die Kräfte Frankreichs und Englands und der sowjetische Bluff

Von nun an liegt der Fall klar. Ohne München wäre der Krieg ausgebrochen. Demzufolge kann man mit vollem Recht sagen, dass die Widerstandspartei in Wirklichkeit die Kriegspartei war. Aber unter welchen Bedingungen? Was Latten Frankreich und England einer deutschen Armee entgegenzustellen, deren Schlagkraft, Vorbereitung und technischer Vorsprung auf allen Gebieten in den Jahren 1939 und 1940 so offenbar werden sollte? In seinem Buche liefert uns George Bonnet nach offiziellen Dokumenten einige Zahlen, die ausreichen, um eine richtige Vorstellung von der Lage zu geben:

14) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 22.

15) Baumont: «La Faillite de la Paix», Bd. II, S. 819.

Moderne Flugzeuge (Jäger und Bomber) am 1.10.1938: Frankreich: 0; England: 200; Deutschland: 5‘000.

Fabrikationsmöglichkeit in grossen Serien (monatlich): Frankreich: 10; England: ungefähr 160; Deutschland: 1’000 ([16]). Hierfür haben wir übrigens die Bestätigung durch Léon Noël, den Botschafter Frankreichs in Warschau, einem beharrlichen Gegner der Münchener Politik, erhalten, der in seinem Buche «L’Agression contre la Pologne» schrieb:

> *«Ich kannte damals (April 1939) – und den anderen Vertretern Frankreichs in der Welt ging es genauso – bei Weitem nicht den erschreckenden Zustand unserer nicht vorbereiteten Armeen zu Lande und zu Wasser in seinem ganzen Ausmasse. Ich ahnte nicht, dass die für unsere Bewaffnung ausgegebenen Milliarden (man sagt, es seien bis Anfang 1938 dreihundertundsiebzig Milliarden gewesen), so schlecht angewendet worden waren!» ([17]).*

Diejenigen aber, die sagten, Hitler bluffe, die nur an den «Kreuzzug der Demokratien» dachten, – um hier den Titel der beiden so bemerkenswerten und so reichhaltig dokumentierten Bände aufzugreifen, in denen Georges Champeaux die Geschichte der Jahre 1935-1939 niedergeschrieben hat – verschlossen vor der Wirklichkeit die Augen und vor den durchschlagendsten Argumenten die Ohren. Da England Zurückhaltung übte und Frankreich Vorsicht walten liess, versuchten sie, die öffentliche Meinung in den beiden westlichen Grossmächten künstlich wieder zu beleben und – wie wir noch sehen werden – zu missbrauchen, indem sie ihr ein Sowjetrussland vorspiegelten, das hinter der Tschechoslowakei stehe und bereit sei, zu ihren Gunsten vermittelnd einzugreifen. In Wirklichkeit hatte sich die Einstellung Sowjetrusslands gegenüber der Tschechoslowakei mit den Jahren bedeutend geändert. Lange Zeit war Moskau ein Feind des neuen Staates gewesen. Im Juni 1923 erklärte Manuilsky auf dem V. Kongress der kommunistischen Internationale, der in Moskau abgehalten wurde:

«Die Tschechoslowakei hat 13 Millionen Einwohner, von denen 44% (6 Millionen) Tschechen sind. Sie hat sich die Gebiete der Textil-, Bergbau- und Glasindustrie einverleibt, deren ausschliesslich deutsche Bevölkerung 3,7 Millionen Einwohner beträgt. Mit anderen Worten, die Deutschen machen 27,4% des tschechischen

16) Bonnet: «Fin d’une Europe», S. 56.

17) Zitiert von Bonnet: «Fini d’une Europe», S. 12.

Staates aus. Die anderen Nationalitäten sind die Slowaken 2 Millionen (18,8%); die Ungarn 700'000 (5,9%); die Ukrainer des subkarpathischen Russlands 400'000 (2,9%); die Juden 360'000 (2,7%) ohne die l,9% verschiedener Nationalitäten zu erwähnen.»

Infolge dieser Intervention nahm der Kongress nachstehende Entschliessung an:

«1. Der Kongress stellt fest, dass es eine tschechoslowakische Nation nicht gibt: der tschechoslowakische Staat umfasst ausser der tschechischen Nationalität noch Slowaken, Deutsche, Ungarn, Ukrainer und Polen.

2. Der Kongress hält es für nötig, dass die kommunistische Partei der Tschechoslowakei hinsichtlich dieser Minderheiten das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert und in die Tat umsetzt, einschliesslich des Rechtes, sich voneinander zu trennen. (18)

Wie Champeaux bemerkt, hatte sich diese Einstellung zehn Jahre später noch nicht geändert. Als die französische Deputiertenkammer aufgefordert worden war, eine Sympathieadresse an die tschechoslowakische Republik anzunehmen, erklärte der kommunistische Abgeordnete Gabriel Péri in der Sitzung am 14. November 1933:

«Die kommunistische Fraktion schliesst sich dem von Ihnen verlangten Votum nicht an. Unsere Sympathie gehört den Arbeitermassen der Tschechoslowakei ungeteilt, den slowakischen, deutschen, jüdischen, ungarischen nationalen Minderheiten, die von der Zentralgewalt in Prag unterdrückt werden.»

Dann aber ändert sich 1935 alles, wie Georges Champeaux ferner richtig feststellt. Denn die UdSSR war sich über die tödliche Gefahr klar geworden, die Hitler und sein Regime für sie darstellen konnten. Stalin liess durch Litwinow den französisch-

sowjetischen Pakt ausarbeiten, der im Mai 1935 in Moskau unterzeichnet wurde; und einige Tage später unterschrieben Benesch und Alexandrowski in Prag einen tschechisch-sowjetischen gegenseitigen Beistandsvertrag. Indessen löste die prosowjetische Politik des Dr. Benesch in seinem eigenen Lande ein heftige Opposition aus. Die Agrarpartei, die grossen Einfluss hatte, war jeder Annäherung an die UdSSR offen abhold.

Mit den Jahren war diese Feindschaft nur gewachsen. Und im September 1938 befand sich Dr. Benesch in tiefem Zerwürfnis

---

18) Zitiert von Champeaux: «La Croisade des Démocraties», Bd. II, S. 25-26 und Fussnote.

mit seinem eigenen Ministerpräsidenten, Hodscha, der am 22. September übrigens durch General Sirovy als Spitze der Regierung ersetzt wurde. In Wirklichkeit war Dr. Benesch neben den Kommunisten der einzige, der den Krieg wollte. Den Krieg wollte auch der Minister Georges Mandel (in Frankreich), der am Abend des 27. September zu Daladier sagte:

> «Wir *werden gegen Ihren Willen einen Helden aus Ihnen machen. Hitler blufft. Sie brauchen sich nur zu sträuben und Sie bedecken sich mit Ruhm»* ([19])

Dies ist übrigens derselbe Mandel, der in jenen kritischen Septembertagen Dr. Benesch häufig durch den Journalisten Rosenfeld anrufen liess, um ihn zum Widerstand zu ermutigen, wobei er ihn glauben machte, die französische Regierung stehe hinter ihm. Hitler erfuhr übrigens den Inhalt dieser Gespräche zwischen Rosenfeld und Benesch sofort, da dieselben über das Reichsgebiet liefen und auf Platten aufgenommen worden waren. ([20])
Alle diese Umtriebe waren ein Teil des sowjetischen Planes, der den Krieg in Europa auslösen sollte. Eines Planes, der in harmloser Weise von der Prager marxistischen Zeitung «Pravo Lidu» aufgedeckt wurde, die am 18. September schrieb:

> *Vielleicht sind wir nicht stark genug, um Deutschland zu schlagen, aber wir sind stark genug, um ganz Europa in einen Krieg zu verwickeln.»* ([21])

Das eben war es, was Sowjetrussland suchte. Nur konnte es nichts für die Tschechoslowaken tun, denn zwischen beiden Ländern bestanden keine gemeinsamen Grenzen, und Polen sowie Rumänien untersagten der Sowjetarmee und -Luftwaffe den Durchmarsch bzw. das Überfliegen ihres Gebietes. Aber mehr noch, wir wissen heute, dass Sowjetrussland, auch wenn ihm von Polen und Rumänien der Durchzug gestattet worden wäre, gar nicht die Mittel gehabt hätte, in Europa zu intervenieren. Denn in seinem Buche «Der grosse patriotische Krieg der Sowjetunion» schrieb Stalin selbst:

> *«Was haben wir durch den Abschluss des Nichtangriffspaktes mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Lande für 1½ Jahre den Frieden gesichert und ihm damit die Möglichkeit gegeben, seine Kräfte für die Verteidigung vorzubereiten, falls das*

---

19) Champeaux: «LaCroisade des Démocratiers», Bd.II, S.189.

20) Champeaux: «LaCroisade des Démocraties», Bd.II, S.157.

21) Champeaux: «LaCroisade des Démocraties», Bd.II, S.254.

faschistische Deutschland versucht sein sollte, unser Land unter Bruch des Vertrages anzugreifen»

Hierdurch erhielt Georges Bonnet die Möglichkeit, zu diesem Text einen sehr passenden Kommentar zu bringen:

«Man stellt somit fest, dass Stalin im Jahre 1939 der Meinung war, die UdSSR hätte noch 1½ Jahre nötig, ***«um ihre Kräfte für den Fall vorzubereiten, dass sie angegriffen würde»,*** *und dass sie in einen Krieg gegen Deutschland nicht an einem Zeitpunkt eintreten konnte, an dem dieses der Hilfe der Türkei und Polens sicher war. Nun leuchtet es ein, dass die Lage ein Jahr vorher, zur Zeit von München, noch viel schwieriger war, da die UdSSR noch weniger in der Lage war, gegen die vereinten Armeen Deutschlands und Polens zu kämpfen! Wie hätte sie unter diesen Bedingungen der Tschechoslowakei nutzbringend zu Hilfe kommen können, wie man es seitdem behauptet hat?» (22)*

In seinem «Journal» notiert Graf Szembek schon im Februar 1936, dass Deutschland und Polen allein die Gefahr ermessen könnten, die Russland für Europa und die ganze Welt darstelle. In seinen 1948 veröffentlichten «Memoiren» bestätigte Dr. Benesch, der kurz vor dem Tode stand und sich durch seine schmachvolle Kapitulation vor den Kommunisten um jeden Kredit gebracht hatte, dass die Politik Sowjetrusslands darin bestand, Zeit zu gewinnen, um in einer von ihm zu bestimmenden Stunde nach Erschöpfung der Kriegführenden in den Krieg einzutreten und alsdann die Weltrevolution herbeizuführen. Zu dieser Bemerkung des Dr. Benesch kann sich die «Contemporary Review» folgende Anmerkung nicht verkneifen:

«Eine der Unsinnigkeiten dieses verworrenen Krieges von 1939 bis 1945 war, dass Hitler, ohne sich zu täuschen, das Spiel Russlands durchschaute «

Man fragt sich, ob die englische Revue sich darüber klar gewesen ist, dass diese wenigen Worte nicht nur die Politik des Dr. Benesch, sondern auch, und vielleicht noch mehr, diejenige Roosevelts und Churchills verurteilten.

München war ein Akt der Klugheit

Was bleibt nach alledem noch von der Legende über München übrig? Aus den Dokumenten und der Prüfung der Tatsachen ist nun die Folgerung erlaubt, dass die Tschechoslowakei nicht nur

22) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 294.

ein politischer Nonsens, sondern auch nach politischen wie militärischen Gesichtspunkten nicht zu verteidigen war. Dass Deutschland in der Sudetenfrage das Recht auf seiner Seite hatte, und dass es vollkommen berechtigt war, in Dr. Benesch wegen seines Einverständnisses mit Sowjetrussland und seiner Blindheit gegenüber den Absichten Stalins, eine Gefahr für Europa zu sehen. Dass Frankreich und England keine Verpflichtung hatten, die Tschechoslowakei zu verteidigen, die sich überdies noch auf der ganzen Linie wegen der von Dr. Benesch eingeschlagenen Politik ins Unrecht gesetzt hatte. Dass alle diejenigen, welche im Ausland den letzteren unterstützten, wissentlich oder unwissentlich Agenten der kommunistischen Propaganda und einer Politik waren, die nur zum Kriege führen und das Spiel des Kommunismus in Europa wie in der Welt fördern konnte.

Und zwar so sehr, dass man bei einem Duff Cooper und seinesgleichen vor folgender Alternative steht:

entweder haben sie eine ausserordentliche Blindheit bewiesen, die ausreicht, ihnen jede Eignung abzusprechen;

oder aber – und das wäre noch unendlich ernster – **sie wussten wohl, um was es ging, und deshalb trieben sie aus uneingestandenen ideologischen Gründen entschlossen zum Kriege, obwohl sie genau den katastrophalen Stand der Rüstung in Frankreich und England kannten.** Damit nahmen sie die zweifache Kennzeichnung von Verrätern an ihrem Lande zum Nutzen der UdSSR und echten Kriegsverbrechern wegen «Verbrechens gegen den Frieden» auf sich, so wie die Redewendungen des Statuts lauteten, nach welchem das Internationale Militärgericht in Nürnberg geschaffen wurde und geurteilt hat.

Dagegen muss eingeräumt werden, dass die in München zustande gekommenen Entscheidungen **eine politisch weise und segensreiche Tat darstellten.** Denn diese Konferenz war weder für Frankreich noch für England eine Niederlage. Der grosse Besiegte war auch nicht die Tschechoslowakei, sondern hinter ihr, und mehr als sie, Sowjetrussland. Der Gleichklang und die Übereinstimmung der vier grössten europäischen Mächte hatte genügt, ihr eine Einmischung in die europäischen Angelegenheiten zu verwehren. Das ist der springende Punkt, und dies sollte den Gedanken nicht zulassen, die Münchener Konferenz beispielsweise mit der Konferenz in Genf zu vergleichen, die damit endete, dass Tonkin und die Hälfte von Annam dem Kommunismus preisgegeben wurden. Denn wenn Genf einen grossen diplomatischen Sieg für Sowjetrussland und seine Verbündeten dar-

stellt, so kennzeichnet München dagegen den Tiefstand des kommunistischen Einflusses, seiner Einbläser und Komplizen in Europa und der Welt. Kein klarblickender und ehrlicher Mensch kann eine solche Verschleierung der Wahrheit gutheissen, sondern ist im Gegenteil genötigt, anzuerkennen, dass Chamberlain und Mussolini, die grossen Verfasser der Regelung vom 29. September 1938, sich sehr verdient um den Frieden und die Zivilisation gemacht haben.

Das Unglück hat gewollt, dass diese Politik nicht fortgeführt werden konnte. Welche Manöver und Missverständnisse hatten zur Folge, dass 1939 ein anderes München nicht mehr möglich war?

Dies ist der Mühe wert, nun genau dargelegt zu werden.

II

Englands Schwenkung

Nach München

Die Münchener Abkommen hatten – wie wir sahen – den Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes verhindert; sie hatten einen der grössten Irrtümer und eine der schwersten Ungerechtigkeiten der nach dem ersten Weltkriege abgeschlossenen Friedensverträge aus der Welt geschafft. Sie bedeuteten für die Sowjetunion eine schmerzliche Niederlage. In verschiedener Hinsicht waren sie ein Akt politischer Klugheit. Und dennoch entbrannte der Krieg elf Monate später in Europa und dehnte sich nach und nach auch auf die anderen Kontinente aus. Die Bedingungen, die im September 1938 den Frieden zu retten ermöglichten, waren Anfang September 1939 nicht mehr vorhanden. Aus welchen Gründen, wollen wir nun zu erforschen versuchen.

Am Tage nach München hatte die Lage kein unangenehmes Aussehen. In seinem Buche «La Faillite de la Paix» (Der gescheiterte Frieden) kann Marcel Baumont mit vollem Recht niederschreiben: *«Daladier wird bei seiner Rückkehr von der Pariser Menge mit Beifall empfangen. Er hat eine Autorität errungen, die an jene erinnert, deren sich Clemenceau 1919 und Poincaré 1926 erfreut haben»* ([23])

Offen gesagt hat in Frankreich während der ersten Tage sich niemand ausser den Kommunisten gegen die Abkommen ausgesprochen. Am 1. Oktober schrieb Léon Blum:

> *«In Frankreich gibt es keinen Mann und keine Frau, die Chamberlain und Edouard Daladier ihren gerechten Zoll an Dankbarkeit verweigern möchten. Der Krieg ist vermieden. Die Geissel weicht von uns.»*

Zugleich muss auch Kerillis, der sich unter den Wortführern einer bewaffneten Intervention zugunsten der Tschechoslowakei ausgezeichnet hatte, selbst anerkennen: [23]

---

23) Baumont: «La Faillite de la Paix», Bd. II, S. 818.

«Die französische Regierung kann einen nennenswerten Erfolg verbuchen, den wir pflichtgemäss hervorheben müssen»

Daladier schien von der Begeisterung des Volkes, mit der er bei seiner Landung in Le Bourget empfangen wurde, und die ihn auf dem ganzen Wege bis in das Zentrum von Paris begleitete, überrascht gewesen zu sein. Das Parlament machte den Eindruck, als teile es diese Begeisterung und billigte am 5. Oktober die Verträge mit 535 gegen 75 Stimmen. Eine winzige Zahl von Abgeordneten hatte sich den 72 Kommunisten angeschlossen, die praktisch die einzige offene und unbelehrbare Opposition bildeten. Georges Bonnet ist in voller Übereinstimmung mit seinem Botschafter in Berlin, André François-Poncet, bereit, Besprechungen mit Deutschland zur Abfassung einer deutsch-französischen Erklärung, analog der deutsch-englischen, die Chamberlain mit Hitler vor dem Verlassen Münchens unterschrieben hatte, aufzunehmen.

Hitler ging aus der Krise zwar noch stärker hervor, doch verbargen gewisse Extremisten nicht ihre Enttäuschung und glaubten, für Deutschland sei eine Gelegenheit versäumt worden, die Frage Zentraleuropas und des europäischen Ostens unter vorteilhaften Bedingungen zu regeln. Anscheinend haben diese Kritiker es nicht unterlassen, den Führer zu beeinflussen, so dass Hitler sich schliesslich fragte, ob er nicht – um einen von Georges Bonnet in «Fin d'une Europe» gebrauchten Ausdruck zu zitieren – «geprellt» worden sei. Denn die Kriegshetzer beruhigten sich nicht. Sie fühlten sich gewaltig gestärkt.

«Wie *Pius XI»*, notiert Marcel Baumont, *«Roosevelt nicht verhehlte, dass er diese Kapitulation missbilligt.» (24)*

Der Präsident der Vereinigten Staaten musste dafür empfänglich sein, weil die Verträge ohne seine Teilnahme vereinbart und unterzeichnet worden waren, und seine Enttäuschung vereinigte sich mit dem Verdruss Sowjetrusslands in der bitteren Feststellung, dass Europa seine eigenen Angelegenheiten allein geregelt hatte.

Chamberlains Schwierigkeiten

In England jedoch trat die Opposition am aktivsten und geräuschvollsten zutage. Chamberlain hatte einen Teil des Foreign Office gegen sich. Seit dem Ausscheiden Edens hatte dort Sir

24) Baumont: «La Faillite de la Paix», Bd. II, S. 830.

Robert Vansittard offen die Führung der Kriegstreiberclique übernommen, die ihre Agenten auch in den von England im Auslande unterhaltenen Botschaften besass. In seinem «Journal» verzeichnet Graf Szembek unter dem 27. September 1938, also noch während der Krise, die Unterredung, die er mit Mr. Kennard hatte, der Grossbritannien in Warschau vertrat:

> *«Im Voraus bemerkend, dass er nur als Privatmann spreche»,* schreibt Szembek, *«liess er sich in heftiger Form und beleidigenden Ausdrücken über Deutschland, Hitler und Mussolini aus, ohne seinen Nerven auch nur den geringsten Zwang aufzuerlegen»* (25)

Ein von der Kriegstreiberhysterie befallener britischer Diplomat scheute sich nicht, ein so betrübliches Beispiel zu bieten. Der gleiche Geisteszustand herrschte in gewissen Londoner Kreisen. Bei seiner Rückkehr von München erhielt Chamberlain den Rücktritt Duff Coopers, des Ersten Lords der Admiralität, der erklärt, dass *«die Bedingungen des Diktats ihn anwidern».* Churchill greift Chamberlain an und beschuldigt ihn, *«Die Schande gewählt zu haben, um darauf den Krieg zziwege zu bringen».*

Man rät Chamberlain, Eden zurückzurufen. Diese Situation musste natürlich Hitlers Aufmerksamkeit und Beunruhigung erregen. Bei einer Rede in Saarbrücken erklärte dieser:

> *«Wir hatten (in München) mit Staatsmännern zu tun, die den Frieden wollten, aber diese Regierungssysteme können infolge ihrer Konstruktion jeden Augenblick durch andere ersetzt werden. Nach Chamberlain kann Duff Cooper oder Churchill kommen und wir wissen, dass ein Weltkrieg beginnen kann.»*

Und er schloss:

> *«Wir sind bereit, unsere Beziehungen zu England besser zu gestalten, aber es wäre gut, wenn England schnellstens gewisse Gewohnheiten, die noch aus der Vergangenheit stammen, ablegte. Wir brauchen keine englische Gouvernante.»*

Georges Champeaux, der diese Erklärungen in «La Croisade des Démocraties» zitiert, bemerkt richtig:

> *«Die «gemeinsame Erklärung» hat keine zehn Tage bestanden, dann ist sie vergessen. Duff Cooper ist sein Schlag gelungen.»* (26)

Aber auch andere Einflüsse wirkten auf Chamberlain ein. Mr. Oswald Pirow, der ehemalige Verteidigungsminister der Südafrikanischen Union, war von seiner Regierung mit einer Mission

---

25) Szembek: «Journal», S. 341.

26) Champeaux: «La Croisade des Démocraties», Bd. II, S. 305.

betraut worden, die die Wiederaufnahme persönlicher Beziehungen zwischen Hitler und Chamberlain erleichtern sollte. Die südafrikanische Regierung, und besonders General Smuts, stellten nicht ohne Besorgnis fest, dass die Münchener Atmosphäre nicht mehr vorhanden war, und dass es unerlässlich sei, neue Verhältnisse zur Fortsetzung einer Politik zu schaffen, die sich für den Frieden als vorteilhaft erwiesen hatte. In einem im Aprilheft 1952 von «Nation Europa» veröffentlichten Artikel berichtet Oswald Pirow über die Unterredungen, die er mit Chamberlain und Hitler im November 1938 hatte. Bei beiden fand er freundliche Aufnahme und auch guten Willen, aber als er von Berlin zurückkam, fand er Chamberlain von den Schritten, die in der Zwischenzeit bei ihm unternommen worden waren, derart beeindruckt, dass er nicht wagte, seine Absichten weiter zu verfolgen. Von diesen Schritten erwähnt Pirow den Besuch der Lady Reading, der Witwe des einstigen Vizekönigs von Indien. Diese zügellose Zionistin erklärte Chamberlain ganz unmissverständlich, dass sie nur zufrieden wäre, wenn an Deutschland der Krieg erklärt» würde, nur um ihre Rassegenossen zu rächen.

Die City wird kriegslüstern

Daneben übte auch die Geschäftswelt, die allmächtige City, einen nicht weniger starken Druck auf Chamberlain aus. Eines der grossen Verdienste von Georges Champeaux besteht in der Feststellung, dass der Einfluss der City auf die Politik Englands während der Krisen im September 1938 und August 1939 entscheidend war. Chamberlain konnte seine Politik im September 1938 zum Guten wenden, weil die City in diesem Augenblick keinen Krieg wollte. Kurz nach München aber wurden die Wirtschafts- und Finanzkreise Grossbritanniens durch den Erfolg der Mission des Reichs Wirtschaftsministers, Walter Funk, aufgeschreckt, als es diesem gelungen war, in der ersten Oktoberwoche bedeutende Wirtschaftsverträge mit Jugoslawien, der Türkei und Bulgarien abzuschliessen. Andererseits hatten sich die Japaner am 22. Oktober der Stadt Kanton und am 25. der Stadt Hankau bemächtigt, wodurch es ihnen gelungen war, Hongkong vom chinesischen Festland abzuschnüren. Angesichts dieser Drohungen machte sich R. S. Stokes, Mitglied des Kronrats und Departementssekretär für den Überseehandel, zum Dolmetsch der Beunruhigung der Finanzkreise. Am 30. November 1938 erklärte er im Unterhaus:

«Die Frage, um die es sich handelt, betrifft das weitaus grössere Problem, wie es möglich sein wird, der neuen Form der deutschen Konkurrenz in der ganzen Welt entgegenzutreten».

England stand wieder vor der Situation, die schon einmal so schwerwiegend war, dass sie für England den Anlass gab, den Krieg von 1914 zu führen. Alle Ereignisse wurden dazu eingespannt, eine Meinungsänderung bei denjenigen Kreisen und Leuten herbeizuführen, die bisher für eine Friedenspolitik waren. Am 7. November ermordete der jugendliche Israelit Grvnszpan den Botschaftsrat Ernst vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris.

Dieses Verbrechen rief Kundgebungen in Deutschland hervor und veranlasste die Reichsregierung zu Strafmassnahmen gegen die Juden. Massnahmen, die ihrerseits wieder dem von den Juden der ganzen Welt eingeleiteten und geführten Kampf gegen das nationalsozialistische Regime neue Nahrung gaben. Andererseits hatte Hitler in einer am 8. November in München gehaltenen Rede die Frage der einstigen deutschen Kolonien aufgeworfen. Am 15. November kam König Carol von Rumänien, der durch sein Privatleben in die Hände der jüdischen Finanz geraten war, mit dem Anerbieten nach London, die wirtschaftliche Expansion Deutschlands in Osteuropa zu bekämpfen. Am 10. Dezember schliesslich unterzeichnet die mexikanische Regierung mit Berlin ein Handelsabkommen, das Deutschland gestattet, si3rim Laufe des Jahres 1939 für 17 Millionen Dollar Erdöl liefern zu lassen?' Alle diese Geschehnisse tragen dazu bei, die Schwenkung der City zu beschleunigen. Chamberlain versucht, diese Entfesselung von Leidenschaften und den Druck der Finanzkreise zu bekämpfen, muss sich aber geschlagen geben und fühlt nicht mehr die Kraft in sich, so zahlreichen und mächtigen Gegnern die Stirn zu bieten.

In diesen fieberschwangeren Wochen des November 1938 veranlassten die leitenden Kreise Londons die zum Kriege führende Wendung in England und beschlossen, den Krieg gegen einen Feind zu führen, der den britischen Handel an seinem Lebensnerv bedrohte. Die Politik unbeugsamer Festigkeit, die angesichts der internationalen Lage keinen anderen Ausweg als den Krieg haben konnte, wurde damals beschlossen. Sie wartete nur noch auf eine Gelegenheit, sich in hellem Lichte zu zeigen; Polen sollte sie der Regierung in London liefern.

Die Danzigfrage

Unmittelbar nach München empfand die polnische Politik ein gewisses Unbehagen. Graf Szembek berichtet über eine Unterredung, die er am 30. September mit dem Obersten Beck hatte, und in deren Verlauf letzterer seine Verstimmung darüber bekundete, dass Polen in München nicht zugezogen worden war, und dass andererseits die Tschechoslowakei den Forderungen noch nicht entsprochen hätte, die Polen ihr am 27. September zu verstehen gegeben hatte. Entsprechend den Ratschlägen Englands und Frankreichs nahm jedoch die Prager Regierung die Bedingungen Warschaus an, und am 2. Oktober überschritten polnische Truppen die Olza und besetzten damit ein Gebiet von 1‘000 qkm, das von 230‘000 Einwohnern, grösstenteils Polen, aber auch deutschen Elementen darunter, bewohnt war.

Die polnischen Nationalisten, die einer Verständigungspolitik mit Deutschland entschieden widersprachen und Anhänger in der Armee, hauptsächlich aber im Innenministerium besassen, benutzten die Lage, um sich gegenüber den Deutschen in Schikanen zu ergehen, die in dem neu besetzten Gebiet wohnten. Der Botschafter des Reichs in Warschau machte sich zum Sprecher der Proteste der deutschen Regierung gegen gewisse diskriminierende Massnahmen; aber diese Tatsachen änderten die Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht merklich. Übrigens tauchten in Berlin wie in Warschau bedeutsamere Fragen auf. Es war die Danzigfrage, die auf die Verträge von 1919 zurückging und die der Ukraine, die als Folge der im Münchener Übereinkommen und der Wiener Konferenz vorgesehenen Gebietsveränderungen an die erste Stelle traten. Denn dem Beispiel Deutschlands und Polens folgend, wünschte auch Ungarn, seine Rechte auf diejenigen ungarischen Gebietsteile und Einwohner geltend zu machen, die der Vertrag von Trianon der Tschechoslowakei zugesprochen hatte. Die Forderungen Budapests waren offiziell am 1. Oktober vorgetragen worden und am 9. Begannen Verhandlungen zu ihrem Studium zwischen Vertretern Ungarns und der Prager Regierung.

Über die auf slowakischem Gebiet lebende ungarische Bevölkerung konnte eine Verständigung rasch erzielt werden. Offen blieb aber die Frage des am Fusse der Karpathen liegenden ehemals russischen Gebietes, das grösstenteils von Ukrainern bewohnt war. Polen hatte fortlaufend Schwierigkeiten mit seiner starken ukrainischen Minderheit gehabt und kein Interesse an

der Schaffung einer Heimstätte im subkarpathischen Russland, die die alte Irredenta der Ukrainer Galiziens genährt und angefeuert hätte. Um dieser Gefahr zu begegnen sowie in Erwägung der guten zwischen Ungarn und Polen bestehenden Beziehungen, wünschte Oberst Beck, durch den Anschluss des ganzen subkarpathischen Russlands an Ungarn eine gemeinsame Grenze zwischen beiden Staaten zu schaffen.

Diese Politik stiess auf den Wunsch Deutschlands, eine offene Tür nach Russland zu behalten. Hitler hatte seine Absichten nie verhehlt; Absichten, welche die polnische Regierung umso besser kannte, als kurz nach dem Abschluss des deutsch-polnischen Vertrags von 1934 Göring ~In «Warschau einen gemeinsamerT Marsch auf Moskau vorgeschlagen hatte. Hitler hielt den Abschluss eines vorläufigen Vertrags mit Polen für unerlässlich, denn um die sowjetische Ukraine zu erreichen, führte der kürzeste Weg durch das polnische Galizien. Es wäre für die deutsche Politik ein grosser Nachteil gewesen, wenn das galizische Hindernis durch einen subkarpathischen Riegel verstärkt worden wäre.

Eine Klarstellung zwischen Berlin und Warschau wurde also unentbehrlich; um den Versuch zu einer Abstimmung der Politik beider Länder zu machen, bat Ribbentrop den Botschafter Lioski geheim nach Berchtesgaden. Die Unterredung fand am 24. Oktober statt. Im Verlauf dieser Unterhaltung, so berichtet Szembek,

> schnitt Ribbentrop «die *Danzigfrage an, ohne zu verhehlen, dass er auf die Annektion der freien Stadt durch das Reich abziele, wobei er unsere wirtschaftlichen Rechte garantieren wolle»* [27]

Ausserdem verlangte Ribbentrop für Deutschland zur Erleichterung der Verbindungen Ostpreussens mit dem übrigen Reich die Exterritorialitätszusage für den Bau einer Autobahn und einer Eisenbahn auf polnischem Gebiet.

Lipski dagegen bestand auf dem Wunsche Polens, eine gemeinsame Grenze mit Ungarn zu erhalten. In seinem Bericht an Szembek vom 29. Oktober über diese Unterredung, sprach sich Lipski *«in recht pessimistischer Form aus».* Immerhin ist es derselbe Lipski, der fünf Wochen vorher, am 20. September 1938, Hitler bei einer Unterredung zum Abschluss eines Vertrages zur Regelung der Danzigfrage veranlassen wollte. Wie Baumout erwähnt, bestand Hitlers Antwort in der Formulierung eines Planes, «von *dem Beck schon seit 1935 unterrichtet sei, der die*

---

27) Szembek: «Journal», S. 366.

Schaffung eines «Korridors im Korridor» mit einem daneben liegenden Schienenstrang in einer Breite von 30 Metern als exterritoriale Zone vorsah». ([28]) —

Der in Berchtesgaden gemachte Vorschlag war also nicht besonders ungewöhnlich, wie Ribbentrop andererseits seine Wünsche auch in «einer sehr freundlichen Form» ausgesprochen hatte.

Der deutsch-italienische Schiedsspruch und die ukrainische Bewegung

Wie dem auch sei, seit dieser Unterredung in Berchtesgaden musste das Studium der Danzigfrage parallel mit der Suche nach einer Lösung der subkarpathischen Frage laufen. Nach Verhandlungen, die sich mehrere Wochen hinzogen, mussten Polen und Ungarn am 31. Oktober den Vorschlag annehmen, den ihnen ein deutsch-italienischer Schiedsspruch machte. Der in Wien am 2. November gefällte Spruch gestand den Ungarn 10'000 von den geforderten 14'700 qkm zu. Aus dem Territorium der Slowakei erhielten sie den grössten Teil dessen zurück, das sie als ihnen zustehend betrachteten; vom subkarpathischen Russland jedoch nur die Gebiete um Ungvar und Munkacs, so dass ihnen der Gebirgsteil nebst der Hoffnung auf eine gemeinsame Grenze mit Polen entging.

So musste der Schiedsspruch von Wien eine gewisse Bitterkeit in Budapest, vor allem aber in Warschau, auslösen. Und dies umso mehr, als durch die Ergebnisse des Wiener Spruches ermutigt, der dem verbleibenden Teil des subkarpathischen Russland die Autonomie unter dem Namen subkarpathisches Ruthenien zuerkannte, die ukrainischen Elemente in Bewegung gerieten und sich in Chust, der Hauptstadt des neuen autonomen Landes, eine Partei nationalsozialistischer Tendenz bildete, die die Unterstützung gewisser deutscher Dienststellen genoss.

Wie zu erwarten war, riefen diese Ereignisse einen Wiederausbruch der irredentistischen Propaganda bei der ukrainischen Bevölkerung des polnischen Galiziens hervor. Es war also keine Überraschung, dass die Befürworter des Krieges diese Situation zu dem Versuche ausnutzten, die deutsch-polnischen Beziehungen zu vergiften. Georges Champeaux bringt uns Auszüge aus einem Bericht, in welchem Graf Potocki, Polens Botschafter in Washing-

28) Baumont: «La Faillite de la Paix», Bd. II, S. 885.

ton, über eine Unterhaltung berichtet, die er am 19. November 1938 mit dem Botschafter Bullitt hatte, der die Vereinigten Staaten in Paris vertrat und sich in Urlaub in seinem Heimatlande befand. Bullitt wies mit Nachdruck auf die Gefahren hin, die die ukrainische Politik Deutschlands für Polen mit sich bringe.

> «Eine *solche Ukraine wäre natürlich sehr gefährlich für Sie»,* erklärte er, «denn *sie würde Ihren Einfluss auf die Ukrainer im östlichen Teil von Kleinpolen unmittelbar geltend machen.» (29)*

Oberst Beck war nur zu sehr geneigt, solchen Ratschlägen zu folgen. Am 26. November, also nur wenige Tage nach der Unterhaltung Potocki-Bullitt bestätigte ein gleichzeitig in Warschau und Moskau veröffentlichtes amtliches Kommuniqué den zwischen beiden Ländern bestehenden Nichtangriffspakt. Das Ziel der Kriegshetzer war erreicht, denn nach Lage der Dinge konnte diese Tatsache Deutschland nur verstimmen. Und dennoch notiert Graf Szembek unter dem 17. November 1938, dass Hitler in einer Unterredung mit dem japanischen Botschafter in Berlin,

> *«sehr stark die Notwendigkeit unterstrichen hat, freundschaftliche Beziehungen zu Polen aufrechtzuerhalten, und dass er sagte, das ukrainische Problem müsste von Deutschland im Einvernehmen mit Polen und Rumänien geregelt werden.» (30)*

Diese Absichten Deutschlands wurden noch durch weitere Erklärungen des japanischen Botschafters in Berlin bestätigt, die sein Warschauer Kollege dem Grafen Szembek übermittelte, der sie unter dem 2. Dezember 1938 eintrug. Der japanische Diplomat präzisierte sie folgendermassen: *«die Deutschen wissen ganz genau, dass ihr ukrainischer Plan nur verwirklicht werden kann, wenn Polen sich auf ihre Seite stellt.»* Infolgedessen hält der japanische Botschafter eingehende Unterhaltungen für *«wünschenswert und unvermeidlich»* und glaubt, dass sie *«den Deutschen die Möglichkeit geben, zu beweisen, dass sie keinerlei feindliche Absichten gegenüber Polen haben.» (31)*

Andererseits waren nach der Begegnung Ribbentrop-Lipski am 24. Oktober Verhandlungen über die Danzigfrage eröffnet worden. Die Polen weigern sich, die deutschen Forderungen anzunehmen, und am 19. November erklärt Lipski Ribbentrop, dass alle weiteren Schritte in Bezug auf die Eingliederung Danzigs

---

29) Champeaux: «La Croisade des Démocraties», Bd. II, S. 353.

30) Szembek: «Journal», S. 375.

31) Szembek: «Journal», S. 400.

einen sehr ernsten Konflikt nach sich ziehen würden. Es scheint jedoch nicht, dass die Regierung in Warschau wirklich daran denkt, jedem Vergleich die Tür zu verschliessen. Am 22. November erklärt Lipski selbst dem Grafen Szembek:

«Unsere Stellung in Berlin hat sich erneut durch die Tatsache gebessert, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Westen schlechter geworden sind» (infolge der antijüdischen Kundgebungen, deren Schauplatz Deutschland war). ([32]) In Bezug auf Oberst Beck notiert Graf Szembek am 6. Dezember, «er *hat sich nicht von Vornherein dem Gedanken einer Autobahn verschlossen, jedoch herausgestellt, dass es nicht in Frage käme, dieser eine Exterritorialität zuzuerkennen, wie dies bei der Autobahn von Breslau nach Wien über tschechisches Gebiet der Fall sei. Dagegen könnte man ein von Zollabgaben befreites Transitsystem ins Auge fassen» ([33])*

Am anderen Tage diktiert Beck im Beisein von Szembek Instruktionen an Lipski, deren Inhalt Szembek folgendermassen kurz zusammenfasst: *«Beck stellte fest, dass die Grundsätze des Übereinkommens von 1934 die Prüfung durch die jüngsten Ereignisse bestanden hätten. Nichtsdestoweniger sind neuerdings Missverständnisse zwischen uns und den Deutschen entstanden, sie müssen durch unmittelbare Fühlungnahme zwischen Beck und Ribbentrop geklärt und bereinigt werden.»*

Lipski soll also Ribbentrop einladen, nach Warschau zu kommen. Bis dahin *«kann Lipski sich der Autobahn gewogen zeigen, bei offiziöser Unterhaltung mit Ribbentrop aber zu verstehen geben, dass diese Frage in keinem Zusammenhang mit der Angelegenheit Danzig stehen dürfe.» ([34])*

Die deutsch-französische Erklärung

Während des Monats November fanden deutsch-französische Unterhandlungen mit wechselndem Erfolg über eine gemeinsame Erklärung statt. Wie Lipski gemeldet hatte, waren die Folgen der Ermordung des Botschaftsrats vom Rath von den Gegnern jeglicher Verständigungspolitik weitgehend ausgebeutet worden. Trotzdem wurde, nachdem eine Einigung über den Text erzielt worden war, vorgesehen, dass die Unterschriften zwischen dem

32) Szembek: «Journal», S. 379.

33) Szembek: «Journal». S. 383.

34) Szembek: «Journal», S. 385.

28. November und dem 3. Dezember ausgetauscht werden sollten. Zwei Vorkommnisse zogen jedoch Ribbentrops Ankunft in Paris hinaus. In der Vorausschau auf diese Reise hatten die Kommunisten für den 30. November einen Generalstreik organisiert. Und am gleichen Tage spielte sich in Rom in der Abgeordnetenkammer eine unzeitgemässe Kundgebung ab. Während der Rede des Aussenministers hatte eine bestimmte Zahl von Abgeordneten gerufen: *«Nizza, Korsika, Tunesien».* Übrigens hat es den Anschein, als sei diese Kundgebung in Berlin wie in Paris als ungelegen gefunden worden, aber sie schuf ein wenig günstiges Klima.

Trotz allem fand die Unterzeichnung der deutsch-französischen Erklärung, die unter anderem auch einen feierlichen Verzicht seitens des Reiches auf jeden Anspruch auf Elsass und Lothringen enthielt, am 6. Dezember ohne jeden Zwischenfall statt. Mehr noch, Georges Bonnet berichtet folgendes Vorkommnis, das den unnatürlichen und oberflächlichen Charakter der von den Kommunisten und ihren Verbündeten geführten Kriegstreiberfeldzügen beweist:

> *«Bei der Rückreise musste der Zug, der Ribbentrop nach Berlin brachte, in der Nähe von Creil an einer Stelle halten, an welcher eine grosse Zahl von Arbeitern dieses Gebietes tätig war. Diese erkannten den amtlichen Wagen und applaudierten dem Minister, der soeben die deutsch-französische Erklärung unterzeichnet hatte.» (35)*

Am Jahresende war die Lage alles andere als rettungslos verfahren. Maurice Baumont meint, dass *«Hitler, obgleich von masslosem Ehrgeiz beherrscht, seine Politik anfangs 1939 doch nicht eingestellt hat».* (36) Graf Szembek erklärt einem Besucher am 29. November, er sei *«keineswegs überzeugt, dass ein Krieg zwischen Deutschland und dem Westen unvermeidlich wäre». (37)* Die Unterzeichnung der deutsch-französischen Erklärung am 6. Dezember, die Instruktionen, die Oberst Beck, wie wir wissen, an Lipski gab, scheinen diese relativ optimistische Einschätzung der Lage zu bestätigen, und das umso mehr, als Mussolini bei einer Unterredung mit dem neu ernannten Botschafter Frankreichs in Rom, François-Poncet, diesem nach Aussage des Grafen Szembek dargelegt haben soll, dass er stets ein Verteidiger der

35) Bonnet: «Fin d'un Europa», S. 41

36) Baumont: «La Faillite de la Paix», Bd. II, S. 837.

37) Szembek: «Journal», S. 382.

Politik des Viererpaktes war, zu welchem aber Polen als fünfter Teilnehmer zugelassen werden sollte. ([38]) Trotzdem gaben die Anhänger des Krieges gegen den Faschismus, die Kreuzfahrer der Demokratie, nicht auf. Es fehlte ihnen nicht an Aufmunterungen, hauptsächlich die Versteifung der britischen Politik als Folge der Schwenkung der City, von der weiter oben bereits die Rede war. Wenn sich Europa auch noch abwartend verhält, so wissen die Verschwörer doch gut, dass in London die Positionen schon bezogen sind, und dass es den Kriegshetzern gelungen ist, ihre Ansichten der Regierung vorzuschreiben.

38) Szembek: «Journal», S. 385.

III

Die Frage wird gestellt

Von Herrn Burckhardt, dem Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig, hatte Beck erfahren, dass Hitler ihn nach den Weihnachtsfeiertagen zu treffen wünsche. Er hatte im Prinzip zugestimmt, und da er seine Ferien zum Jahresende in Monaco verbrachte, erhielt er dort die formelle Einladung, am 5. Januar 1939 nach Berchtesgaden zu kommen. Er tat dies, ohne über Paris zu reisen oder sich vorher mit der französischen Regierung zu besprechen. Die Unterredung fand im Beisein von Ribbentrop, der Botschafter Lipski und von Moltke sowie des Direktors im Kabinett Beck, Michel Lubienski, statt. Graf Szembek berichtet über die lange Unterredung, die er am 8. Januar mit Lipski hatte, wobei dieser einen genauen Bericht über die Vorgänge erstattete. Hitler hatte erklärt, dass:

«die Übereinstimmung der Interessen von Deutschland und Polen in Bezug auf Russland nach seiner Meinung vollständig sei.»

Demzufolge «sei ein *starkes Polen für Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit»,* denn, so erläuterte der Führer, *«jede gegen Sowjetrussland eingesetzte polnische Division erspare eine deutsche. Dann hat er festgestellt, dass er sich für die Ukraine nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus interessiere, aber kein politisches Interesse habe».* Sodann erläutert der Kanzler seine Politik im Wiener Schiedsspruch und kritisiert die Passivität, die Ungarn anlässlich der tschechoslowakischen Angelegenheit an den Tag gelegt hatte. Und – immer nach den Worten von Lipski –fährt Szembek folgendermassen fort: *«Alsdann zu den Dingen um Danzig übergehend, hat Hitler gesagt, die ganze Schwierigkeit bestünde darin, dass diese Stadt deutsch sei und hat dabei ganz klar angedeutet, dass Danzig eines Tages zum Reich zurückkehren müsse.»*

«Er hat indessen bestätigt, dass dies nirgendwie Polens Rechte einschränke und versichert, dass das Reich jedenfalls Polen niemals vor vollendete Tatsachen stellen werde. Er hat bemerkt, dass man nach seiner Meinung auf dem Wege der Verständigung

einen Ausweg aus der Lage finden und in irgendeiner Form die Garantie der Interessen Polens wie derjenigen Deutschlands festlegen könne. Gelänge es, eine solche Verständigung herbeizuführen, so könne man alle Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern vollständig und endgültig bereinigen und aus der Welt schaffen»

«Er hat hervorgehoben, dass er bereit sei, unter diesen Voraussetzungen eine Erklärung abzugeben, die jener gleiche, die er Frankreich in Bezug auf Elsass und Lothringen sowie Italien wegen des Brenner gegeben hätte. Schliesslich lenkte er, ohne besonders eindringlich zu werden, Becks Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer grösseren Beschleunigung für die Verbindung zwischen Deutschland und Ostpreussen.»

«Beck hat ihm mit grossem Ernst erwidert, dass das, was er in bezug auf Danzig gesagt hätte, die Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern allerdings nicht beseitige; dass er persönlich ganz allgemein keinen Ausgleich für die Angelegenheit Danzig sähe, dass die gesamte polnische Meinung in diesem Punkte besonders empfindlich sei, und dass dies nicht nur auf diejenigen Leute zutreffe, die in den Cafés von Warschau Politik machten, sondern auch auf die sozial tief erstehenden Schichten der polnischen Bevölkerung.» (39)

Am gleichen Tage berichtete Lubienski, der an der Unterredung in Berchtesgaden ebenfalls teilgenommen hatte, dass Beck beim Weggang von einer Unterredung, die er nach seinem Empfang bei Hitler noch mit Ribbentrop in München hatte, *«wütend auf die Deutschen und bereit war, unsere Beziehungen zu England und Frankreich enger zu gestalten».* (40) Diese geistige Bereitschaft Becks wird durch eine Unterhaltung bestätigt, die er am 10. Januar mit dem Grafen Szembek hatte. Letzterer notiert darüber in seinem Tagebuch:

«Er hat mir im Einzelnen seine Unterredungen in Berchtesgaden und München erzählt. Er hat seine Besprechung mit Hitler durch eine Unterredung mit Ribbentrop vervollständigt und diesen gebeten, dem Kanzler zu wiederholen, wenn er (Beck) nach allen seinen Kontakten mit deutschen Staatsmännern noch ein Gefühl von Optimismus gehabt hätte, so hätte heute dagegen der Pessimismus sich seiner zum ersten Male bemächtigt. Vor allem sieht Beck hinsichtlich der Danziger Fragen, wie sie

---

39) Szembek: «Journal», S. 405-406.

40) Szembek: «Journal», S. 407.

von Hitler vorgebracht wurden, keine Verständigungsmöglichkeiten irgendwelcher Art.» [41]

Oberst Beck laviert

Während Oberst Beck in solcher Form bei Unterhaltungen mit seinen Mitarbeitern sprach, nahm er in seinen Beziehungen zum Botschafter Frankreichs in Warschau, Léon Noël, eine ganz andere Haltung ein. Letzterer war von Oberst Beck nach seiner Rückkehr von Berchtesgaden empfangen worden und telegraphierte am 12. Januar nach Paris:

«Herr Beck hat den Kanzler ruhig gefunden; er sprach nach seiner Gewohnheit zwar viel, aber seine Worte gut abwägend und keineswegs in jenem fiebrigen Zustand, in welchem er ihn zu sehen einmal Gelegenheit hatte. Es scheint nicht, hat mir Beck gesagt, dass Hitler zur Zeit einen weitreichenden Plan für eine baldige Verwirklichung erwägt; er machte nicht den Eindruck eines Mannes auf mich, der sich anschickt, gegen irgendwen zu einem Kreuzzuge anzutreten . . . [42]

«Wegen Danzig sagte mir Beck, er glaube nicht, dass Deutschland sich darauf vorbereite, in dieser Richtung demnächst zu handeln; für den Augenblick glaube er an die Aufrechterhaltung des status quo, und dass der Brief, den Greiser erst jüngst an Herrn Burckhardt gerichtet hatte, ihn in dieser Überzeugung bestärke»

«Er drängte wieder einmal bei mir wie bei meinem englischen Kollegen darauf, dass in Genf keine endgültige Entscheidung getroffen werde und erneuerte dabei sein formelles Versprechen, die Mitglieder des Dreierausschusses zur gegebenen Zeit vorher zu unterrichten, falls- Polen bereit sei, sich mit Deutschland zu verständigen, um den derzeitigen Stand der Dinge zu ändern» [43]

Überdies stellte sich Lipski in einer Unterredung mit dem Botschafter Frankreichs in Berlin auf den gleichen Standpunkt. Letzterer gab den Inhalt in einem Telegramm vom 14. Januar an den Quai d'Orsay folgendermassen wieder:

«Kurz gesagt, so folgerte ich, eine zufriedenstellende Unterhaltung, vielleicht mit einer Reserve hinsichtlich Danzigs. Ja, hat mir Lipski entgegnet. Und auch über diesen letzteren Punkt

41) Szembek: «Journal», S. 407.

42) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 120.

43) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 121.

gehen unser ere Konzessionen nicht über die völlige Handlungsfreiheit hinaus, die dieser Stadt gelassen wird, um sich nach den Grundsätzen des Nationalsozialismus zu verwalten, ohne dass, zumindest vorläufig, an den internationalen Status gerührt wird; aus der Unterredung ist übrigens hervor gegangen, dass man sich nach einem deutsch-polnischen Vertrag orientieren könne, falls dieser status quo eines Tages streitig würde»

Dann fügte der Botschafter hinzu:

«Ich bin nicht sicher, ob diese Orientierung schon jetzt vorgenommen wird» (44)

Welchem Umstand muss diese offizielle Haltung der polnischen Regierung zugeschrieben werden, die so wenig mit ihrer wirklichen Meinung bei der Zusammenkunft in Berchtesgaden übereinstimmt? Muss man in ihr den Beweis für ein Doppelspiel seitens des Obersten Beck sehen, einen Wunsch, zwischen Berlin einerseits und Paris wie London andererseits zu lavieren, oder war er darauf bedacht, aus Eigenliebe das Gesicht zu wahren? Auf jeden Fall kann man nichts anders, als diese widerspruchsvolle Haltung zur Kenntnis zu nehmen.

Ribbentrop in Warschau

Wie dem auch sei, wenn Oberst Beck beunruhigt war, so fasste er die Lage doch nicht tragisch auf. Und eine amtliche Bekanntmachung der polnischen Regierung kündigte um Mitte Januar an, dass Ribbentrop zu einem Besuche in Warschau offiziell eingeladen worden sei. Er traf am 25. Januar ein und hatte in der polnischen Hauptstadt lange Besprechungen. Oberst Beck gab seine Eindrücke an den Grafen Szembek weiter, der sie am 1. Februar 1939 mit folgenden Worten niederschrieb:

«Der Minister hält es für gut, dass er (Ribbentrop) nach Warschau gekommen ist . . . Die Besprechungen, namentlich diejenigen über Danzig, haben allerdings zu keinen besonders günstigen Ergebnissen geführt, aber trotzdem hat Ribbentrop von der Grenze ein sehr liebenswürdiges Telegramm geschickt und Hitler in seiner Rede Polen mit sympathischen Worten erwähnt, was Beck nicht erwartet hatte. Dies ist der beste Beweis, dass dieser Besuch ein glückliches Ereignis war» (45)

---

44) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 122.

45) Szembek: «Journal», S. 413.

Nach Erwähnung des Meinungsaustausches über Sowjetrussland, das Problem der Ukraine und die Herstellung einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze fährt Szembek fort:

«Beck hat in kategorischer Form die deutsche Forderung nach einer exterritorialen Autobahn abgelehnt und dabei gesagt, wir wären keine Tschechen. Dagegen hat er sich bereit erklärt, Gespräche über die Erleichterung der Durchfahrt durch Pommerellen aufzunehmen. Dann hat er Ribbentrop gesagt, dass wir in bezug auf Danzig keine Konzessionen machen könnten, denn es sei uns unmöglich, auf so konkrete Rechte im Austausch gegen einfache Erklärungen zu verzichten.»

Der einzige Punkt, über den sich beide Minister in der Danzigfrage einig waren, betraf den Fall, dass der Völkerbund, wie verlautete, sich aus Danzig zurückziehen wolle. Es sollte:

«Innerhalb von vierundzwanzig Stunden eine gemeinsame deutsch-polnische Erklärung des Inhalts veröffentlicht werden, dass der bestehende Status so lange in Kraft bleiben werde, bis die Danzigfrage auf andere Art geregelt worden sei.» (46)

Deutschland und Polen bleiben demnach bei ihren Auffassungen. Wenn die Situation zwischen beiden Ländern auch schwierig ist, so ist sie keineswegs hoffnungslos. Beweis dafür ist, dass Graf Szembek mehr als einen Monat später, nach einer Unterhaltung mit Oberst Beck, Wert auf die Feststellung legt:

«Unser Minister misst der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Berlin grössten Wert bei. Alle in der Welt verbreiteten gegenteiligen Nachrichten sind nur Geschwätz.» (47)

Diese Stellungnahme ist umso bedeutungsvoller, als wenige Tage vorher, am 24. und 25. Februar, heftige antideutsche Kundgebungen in Warschau anlässlich des Besuches des Grafen Ciano stattgefunden hatten.

---

46) Szembek: «Journal», S. 414-415.

47) Szembek: «Journal», S. 426.

IV

Die englische Kriegshetze gewinnt an Boden

Die Besetzung Böhmens und Mährens

Mittlerweile fand am 15. März die Besetzung Prags statt. Seit München hatten sich die Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken, die seit der Schaffung der Tschechoslowakei stets schlecht gewesen waren, derart verschlimmert, dass ein Bruch zwischen Prag und Pressburg immer unvermeidlicher wurde. So ist es ganz natürlich, dass die Slowaken und ihre Führer, Monsignore Tiso und Professor Tuka, der wegen seiner Opposition gegenüber den Tschechen lange Jahre im Gefängnis war, einen Halt an Deutschland suchten. Am 9. März setzt die Regierung in Prag vier slowakische Minister ab, darunter Monsignore Tiso. Letzterer wird nach Berlin gerufen und vergewissert sich, dass Deutschland ihn unterstützen wird, falls die Slowakei sich unabhängig macht. Am folgenden Tag erklärt also der Landtag in Pressburg die Unabhängigkeit der Slowakei unter dem Schutze des Reiches. Am gleichen Tage, dem 14. März, wird Präsident Hacha nach Berlin gerufen, wo Hitler ihm bedeutet, dass er beschlossen hat, Böhmen und Mähren zu besetzen und Hacha kann nur eine Urkunde unterzeichnen, in welcher er erklärt, das Schicksal seines Landes «mit vollem Vertrauen» in die Hände des Reichs zu legen. Die Besetzung wird sofort ohne Störung und Blutvergiessen vollzogen und noch am Abend des 15. März ist Hitler in Prag, wo er das Dekret unterschreibt, das Böhmen und Mähren in das Reich eingliedert. Gleichzeitig besetzt Ungarn Ruthenien und errichtet eine gemeinsame Grenze mit Polen.

Die Aufregung in Europa und der Welt ist gross. Marcel Baumont bemerkt: *«Trotz der feierlichen Versicherungen werden auj diese Weise ein nichtdeutsches Gebiet und Volk von Deutschland annektiert»* [48]

48) Baumont: «La Faillite de la Paix», Bd. II, S. 843.

Polens Zögern

Die Lage vom September 1938 ist in ihr Gegenteil verkehrt. Das Reich war nicht mehr berechtigt, sich auf die Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu berufen und lieferte damit der antideutschen Propaganda und Kriegstreiberei ein schlagkräftiges Beweismittel. Die Befriedigung Polens, nun eine gemeinsame Grenze mit Ungarn erhalten zu haben, ist nur von kurzer Dauer. Am Tage nach diesem Ereignis hatte Lipski mit Ribbentrop eine Unterredung, über die er Szembek am 22. März berichtet. *«Lipski»,* so schreibt Szembek, «war *ausserordentlich pessimistisch. Er hat mir über seine letzte Unterredung mit Ribbentrop berichtet, der von Neuem Forderungen auf Danzig, die Exterritorialität der Autobahn und nach unserem Beitritt zum Antikominternpakt formuliert hat, wogegen Hitler uns die Garantie unserer Grenzen zusagen würde.» (49)*

Am gleichen Tage aber, und das ist ein wesentlicher Punkt, erwähnt Szembek, dass England Polen ein Viererabkommen mit Frankreich und den Sowjets vorgeschlagen hat, und dass Beck *«dagegen der Vorstellung eines zweiseitigen Abkommens mit England zuneige, das Frankreich und die Sowjets unberücksichtigt lasse, um nicht den Eindruck zu erwecken, als folge man einem weitgesteckten Plan zur Einkreisung Deutschlands». (50)*

Denn obwohl Beck entschlossen ist, notfalls um Danzig zu kämpfen, will er etwas Nichtwiedergutzumachendes mit Deutschland vermeiden. Noch am 19. April fragt er Szembek nach seiner Meinung, ob es opportun sei, ein Glückwunschtelegramm an Hitler anlässlich dessen Geburtstages abzusenden; und am 30. Mai geht er so weit, dass er Szembek vorschlägt, an Lipskis Stelle als Botschafter zu treten, denn er sei der Meinung, *«man könne den Versuch eines vernünftigen Kompromisses machen».*

Am 1. Juni erklärt Szembek seinem Minister, dass er grundsätzlich annehme und setzt hinzu:

> *«Ich habe indessen gewisse Zweifel, die ich mit ihm durchsprechen möchte. In Berlin und in den europäischen Hauptstädten kann man den Eindruck haben, dass Polen einen besonders versöhnlichen Botschafter schickt, und dies birgt die Gefahr, dass meine Ernennung eine besondere und klare politische Kennzeichnung erhält. Ebenso frage ich mich, ob ich angesichts meiner*

49) Szembek: «Journal», S 433.

50) Szembek: «Journal», S. 434.

Neigungen zu Deutschland in der Lage sein werde, bei der Einschätzung der Situation des Reiches volle Objektivität zu bewahren. Der Minister hat mir geantwortet, dass er keinen Wert darauf lege, jemand nach Berlin zu schicken, der besonders kriegsfreudig sei. Ein zweiter Weltkrieg sei für eine Generation zuviel. Es müsse alles versucht werden, um ihn zu verhindern. Kann man unbedingt sicher sein, dass England und Frankreich uns nicht im Stich lassen werden?» (51)

Beck behält also Hoffnung auf einen Ausgleich. Daher ist er bestrebt, von allem die Finger zu lassen, was von Deutschland als zu offene Provokation angesehen werden könnte, vor allem vom Abschluss eines Verteidigungsabkommens mit den Sowjets. Dies ist nicht etwa die Privatmeinung Becks. Wir werden noch sehen, dass sich die polnische Regierung bis zum letzten Augenblick weigert, dass Sowjettruppen ihr Gebiet betreten, um es zu verteidigen, falls der Krieg mit Deutschland ausbrechen sollte. Auf dringende Vorstellungen, die bei ihm in diesem Sinne gemacht wurden, blieb General Rydz-Smigly am 20. August 1938 bei seiner negativen Haltung und begründete sie folgendermassen:

«Mit den Deutschen laufen wir Gefahr, unsere Freiheit zu verlieren. Mit den Russen werden wir unsere Seele verlieren.» (52)

England zum Kriege entschlossen

Aber alle diese Anwandlungen oder Wünsche zu Verhandlungen, diese Bedenken, sollten angesichts der Entschlossenheit Englands kein grosses Gewicht haben. Nachdem Polen die Vorschläge Londons angenommen hatte, war die Regierung in Warschau nicht mehr Herr ihrer Politik. So erklärte der Botschafter Léon Noël dem Grafen Szembek am 24. März 1939, es hätte sich **«eine Tatsache von ungeheurer Wichtigkeit ergeben, nämlich der Entschluss Englands, direkt in Europa zu intervenieren.»** (53)

Und der Botschafter Polens in Moskau sprach nur die allgemeine Meinung aus, als er am 12. April 1939 zu Szembek sagte, dass *«England Hitler nicht mehr aus den Händen lassen werde» (54)* Zugleich mit Polen hatte es seine Garantie auch Rumänien angeboten, das vom politischen wie militärischen Standpunkt aus weder besonders noch unmittelbar bedroht war. Zur gleichen

51) Szembek: «Journal», S. 466-467.
52) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 284.
53) Szembek: «Journal», S. 436.
54) Szembek: «Journal», S. 443.

Zeit tat London alles nur Mögliche, um Moskau in den Kreis der europäischen Politik zurückzubringen, aus dem Sowjetrussland durch das Münchener Abkommen ausgeschlossen worden war. London wollte Berlin klarmachen, dass das Reich von nun an überall auf die Macht Grossbritanniens stossen werde.

Der grundsätzliche Entschluss Englands war – wie wir oben sahen – im November und Dezember 1938 gefasst worden. Die durch die Besetzung Prags hervorgerufene Erschütterung hatte den Kriegstreibern in London den Anlass geliefert, ihre Rache zu nehmen. Der Sieg Vansittarts und seiner Freunde liess Szembek am 7. Juli 1938 schreiben, er wäre *«der hauptsächliche Antreiber der Einkreisungspolitik gegen Deutschland, die von gewissen Elementen in der englischen Regierung geleitet und ermuntert werde... Sie möchten auch uns in die Politik einer Einkreisung Deutschlands einbeziehen und begünstigen deshalb den auf uns in diesem Sinne ausgeübten Druck aller englischen Kreise der Linken, die – einschliesslich der dem «radikalen Gewissen» verbundenen Elemente – heute eine Kriegspartei bilden und sogar dem Gedanken eines Präventivkrieges zustimmen, um sich der Ausbreitung des Totalitarismus zu widersetzen». (55)*

Georges Bonnet, der den Präsidenten der Republik bei seinem offiziellen Besuch begleitete und am 21. März in London eintraf, erwähnt die Veränderung der Temperatur und des Geistes seit seinem ersten Besuch in London im vorhergehenden Jahre.

«*Bei der Rückkehr nach Paris von diesen drei Tagen mit Festen und Empfängen»,* schreibt er, *«wurde mir die beträchtliche Veränderung klar, die sich seit unserem ersten Besuch in London vollzogen hat. Vor einem Jahre war die Mehrheit der Politiker, Industriellen, Finanzjnänner, der Leiter der Presse, entschieden pazifistisch. Die Befürworter eines Widerstandes um jeden Preis, auch wenn er zum Kriege führen sollte, bildeten 1938 eine aktive Minderheit, die aber innerhalb der Geschlossenheit des Landes isoliert war. Bei diesem Frühjahrsanfang 1939 hatte die Besetzung von Böhmen und Mähren das Klima verwandelt. Beim Abendempfang im Buckinghampalast sagte mir die elegante Frau eines hohen englischen Beamten voller Leidenschaft: «Ich habe mehrere Söhne, die ich liebe, aber lieber möchte ich sie sterben sehen, als ein unter der Herrschaft Hitlers stehendes Europa hinzunehmen!»« (56)*

55) Szembek: «Journal», S. 322-323.

56) Bonnet: «Fin d'une Europa», S. 164.

Wie wir erläutern konnten, hatten sich die von Georges Bonnet erwähnten Kreise den Kriegstreibern in Wirklichkeit aus finanziellen, wirtschaftlichen und ideologischen Gründen angeschlossen.

Hitlers Entschluss

Die Bedeutung der letzten Schritte der englischen Regierung, das polnische Abgleiten und die Schnelligkeit, mit welcher sich die Bevormundung Polens bestätigte, dessen Interessen nunmehr von Grossbritannien in die Hand genommen worden waren, mussten natürlich die Aufmerksamkeit der Reichsregierung erwecken. Entgegen dem ihm angehängten Ruf als «Bluffer» war Hitler nicht der Mann, der vor neu auftauchenden Risiken zurückschreckte. Bisher hatte er gehofft, dass eine friedliche Regelung im Geiste des deutsch-polnischen Paktes von 1934 erzielt werden könnte.

«Am 3. April aber», erläutert Marcel Baumont, *«aufgebracht über die Annäherung, die zwischen Warschau und London sichtbar wurde, und die er (nicht ohne Grund) als «ausschliesslich gegen Deutschland» abgeschlossen erklärte, ordnete er die Durchführung militärischer Vorbereitungen gegen Polen insoweit an, dass Operationen «jederzeit nach dem 1. September 1939» aufgenommen werden können. Es handelte sich darum, einen schnellen Erfolg durch Überraschung zu erzielen. Am 11. April sieht er noch klarer dem Kriege entgegen. Er wünscht, Reibungen mit Polen zu vermeiden, ist aber der Meinung, dass es trotz der Bestimmungen des Paktes von 1934 nötig ist, «zu einer endgültigen Regelung» zu kommen, falls Polen unter Abänderung seiner Politik eine drohende Haltung Deutschland gegenüber einnimmt.»* Die deutsche Diplomatie bemüht sich nun, Polen zu isolieren, falls man zum Kriege kommen sollte. Wenngleich Hitler *«hofft, Polens wegen einen Konflikt mit Grossbritannien und Frankreich vermeiden zu können, so weiss er doch genau, dass er dieses Risiko eingeht; er geht es ein.» ([57])*

57) Baumont: «La Faillite de la Paix», Bd. II, S. 849.

V

Der Plan der Kriegshetzer und die Winkelzüge der Sowjets

Die Enthüllungen Bullitts

«Nicht ohne Grund», glaubte Marcel Baumont hervorheben zu müssen. In der Tat hatte England die Führung des Kreuzzuges der Demokratien, dessen ideologischer Charakter täglich schärfer hervortrat, übernommen. Die Befürworter des Krieges, zu dessen Vorkämpfer sich London gemacht hatte, verhehlten ihre Absichten immer weniger, und eines ihrer Ziele bestand darin, Handlungen zu vermehren, in denen Deutschland nur Provokationen erblicken konnte. Dieser reiflich überlegte Entschluss kam schon klar zum Vorschein in den Erklärungen, die Botschafter Bullitt dem Botschafter Polens in Washington, Grafen Potocki, am 19. November 1938 gemacht hatte. Weiter oben haben wir diese Stellen zitiert, die sich auf Polen und die ukrainische Frage beziehen. Dabei war Bullitt aber nicht stehen geblieben, sondern hatte einen Teil des Schleiers gelüftet, der über die Pläne der Verschwörer gebreitet war. Es folgt nun, was Potocki hierüber in dem Bericht sagt, den er anschliessend nach Warschau sandte: *«Nach den Äusserungen der militärischen Sachverständigen gegenüber Bullitt während der Krise im Herbst 1938 würde ein Krieg mindestens sechs Jahre dauern und ihrer Meinung nach mit einem völligen Zusammenbruch Europas und dem völligen Siege des Kommunismus in allen Staaten enden. Es wäre nicht daran zu zweifeln, dass aus alledem schliesslich nur Sowjetrussland den Nutzen ziehen würde.»* Diese Voraussagen haben sich nur zu sehr bewahrheitet, aber sie schreckten, wie wir noch sehen werden, Bullitt und die Verschwörer gegen den Frieden, deren Wortführer er ist, keineswegs ab. In der Tat schreibt Potocki: *«Über Deutschland und den Kanzler Hitler sprach er sehr heftig und hasserfüllt. Er sagt, dass allein die Gewalt, und zwar die am Schlüsse eines Krieges angewandte Gewalt der tollen Ausbreitung Deutschlands ein Ende bereiten könne.»* Auf Potockis Bitte

um genauere Darlegungen über die Form, in welcher der Konflikt hervorgerufeh werden solle, *«erwidert Bullitt, dass die demokratischen Staaten unbedingt noch zwei Jahre brauchten, bevor sie ihre Rüstungen vollendet hätten. In der Zwischenzeit werde Deutschland in seiner Ausdehnung nach Osten. wahrscheinlich Fortschritte machen. Es sei der Wunsch der demokratischen Staaten, dass ein bewaffneter Konflikt im Osten zwischen dem Deutschen Reich und Russland ausgelöst werde. Da man bis jetzt noch nicht das Potential der Kräfte der Sowjetunion kenne, könne es sein, dass Deutschland sich zu weit von seiner Basis entferne und sich zu einem langen Kriege verurteilt sähe, der es schwächen würde. Erst dann würden nach Meinung Bullitts die demokratischen Staaten Deutschland angreifen und es zur Kapitulation zwingen. Als ich ihn fragte, ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Kriege teilnehmen würden, antwortete er: «Ohne jeden Zweifel, aber erst, nachdem England und Frankreich sich zuerst gerührt haben.»« (58)*

Verschwörung gegen den Frieden

Man kann Bullitt den Vorwurf nicht machen, seine Gedanken und Wünsche nicht mit Offenheit dargelegt zu haben, mit einer Offenheit, die übrigens mit Zynismus gleichzustellen ist. Sein Fall steht jedoch nicht vereinzelt da, denn Bullitt spielt hier nur seine Rolle in dem Propagandaunternehmen, das von allen betrieben und ermutigt wurde, die ein Interesse daran hatten, die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland zu vergiften, und die mit grösster Kaltblütigkeit dem Risiko ins Auge sahen, nur zur Befriedigung ihrer ideologischen Leidenschaften die ganze Welt in den Krieg zu stürzen. Für diese Kriegshetzer war Polen nur insoweit von Interesse, als sie sich seiner zur Niederwerfung des nationalsozialistischen Deutschlands bedienen konnten.

Übrigens war die Angelegenheit von langer Hand vorbereitet worden, und das «Journal» des Grafen Szembek liefert hierfür zahlreiche Beweise. Schon am 11. April 1935 schreibt der Unterstaatssekretär in dem Bericht über eine Unterhaltung mit dem gleichen Bullitt:

«Zum Schlüsse habe ich die Meinung formuliert, dass wir gegenwärtig viel mehr Zeugen einer aggressiven Politik der äusseren Welt gegen Hitler seien, als einer Angriffshandlung seitens

58) Champeaux: «La Croisade des Démocraties, Bd. H, S. 352-353.

Deutschlands. Wenn es sich dabei um einen Feldzug handele, der nicht Deutschland im Auge habe, sondern Hitler und die Gedanken, die er repräsentiere, so müsse man sich darüber klar sein, fuhr ich fort, dass die gleichen Elemente, die heute mit grösster Erbitterung gegen das Dritte Reich kämpfen, vor der Machtübernahme Hitlers engste freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland unterhielten.» (59)

Am 12. August 1935 verzeichnet Szembek die Meinung Schätzeis, eines Abgeordneten und ehemaligen Direktors der Ostabteilung im Aussenministerium, der ihm sagt:

«Viele Leute haben Interesse daran, den Zwiespalt zwischen Danzig und Polen zu vergrössern. Es sind dies die polnischen Nationalisten und hitler feindlichen Deutschen in Danzig, die Juden wie auch die Geschäftsleute des Hafens Gdingen.» (60)

Am 18. März 1935 vertraut Cudahy, der Botschafter der Vereinigten Staaten in Warschau, Szembek an, dass *«die deutschen Juden und Intellektuellen, die dorthin (in die Vereinigten Staaten) geflüchtet sind, die amerikanische Meinung in einem für Hitlerdeutschland ungünstigen Sinn beeinflussen». (61)*

Am 4. April desselben Jahres schreibt Szembek:

«Am Ende unserer Unterredung haben wir, Debicki und ich, festgestellt, dass alle über den Krieg umlaufenden Gerüchte stets aus derselben Quelle kommen, d.h. aus jüdischen und Freimaurerkreisen und über die II. und III. Internationale verbreitet werden.» (62)

Am 7. März 1936 bringt die Agentur Pat eine falsche und tendenziöse Übersetzung der Worte, die Hitler in seiner Reichstagsrede am gleichen Tage dem Zutritt Polens zum Meer gewidmet hat.

«Nach der Unterredung», so schreibt Szembek, *«hat sich herausgestellt, dass diese Übersetzung von einem gewissen Goldberg, der Jude ist, gemacht wurde.» (63)*

Die «ihn» wollten

Mit den Jahren hatten sich diese Feldzüge und Manöver derart präzisiert und ungeheuer erweitert, dass sie in den ersten Mona-

59) Szembek: ..Journal», S. 60.

60) Szembek: «Journal» S. 112.
61) Szembek: «Journal», S. 48.
62) Szembek: «Journal», S 58.
63) Szembek: «Journal», S. 167.

ten des Jahres 1939 einen Heftigkeitsgrad erreichten, dem man unbedingt auf die Spur kommen und sein Echo in den verschiedensten Kreisen feststellen musste. Am 18. Februar 1939 hat der in Rom weilende Graf Szembek eine Unterredung mit dem ehemaligen spanischen König, Alphons XIII., und schreibt dazu:

«Der König beurteilt die internationale Lage mit Pessimismus. Die Internationalen treiben zum Kriege. Das Judentum und die Freimauerei spielen bei diesen Machenschaften eine grosse Rolle. Er geht stark mit Lloyd George und Eden ins Gericht. Die englische Freimauerei sei heute mit dem Gross-Orient von Frankreich völlig verschmolzen.» (64)

In einem Geheimbericht, den er am 12. Januar an Oberst Beck schickt, erwähnt Graf Potocki, der Botschafter Polens in Washington, die Heftigkeit der zum Kriege hetzenden Propaganda und bemerkt:

«*An diesem Feldzug beteiligen sich die verschiedensten jüdischen Intellektuellen, z.B. Bernard Baruch, Lehmann, der Gouverneur des Staates New York, Felix Frankfurter, der neu ernannte Richter im Obersten Gerichtshof, Morgenthau, der Schatzsekretär und andere, die dem Präsidenten Roosevelt in persönlicher Freundschaft verbunden sind . . . Diese Gruppe von Personen, die die höchsten Stellungen in der amerikanischen Regierung innehaben und als Vertreter des «wahren Amerikanismus» und als «Verteidiger der Demokratie» gelten wollen, heften sich tief durch unlösbare Bande an das internationale Judentum. Für diese Internationale (...) ist die Erhebung des Präsidenten der Vereinigten Staaten in dieses «geradezu ideale» Amt eines Verteidigers der Menschenrechte ein Geniestreich gewesen. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefährlichen Mittelpunkt für Hass und Feindschaft in dieser Welthälfte geschaffen, und die Welt in zwei feindliche Lager gespalten* (65) Sechs Monate später beharrt der von Washington nach Hause gekommene Graf Potocki mehr als je auf seinem Standpunkt und erklärt dem Grafen Szembek am 6. Juli 1939, dass «er *über das in Polen herrschende Klima starr vor Entsetzen ist. Beim Vergleich mit der Psychose, die im Westen um sich greift, hat man den Eindruck, dass unser Land ein Erholungsheim ist. Noch während seines Aufenthaltes auf dem von Amerika nach Europa gehenden Schiff wurde das Gerücht verbreitet, in Danzig sei ein Staatsstreich verübt worden.*[65]

64) Szembek: «Journal», S. 401.

65) Champeaux: «La Croisade des Démocraties, Bd. II, S. 362-363 Fussnote.

Im Westen gibt es allerlei Elemente, die offen zum Kriege treiben: die Juden, die Grosskapitalisten, die Rüstungsfabrikanten. Alle stehen heute vor einer glänzenden Konjunktur, denn sie haben einen Ort gefunden, den man in Brand stecken kann: Danzig; und eine Nation, die bereit ist, zu kämpfen: Polen. Auf unserem Rücken wollen sie Geschäfte machen. Die Zerstörung unseres Landes würde sie gleichgültig lassen. Im Gegenteil: da später alles wieder aufgebaut werden müsste, würden sie auch daran verdienen. Sie behandeln uns wie Neger, die nur zu arbeiten haben, damit sie ihr Kapital vermehren können.» (66)

Übrigens finden die Juden (67) und Freimaurer Verbündete und Stützen, die unerwartet scheinen können. Graf Szembek besucht am 13. März 1939 in Rom den Jesuitengeneral Pater Ledokowski und berichtet:

«Durch Zufall wurde ich Zeuge einer Unterredung, die er mit dem Kardinal Marmaggi über die Ankunft einer Abordnung der spanischen Phalange in Rom hatte. Die beiden Gesprächspartner äusserten sich sehr heftig über die totalitären Regime, den Faschismus und Hitlerismus. Die Phalange sei eine Bewegung gleicher Art. Pater Ledokowski nennt diese Systeme: opera del diavolo (Teufelswerke).» (68)

Andererseits ist England nicht die einzige Macht, die Polen ermuntert, seine Politik zu versteifen und sich unzugänglich zu verhalten. Am 21. April verzeichnet Graf Szembek die Ausführungen des Wirtschaftsbeirates der Botschaft Polens beim Vatikan:

«Er hat mir über eine Unterredung mit Monsignore Montini berichtet, der ihn zu sich gebeten und offiziell erklärt hat, falls Polen zur Verteidigung seiner Rechte und seines Gebietes sich im Kriege befinde, sei der Vatikan der Auffassung, es sei ein gerechter Krieg.» (69)

Am 11. August 1939 empfängt Graf Szembek den Botschafter Polens beim Vatikan, Papée, der *«seine Eindrücke von Rom schildert, seine Unterredungen mit dem Papst, dem Kardinal Mag-*

---

66) Szembek: «Journal», S. 475-476.

67) Es liegt auf der Hand – aber wir legen Wert darauf, dies hier genau festzulegen –, dass die Ausdrücke «Judentum», «Juden», «Israel», die in dieser Studie und den folgenden gebraucht werden, weder die israelitische Masse insgesamt, noch diese oder jene Gemeinschaft französischer oder fremdländischer Nationalität bezeichnen, sondern kosmopolitische Persönlichkeiten, die in ihrem Namen sprachen oder handelten, als ob sie ihre Führer gewesen wären.

88) Szembek: «Journal», S. 428.

69) Szembek: «Journal», S. 446.

lione und dem Pater Ledokowski. Nach ihrer Meinung wird man die imperialistischen Tendenzen Deutschlands nicht dadurch verhindern, dass man ihm Konzessionen macht; es muss also eine unnachgiebige Politik eingeschlagen werden, die der Vatikan unbedenklich ermutigt. Dort empfindet man eine hohe Achtung vor Polen, die man mit den Worten zum Ausdruck bringt, wir seien es, die Hitler aufhalten. In letzter Zeit hat der Vatikan die Befürchtung hinsichtlich der Möglichkeit einer Verständigung zwischen Hitler und Stalin ausgesprochen.» (70)

Die sowjetischen Winkelzüge

Diese Befürchtungen waren nur allzu gerechtfertigt. Und gerade in diesem Punkt erwies sich die vatikanische Diplomatie als gut unterrichtet und scharfsichtig, was England, Frankreich und Polen anscheinend gefehlt hat.

Der Botschafter Polens in Moskau erklärte am 23. Juni 1939 zuversichtlich, dass es kein *«wirkliches deutsch-russisches Einvernehmen»* gäbe (71), und dieselben Illusionen wurden auch in London und Paris genährt. Und dennoch hatten damals schon seit mehreren Monaten die Winkelzüge der sowjetischen Politik eingesetzt. Nach der schmerzlichen Niederlage, die das Münchener Abkommen für ihre Politik bedeutete, hatte die Sowjetunion den Anschein erweckt, als hätte sie kurzerhand kehrtgemacht. Das sollte aber nicht von langer Dauer sein. Auf dem Kongress der Kommunistischen Partei hatte Stalin am 10. März 1939 erklärt, dass Sowjetrussland Verpflichtungen nur mit grösster Vorsicht eingehen dürfe, um zu vermeiden, *«durch Kriegsprovokateure, die gewohnt sind, andere die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen»,* in einen Konflikt verwickelt zu werden. (72)

Diese Anzeichen scheinen der Regierung in Berlin nicht entgangen zu sein. Indessen hatten aber gleich nach der Besetzung von Prag England und Frankreich ebenfalls Verhandlungen mit Moskau begonnen, um sich mit Sowjetrussland auszusöhnen und vor allem eine Annäherung und Zusammenarbeit zwischen Warschau und Moskau herbeizuführen. Die polnische Regierung jedoch befleissigt sich grösster Zurückhaltung. Der Botschafter Frankreichs in Warschau, Léon Noël, setzt sich ein, um sie zu überwinden und erklärt dem Grafen Szembek am 24. März unbe-

70) Szembek: «Journal», S. 487.

71) Szembek: «Journal», S. 470.

72) Baumont: «La Faillite de la Paix», Bd. II< S. 866.

fangen: *«Sowjetrussland wird nichts gegen Sie unternehmen.»* ([73]) Aber während Stalin die Verhandlungen mit den Westmächten hinauszieht, trifft er Entscheidungen, die von seinem Willen zeugen, mit Deutschland ins Gespräch zu kommen. Am 3. Mai 1939 trennt er sich von Litwinow, einem mit einer Engländerin verheirateten Juden, der seit 1930 an der Spitze des Aussenministeriums stand und ersetzt ihn durch Molotow. Schon am 17. April hatte der Sowjetbotschafter in Berlin vorgeschlagen, die Besprechungen über den Abschluss eines Handelsvertrages wieder aufzunehmen, die seit dem Ende des vorhergegangenen Jahres ausgesetzt worden waren. Am 20. Mai schlägt Molotow, der neue Minister für Auswärtige Angelegenheiten in Moskau, dem Botschafter des Reichs bei einer durch den Stempel grosser Herzlichkeit gekennzeichneten Unterredung vor, die Wirtschaftsverhandlungen in vorteilhafter Weise mit dem Studium politischer Fragen zu verbinden; nach seiner Meinung würden die Besprechungen ungemein erleichtert, wenn *«politisch günstigere Ausgangsstellungen»* gefunden und hergestellt werden könnten.

Auf diese Weise soll Berlin dazu veranlasst werden, ein Übereinkommen mit Moskau insoweit ins Auge zu fassen, als Polen dazu neigt, von der Politik des deutsch-polnischen Vertrags vom Januar 1934 abzugehen, um sich England zu nähern und sein Bündnis mit Frankreich wieder neu auf leben zu lassen. Am 25. Mai 1939 hat Ribbentrop, der später in Nürnberg auch bestätigte, dass die Russen den ersten Schritt getan hatten, keine Bedenken, «eine offene Aussprache» mit Moskau anzuraten. Nach verschiedenen Wechselfällen sind die Besprechungen Ende Juli und Anfang August soweit gereift, dass man die grossen Linien eines deutsch-russischen Vertrages übersehen kann, der sich sowohl auf Danzig und den Korridor erstreckt, die zu Deutschland zurückgelangen sollen, wie auf die galizischen und ukrainischen Gebietsteile Polens, an denen Deutschland nicht mehr interessiert ist. Zu bestimmen bleibt nur noch das Schicksal Polens selbst, und auch über diesen letzten Punkt wird Einigkeit bald erzielt.

England und Frankreich werden geprellt: der deutsch-russische Pakt

Während diese Verhandlungen in ein so vorgerücktes Stadium getreten waren, setzte Stalin seine Besprechungen mit

73) Szembek: «Journal», S. 437.

Frankreich und England immer noch fort. Am 15. April hatte London Sowjetrussland gebeten, Polen und Rumänien durch eine ähnliche Erklärung zu garantieren, wie sie England gerade abgegeben hatte. Moskau hingegen antwortete mit dem Vorschlag, das System der Garantien auch auf Griechenland, die Türkei und alle an Sowjetrussland angrenzenden Staaten auszudehnen, worin Finnland und die baltischen Staaten eingeschlossen werden sollten. Nun ist die Reihe an England, Einwendungen zu machen, und erst am 29. Juli nimmt es den russischen Standpunkt im Prinzip an. In diesem Augenblick beginnt Molotow eine Diskussion über die Definition der «indirekten Aggression», die Gegenstand der Garantie sein soll. Trotz allem kann man annehmen, dass die Einigung über die politischen Fragen am 24. Juli vollzogen ist. Es bleibt nur noch die Aufnahme der militärischen Besprechungen. Zu diesem Zweck schicken England und Frankreich Militärmissionen nach Moskau. Sie kommen dort am 11. August an und können Kenntnis von den sowjetischen Anliegen nehmen, die unter anderem bezwecken, Marinebasen in Estland und eventuell eine Ausgangsbasis in Polen von Wilna bis Lemberg zu erhalten, was Warschau entschieden ablehnt. Am 18. August noch verzeichnet Szembek die Meinung eines Gesprächspartners, der *«von den über eine deutsch-russische Entente umlaufenden Gerüchten nicht beunruhigt ist». (74)*

Vier Tage später jedoch, am 22. August, erfährt die Weltmeinung, dass am kommenden Tage Ribbentrop in Moskau sein werde, um dort einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen. Dieser Theatercoup hatte neben anderen Folgen das Ergebnis, die englische und französische Militärmission in eine mehr als lächerliche Lage ihren sowjetischen Gesprächspartnern gegenüber zu bringen. Aus dem Abenteuer ging das Prestige Englands und Frankreichs nicht gerade stärker hervor, aber das Manöver Stalins hatte vollen Erfolg gehabt. Denn angesichts der von London, Paris und Warschau bezogenen Positionen hatte Sowjetrussland das Recht, zu glauben, dass die Kriegsmöglichkeiten sich vermehrt hätten und dass es wenigstens für den Augenblick ausserhalb des Kampfes bleiben werde.

74) Szembek: «Journal», S. 489.

VI

Die letzten Verhandlungen und die polnische Ablehnung

Zwischen London und Berlin

Wenn die Besprechungen mit Moskau auch gegenstandslos geworden waren, so wurden die Unterhandlungen zwischen England und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits mit umso grösserer Aktivität fortgesetzt. Zwei Tage nach dem Abschluss des deutsch-russischen Vertrages bestätigt England feierlich die britische Garantie durch Unterzeichnung eines gegenseitigen Beistandspaktes mit Polen. Obwohl Hitler den Krieg als nahe bevorstehend ansieht, versucht er doch unter Annahme des italienischen Standpunktes mit England zu verhandeln, um alle Möglichkeiten zur Vermeidung eines bewaffneten Konflikts auszuschöpfen. Besonders lebhaft sind die Verhandlungen zwischen London und Berlin, denn die Angelegenheit hat deutlich sichtbar den Charakter eines deutsch-englischen Konflikts angenommen. Die offiziellen Besprechungen werden durch nicht minder bedeutsame offiziöse Unterhaltungen verdoppelt, welche die Regierung in London ohne Wissen der Warschauer und auch der Pariser Regierung führt, da Chamberlain glaubt, die französische Regierung sei unfähig, «ein *Geheimnis länger als eine Stunde zu wahren*». (75)

In der Hoffnung, einen bewaffneten Konflikt vermeiden zu können, hatte Göring einen ihm befreundeten schwedischen Ingenieur, Dahlerus, gebeten, diese Verhandlungen zu übernehmen. Während der letzten Friedenswochen und besonders gegen Ende August macht Dahlerus mehrmals die Reise zwischen Berlin und London, wo er Unterredungen mit Hitler, Chamberlain und Halifax hat. In der Nacht vom 26. zum 27. August beauftragt ihn Hitler, ein Abkommen oder ein Bündnis mit England unter der Bedingung vorzuschlagen, dass letzteres Deutschlands Rechte auf Danzig und den Korridor unterstützt und auf einen Vergleich

75) Baumont: «La Faillite de la Paix», Bd. II, S. 883.

über die deutschen Kolonien zu drängen. Dagegen verpflichte sich das Reich, die Grenzen Polens zu schützen, das seinerseits Garantien für die deutschen Minderheiten zusagen solle. Chamberlain und seine Mitarbeiter lehnen es ab, die Frage der Kolonien zu diskutieren, bevor Deutschland demobilisiert hätte, und verlangen, dass die polnischen Grenzen Gegenstand einer gemeinsamen Garantie von Deutschland, Frankreich, England und der Sowjetunion bilden sollen und schlagen vor, dass das Reich sofortige und unmittelbare Verhandlungen mit Polen einleite. Andererseits nimmt die Regierung in London den Grundsatz eines deutsch-englischen Vertrages an. Hitler findet den englischen Standpunkt gut, und am 29. August scheint es, als hätte die Friedenspolitik Fortschritte gemacht. Am anderen Tage ist Dahlerus in London, wo er sich mit Chamberlain, Halifax und Sir Horace Wilson bespricht. Bei seiner Rückkehr nach Berlin sieht er Göring und am Morgen des 31. den britischen Botschafter Henderson, der ihm rät, Lipski aufzusuchen, und ihn durch einen Diplomaten der Botschaft begleiten lässt, um seinem Schritt grösseres Gewicht zu verleihen.

Der deutsche Vorschlag

Nun fallen die Verhandlungen, die Görings Initiative zu danken sind, mit offiziellen Besprechungen zusammen. Am Abend des 29. August hatte Hitler Henderson bedeutet, dass er unmittelbare Diskussionen mit Polen annähme und Vorschläge vorbereiten lassen werde, die einem polnischen Bevollmächtigten ausgehändigt würden, der bis zum 30. August vor Mitternacht in Berlin erwartet würde. Henderson fordert sodann Lipski auf, seine Regierung zu bitten, so rasch wie möglich einen Bevollmächtigten zu ernennen. Die französische Regierung drängt in Warschau in gleichem Sinne, aber Oberst Beck weigert sich, einen Bevollmächtigten nach Berlin zu entsenden, um dort deutsche Vorschläge entgegenzunehmen.

Der 30. August läuft ab, ohne dass jemand sich einfindet, um Kenntnis von der Note mit sechzehn Punkten zu nehmen, die von der Reichsregierung vorbereitet worden war. Dagegen ordnet Warschau die allgemeine Mobilmachung an. Botschafter Henderson bittet, am 30. August abends von Ribbentrop empfangen zu werden und ersucht diesen um Mitteilung der Vorschläge, die dem polnischen Bevollmächtigten übergeben werden sollen. Ribbentrop verliest ihm alsdann rasch die Note, in welcher Deutsch-

land die Rückkehr Danzigs zum Reich fordert und eine Volksabstimmung binnen Jahresfrist im Korridor vorschlägt; der Hafen Gdingen soll, wie es auch kommen möge, bei Polen verbleiben. Ausserdem sah die Note eine exterritoriale Transitzone für dasjenige Land vor, gegen das sich die Volksabstimmung richten würde. Die für letztere vorgeschlagenen Modalitäten waren deutlich erkennbar die des Plebiszits, das im Januar 1935 im Saargebiet stattgefunden hatte. Schliesslich war noch ein etwaiger Austausch völkischer Minderheiten vorgesehen.

Henderson glaubt, dass diese Vorschläge «in *ihrer Ganzheit nicht allzu vernunftwidrig erscheinen»* und beauftragt Dahlerus, den Text dieser Note am kommenden Morgen Lipski persönlich zu überbringen.

Die Intervention des Vatikans

Die Botschafter Frankreichs und Englands in Warschau drängen bei Oberst Beck von Neuem auf sofortige Ernennung eines Bevollmächtigen. Am 31. August unternimmt Monsignore Cortesi, der Nuntius in Warschau, einen Schritt beim Grafen Szembek, der darüber Folgendes berichtet:

«Wegen der ausserordentlichen Schwere der Lage, die unmittelbar einen Krieg hervorzurufen droht, hat der Heilige Vater ihm empfohlen, zu erklären, dass der Heilige Stuhl aus sehr seriösen Quellen Informationen erhalten habe, nach denen der Krieg vermieden werden könne, falls Polen verlauten liesse, dass es geneigt sei, direkte Besprechungen mit dem Reich aufzunehmen und sich der Rückkehr Danzigs zum Reich nicht zu widersetzen. Der Heilige Stuhl ist der Meinung, dass etwaige deutsch-polnische Unterhaltungen sich erstrecken könnten:

1. *auf die Rückkehr Danzigs zum Reich, während Polen die Zusicherung über die ihm. in der freien Stadt zu bewilligenden Handelserleichterungen gegeben würde;*
2. *über die den Korridor berührenden Fragen;*
3. *über Angelegenheiten, die die deutschen Minderheiten in Polen betreffen.*

Hinsichtlich des zweiten Punktes habe ich den Nuntius gefragt, ob es sich hierbei um territoriale Forderungen des Reiches handele oder allein um die Erleichterung der Verbindungen zwischen Ostpreussen und dem übrigen Deutschland. Mgr. Cortesi hat mir geantwortet, dass er dies nicht genau wisse und dass dieser Punkt von der polnischen Regierung präzisiert werden könne. Der Nun-

tins hat dann dargelegt, dass der Heilige Stuhl genau darüber unterrichtet sei, wie die polnische Regierung die Lage sähe. Da nichtsdestoweniger die Gefahr des Krieges feststehe, sei er der Auffassung, es verstosse gegen seine Verpflichtungen, wenn er sich der Aufgabe entziehen wolle, diese Informationen mitzuteilen. Indem er dies tue, wünsche der Heilige Stuhl darauf aufmerksam zu machen, dass er nur von der besonderen Zuneigung, die er für Polen empfinde, und der grossen Furcht, die ihn angesichts der Kriegsgefahr befalle, geleitet sei.» (76)

Polens Weigerung

Alsdann notiert Szembek die Unterredung, die er mit Oberst Beck hatte:

> *«Ich habe ihn von meiner heutigen Unterredung mit dem Nuntius unterrichtet; ich sehe darin die Hand Mussolinis.* **Der Minister hat sich dieser Art von Vermittlung unzweideutig widersetzt.** (77)

Beck stimmt lediglich zu, dass Lipski Ribbentrop um eine Unterredung zu Beginn des Nachmittags am 31. August bitten soll. Lipski erklärt seinem Gesprächspartner, dass die polnische Regierung die britischen Vorschläge *«in günstigem Sinne studiere»,* dass er selbst aber nicht ermächtigt sei, irgendeine Bedingung anzunehmen und auch nicht als Bevollmächtigter auftrete. Ribbentrop wusste übrigens schon, was er davon zu halten hatte, denn die deutschen Dienststellen hatten die Lipski von der polnischen Regierung erteilten Instruktionen, die ihm empfahlen, «die *Führung offizieller Verhandlungen unter allen Umständen zu vermeiden»,* dechiffriert. Göring hatte übrigens Dahlerus beauftragt, diese Informationen London zu übermitteln. Hitler stellte die von Warschau bestätigte und abermals bestätigte Weigerung zum Verhandeln protokollarisch fest und liess seine Truppen beim Morgengrauen des 1. September in Polen einmarschieren.

Englands Böswilligkeit

Unterdessen hatte Mussolini während des 31. August Frankreich und England vorgeschlagen, Deutschland zu einer Konferenz einzuladen, die am 5. September stattfinden und die Klau-

76) Szembek: «Journal», S. 499-500.

77) Szembek: «Journal», S. 500.

seln des Versailler Vertrages, die die Ursachen des Konflikts waren, überprüfen sollte. Chamberlain hielt eine Vorbedingung für unerlässlich: die notwendige und sofortige Demobilmachung in allen Ländern. Georges Bonnet dagegen meint, dass Polen eingeladen werden soll und dass die Konferenz alle Probleme regeln soll, die in Europa aufgetaucht sind.

Der italienische Vorschlag war zu Beginn des Nachmittags gemacht worden, und Chamberlain hatte präzisiert, dass er dringend die Meinung der französischen Regierung wissen wolle. Nachdem er aber den Botschafter Frankreichs um 17.30 Uhr erneut gesehen hatte, hatte es der Premierminister weniger eilig. Bei Einbruch des Abends lässt Georges Bonnet, als er von dem Abbruch der deutsch-polnischen Beziehungen unterrichtet wird, einen neuen Schritt in London unternehmen und berichtet mit folgenden Worten darüber:

> *«Endlich ruft mich Corbin um dreiundzwanzig Uhr an. Er hat sich in das Foreign Office begeben, das er über den Plan der französischen Antwort nach Rom auf dem Laufenden gehalten und dessen Dringlichkeit unterstrichen hatte. Aber die englische Regierung war entschlossen, ihre Antwort nach Rom erst am Morgen des folgenden Tages abzusenden; sie liesse uns den Wortlaut bekanntgeben, um zu einer Verständigung mit uns zu kommen. Corbin fügte hinzu, dass der Staatssekretär bereits das Foreign Office verlassen hatte und jedes Drängen unsererseits nutzlos sei.» (78)*

Am anderen Tage aber waren, wie wir wissen, die deutschen Truppen bereits in Polen einmarschiert. Die britische Regierung gibt nun jeden Gedanken an Aussöhnung auf. Da Hitler dem Zusammentritt der von Mussolini vorgeschlagenen Konferenz zugestimmt hatte, drängte Georges Bonnet am 2. September in London, aber Lord Halifax gibt bekannt, dass das britische Kabinett den Konferenzplan erst annehmen kann, wenn die deutschen Truppen unverzüglich vom polnischen Gebiet zurückgezogen werden, und dass seine Regierung andererseits beschlossen habe, Deutschland bis Mitternacht Zeit zum Zurückziehen seiner Truppen zu lassen. Nach Ablauf dieser Frist werde England die Feindseligkeiten eröffnen. **Damit stellte England eine Bedingung, von der es wusste, dass sie unannehmbar war.** Trotzdem erklärte sich noch am Morgen des 3. September der von Hitler ermächtigte Göring bereit, nach London zu reisen. Von Dahlerus befragt, er-

78) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 342.

klärte jedoch das Foreign Office, sich an das Ultimatum zu halten. Danach war die Kriegserklärung an Deutschland nur eine Formalität, deren sich England um 11 Uhr vormittags und Frankreich um 17 Uhr entledigten. So begann ein Krieg von fünf Jahren und neun Monaten, aus dem Europa verwüstet und so geschwächt hervorgehen sollte, dass man ganz von selbst das Verlangen hat, sich zu fragen, ob ein zweites München nicht doch diesem furchtbaren Unglück vorzuziehen gewesen wäre, als dessen Folge jetzt klar wird, dass es mit Europa auch die Zivilisation in Gefahr bringt.

VII

Bilanz der Verantwortungen

Das Missverständnis über München

Um die den Hauptbeteiligten zufallenden Verantwortungen genau festlegen zu können, ist die Frage zu stellen, ob und unter welchen Bedingungen im September 1939 ein zweites München möglich war, und aus welchen Gründen ein Vertrag nicht abgeschlossen werden konnte.

Zunächst ist zu beachten, dass auch nach München unter den Anhängern der gerade siegreichen Friedenspartei ein tragisches Missverständnis bestand. Für die einen handelte es sich um einen Schlusspunkt, während es nach der Meinung der anderen nur ein Beginn sein sollte. Georges Champeaux hat mit Recht hervorgehoben, dass das Münchener Werk *«ein revolutionäres Ereignis von grösster Tragweite»* war. Er schreibt:

> *«Das Werk von München war nicht nur das Kennzeichen für das Ende einer Krise. Es war das Kennzeichen für das Ende eine§ ganzen Systems; es wendete ein Blatt in der Geschichte Europas um. Das Unglück der Franzosen liegt zu einem Teil, und nicht dem geringsten, darin, dass man sie zwischen dem 28. September 1938 und dem 15. März 1939 glauben liess, München hätte den Frieden im alten Rahmen gerettet. Die Mehrzahl der Friedensfreunde hat nicht sagen können oder zu sagen gewagt, dass eine neue Aera begonnen hatte.» (79)*

Die in München zum Siege gelangte Politik war, kurz gesagt, die Verwirklichung eines Gedankens Mussolinis, der im März 1933 England, Frankreich und Deutschland einen Viererpakt zur Regelung aller europäischen Fragen vorgeschlagen hatte, die seit dem Ende des ersten Weltkrieges aufgetaucht waren. Übrigens war ein derartiges Vorgehen und eine solche Revision im Artikel 19 des Völkerbundspaktes vorgesehen; unter dem besonderen Einfluss Beneschs, Titulescus und ihrer Komplizen war jedoch nie-

79) Champeaux: «La Croisade des Démocraties», Bd. II, S. 298/9.

mais mit der Anwendung dieses Artikels begonnen worden. Nach Meinung Mussolinis sollten die vier bedeutendsten europäischen Mächte nun also diese Aufgabe an sich ziehen, zu deren Verwirklichung der Völkerbund unfähig war, und dies ist eine der wichtigsten Seiten des Münchener Abkommens.

Ausser seinen politischen Folgerungen enthielt dieses Abkommen die Feststellung, dass Deutschlands wirtschaftliche Expansion ein natürliches Feld im europäischen Südosten finden werde. Schon 1937 wiesen die Statistiken aus, dass das Handelsvolumen zwischen dem Reich, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien erheblicher war – in gewissen Fällen mehr als das Doppelte – als das des Handels zwischen denselben Ländern und England, Frankreich sowie den Vereinigten Staaten zusammen. Weiter oben sahen wir, dass in den auf das Abkommen folgenden Wochen die Vertreter der britischen Wirtschaft und Finanz sich weigerten, diesen Stand der Dinge weiter hinzunehmen, und dass dies der Ursprung einer ungeheuren Stärkung der den Krieg wünschenden Strömung in England war. Schliesslich bestätigte das Münchener Abkommen die Tatsache der Unabhängigkeit Europas von Sowjetrussland und stellte einen recht harten Schlag für die Politik Stalins und die Propaganda der Kommunisten dar.

Aber nach knapp sechs Monaten war das ganze Gebäude derart erschüttert, dass die Gegner Münchens mit Recht glauben konnten, die Stunde der Vergeltung sei für sie gekommen. Wie war ein so völliger Umschwung möglich?

Die Besetzung Prags

Es unterliegt keinem Zweifel, dass Politik und Propaganda der Kriegstreiber durch die Besetzung Prags am 15. März 1939 einen wesentlichen Auftrieb erhielten. Wie wir bereits bemerkt haben, war Deutschland bei dieser Gelegenheit nicht berechtigt, sich auf dieselben Argumente zu berufen, die seine juristische Stellung wenige Monate zuvor so stark gemacht hatten. Die Situation lag nun umgekehrt, denn durch Einbeziehung der Tschechen übernahm das Reich eine nichtdeutsche Bevölkerung. Ausserdem hatte die Berliner Regierung vor der Durchführung der Operation weder die Regierung in London noch die in Paris konsultiert, wie sie es nach den am 30. September in München und am 6. Dezember in Paris unterzeichneten Erklärungen hätte tun müssen. Ein solches Vorgehen gab den Kriegstreibern die Möglichkeit, ihr Lieblingsthema von einem unersättlichen Deutschland, das seine

Verpflichtungen niemals achte, zu entwickeln. Nun kann man sich mit Recht fragen, ob es sich für das Reich lohnte, ein solches Risiko einzugehen. In den auf das Münchener Abkommen folgenden Monaten zerfiel die Tschechoslowakei, diese willkürliche und so hinfällige Konstruktion, mit jedem Tage mehr. Die Opposition der Slowaken stellte sich als unüberwindlich heraus und wurde täglich stärker. Das subkarpathische Ruthenien, das in der äussersten Ecke des Landes verloren lag und von Prag durch die Slowakei getrennt war, hatte mit der Zentralregierung nur noch seltener werdende schwache Verbindungen. Es war leicht vorauszusehen, dass die Slowakei sich unabhängig machen werde, ohne dass Prag etwas dagegen tun konnte, und dass Ungarn durch Besetzung des subkarpathischen Rutheniens seine und Polens Wünsche nach Errichtung einer gemeinsamen Grenze zwischen diesen beiden aus traditionellen Gründen befreundeten Ländern restlos erfüllen werde, eine Operation, der sich das Reich nun nicht mehr widersetzte. Waren diese Ergebnisse erreicht, die übrigens auf der Linie der Münchener Politik lagen, dann ist es klar, dass Böhmen und Mähren, die von dem feindlichen Polen, der Slowakei und einem Deutschland von 80 Millionen Einwohnern umschlossen waren, keine grosse Gefahr mehr darstellen konnten. Umso mehr, als Beneschs ganze Politik zusammengebrochen war, seine Anhänger die Zuversicht verloren hatten und in einer starken, entschieden antikommunistischen Strömung untergegangen waren und mit jedem Tage die Zahl jener Tschechen wuchs, die bestrebt waren, wieder nach einer Einigung mit Deutschland zu suchen. Zur Zeit der Besetzung Prags stand Beran an der Spitze der Regierung. Er war einer der einflussreichsten Führer der Agrarpartei, der mächtigsten dieses Landes, und es war öffentlich bekanntj dass viele Landwirte es lieber gesehen hätten, «wenn *das Land von Hitler übernommen als von Woroschilow verteidigt würde».* [80]

Es hat also den Anschein, dass die Besetzung Prags mehr die Befriedigung eines Prestiges war als eine auf politische und militärische Sicherung des Reiches in Böhmen und Mähren gerichtete Operation. Dieses Resultat konnte ohne Gewaltanwendung erreicht werden; es hätte genügt, die Situation ausreifen zu lassen, um den Nutzen ohne politischen Skandal und Entfaltung militärischer Machtmittel einzustreichen. Es steht ausser Zweifel, dass Deutschland im vorliegenden Falle den Beweis für einen Mangel

80) Baumont: «La Faillitte de la Paix», Bd. II. S. 821.

an politischem Denken geliefert und zu seinem grössten Schaden die realistischen, auf solide und zusammenhängende Beweisführung gestützten Methoden aufgegeben hat, die bisher unter geringstem Aufwand den Erfolg seiner Unternehmungen und die Erfüllung seiner Forderungen gesichert hatten. Die Beschleunigung der Ereignisse und der Griff zu dem Schauspiel einer Besetzung, die keineswegs unerlässlich war, sollten viel dazu beitragen, in nicht wieder gut zu machender Weise den Erfolg der im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über Danzig und den Korridor aufs Spiel zu setzen. Der Prager Streich lieferte den englischen Kriegstreibern den idealen Vorwand, den schon seit einigen Monaten erzielten Umschwung Englands, der nur auf eine Gelegenheit zum Hervortreten wartete, nun öffentlich bekanntzumachen.

Chamberlain konnte gegen die von Churchill, Vansittart, Duff Cooper, Eden, Höre Belisha geschürte Agitation nicht ankämpfen. Weil diese die den angelsächsischen Völkern so vertrauten biblischen Reminiszenzen gebrauchten, fiel es ihnen leicht, das nationalsozialistische Deutschland als eine Verkörperung des bösen Geistes zu brandmarken, gegen den alles, einschliesslich der heftigsten Provokationen und der offenen Vorbereitung eines Präventivkrieges, erlaubt war, wie es Graf Szembek in seinem «Journal» vermerkte.

Der Irrtum von Versailles

Es genügt jedoch, einen Blick auf die Landkarte Europas zu werfen, wie sie die Friedensverträge von 1919 geschaffen hatten, um zu erkennen, dass kein Land – ob gross oder klein und mit grösstem Recht erst Deutschland nach dem Machtstand, den es 1939 erreicht hatte – einen derart unsinnigen Stand der Dinge auf die Dauer zulassen konnte, wie er sich aus der Trennung Ostpreussens vom übrigen Reich ergab. Schon bei elementarster Ehrlichkeit muss man zugeben, dass diese Abtrennung ebenso unhaltbar war wie eine, die etwa durch Schaffung eines Korridors zwischen Paris und Reims oder Nancy oder auch zwischen London und Liverpool entstanden wäre. Auch der Fall Danzig lag ganz klar. Am 3. Mai 1939, zu einer Zeit also, in der die Krise bereits gross geworden war, erklärte Graf Szembek dem britischen Botschafter in Warschau spontan, dass «in Polen *niemand leugnet, dass Danzig vom völkischen Standpunkt aus eine deutsche*

Stadt sei» ([81]). Es hatte also keinen Zweck, sich auf die Dauer der klaren Tatsache zu verschliessen. Im Gegenteil, alles deutete darauf hin, dass es unerlässlich sei, nach einer Lösung zu suchen, um Abhilfe zu schaffen und einen modus vivendi auf der Linie und im Geiste des deutsch-polnischen Vertrages von 1934 zu finden. Es genügt eben nicht, wenn man so tut, als kenne man das Problem nicht, um sein Vorhandensein damit zu beenden.

Dies dachte übrigens auch Oberst Beck, der bei günstiger Gelegenheit zugab, man könne nicht immer Verstecken spielen. Insbesondere am 22. Dezember 1935 erklärte er dem Grafen Szembek:

> *«Es muss nun Schluss mit der Fiktion gemacht werden, nach der wir nicht mit Deutschland über Danzig sprechen. Das Problem Danzig-Polen reduziert sich in Wirklichkeit auf ein deutschpolnisches Problem,» ([82])*

Deutschland hatte seinerseits niemals seine Absicht verhehlt, diesen Zwiespalt aus der Welt zu schaffen. Schon 1935 war Bede offiziell in grossen Linien über einen deutschen Plan unterrichtet worden, der die Schaffung eines Korridors im Korridor durch den Bau einer parallel zu einem Schienenstrang verlaufenden Autobahn vorsah und der eine exterritoriale Zone in einer Breite von dreissig Metern bilden sollte. Dies war auch die schon am 5. Januar 1939 in Berchtesgaden vorgeschlagene Lösung, und Beck konnte darüber keineswegs überrascht sein. Andererseits hatte das Reich niemals seine Absichten in Bezug auf Sowjetrussland verborgen. In «Mein Kampf» hatte Hitler geschrieben:

> *«Wir Nationalsozialisten sind entschlossen, der aussenpolitischen Orientierung, wie sie vor dem Kriege bestand, ein Ende zu bereiten. Wir nehmen sie da wieder auf, wo sie vor sechshundert Jahren geendet hatte. Wir halten den ewigen Zug der Germanen nach dem Süden und Westen Europas an und wenden unsere Blicke nach Osten. Wir machen schliesslich der Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit ein Ende und gehen zur Bodenpolitik der Zukunft über»*

Hitler erläuterte dies genau:

> *«Wenn wir heute von neuen Ländern in Europa sprechen, können wir vor allem nur an Russland und die angrenzenden, von ihm abhängigen Länder denken.»*

---

81) Szembek: «Journal», S. 452.

82) Szembek. «Journal», S. 143.

Polens Illusionen

Alles deutete darauf hin, dass die Politik des Reiches sich stets getreulich nach diesen so oft zitierten Worten richtete. Szembek notiert am 1. Februar 1935, dass Göring bei seinem Aufenthalt in Polen *«uns nahezu ein antisowjetisches Bündnis angetragen hat; ebenso einen gemeinsamen Marsch auf Moskau»* ([83])

Diese Aufforderungen ergingen mit der Zeit dringender, präziser und häufiger, und gegen Ende Januar 1939 gehörten sie zum Thema der Unterhaltungen, die Ribbentrop anlässlich seines Besuches in Warschau mit der polnischen Regierung hatte. Aber das politische Lavieren des Obersten Beck erweckte den Eindruck, als hielte er es für möglich, unbegrenzt weiter zwischen Berlin und Moskau manövrieren zu können. In seinem Buche entzieht sich Georges Bonnet der Aufgabe nicht, diese Politik hart zu verurteilen und reiht sie unter das ein, was er freimütig «die *kapitalen Irrtümer der polnischen Regierung» nennt* ([84]). Einer der letzten und folgenschwersten für sein Land war, dass er England – das die Führung des Kreuzzugs der Demokratien übernommen hatte – die Sorge überliess, ihn aus der Sackgasse zurückzuholen, in die er sich verrannt hatte. Er entfremdete sich nur Deutschland, ohne sich deswegen mit Russland auszusöhnen, und ermöglichte dadurch schliesslich den deutsch-russischen Vertrag vom 23. August 1939, der das Schicksal seines Landes besiegelte.

Es scheint, als habe er schliesslich, besonders in der letzten Zeit, die närrischsten Illusionen des polnischen Volkes, bei dem sich Mut mit einem Mangel an Realismus verbindet, der alle vorstellbaren Grenzen überschreitet, vollkommen geteilt. «Die Polen sind keine Tschechen», wiederholte Oberst Beck gerne. Graf Szembek erklärte seinerseits dem Botschafter des Reiches am 6. Februar 1939:

> *«Die Polen sind eine Nation, die zu allem bereit ist; keine Vernunft kann sie zurückhalten; sie stimmen radikalen Massnahmen sofort zu»* ([85])
>
> Georges Bonnet berichtet, dass im Juni-Juli 1939 *«die polnische Bevölkerung einen unerschütterlichen Optimismus bewahrt. Ein in Polen reisender Parlamentarier sprach mit einem jungen Bauern über dessen bevorstehende Heirat, und dieser sagte:*

83) Szembek: «Journal», S. 34.

84) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 370.

85) Szembek: «Journal», S. 417.

«sie wird nach dem Ende des Krieges stattfinden, das heisst, im kommenden Dezember». ([86])

Kann eine solche Geistesverfassung noch als *«optimistisch»* bezeichnet werden? Natürlich wird man mit Recht den Mangel an richtiger Unterrichtung oder kritischem Denken dieses Bauern, der nicht die Möglichkeit hatte, die politischen und militärischen Einzelheiten der Frage zu kennen, einwenden können. Schwerwiegend ist aber, dass derselbe Geisteszustand und dieselbe Art einer Vorausschau auch bei den Beamten und den in Polen Regierenden, die doch die Möglichkeit hatten, sich zu informieren, gebräuchlich waren. Beweise für die unwahrscheinliche Fähigkeit zum Irrealismus sind im Überfluss vorhanden, und die späteren Ereignisse lassen erkennen, wie sehr die leitenden militärischen Kreise Polens sich über das Schicksal ihres Landes täuschen konnten. Am 25. April 1939 erklärt der Präsident der Bank von Polen, Adam Koc, dem Grafen Szembek, dass die polnische Armee *«für das britische Empire eine kolossale Hilfe darstelle».* ([87]) Am 27. Mai kommt General Litwinowicz an die Reihe mit der Versicherung, dass *«die erste Phase des Krieges für uns sehr hart werden und grosse Zerstörungen zur Folge haben kann, vor allem auf Kosten der Zivilbevölkerung, aber das Endergebnis des Konflikts nicht zweifelhaft sei.»* ([88]) Der Kriegsminister, General Kasprzycki, war am 18. Mai 1939 in Paris, um sich mit dem französischen Generalstab zu besprechen.

Als man ihn fragte, ob die Befestigungen an der deutsch-polnischen Grenze imstande wären, einen Angriff auszuhalten, gab er zur Antwort: *«Wir haben keine, denn wir beabsichtigen, einen Bewegungskrieg zu führen und von Beginn der Operationen an in Deutschland einzumarschieren.»* ([89]) Am 15. August 1939 erklärte der Botschafter in Paris, Lukasiewicz, Georges Bonnet, der ihm sagte, dass Hitler sich stark mache – was er übrigens buchstäblich verwirklichte –, in drei Wochen das Schicksal der polnischen Armee zu bestimmen: *«Im Gegenteil, in den ersten Tagen wird die polnische Armee in Deutschland einmarschieren»* ([90]) Ja, ja! Diesmal hatten England und die Kriegshetzer, zu deren Vorkämpfer es sich gemacht hatte, das

86) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 263.

87) Szembek: «Journal», S 448.

88) Szembek: «Journal», S. 465.

89) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 222.

90) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 277.

Glück, eine Nation gefunden zu haben, die entschlossen war, zu kämpfen, wie es Graf Potocki in seiner von uns bereits erwähnten Unterredung mit dem Grafen Szembek am 6. Juli 1939 bemerkte. Diese Geistesverfassung äusserte sich in ungeschickten Provokationen, und Graf Szembek sah sich am 16. Mai 1939 gezwungen, die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten, Skladkowski, *«auf die Ausschreitungen unserer Propaganda im Innern über Deutschland, z.B. die Verbreitung einer Karte, auf der unsere Grenzen von Berlin bis Moskau gehen und ganz Litauen in unser Gebiet mit einbezogen ist, zu lenken. Die Bänkelsänger leisten sich allerlei unangebrachte Scherze über Deutschland und die Person Hitlers.» (91)*

Diese und andere Provokationen gleicher Art bringen Graf Szembek dem Botschafter des Reiches gegenüber, der bei ihm um ihre Beendung interveniert, in eine peinliche Lage.

«Ich habe dem Botschafter Deutschlands», schreibt Szembek, *«erklärt, der Meinung zu sein, es könne nicht zugelassen werden, dass die beschlagnahmte Karikatur (eine für Hitler beleidigende Karikatur) weiterhin verbreitet würde und habe ihm zugesichert, dass ich bei den zuständigen Verwaltungsbehörden energische Vorstellungen erheben würde.» (92)*

Der überreizte Zustand, in den die polnische öffentliche Meinung verfallen war, erklärt neben anderem die eigensinnige Haltung des Obersten Beck in den kritischsten Stunden, hauptsächlich der beiden letzten Augusttage, in denen er – wie wir berichteten – trotz des Drängens der Botschafter von Frankreich und England sich weigerte, einen Bevollmächtigten nach Berlin zu entsenden. Übrigens ist bemerkenswert, dass Graf Szembek über diese allerletzten Verhandlungen völliges Stillschweigen bewahrt. Diese Tatsache ist umso bedauerlicher, als die Aussagen des Grafen Szembek einen Wert haben, der nicht unterschätzt werden kann. Hiervon konnten unsere Leser sich an Hand der zahlreichen Zitate überzeugen, die wir aus seinem «Journal» brachten.

Diese Meinung wird voll und ganz von Léon Noël, dem Botschafter Frankreichs in Warschau, geteilt. In seinem Vorwort zum «Journal» des Grafen Szembek schreibt er:

«Die Wahrhaftigkeit der Aufzeichnungen des Grafen Szembek ist unbestreitbar. Das kann ich bezeugen, nachdem ich die Nie-

---

91) Szembek: «Journal», S. 458.

92) Szvmbek: «Journal», S. 473-474.

derschrift gelesen habe, die er von einer grossen Zahl unserer Unterredungen hinterlassen hat. Bis auf eine Ausnahme, die ganz offenbar einem Missverständnis zuzuschreiben ist, wo er im guten Glauben meine Worte ungenau interpretiert hat, habe ich in dem ganzen Journal des Unter Staatssekretärs die genaue Wiedergabe meiner Gedankengänge, mitunter bis zu denselben Worten, wie ich sie gebrauchte, gefunden.» (93)

Etwas später präzisiert er: *«Das Journal des Grafen Szembek stellt eine der wesentlichsten Dokumentations quellen der Geschichte unserer Zeit dar.»* (94)

Hierzu darf bemerkt werden, dass Botschafter Noël im «Journal» wiederholt in verletzender Form erwähnt wird, und dass seine Gegnerschaft zu der in München zum Siege gelangten Politik öffentlich bekannt ist.

Der Leichtsinn des Generals Gamelin

Auf alle Fälle geht aus der Reihe der von uns bisher zitierten Beispiele eines klar hervor:

Die polnische Meinung wie die Regierung in Warschau hätten ganz offenbar und in ihrem eigenen Interesse – denn dies haben die folgenden Ereignisse nur zu gut bewiesen – weitblickend und auf jeden Fall gemässigt sein müssen. Meist aber hat die Regierung das Gegenteil getan und diejenigen, welche die Pflicht gehabt hätten, zu Vorsicht und Ruhe zu raten, haben ihr im Gegenteil geschmeichelt und die Illusionen, die das polnische Volk und seine Regierung hegten, noch ermutigt.

Georges Bonnet nimmt keinen Anstoss, das zu sagen, was er von der Haltung des Generals Gamelin, des Oberkommandierenden der französischen Armee hält, der bei den Unterhaltungen, die er vom 14. bis 21. Mai 1939 mit dem polnischen Kriegsminister hatte, *«den Polen verschwenderisch alle Zusicherungen und Versprechungen machte: Luftwaffe, Offensive mit «dem Gros» der Kräfte, und sogar einen Angriff auf die Siegfriedlinie mit dem Ziel des Durchbruchs!»* (95)

Es trifft zu, dass General Gamelin seinerseits die törichten Illusionen der Polen teilte, da er im Kriegsrat am 21. August ohne Bedenken erklärte, *«dass die polnische Armee einen ehren-*

93) Szembek: «Journal», Vorwort, S. VII.

94) Szembek: «Journal», Vorwort, S. IX.

95) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 231.

haften Widerstand gegen die deutsche Armee anböte; Kälte und schlechtes Wetter würden die Feindseligkeiten bald solange aufhalten, dass die Schlacht im Osten noch bis zum Frühjahr 1940 fortdauern werde» (96)

Londons Blankoscheck

Dieser Mangel an Weitblick und die Leichtfertigkeit, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, von denen, wie die Folgezeit beweist, praktisch keine eingehalten werden konnte, wiegen in Wirklichkeit noch gering, wenn man sie mit den Verantwortungen vergleicht, die England auf sich genommen hat. Denn England ist es, das gleich nach der Besetzung Prags, Polen spontan den Beistand des britischen Empires anbietet. Es war sogar besonders hervorgehoben, dass diese Garantie nicht nur laufe, wenn Polen das Ziel eines Angriffs sei, sondern auch für den Fall, dass es *«von einer gegen seine Unabhängigkeit gerichteten Aktion klar bedroht werde»*

Der erweiterte Charakter dieser Verpflichtung kam der Erteilung einer Blankovollmacht und der Aushändigung eines *«Blankoschecks»* an Polen gleich. Nun haben wir gesehen, und die Geschichte lehrt es, dass Polen und seine führenden Persönlichkeiten, deren Grössenwahn bekannt war, und bei denen die Tapferkeit, oder besser die Kühnheit, keinen Raum für den gesunden Menschenverstand liess, die letzten waren, denen man eine ähnliche Verantwortung anvertrauen konnte, zumindest, wenn man einer Katastrophe aus dem Wege gehen wollte. Das aber wünschten gerade die Kriegshetzer, denen es gelungen war, Chamberlain und seinen Ratgebern ihren Willen aufzuzwingen und verbargen es, wie wir sahen, immer weniger.

So sah es Graf Szembek, als er über eine Unterredung berichtete, die er am 19. Juli mit General Ironside hatte, der nach Warschau gekommen war, um Polen die bedingungslose Unterstützung durch die britischen militärischen Kräfte zuzusichern.

Er schreibt:

«Schliesslich haben wir auch von Danzig gesprochen, das nur der Vorwand für den künftigen Konflikt ist.» (97)

In Wirklichkeit ist es Polen, das nur ein Vorwand für das aus wirtschaftlichen und ideologischen Gründen zum Kriege ent-

96) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 304.

97) Szembek: «Journal», S. 485.

schlossene England war, wobei das für Polen gezeigte Interesse und die Verteidigung der «internationalen Moral» nur eine nebensächliche Rolle spielten. In Wirklichkeit sorgten sich die Kriegstreiber wenig um Polen, wie es schon Graf Potocki im Gespräch mit Szembek hervorgehoben hatte. Und man weiss auch, mit welcher Ungeniertheit und mit welchem Zynismus Churchill in Jalta Polen an Stalin preisgab, wie es Roosevelt bereits getan hatte. *«Ich persönlich schere mich nicht um die Polen»,* sagte Churchill zu seinen beiden Partnern auf der Krim im Februar 1945. In London 1939 aber interessierten ihn die Polen, weil es ihnen zu danken war, dass man die britische öffentliche Meinung zur Weissglut bringen und einen Druck auf die Regierung ausüben konnte, damit sie sich unnachgiebig verhalte und insbesondere ihre Antwort auf Mussolinis Anerbieten, trotz des uns bereits bekannten Drängens des französischen Aussenministers mit Vorbedacht hinauszog.

Die Churchill, Vansittard, Duff Cooper, Eden, Höre Belisha wollten Hitler vernichten. Um dieses Ziel zu erreichen, schienen ihnen alle Mittel recht, einschliesslich eines Weltkrieges. Sie sahen dieser Möglichkeit umso leichteren Herzens entgegen, als sie sich eigentümliche Vorstellungen von Deutschlands Kräften machten. Noch am 6. September 1939 erklärte das Foreign Office,

> aus «erstklassiger Quelle» zu wissen, dass das Reich *«nur noch für zwei Monate Eisen und praktisch kein Kupfer mehr hätte. Die Ernte sei infolge des schlechten Gesundheitszustandes der Schnitter mittelmässig gewesen. Der passive Widerstand der Bergarbeiter hätte die Kohlenförderung auf einen minimalen Stand herab gebracht.» (98)*

Vielleicht rechneten die Kriegshetzer vor allem mit dem Umsturz und der Ermordung Hitlers durch seine Generale. Georges Bonnet berichtet, dass er am 5. September 1939 den Besuch des Leiters eines Nachrichtendienstes empfangen hatte, der ihm versicherte: *«Wir wissen, dass ein Komplott gegen Hitler im Gange ist. Noch bevor ein Monat vergeht, werden er und sein Regime hinweggefegt sein.»*

Chamberlains Urteil

Diese Nachrichten waren nur das Echo auf Verhandlungsmethoden, über die man jetzt genauere Einzelheiten besitzt.

98) Bonnet: «Fin d'une Europe», S. 374.

Schon Anfang September 1938 hat General Halder, der Generalstabschef der deutschen Armee, London wissen lassen, dass Hitler am Tage nach dem Kriegseintritt verhaftet würde. Die Münchener Konferenz hatte die Durchführung dieses Planes vereitelt, aber er war beibehalten worden, und im September 1939 wartete die britische Regierung von Tag zu Tag, dass er ausgeführt würde. Ihr Warten wurde enttäuscht. Aber was lag nun den Kriegshetzern daran. Den Krieg, «ihren Krieg», den sie so lange gewollt hatten, hatten sie ja. Endlich sahen sie ihre Mühe von Erfolg gekrönt. Chamberlain wenigstens machte sich keine Illusionen über die treibenden Kräfte in der ganzen Angelegenheit, und das «Journal» von Forrestal hat uns die Erklärung des Premierministers erhalten: **«Amerika und das Weltjudentum haben England in den Krieg getrieben.»**

VIII

Die Antwort der Tatsachen

Vernichtung der Besiegten

Nun hat der Krieg also stattgefunden. ([99]) Hitler und der Nationalsozialismus, Mussolini und der Faschismus sowie Japan sind zu Boden gerungen worden. Deutschland wurde gezwungen, bedingungslos zu kapitulieren, und auf Jahre hinaus hat es keinen deutschen Staat und keine deutsche Verwaltung mehr gegeben. Alle Deutschen mussten Hunger, Deportationen und Einkerkerungen zu Millionen über sich ergehen lassen, während man sie zu Zehntausenden aburteilte, unter Formen tötete, deren juristischer Wert immer weniger zu verteidigen ist. Jahrelang wurde ein ganzes Volk dem guten Willen oder der Willkür der Besatzer unterworfen, die ausserdem sich vorgenommen hatten, es «umzuerziehen». Niemals waren Besiegte derart besiegt und gedemütigt worden; niemals Sieger solche Sieger und Triumphatoren gewesen. Allerdings wurde dieses Resultat um den Preis unzähliger Zerstörungen und einer Gesamtzahl von Toten und Verwundeten erreicht, die sich auf Dutzende von Millionen beziffert. Trotzdem aber hatte nach der Kapitulation Deutschlands und Japans im Jahre 1945' der Kreuzzug der Demokratien seine Ziele erreicht. Vollständiger konnte ein Sieg nicht sein, und die Sieger waren wahrhaftige Herren der Welt, die sie nach ihrem Gefallen wieder aufbauen konnten.

99) Fünf Jahre lang war Europa der Wut der Kriegführenden ausgeliefert. Seine Städte wurden niedergebrannt, seine Denkmäler zerstört, seine Fabriken vernichtet, seine Einwohner hingemordet.

Zu den Millionen (Anm. d. deutschen Herausgebers: Die Beweisführung für die Zahl von 6 Millionen beruht bisher nur auf den Angaben des damaligen Häftlings des «Nürnberger Alliierten Militärgerichtes', Dr. Hoetti) in Gefängnissen und Nazilagern schändlich umgebrachten, erschossenen und gefolterten Juden, kommen die Millionen und aber Millionen Deutsche und Italiener, Slawen, Angelsachsen, Franzosen, Belgier, Rumänen, Ungarn, Holländer, Griechen, Europäer jeglicher Herkunft und aller Sprachen, die von Bomben zerschmettert, lebendig verbrannt, erdrosselt, an Hunger und Kälte gestorben sind; Opfer eines Konflikts, den sie nicht gewollt, und den nur der Wahnsinn einiger in beiden Lagern unvermeidlich gemacht hat.

Die Ohnmacht der Sieger

Wir verfügen nunmehr über genügend Abstand, um die Form beurteilen zu können, in welcher sie die ihnen gebotene einzigartige Gelegenheit ausnutzten. Und wo stehen wir nun nach dreizehn Jahren? Die Feindseligkeiten dauerten noch an, als allen einsichtigen Beobachtern eine klare Erkenntnis sich täglich immer stärker aufdrängte. Der grosse, wenn nicht einzige Sieger, der aus diesem Kampfe hervorging, war Stalin, war das kommunistische Russland. Und trotz der Kapitulation Roosevelts und Churchills in Jalta, wo es Stalin gelang, sich einen Teil Europas und die Mittel zur Ausbreitung des kommunistischen Einflusses und seiner Glaubenslehre auf einen ansehnlichen Teil Asiens ausliefern zu lassen, brachen die grössten Meinungverschiedenheiten unter den Alliierten aus. Zwei Jahre später hatten diese Meinungsverschiedenheiten etwas herbeigeführt, das manbeschönigend mit «kaltem Kriege» bezeichnete. Die Folgen, deren grösste war, dass sich die Wiederherstellung des Friedens als unmöglich erwies, haben wir erlebt. Die Sieger machten sich lächerlich. Sie, die in den Krieg mit dem Ziel gezogen waren, unter vielen anderen auch Österreich zu «befreien», besetzten es zehn Jahre lang und legten den Einwohnern und der Regierung dieses Landes einen Teil der Lasten auf, die eine so lange militärische Besetzung mit sich bringt. Dreizehn Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten ist über Deutschlands Schicksal noch nicht entschieden.

Stalins Triumph

Aber das ist nicht alles! Die Lenker der «grossen Demokratien» mussten vor der Welt zugeben, dass sie sich schwer geirrt hatten. Schon vor langer Zeit gab Churchill bekannt, dass man das *«verkehrte Schwein»* geschlachtet habe. Roosevelt starb beizeiten und erlebte die Katastrophe nicht mehr, die die Folge seiner Politik, seiner ideologischen Leidenschaften und seiner verbrecherischen Irrtümer war; die Missachtung, mit der sein Gedenken befleckt ist, wirkt derart, dass die zu seinem Ruhm errichteten Denkmäler Inschriften erhalten, die ihn als den «Verräter *von Jalta*» bezeichnen. Das völlige Fehlen einer Reaktion in der öffentlichen Meinung auf das, was vor einigen Jahren noch als entsetzliches Sakrileg gegolten hätte, offenbart die Vorgänge, die sich im Geist der Völker vollzogen haben.

Jetzt, da die Behauptungen der Propaganda und die Versprechungen der Politiker der Wirklichkeit gegenübergestellt worden sind, sieht man im Lichte des heutigen Tages klarer, was an

ihnen war, und die Grundlagen des Problems, das vor zwanzig Jahren auf tauchte, können nicht mehr verhehlt werden. Schon 1935 – und mit grösserem Recht 1939 – lautete das Dilemma: Hitler oder Stalin. Und als wie wahr hat sich dies herausgestellt. Nachdem der Erstere besiegt worden war, hat der Zweite trotz der Demokratien alle Früchte der Operation eingeheimst. In Sowjetrussland und in der kommunistischen Welt haben die Demokratien einen unendlich mehr zu fürchtenden und unversöhnlicheren Feind gefunden als es Nationalsozialismus und Faschismus waren. Roosevelt und Churchill, Truman und Eisenhower haben sich geirrt und sind auf der ganzen Linie betrogen worden. Dies bekannte Chester Wilmot, der doch für Churchill so nachsichtig war, im Vorwort zu seinem Werk «Der Kampf um Europa», das in den Jahren, die den Waffenstillständen von 1945 folgten, zusammengestellt und veröffentlicht wurde. Er schreibt 1951:

> *«In diesem Buche habe ich mich zu erklären bemüht, wieso die westlichen Alliierten den Krieg auf politischem Gebiet verloren haben, während sie ihn auf dem militärischen gewannen, weshalb und wieso sie in Nazideutschland alles zerstörten und Westeuropa befreiten, die Sowjetunion dagegen ihre Autorität über Osteuropa ausüben liessen und dort die Anwendung der Grundsätze der Atlantikcharta unmöglich machten, für die sie doch gekämpft hatten. Bei Betrachtung des Kriegsverlaufs aus der Sicht des Jahres 1950 habe ich nicht nur zu zeigen versucht, auf welche Weise Hitler gestürzt wurde, sondern auch, warum Stalin hieraus als Sieger hervorgegangen ist, wieso Russland dazu kam, Deutschland als beherrschende Macht in Europa zu ersetzen und wieso es Stalin gelungen ist, von Churchill und Roosevelt das zu erhalten, was er von Hitler nicht bekommen konnte.» (100)*

Wir haben die letzten Worte gesperrt, die ein Urteil darüber erlauben, wie weit die Interessen Europas und der zivilisierten Welt von denen verraten worden sind, die behaupteten, sie zu verteidigen.

Das «verkehrte Schwein»

Aber das ist noch nicht alles. Die Vertreter der westlichen Demokratien haben sich nicht darauf beschränkt, sich nur über

100) Chester Wilmot: «La lutte pour l'Europe», Paris 1953 S. 8.

die Gefahr zu täuschen, die Sowjetrussland darstellte; sie haben obendrein die Rolle, die Deutschland notwendigerweise in Europa und der Welt zu spielen bestimmt war, völlig falsch gesehen. Und jeden Tag erbringen sie einen neuen Beweis für die erstaunliche politische Unfähigkeit und ihr totales Verkennen der Situation, die deren Ursache ist. Von diesem Deutschland, das Roosevelt unter begeisterter Annahme des Morgenthauplans in ein Kartoffelfeld verwandeln wollte, das er für ewig im Status der Waffenlosigkeit lassen wollte, und das seine militärischen Traditionen verleugnen sollte, hat man nun bemerkt, dass es unentbehrlich war, wenn man das, was von Europa noch übrig ist, gegen den Bolschewismus verteidigen wollte.

Seitdem die Regierungen in London und Washington auf diese erstrangige Wahrheit gestossen sind, haben sie ihre ganzen Anstrengungen nur darauf gerichtet, die ehemaligen Feinde zur Wiederaufnahme der Waffen zu veranlassen. Eisenhower und Churchill haben den Tag, an dem Westdeutschland die Verpflichtung einging, eine Armee von 500'000 Mann aufzustellen, um als Abwehr gegen die sowjetischen Armeen zu stehen, wie einen grossen Sieg gefeiert. Und man darf glauben, dies ist nur ein Anfang, denn in den Vereinigten Staaten mehrt sich täglich die Zahl derer, die in Deutschland das Kernstück der europäischen Verteidigung und Europas überhaupt sehen. In Jalta erhoben Roosevelt und Churchill zwischen Birne und Käse ihre Gläser in Gesellschaft Stalins auf den nahen Tag, an dem es möglich sein werde, 50'000 deutsche Offiziere ohne Urteil erschiessen zu lassen. Aber 1951 sind die Vereinigten Staaten entschlossen, mit der neuen deutschen Armee, die im Begriff steht, sich in ihren Verbänden und mit ihrem Generalstab zu bilden, weder um Bewaffnung von höchster Vollkommenheit, noch um Hilfe jeder und grösster Art zu feilschen. Niemals war eine Kehrtwendung auffallender und die Anhäufung von Irrtümern und Verbrechen entsetzlicher.

Die «befreiten» Sklaven

Fahren wir fort. Wie geht es, dreizehn Jahre nach dem Ende dieses wahrhaft Heiligen Krieges, von dem die Kriegstreiber meinten, es sei unerlässlich, ihn auszulösen und unbarmherzig zu führen, um dem Reich seine Opfer zu entreissen, nun diesen Opfern? Wie sieht für sie die «Befreiung» aus, deren Gegenstand sie gewesen sind?

Gewiss, Polen hat Danzig wiedergewonnen, aber es hat seine Ostgebiete, einschliesslich Galiziens, verloren. Als Trost hat Russland ihm erlaubt, sich auf Kosten Deutschlands zu vergrössern und sich bis zur Oder und Neisse auszudehnen, Breslau und ganz Ostpreussen mit Ausnahme von Königsberg zu annektieren. Ein relativer Trost, dessen Unsicherheit jedem in die Augen springt. Denn es gibt niemand in der Welt – und am wenigsten die Polen – der sich die geringste Illusion über die Vergänglichkeit dieser Eroberung von Gebieten macht, auf die Deutschland nicht verzichten kann. Und diesem illusorischen Ausgleich steht als Gegenposten die Tatsache gegenüber, dass Warschau eng an die Politik Moskaus gebunden worden ist, das in Polen alles kontrolliert. Ein Marschall der Sowjetunion hat dank den Organisationen der Kommunistischen Partei Anordnungen erlassen, hat verwaltet und regiert. Gerade in diesem Punkte hatte Marschall Rydz-Smigly nur allzu recht: Polen hat wirklich «seine *Seele verloren*».

Die Tschechoslowakei hat aufgehört, ein Protektorat des Reichs zu sein, und Benesch konnte 1945 als Sieger nach Prag zurückkehren. Aber bald hat er feststellen müssen, dass er Herren über sich gesetzt hatte; und kaum drei Jahre später wurde er gezwungen, vor seinen kommunistischen «Freunden» zu kapitulieren, die den Sohn Masaryks zum Selbstmord trieben, während Benesch kurz darauf isoliert und völlig ohne Ansehen starb. Die Tschechoslowakei hat das Sudetenland wiedergewonnen, aber ihr Verbündeter in Moskau hat ihr die subkarpathische Ukraine abgenommen und die Prager Regierung ist nichts weiter als eine Filiale der Regierung der UdSSR., und zwar in einem Ausmasse, dass der Tod Stalins oder die ihm folgenden Palastrevolutionen sofort Folgen in Prag haben, das in wirtschaftlicher, verwaltungsmässiger und politischer Beziehung jede Macht eigener Entscheidung verloren hat. Was die Polen schon 1935 geahnt, was Hitler vorausgesehen hatte, ist alles Wirklichkeit geworden, und die Knechtung der Tschechen und Slowaken, die übrigens unversöhnliche Feinde geblieben sind, konnte nicht vollständiger werden.

Die Lage Rumäniens ist nicht beneidenswert. Es hat Bessarabien und einen Teil der Bukowina verloren und erlebte, wie sich bei ihm eine kommunistische Diktatur nach dem in Prag und Warschau organisierten Muster einnistete.

Die «Befreier» in übler Lage

Die diesen Ländern von England und Frankreich feierlich zugesicherte Garantie und die ihnen gemachten Versprechungen haben ihnen nicht gerade Glück gebracht. Wenn jene Länder, die Garantie erhielten, ausgeraubt und auf den Stand von Sklaven herabgedrückt wurden, so befinden sich im Verhältnis dazu die Garanten selbst in keiner beneidenswerten Lage, und der Vergleich ihrer gegenwärtigen Macht mit dem, was sie noch 1939 darstellte, lässt die ungeheure Katastrophe zum Vorschein kommen, die der Krieg für Frankreich und für England bedeutet hat.

Churchill wird jetzt wohl lange genug gelebt haben, um sich sagen zu müssen, dass er in Wirklichkeit der Totengräber des britischen Weltreiches gewesen sein wird. England hat Indien verloren. Kanada und Australien erliegen mehr und mehr der Anziehungskraft Washingtons, und Südafrika lockert täglich ein wenig mehr die Bande, die es mit London verknüpfen. Durch die Verpflichtung, den Vereinigten Staaten militärische Basen auf allen Meeren und in allen Kontinenten zu gewähren, hat England sein politisches Prestige und einen grossen Teil seiner wirtschaftlichen Macht verloren und war für lange Jahre nach dem Kriege zu einer Rationierung seiner Lebensmittel verdammt, von der sich die anderen Länder schon seit geraumer Zeit befreien konnten. Als einstmals grosses Land führt es heute ein unsicheres Dasein, das nur unter der Bedingung fortgeführt werden kann, dass es seine Politik eng auf diejenige seines Verbündeten in Washington ausrichtet, der über unwiderstehliche Mittel verfügt, um letzten Endes seinen Ansichten und seinem Willen Geltung zu verschaffen. Dies war deutlich bei der Suez-Affäre zu sehen.

Frankreich, das Indochina verloren hat, sieht nun die Rechte bedroht, die es in Nordafrika erworben hatte. Anstatt von der deutschen «Gefahr» befreit zu sein, erlebt es die rasche Wiederaufrichtung seines Nachbarn im Osten, gegenüber dem es in wirtschaftlicher Hinsicht schon jetzt und in militärischer Beziehung in einigen Jahren sich in der Lage des Unterlegenen befinden wird.

Der Vatikan war nicht immer mit seinen Beziehungen zum Italien Mussolinis und dem Deutschland Hitlers zufrieden. Aber was sind die Meinungsverschiedenheiten der Vorkriegsjahre gegenüber den Verfolgungen, Einkerkerungen und Hinrichtungen, die Millionen von Gläubigen in Mittel- und Osteuropa, die Tau-

sende von Priestern sowie Dutzende von Bischöfen und Kardinälen zu ertragen hatten, die in die Gefängnisse geworfen oder hingerichtet wurden. Ohne dabei den Untergang des Missionswerkes in China und einem Teil Asiens mitzuzählen.

Wenn man es nochmals zu tun hätte

Nach diesem Rundblick muss wohl zugegeben werden, dass alle Länder, denen die Kreuzfahrer der Demokratie die Befreiung zugeschworen hatten, und dass die von ihnen als Opfer der Barbarei und des Imperialismus von Deutschland, Italien und Japan Bezeichneten, sich 1957 in einer Lage befinden, dass die Jahre 1938-1939 als die gute Zeit eines angenehmen Lebens erscheinen und dass die Opfer von damals gewiss die Rückkehr in die Vergangenheit wählen würden, wenn sie mit der Bewegung eines Zauberstabes alles Gewesene hinwegfegen könnten.

Welcher aufrichtige Mensch möchte nicht dem Gedanken zuneigen, dass auch 1939 ein Münchener Abkommen besser gewesen wäre, nachdem die ungeheure Masse der durch den Krieg aufeinander gehäuften Ruinen und der hiermit verbundene Rückgang der Kultur an unserem Auge vorüber gezogen sind?

Henri Lebre.

DIE KARTEN AUF DEN TISCH

GUTE WIE SCHLECHTE

Die erste Kriegserklärung

Am 24. März 1933 veröffentlichte der «Daily Express», dessen Einfluss und Auflagenhöhe bekannt ist, folgende Zeilen:

«Das israelitische Volk der ganzen Welt erklärt Deutschland wirtschaftlich und finanziell den Krieg.

Das Auftreten des Hakenkreuzes als Symbol des neuen Deutschlands hat das alte Streitsymbol Judas zu neuem Leben erweckt.

Vierzehn Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen, um Deutschland den Krieg zu erklären.

Der jüdische Grosshändler wird sein Haus verlassen, der Bankier seine Börse, der Kaufmann sein Geschäft und der Bettler seine Elendshütte, um sich in einem heiligen Kriege gegen die Leute Hitlers zusammen zu schliessen.»

Dies ist ein unzweideutiger Wortlaut, dessen Bedeutung nur strittig sein könnte, wenn diesem Aufruf zum heiligen Krieg nicht eine sofortige einmütige Mobilmachung aller jüdischen Kräfte in der ganzen Welt gefolgt wäre.

Eines möchte ich gleich vorausschicken: ich gehöre nicht zu den voreingenommenen Menschen, die alle Unruhen unseres Universums auf «Komplotte» von mehr oder weniger geheimnisvollen Einheiten: Juden, Freimaurern, Jesuiten oder den zweihundert Familien zurückführen. Ich weiss z.B. recht gut, dass heute kein Judentum aus einem einzigen Block mehr besteht, dass die Juden, genau wie die Arier, über die grossen Probleme, Bolschewismus, Kolonialismus wie auch über den Zionismus, geteilter Meinung sind, dass es ein jüdischer Richter war, der die Eheleute Rosenberg zum Tode verurteilt und ein jüdischer Parlamentarier Mendès-France gestürzt hat.

Wenngleich es unsinnig ist, bei den Kindern Israels heute auf eine Orientierung in einheitlichem Sinne hinweisen zu wollen, so entspräche es doch nicht den Tatsachen, wenn man übersehen wollte – wie *alle* Schriftsteller unseres Systems es voller Schamhaftigkeit tun – dass sich seit dem Machtantritt Hitlers alle Juden der Welt im Kriege mit Deutschland befanden, und dass für sie der zweite Weltkrieg bereits 1933 begann.

Mir liegt der Gedanke fern, sie deshalb zu tadeln. Der Führer hatte seine Gedanken mit allzu grosser Härte betont, und seine

ersten Amtshandlungen als Regierungschef bezeugten nur allzu deutlich seinen Willen, sein Programm durchzuführen, so dass die Juden der fünf Kontinente sich also gefährdet fühlen und sich im Kriegszustand mit dem Dritten Reich betrachten mussten. Ihre Kriegslust war an sich also eine durchaus legitime und achtbare Reaktion. Weniger trifft dies aber auf so viele Nichtjuden zu, die die Leichtfertigkeit besassen, sich an diesem sie nicht betreffenden Streit mit nicht geringerer Leidenschaft zu beteiligen. Hierin liegt das ganze Drama dieses unsinnigen und verbrecherischen Krieges.

Die Juden zählten nur vierzehn Millionen ([1]) als der Krieg begann, d.h. im Jahre 1933. An sich bedeuteten diese vierzehn Millionen weit verstreuter Einzelner für das neue Deutschland keinen ernstlichen Gegner. Furchtbar waren sie erst durch ihre wirtschaftliche Macht, den Einfluss, den sie in ihren verschiedenen Aufenthaltsländern ausübten und schliesslich durch die Einheit, zu der diese in ihren Interessen und Erwartungen sich so oft widerstrebenden Menschen durch Hitlers Antisemitismus zusammengekittet wurden. Von einem zum anderen Tage sahen sich der Hasenfellhändler in Krakau und der Bankier in New York, der Journalist in Paris und der adlige Londoner Lord infolge ihrer gemeinsamen Herkunft angesichts der gemeinsamen Gefahr fest verbunden.

Ich für meinen Teil kenne nur höchst seltene Ausnahmen von dieser (moralischen) Abwehr. Der Schriftsteller Emanuel Berl und der Journalist Géo London fanden z.B. nichts dabei, sich mutig gegen den «Geschichtsablauf» zu stellen und mit grosser Treffsicherheit vorauszusagen, dass die Juden die ersten Opfer dieses Kreuzzuges würden. Natürlich schenkte man ihnen kein Gehör. Ihre wirkungslose Opposition trug ihnen bei fast allen ihrer Glaubensgenossen den Ruf als Verräter ein.

Letztere waren ohne Unterschied der Nationalität oder sozialen Stellung fest entschlossen, erst wieder Atem zu schöpfen, wenn «das Ungeheuer von Berchtesgaden» vernichtet sei.

Allein hatten sie keine Aussicht, dies zu erreichen. Aber ihr Glück oder Unglück (denn wie Berl und London gesagt hatten, mussten sie dem Kriegsgott den verhältnismässig grössten Tribut zollen) wollte es, dass sie Bundesgenossen fanden.

1) Es handelt sich natürlich nur um Juden, die ihre Religionsbräuche beobachteten, die anderen erscheinen nicht in den Verzeichnissen der israelitischen Handelswelt.

Es wäre allzu summarisch, wollte man sich vorstellen, – wie es gewisse unserer Freunde getan haben – dass die ungeheure Mobilmachung, die auf unserem Planeten gegen die faschistische Hydra zustande kam, einzig und allein durch den Willen der Juden zum Erfolg gelangt wäre. Dies hiesse, ihnen eine Macht zuzusprechen, an die ich für meinen Teil nicht glauben kann. Es hiesse auch, die Neigung zu unterschätzen, die so viele Millionen Arier spontan für ideologische Kreuzzüge empfinden, und auch den Wunsch zu unterschätzen, den die Bolschewikenführer stets haben, Streitigkeiten unter kapitalistischen Ländern zu schüren; Streitigkeiten, von denen am Ende nur die UdSSR. den Vorteil hat. Schliesslich auch den Einfluss der englischen Politik zu unterschätzen, die sich immer darauf versteift, die bedrohlichste Macht auf dem Kontinent niederzuwerfen. (Und darin hat sie sich im vorliegenden Fall schwer getäuscht, denn niedergeworfen werden musste in ihrem eigensten Interesse die UdSSR, und nicht das Dritte Reich, wie es Churchill in einem Lichtblick an jenem Tage erkannte, an dem er zugab: «Wir haben das verkehrte Schwein geschlachtet!»).

Es waren also zahlreiche Faktoren vorhanden, die diesen Kreuzzug möglich, wenn nicht wahrscheinlich machen mussten, ohne dass das Judentum dessen Ursache war. Aber auf Grund der Tatsache, dass die Juden sechs Jahre vor den Polen, Franzosen und Engländern, und sieben Jahre vor den Belgiern und Holländern, acht Jahre vor den Jugoslawen und Russen und neun Jahre vor den Amerikanern sich im Kriege mit Deutschland befanden, haben sie eine historische Priorität erlangt, die gewisse Leute – höchst ungerechterweise – glauben, ihnen allein zuschieben zu dürfen, nämlich die Verantwortung für den Konflikt.

Die Wahrheit ist, dass die Juden, die lange vor den anderen im Kriege standen, als Sauerteig für den Kreuzzug dienten, und dass die von ihnen in Wirtschaft, Presse und Politik der demokratischen Länder besetzten Schlüsselstellungen ihnen ermöglichten, sie mit ihm gewissermassen zu verbinden.

Dies alles darf nicht vergessen werden, wenn man die von den Nationen des Westens und ganz besonders von Frankreich, für oder gegen den Krieg am Vorabend des Konflikts eingenommene Haltung prüft. Auch wenn der jüdische Einfluss nachdrücklichst ausgeübt wurde, wenn er auf allen Gebieten des öffentlichen französischen Lebens zu erkennen war, so spielten doch ebenso

gefürchtete andere Kräfte bei der Beschleunigung der Katastrophe mit.

Diese Kräfte offenbarten sich bei der Münchener Krise in grellem Lichte. Bis dahin hatte sich die Kriegslust kaum zu erkennen gegeben. Dasselbe lässt sich auch von der Friedensliebe sagen. Es versteht sich von selbst, dass in ruhigen Zeiten alle Welt für den Frieden ist und niemand für den Krieg. Die hartnäckigsten Kriegshetzer scheuen sich, ihre Gefühle an den Tag zu legen, und die überzeugtesten Pazifisten wagen auch kein zu entschiedenes Auftreten, weil dies die Gefahr birgt, sie in Misskredit zu bringen.

Erst angesichts eines konkreten Falles – wie dem des Sudetenlandes – werden die Menschen allgemein und die politischen Führer und Journalisten im Besonderen vor die Notwendigkeit gestellt, zu zeigen, wer sie eigentlich sind. Dann verschwinden die opportunistischen Umschweife und geheimen Vorbehalte. Dann fallen die Masken. Dann legt man die Karten auf den Tisch. Und dann kann man sich auf die verblüffendsten Überraschungen gefasst machen.

Wer hätte z.B. je daran gedacht, dass der alte Charles Maurras, der unter einem eingefleischten Hass auf den dickschädeligen Boche ergraut war, am Rande eines Kreuzzuges gegen die Boches, der doch die Krönung seiner Laufbahn hätte sein müssen, sich als wildester, unnachgiebigster Anhänger des Friedens entpuppen würde? Und der stürmische Léon Jouhaux, der von 1914-1918 auf der Lauer lag und blökende Sänger des Defaitismus und Antimilitarismus war, ganz plötzlich mit der Trompete Déroulèdes ([2]) an den Lippen auftauchen würde, um den besten Teil der französischen Jugend in die Gräber zu hetzen?

Wer den Ablauf der Ereignisse, den Krieg selbst, aber auch seine Folgeerscheinungen, wie Widerstandsbewegung und «Kollaboration» ([3]), schliesslich noch die Säuberung und den Sieg des Systems, kurz, das gesamte französische Leben der beiden letzten Jahrzehnte verstehen will, darf sich nicht mit der unmittelbaren Vorkriegszeit befassen, (denn damals waren die Würfel falsch, den Pazifisten war ein Maulkorb angelegt, und der üble Streich vollzog sich, ohne dass jemand etwas dagegen tun konnte), sondern mit dem September 1938, als jedermann genötigt war, Par-

---

2) Déroulède, Paul: französischer Politiker, Präsident der Patriotenliga, Verfasser des «Lied des Soldaten».

3) Kollaboration: Zusammenarbeit mit den Deutschen während der Besatzung.

tei zu ergreifen. Und zwar beherzt, offen und ohne Zweideutigkeit oder falschen Schein.

Die bekannten Grössen des Problems erleichterten diese Wahl. Zum ersten Male waren sie von äusserster Einfachheit. Deutschland forderte das Sudetenland. Dieses Gebiet war von drei Millionen Deutschen bewohnt, die seit dem Friedensvertrag von 1919 unaufhörlich ihre Eingliederung in das Reich gefordert hatten. Der Führer verlangte im vorliegenden Falle – was auch seine Hintergedanken gewesen sein mochten – nur die Anwendung .eines der unsterblichen Grundsätze von 1789: des Selbstbestimmungsrechts der Völker, einer im Kern französischen Idee (insoweit die französischen Gedankengänge Ideen der französischen Revolution sind). Bei richtiger Logik hätten also die französischen Demokraten diese Forderung unterstützen müssen. Aber die französische Republik hatte ein Militärbündnis mit der Tschechoslowakei, einer unsinnigen geographischen Harlekinade ohne geringste geschichtliche oder wirtschaftliche Rechtfertigung, die die Freimauerei mit leidenschaftlicher Liebe ausgeheckt hatte. Nun hatte dieses Bündnis für Frankreich nur Unannehmlichkeiten, von denen man keinerlei Vorteil erwarten konnte; für den Fall eines Konfliktes war es sogar nicht mehr rechtsgültig, wie der berühmte Jurist Barthélémy im «Temps» nachgewiesen hatte.

In dieser Sudetenangelegenheit, die es unmittelbar in keiner Weise betraf, hatte Frankreich also mehr Grund, die Forderungen Hitlers als den Starrsinn der Tschechen zu unterstützen. Ünd es hatte noch viel mehr Grund, sich aus dem Konflikt herauszuhalten, und wäre es auch nur wegen seiner militärischen Unterlegenheit gegenüber Deutschland gewesen.

Unter diesen Bedingungen übertreibt man nicht, wenn man sagt, dass die Franzosen, die für den Krieg stimmten, ja ihn mit allen Mitteln betrieben und deren Hoffnungen das Münchener Abkommen vorläufig zerstörte, schlechterdings nicht die französischen Interessen im Auge hatten, und dass sie einzig nur von uneingestandenen Leidenschaften getrieben waren oder gar uneingestandenen Parolen folgten.

Es ist nicht unnütz, sich diese Leute genauer anzusehen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, finden wir sie auf dem Triumphwagen vom 31. August 1944 wieder. Und die Anderen, die Anhänger des Friedens, finden wir in den Gefängnissen der Säuberung. Die Trennungslinie, die Frankreich in zwei Lager scheiden

sollte, wurde im September 1938 gezogen. Und dies, ohne dass der Begriff rechts oder links dabei eine Rolle spielte.

Am 30. September 1938 rückte ein Schriftsteller, der seitdem keine geringe Kehrtwendung gemacht hat, damals aber der Doktrinär des französischen Faschismus war, Pierre Gaxotte, in der Zeitschrift «Je suis Partout» («Ich bin überall»), die Dinge ins rechte Licht.

> *«Wollen wir den Bestand unseres Vaterlandes für einen unsinnigen und verächtlichen Staat aufs Spiel setzen, der jeglicher Vernunft zuwider mit grossen korrupten Verstössen gegen das Nationalitätenprinzip hergestellt wurde? Ist ein Volk in Mitteleuropa das Leben der Unseren wert?*
>
> *Für uns gibt es nur zwei Parteien: diejenigen, die für Frankreich sind, und diejenigen, die für den Krieg sind. Etwas anderes gilt nicht und wird niemals* gelten.»

Zweifellos hat Pierre Gaxotte, der für polizeiliche Drohungen empfänglich und von der sich im Zweispitz ausprägenden Unsterblichkeit des Quai Conti ([4]) geblendet war, sich rasch einen Grund zurecht gelegt und sich in aller Eile jenen angeschlossen, die für den Krieg waren. Seine Analyse jedoch bleibt auch nach 20 Jahren Abstand noch gültig.

Die Kriegspartei von 1938 war eben die antifranzösische Partei, diejenige Partei, die die Kriegskatastrophe und die Besetzung über unser Land herbeigeführt hat; sie war die Partei des Bürgerkrieges und der Blutbäder von 1944/45, sie ist die Partei, die heute die Nation bekanntlich – aber darauf Gewicht zu legen ist überflüssig – seit der «Befreiung» regiert.

In dieser Partei bestehen zwei eng verbundene und logische Gruppen: Juden und Kommunisten.

Ich sagte weiter oben, dass ich die Juden nicht hart behandele, weil sie Kriegstreiber waren, da sie sich ja de facto seit 1933 im Kriegszustand mit Deutschland befanden. Dem füge ich hinzu, dass die wahren Schuldigen jene waren, die um diese Kriegführung wussten (aus der die Juden nie ein Geheimnis machten), die ihnen ermöglichten, sowohl im Ministerrat (Mandel und Zay), als auch im Parlament (Blum, Grumbach, Lazurik, Jules Moch, Ziromsky, Kayser usw.), oder in der Presse und im Rundfunk die Geschicke Frankreichs in einer Angelegenheit zu beeinflussen, die nur Frankreich anging.

---

4) Gemeint ist hier die «Académie Française» mit ihrer Galauniform.

Ebenso habe ich einige Nachsicht für die Kommunisten. Die Logik ihres philosophischen Systems befahl ihnen (und befiehlt ihnen allezeit), nur einem einzigen Vaterlande zu dienen: dem der UdSSR. Nun hatte der VII. Kongress der kommunistischen Internationale am 26. Juli 1935 folgenden Antrag angenommen, der genauso kategorisch ist, wie der eingangs zitierte Artikel des «Daily Express»:

> *«Die drohendste Gefahr für unser proletarisches Vaterland ist der wahrscheinliche Angriff seitens des deutschen Faschismus. Gelingt es uns nicht, diese Macht auf andere Länder abzulenken, so können wir die Gefahr nicht abwenden»*

Um diese Macht abzulenken, schloss der geniale Stalin (ich schreibe «genial» ohne die geringste Ironie) im August 1939 seinen berühmten Pakt mit Ribbentrop. In derselben Absicht hatte er seinen getreuen französischen Anhängern Anweisung gegeben, einen französisch-deutschen Krieg mit allen Mitteln herauszufordern. Während Franzosen und Deutsche sich dann zwischen Rhein und Mosel zu Grunde richten würden, hätte die UdSSR, sich in aller Ruhe darauf vorbereiten können, die Abfälle aufzusammeln.

Darum befahl 1938 die Logik jedem, der ein für allemal dem französischen Patriotismus entsagt und sich für den sowjetischen entschieden hatte, den Vorwand der Sudetenfrage aufzugreifen, um auf den Krieg hinzuwirken. Die (geographisch) französischen Kommunisten liessen sich dies nicht entgehen. Es wäre langweilig, die einfältigen Schmähartikel der «Humanité» zu zitieren, in denen während des ganzen September die Thorez, Duclos oder Péri täglich zum Totschlägen auf rief en. Die Lektüre von «Ce Soir», einem Abendableger der «Humanité» ist viel ergötzlicher. Zunächst wegen Saint-Granier, – dem Manne mit dem gesunden Menschenverstand! – der sich in die Lügenpropaganda mit einer Unbekümmerheit eingeschaltet hatte, dass die grossen Klassiker dieser Art – nämlich die von 1914 mit den abgeschnittenen Fingern und den nicht krepierenden deutschen Granaten – ihn darob beneiden könnten. Auf Rechnung seiner kommunistischen Brotherren entdeckt Sain-Granier, dass die Erstickungsgase der bösen Nazis gar nicht zum Ersticken führen, und dass beim Fehlen einer Gasmaske – ich erfinde nichts – ein feuchtes Handtuch genügt, um ihre giftigen Wirkungen aufzuheben.

Und dann neben Saint-Granier der unvergleichliche Aragon, derselbe, der früher auf die französische Armee sch... und nun

auf ein Zittern des Schnurrbarts Joseph I. ([5]) mit einer kleinen blauen Blume in der Schreibtischvase stotternd in den Krieg zieht...

Aragon ist bestimmt eine Witzblattfigur, deren literarische Hanswurstiaden nicht zur Nachahmung ermutigen, aber wenn er «die Violine mit der französischen Seele» beschwört, gibt er den Ton an, den die verschiedenen Sänger der Kriegspartei spontan aufnehmen. Natürlich mit Schattierungen. Je nach dem Publikum, an das man sich wendet, zitiert man die Soldaten des Jahres II, Jeanne d'Arc, die Paladine Karls des Grossen, die Haudegen des Kaiserreichs oder die französische Garde von Fontenoy.

In einem Gelegenheitsstück, das wahrscheinlich sein bestes ist, legt Jean Giraudoux in «Der trojanische Krieg findet nicht statt» dem Greis Demokos Redensarten in den Mund, die auch die Kriegshetzer im September 1938 gebraucht haben könnten. «Man kann hineingehen», schreit als Wesentliches dieser Säbelrassler, «unsere Kriegshymne ist fertig». Denn wenn es der Armee Badinguets (und derjenigen Gamelins) auch an Gamaschenknöpfen fehlte, so fehlte es den Paladinen des Sudeten-Kreuzzuges doch nicht an bildlichen Ausdrücken.

Noch «greiser» als Demokos schreibt der alte Julien Benda mit einer erhabenen Verachtung der menschlichen Person:

> *«Ich besitze den echten Jakobiner g eist von 1792: alles dem Sieg der Nation der Menschenrechte unterordnen... Und wenn man stöhnt: aber die Guten, die unter den Fahnen des Rechts zu Grunde gehen? Dann werde ich bekennen, dass ich dies auf meine Schultern nehme. Mich beeindrucken nicht einige Menschenleben, sondern der Sieg eines Prinzips».*

Henri de Kerillis, ein von fixen Ideen besessener Kleingeist, geht noch über diese edlen ideologischen Betrachtungen hin- aus. Er predigt den Krieg um des Krieges willen, wie andere die Kunst um der Kunst willen und erklärt in «Epoque» kaltschnäuzig:

> «Man *sagt mir bespielsweise: «Unsere Luftwaffe befindet sich in einem Zustand schreckenerregender Unterlegenheit!» Dann erwidere ich: «Ein Grund mehr, die Tschechoslowakei zu retten»«*

Während diese blutdürstigen Hanswurste sich bemühten, Tartarin ([6]) wieder zum Leben zu erwecken, der im Herzen von so vielen unserer Landsleute schlummert, beschäftigt sich die

---

5) Gemeint ist Joseph Stalin.

6) Tartarin de Tarascon: Figur satirischer Romane von A. Daudet.

Dame Geneviève Tabouis, die Wahrsagerin des «Oeuvre», damit, den Franzosen neuen Mut einzuflössen. Irgendwie eine Arbeitsteilung: jedem seinen Happen. Für diese Dame Tabouis, die sich in unsinnigen und verlogenen Redensarten mit unvergleichlicher Unbekümmertheit ergeht, bedeutet der kommende Krieg für unser Land keinerlei Risiko. Wir müssen ihn gewinnen, weil *«wir die Stärkeren sind»,* weil «die *Flitterwochen Rom-Berlin vorüber sind»,* weil *«Hitler mit seiner Mobilmachung viele Enttäuschungen erlebt»,* da *«seine Moral auf den tiefsten Stand gesunken ist»,* weil er *«unruhig, deprimiert, gepeinigt ist»* usw....

Die ganze Zusammenstellung ungeheurer Falschmeldungen wird fast täglich unter dem Deckmantel sogenannter vertraulicher Mitteilungen aus «gut unterrichteten Kreisen» in Umlauf gesetzt.

In diesem Konzert zur Provokation des Krieges verdient eine andere Persönlichkeit besondere Erwähnung: der verstorbene Emile Buré, Direktor der «Ordre». Dieser mit unbestrittenem Talent begabte Journalist hat immer nur Zeitungen geleitet, die gänzlich ohne Leser, aber reichlich mit dicken Briefumschlägen und geheimen Fonds versehen waren. Léon Daudet nannte ihn stets nur «den Gekauften». Wogegen Buré niemals protestiert hat. Es ist eben so vieles so offenbar, dass man es nicht leugnen kann. Aber diesem Journalisten ohne Leser, diesem allgemein verachteten Journalisten, gelang das Kraftstück, der meistgelesene und meistgehörte Journalist der französischen Presse zu werden. Der «Gekaufte» wurde ehrfurchtsvoll von der ganzen Presse und nicht minder ehrfurchtsvoll von allen Sendern zitiert. An dieser Willfährigkeit vermag man die Tugend jener «Dritten» (7) zu ermessen, nach der man uns heute Heimweh zu erwecken versucht. Wäre eine Republik, die ihre Nachrichten der «Ordre» des Herrn Buré entnähme, mehr wert als unser System?

Hinzuzufügen wäre noch, dass dieser Trinkgeldsammler für einen Mann der Rechten gehalten wurde, für einen Reaktionär, der, weil er die marxistische Leserschaft für unter seiner Würde hielt, sich grundsätzlich nur an das kleine und grosse Bürgertum wandte. Aber nur, um ihm ganz zufällig in «annehmbarer» Form das mitzuteilen, was ihn in der «Humanité» entrüstet hätte. Er war die Stimme Moskaus zum Gebrauch bei Wohlmeinenden. Kann man darüber erstaunt sein, dass diese Stimme Moskaus im September 1938 besonders stark zum Kriege hetzte?

---

7) Gemeint ist die Dritte französische Republik 1870-1944.

Dies sind die Individuen, die sich während dieser Krise durch ihren Blutdurst in die vorderste Reihe stellten. Sie sind es, die man gemeinhin nennt, wenn man die Kriegspartei zitiert, weil ihre Schriften die charakteristischsten sind. Aber diese Leute standen nicht allein. Sie hatten zum einen den vorbehaltlosen Beifall der Minister und hohen Beamten des Quai d'Orsay, die darauf brannten, den Kreuzzug herbeizuführen, und wurden zum anderen in Presse und Rundfunk von einer Horde mehr oder weniger tückischer und mehr oder weniger zurückhaltender Komplizen gedeckt, deren schädliche Tätigkeit hier erwähnt werden muss. Beschränken wir uns darauf, nur diejenigen anzuführen, die sich am deutlichsten hervortaten.

Im Ministerrat eine reichliche Auswahl von Aasgeiern. An erster Stelle natürlich: Georges Mandel und Paul Reynaud. Aber auch mit fast ebensoviel blutgierigem Eifer: Jean Zay, Champetier de Ribes, de Chappdelaine, Rucart, Queuille, Campinchi, Albert Sarraut.

Am Quai d'Orsay: Léger, Comert, Massigli.

Im Parlament: ausser den 73 kommunistischen Abgeordneten Pierre Cot und Jacques Kayser und in der S.F.I.O. ([8]) eine starke kriegslustige Minderheit, die hauptsächlich aus Blum, Grumbach, Lazurick, Charles Lussy, Jules Moch, Jean Zirowsky, Max Dormoy, Moutet, Lebas, Monnet, Sérol und Vincent Auriol (dem künftigen Präsidenten) bestand.

Bei der Agentur Havas: Léon Rollin, Louis Joxe, Maurice Schumann, Quilici.

Bei der Agentur Radio: François Crucy, Pierre Brossolette.

Bei der Agentur Fournier: Bollack und Valet.

Bei der «Humanité»: die ganze Redaktion, besonders aber Gabriel Péri, Cogniot und Duclos.

Bei «Populaire»: Louis Lévy und Oreste Rosenfeld.

Bei «CeSoir»: die ganze Redaktion, besonders aber Paul Nizan, Jean Richard Bloch, Aragon, Elie Richard.

Bei «Oeuvre»: Albert Bayet, Geneviève Tabouis.

Bei «Paris-Soir» und «Paris-Midi»: Pierre Lazareff und vor allem Georges Weisskopf, genannt Gombault.

Bei «Ordrè»: Emile Buré, Pertinax, Pierre Loewel.

Bei «Candide»: Jean Fayard.

Bei «Messidor»: Léon Jouhaux, L.H. Vogel.

---

8) S. F. I. O.:-Section française de l'internationale Ouvrière = Französische Sektion der Arbeiter-Internationale.

Bei «Lumière»: Georges Boris, Albert Bayet, Emile Kahn.

Bei «Aux Ecoutes»: Paul Lévy, Fernand Hauser.

Bei «Aube»: Françisque Gay, Georges Bidault (9).

Bei «Droit de Vivre»: die ganze Redaktion, an ihrer Spitze Bernard Lecache, der schrieb: *«Das Schicksal der Juden in der ganzen Welt, einschliesslich Frankreichs, hängt von dem Ausgang dieses Kampfes* ab.»

Bei «Radio-Journal de France»: Pierre Brossolette, Georges Boris.

Bei «Radio-Paris»: Pierre Paraf, Kahn.

Bei «Radio-Cité»: Félix Lévitan, Jacques Meyer, Jean Guignebert, Saint-Granier.

Bei «Poste Parisien»: Henri Benazet, Maurice Bourdet.

Hierzu fügen wir noch zwei Monatsschriften: «Nouvelle Revue Française» (die – damals schon! – Brassillach [10] den Galgen in Vincennes versprach) und «Esprit» (in welcher der fromme Mourner unter dem Titel *«Es ist jung und weiss es nicht»* einen der heftigsten Hetzartikel für den Krieg schrieb, die in der französischen Presse erschienen sind).

Überlesen Sie diese Namen, und Sie haben genau (bis auf die Verschwundenen und die «Neuen») den Grundriss des heutigen Systems. Diese Freunde der Blutbäder wussten, was sie taten: sie bereiteten ihre Pfründen und ihre Diktatur vor. Denn der Krieg ist nicht nur für Waffenhändler ein gutes Unternehmen. Auch die *Anstifter zum Verbrechen* haben ein Recht auf Dividenden.

Trotzdem besteht zwischen der Tätigkeit, die die Leute vom Kriegshetzer-Gang 1938 ausübten, und ihrer heutigen Tätigkeit ein wesentlicher Unterschied.

Wenn man einige wenige Wochenschriften und Revuen ausnimmt, die in heroischer Armut weiter existieren, steht heute den Nutzniessern des Systems keinerlei Opposition mehr gegenüber. Sie sind unumschränkte Herren der grossen Presse und der Ätherwellen. 1938 verhielt es sich nicht so. Gegenüber der Kriegspartei konnte die Partei Frankreichs sich noch Gehör verschaffen. Drei Tageszeitungen mit hoher Auflagenzahl, «Journal», «Jour» und «Matin», neigten entschieden zum Frieden.

---

9) Am Tage nach dem Münchener Abkommen wurde «Aube», die zum Siege beitragen wollte, überlaut friedliebend, aber bis dahin war sie entschieden für den Krieg gewesen.

10) Brassillach: bekannter französischer Dichten und Schriftsteller, der bei der Säuberung 1944 erschossen wurde.

In «Journal», in dem P. E. Flandin seinen Aufruf «Achtung, der Krieg!» veröffentlicht hatte, schrieb Clément Vautel:

«In der Tschechoslowakei leben drei Millionen Menschen, die sich Deutsche nennen und Deutsche werden wollen. Nach allem betrifft das sie, und wenn es – vielleicht etwas weniger – noch die Tschechen angeht, so betrifft es uns aber nicht.»

Im «Jour» verkündete Léon Bailly:

«Dass ein Krieg eines Tages unvermeidlich wird, mag sein. Eines Tages, aber nicht morgen!»

Im «Matin» bekräftigt Stéphane Lauzanne:

«Frankreich kann sich einer von den Sudetendeutschen verlangten Volksabstimmung nicht widersetzen. Im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat Frankreich wiederholt sein Blut vergossen; es wird keinen Tropfen für einen entgegengesetzten Grundsatz hergeben.»

Zudem war damals das Abendblatt der «seriösen» Leute noch nicht die erbärmliche «Monde», sondern der «Temps». Und «Temps»

verlangte *«für Frankreich das Recht, in einen bewaffneten Konflikt nur mit der Zustimmung seiner Erwählten gezogen zu werden».*

Schliesslich liessen sich sogar in Organen, die der Sache der Schiessbuden-Schützen ergeben waren, mutige Stimmen hören.

In «Oeuvre» erhob neben den Wahrsagungen der Dame Tabouis auch Georges de la Fouchardière stolz und fest seine Stimme gegen diesen selbstmörderischen Wahnsinn:

«Wird *Frankreich durch einen Krieg nicht mehr entehrt und durch eine Niederlage nicht mehr gedemütigt als durch eine Haltung voller Klugheit? Ein Engländer (Bertrand Russel) hat folgende Formulierung gefunden: «Keines der Übel, die man durch den Krieg zu vermeiden hofft, ist schlimmer als der Krieg selbst.»*

Im «Populaire» der Epileptiker Lévy und Rosenfeld wandte sich Paul Faure ebenfalls gegen die Aussichten dieses unsinnigen Mordens:

«Es ist sinnlos, zu glauben, dass der Krieg nur irgendwie die Regelung eines der Probleme erleichtern könnte, die noch in der Schwebe sind.

Für das, was hinterher zu lösen sein würde, wäre es unendlich besser, wenn man sich vorher zusammensetzte.

Vor allem deshalb, weil es hinterher für die Überlebenden auf den blutenden und rauchenden Ruinen des alten Europas nichts mehr zu hoffen gäbe.»

Sogar in «Canard Enchaîné» wagt Pierre Bernard trotz der Kriegswütigkeit dieses Individuums, das Galtier-Boissière so richtig «die Assel Reynaud, genannt Treno» (heutiger Chefredakteur des «Canard») nennt, eine Verteidigung des Friedens. Unter dem Vorwand, welche unvorhergesehenen diplomatischen Schwierigkeiten die Evakuierung der Tiere des Sudetenlandes mit sich brächte, schreibt er:

«Trotzdem wäre es ungewöhnlich, wenn man heutzutage wegen einer Kuhherde kämpfen wollte.»

Vergessen wir bei dieser Aufzählung nicht andere Männer der Linken, echte Republikaner, die der kriegshetzerischen Ansteckung kühn widerstanden. In «République» Emile Roche und Pierre Dominique (der verkündete: «Es geht um das Empire ([11]) nicht um Mitteleuropa!»). In «Oeuvre» der schon angeführte Marcel Déat, der sich im folgenden Jahre mit seinem bewundernswerten Artikel «Für Danzig sterben?» auszeichnete und hinsichtlich des Sudetenlandes schrieb:

«Es ist unnütz, von Frankreich zu erwarten, dass es sich unter dem Vorwand in ein Blutbad stürzt, die Schneider von 1919 hätten schlecht zugeschnitten und noch schlechteren Sitz fertiggebracht.»

Die grossen Wochenblätter sind ebenfalls geteilter Meinung. Und mitnichten – ich wiederhole es – entsprechend der klassischen Einteilung in solche der Rechten oder Linken. «Marianne», die zur Linken gehört, ist für den Frieden. Mit einem Mut, den seine volkliche Herkunft doppelt verdienstlich macht, scheut sich Emanuel Berl nicht, in diesem Blatt den Führer der Kriegspartei, Georges Mandel, anzuprangem. Dagegen verbindet «Candide», der (theoretisch) zur Rechten zählt, sein Gackern mit dem von Aragon und Kerillis. In «Gringoire» aber schreibt Henri Béraud:

«Wenn die Deutschen des Sudetenlandes deutsch werden wollen, wenn sie den Festen der Sokols Schaufel und Hacke an deutschen Baustellen vorziehen, wer könnte ihnen daraus einen Vorwurf machen?»

Die grosse Überraschung ist – wie ich schon oben sagte –, in vorderster Reihe der Kämpfer für den Frieden einen Schriftsteller und eine Zeitung zu finden, die sich jedem Versuch zu einer französisch - deutschen Annäherung widersetzt, und die unsere Nachbarn im Osten stets mit wachsamem Hass verfolgt

11) Gemeint ist hier das französische Empire.

haben. Im grössten Durcheinander (am 26. September 1938) schrieb Charles Maurras:

«Angreifen wie 1870, «à Berlin! à Berlin!» schreien und uns dann jämmerlich auf Pantin und Aubervilliers ([12]) zurückführen lassen, könnte nur einer Sache dienen, nämlich einer neuen Kommune unter den Fahnen Moskaus.»

Drei Tage später wird die «Action Française» beschlagnahmt, weil sie am Rande folgende Parodie auf die Internationale veröffentlicht hatte:

«Wenn sie sich versteifen, die Kannibalen,
Helden aus uns zu machen,
So müssen unsere ersten Kugeln
Für Mandel, Blum und Reynaud sein.»

Eine einzige Zeitung übertrifft «Action Française» noch an Schärfe ihrer Opposition zum Kriege, und dies ist «Je suis Partout». Und aus gewiss berechtigteren Gründen. Die «Action Française» verschloss sich dem Abenteuer nur, weil sie zum Unterschied zu Paul Reynaud eingesehen hatte, dass wir nicht die Stärkeren waren. Eine Strafexpedition gegen den «Erbfeind» hätte ihr an sich nicht missfallen. Auch die Redakteure von «Je suis Partout» lehnten den Krieg ab, weil sie um unsere tragische Unterlegenheit wussten, ferner aber, weil ihr Nationalismus über den üblichen Rahmen der albernen Streitigkeiten um Grenzsteine hinausging, und weil sie weitblickend die Herbeiführung einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wünschten.

Während des ganzen September 1938 findet man in «Je suis Partout» die ergreifendsten Artikel zugunsten des Friedens. Hier lässt die Stimme Frankreichs – gegenüber der Kriegspartei – ihre pathetischste Sprache hören. Vielleicht dürfte ich das gar nicht sagen, weil ich zufällig neben Gaxotte und Brasillach einer dieser Wildgewordenen war, die diesen Kampf in heissem Glauben an das Schicksal unseres Landes führten, das so viele Elende meuchlings morden wollten. Unter den Tausenden von Artikeln aber, die ich seit fünfundzwanzig Jahren unterschrieben habe, bin ich auf keinen so stolz, wie auf den, der am 16. September 1938 die Überschrift erhielt: *«Keine Witwe, keine Waise für die Tschechen!»* Und ich werde es aus falscher Scham auch nicht verschweigen.

---

12) Pantin und Aubervilliers sind Orte im Departement Seine in der Nähe von Paris.

Zwei Wochen zuvor hatte ich in derselben Zeitung nachstehende Zeilen geschrieben, die ich bereits vergessen hatte, beim Durchblättern der Sammlung von «Je suis Partout» jedoch wiedergefunden habe und bei deren Niederschrift ich nicht vermutet hatte, dass sie so sehr zu trüben Prophezeiungen würden:

> *«Für die Tschechen kämpfen wäre wahrlich allzu ungeheuerliche Dummheit. Wir laufen Gefahr, in sechs Wochen vernichtet zu werden»*

Sechs Wochen! Genau die Zeit, die später die Wehrmacht brauchte, um von Longwy bis nach Hendaye zu gelangen! Allerdings nicht für die Sudetendeutschen, sondern für Danzig, über das sich die Kannibalen des Kreuzzuges obendrein noch lustig machten. Das Wesentliche für sie war, dass sie ihren Krieg bekommen hatten. Sie haben ihn gehabt.

Ich erwarte, dass man mir nachweist, dass dies eine Wohltat für Frankreich war, und dass es der Welt dadurch nun besser geht.

P. A. Cousteau

PRAGER GEHEIMFONDS UNTERHIELTEN

DIE KRIEGSHETZERKAMPAGNE

Die «Stipendiaten Beneschs»

Bei seinem Rückblick auf den Ausbruch von Hass und Lüge, der Europa in den Münchener Tagen heimsuchte, hat Pierre Antoine Cousteau die Rolle hervorgehoben, die ein grosser Teil der Presse im Feldzug der Kriegshetzer gespielt hat.

Sicher folgte die «Kriegspartei» ideologischen Imperativen. Natürlich unterstützten die in den Redaktionssälen sitzenden Getreuen Hirams die Prager Republik als Bastion des Gross-Orient im europäischen Osten. Es hätte ihnen schlecht angestanden, wenn sie eines der Meisterwerke auf dem Schachbrett der Maurer seit 1919 kampflos preisgegeben hätten ([1]).

Diese auf den Ruinen der alten habsburgischen Monarchie errichtete staunenswerte Konstruktion entsprach den Wünschen des Kongresses der alliierten und neutralen Freimaurer, der 1917 in Paris abgehalten wurde, auf dem die Logen durch die Stimme eines ihrer hohen Würdenträger, André Lebey, verkündet hatten: «Im *neuen Europa wird Prag ein Mittelpunkt unvergleichlicher Versöhnlichkeit sein.»* ([2]) In unserer Muttersprache soll das heissen, dass die Maurerei dank der Tschechoslowakei das Mosaik der aus der Zerstückelung Österreich-Ungarns hervorgegangenen kleinen Nationen beherrschen könne. Was sie dann zwanzig Jahre lang auch tat.

Wenn ein bedeutender Teil der französischen Presse aus Ideologie, Überzeugung oder Parteigeist die Sache Beneschs und seines künstlichen Staates, der von der wachsenden Opposition der durch Prag unterdrückten Minderheiten durchrüttelt wurde, auch unterstützte, so scheint ein grosser Teil der Journalisten und Verlagsdirektoren dies nicht ohne persönliches Interesse getan zu

---

1) Masaryk, Benesch und ihr Freund Osusky – Gründer der «John Hus League of Slave Freemasons» in den USA, deren Druck auf den maurerischen Präsidenten Wilson diesen veranlassten, die Unabhängigkeit Böhmens in seine Kriegsziele aufzunehmen, – hatten umso leichtere Arbeit, als die alliierten Bevollmächtigten keine Ahnung von den Problemen Mitteleuropas hatten. Dies haben sie übrigens in der Siizung vom 8. Mai 1919 der Friedenskonferenz in Trianon eingestanden. – Lloyd George erkannte zehn Jahre später,

2) Bericht über den Kongress der alliierten und neutralen Freimaurer, veröffentlicht durch den Gross-Orient von Frankreich, Paris, 1917.

haben. Mehrere, und nicht die unbedeutendsten, gingen regelmässig zur Kasse. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakei verfügte über beträchtliche Summen, die er dazu verwendete, die Presse der westlichen Demokratien von der Legimität seiner diplomatischen Grundsätze zu überzeugen.

In einem heute unauffindbaren Werk, das ein hoher deutscher Beamter ([3]), dem die Archive des Prager Aussenministeriums übertragen worden waren, vor einigen Jahren veröffentlicht hatte, finden wir interessante Einzelheiten über die Verteilung des tschechischen Mannas an die Pressekreise. Natürlich wurden diese Geheimfonds zumeist «Partisanen» ausgehändigt, denen man die Aufgabe erleichtern wollte – wie es, so sagt man, heute Moskau für die kommunistische Presse und Washington für die antisowjetischen Publikationen tun, und wie Berlin und Rom beschuldigt wurden, es einst für «faschistische» Organisationen getan zu haben. Aber sie gingen auch an Journalisten, die von ihrer Zeitung bereits sehr gut honoriert wurden und auf diese Weise ohne Wissen ihrer Direktoren Summen erhielten, die dazu bestimmt waren, einen Eifer zu belohnen, zu dessen Erwärmung politische Überzeugungen nicht ausgereicht hätten.

Nach Urban bezog ein bedeutender Teil der demokratischen regierungstreuen wie oppositionellen, grossen oder kleinen, parteigebundenen oder akademischen Presse Geld von der Botschaft in der Avenue Charles Floquet. Dies hatte lange vor München, ja schon lange vor Hitlers Machtantritt begonnen. Eduard Benesch, der (ständige) Minister des Auswärtigen, unterhielt eine ganze Schar von Professoren, Gelehrten, Chronisten und Reportern, die beauftragt waren, den Standpunkt der Tschechoslowakei in den europäischen Angelegenheiten zu unterstützen.

Wir wollen die Nutzniesser der Freigebigkeit Beneschs nicht mit Namen nennen. Es ist nicht unsere Absicht, Kollegen «an den Pranger» zu stellen, die Schwächen gehabt hatten; wir wollen nur zeigen, dass die Kräfte, die gewisse einflussreiche Journalisten handeln liessen, nicht immer eingestanden werden konnten.

Im Buche Rudolf Urbans sind verschiedene Aktenstücke nachgedruckt, die – leider! – keinen Zweifel über die Abfindung dieser Kreuzfahrer der Demokratie lassen. So z.B. nachstehende Empfangsbescheinigung, die von der Hand der Direktorin einer bedeutenden, in Paris erscheinenden aussenpolitischen Revue abgefasst und unterschrieben wurde: [3]

---

3) Rudolf Urban: «Demokratenpresse im Lichte Prager Geheimakten». Verlag Orbis, Prag.

«Ich, unterzeichnete Mademoiselle X ..bestätige, von der Botschaft der Tschechoslowakei in Paris einen Brief des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten in Prag erhalten zu haben.»

An den Rand dieser diskreten Quittung hatte der Minister geschrieben: *«Der Brief enthielt einen Scheck über 400 Sterling für 400 Abonnements auf (hier folgt der Name der Revue) unter Nr. 190.091/111/26 und einen Scheck über 30'000 francs für Mademoiselle X... unter Nr. 190.092/III/26.»* Was einer allzu lakonischen Empfangsbestätigung erst ihren vollen Sinn gab.

Mademoiselle X... kassierte auf diese Weise erkleckliche Summen für ihre Revue und für sich selbst ein. Zu diesen geheimen Subventionen kam noch der Betrag für die inserierte Geschäftsreklame tschechischer Industrieunternehmen, der Nationalbank der Tschechoslowakei und den Banken Zvno und Petschek.

Die Liste der «Stipendiaten Beneschs» ist lang. Auf ihr erscheinen in den Jahren 1920-1938: das offiziöse Organ der Republik, drei finanzpolitische Presseagenturen, eine radikale Tageszeitung, eine illustrierte Morgen- und eine illustrierte Abendzeitung, ein Exportblatt, ein Finanzblatt, die Abendzeitung des wohlmeinenden Bürgertums, ein Gewerkschaftsblatt, eine Rechtszeitung, die grosse literarische und politische Wochenschrift eines bekannten Herausgebers, eine von der Öffentlichkeit wenig gelesene, von Presse und Radio (wegen des Talentes der Person ihres Leiters) sehr viel zitierte Tageszeitung, die in Frankreich meistgelesene Tageszeitung, eine illustrierte Revue der Kommunistischen Partei, die Zeitung eines notorischen Meistersingers und verschiedene andere Revuen, bei deren einer ein Professor der Sorbonne Direktor war.

Die Summen waren verschieden: dieser erhielt 200'000 Fr.; jener 100'000 Fr.; ein anderer 75'000 Fr. Eine Presseagentur bezog 210'000 Fr. In einer Liste aus dem Jahre 1938 sind z.B. verzeichnet:

Agentur X...	48'000 Tschechenkronen
Bulletin S ...	5'820 Kr
LT...	20'640 Kr
Agentur X ... und Redakteur F. B.	5'610 Kr
	+ 31'920 Kr
Prof. D ...	40'000 Kr
Agentur X...	312'000 Kr
Prof. A.	5'820 Kr
Prof. P.	49'295 Kr
La R...	4'070 Kr

L'E... F	...	30'000 Kr
L'A...		8'245 Kr
Le F ...		1'193 Kr
Mr C ...		51'610 Kr
Le P ...		4'675 Kr
Le P ...		4'675 Kr
Prof. B .	.. M...	6'000 Kr
Mr J ...	S...	30'000 Kr
Mr J ...	G...	19'000 Kr
Mr M ...		59'203 Kr
Mr J ...	D...	6'000 Kr
Mr S ...	P...	84'032 Kr (4)

Immer nach den im Buche Urbans (5) zitierten oder nachgedruckten Dokumenten wurden von Zeit zu Zeit Umschläge an verschiedene Personen gegeben, deren vermittelnde Tätigkeit Prag befriedigte: an einen bedeutenden Juristen und Nachrichtendirektor; einen Deputierten der Gemässigten Partei; den Direktor einer Presseagentur; an einen bekannten Chronisten der Aussenpolitik; einen Journalisten der Linken (der dann nach einem kurzen Auftreten in «faschistischen» Kreisen der katholischen Rechten beitrat); einen offiziösen Journalisten usw.... Der Verteiler dieser Fonds war der Meinung, es sei weniger beschwerlich, die Schreiber unmittelbar zu subventionieren als ihren Brotherrn, d.h. also den Herausgeber des Organs, in dem ihre Artikel erschienen. Auf diese Weise schaltete er Mittelspersonen aus, und jeder weiss, dass diese Mittelsmänner lange Zähne haben.

Ebenfalls war es einfacher, dem Professor J ... P ... 50'000 Kronen für verschiedene in drei politischen und literarischen Revuen, einer weiteren literarischen Wochenschrift und zwei bekannten Enzyklopädien erschienene Artikel zu übermitteln, als die Direktionen dieser Organe damit zu befassen. Dies umso mehr, als er nicht wissen konnte, ob diese den Verführer gut aufgenommen hätten (6).

Die Einbeziehung der Tschechoslowakei in das Grossdeutsche Reich brachte den Prager Paktolus (7) jäh zum Versiechen. Nach

---

4) Wert der Tschechenkrone 1938 = RM 0,10.

5) In diesem Werke sind die Namen natürlich voll angegeben.

6) Mitunter gab es auch kleine Reibereien unter den Empfängern. So hatte M. S., der wahrscheinlich noch aus anderen Kassen Geld erhielt (zusätzlich zu seinen behaglichen Bezügen als Journalist von Ruf), Schwierigkeiten mit der Botschaft in Paris infolge einer Denunziation durch seinen Kollegen P., der ebenfalls Empfänger von Umschlägen war.

7) Paktolus = Goldführender Fluss im antiken Lydien.

Meinung der Freunde oder Agenten Beneschs machte die Beschlagnahme von nun an jeden Ausgleich unmöglich.

Da sie uns nicht überreden konnten, den Tornister auf den Rücken zu nehmen, um eine so gut zahlende Republik zu retten, nahmen sie 1939 ihre Rache. Aber keiner von ihnen wurde von seinem Gewissen so weit getrieben, dass er selbst «für Danzig sterben» gegangen wäre ([8]).

---

8) Tatsächlich haben wir dort keinen der einflussreichen Zeitungsdirektoren verloren.

Henry Coston

DIE KOMMUNISTEN

UND DIE KRIEGSHETZE

Stalins Befehl: «Spaltet Europa!»

Bei der Entwicklung der Beziehungen zu Deutschland zwischen 1920 und 1939 hat sich die kommunistische Partei als willfähriger Handlanger der UdSSR, in deren Politik erwiesen, wobei zwei voneinander deutlich getrennte Perioden festzustellen sind. Die anscheinend widerspruchsvolle Haltung der Kommunisten zeugt von einer unerbittlichen Logik und dient den Zielen Stalins, des «grössten Politikers der Neuzeit».

Die erste Periode erstreckt sich auf die Jahre 1920 bis 1935, während denen die Kommunisten gegen jeden Krieg sind, in den Frankreich verwickelt werden könnte, nicht etwa, weil es ein «imperialistisches» Land, sondern weil es nicht der Verbündete der UdSSR, ist. Für Moskau genügt es, sich bedroht zu fühlen, damit die französischen Kommunisten ihre Kräfte für das «sowjetische Vaterland» vergeuden. Alles ist gut, um Frankreich zu schwächen, seine Armee zugrunde zu richten, ihre Moral zu zersetzen und, unter geschicktem Ausspielen der trennenden Gegensätze, Unfrieden zwischen ihm und seinen Verbündeten zu stiften. So unterstützen sie das von England gestützte Deutschland gegen Frankreich, als dieses 1923 das Ruhrgebiet besetzt.

Übrigens hat sich die UdSSR, seit 1920 Deutschland genähert, um mit ihm im gleichen Geist gegen den Völkerbund zusammenzustehen, der beide von der Zusammenarbeit innerhalb der Nationen ausschloss. Am 23. April 1921 wird ein Handelsvertrag zwischen Moskau und Berlin abgeschlossen, der den ein Jahr später – am 17. April abgeschlossenen – Vertrag von Rapallo vorbereitet. Durch diesen werden diplomatische Beziehungen wiederhergestellt und die von Russland gewährte Hilfe erweitert, um die Bestimmungen des Versailler Vertrags zu umgehen: der Reichswehr werden Waffen geliefert, und Deutschland findet damit in Russland ein wahres Arsenal, aus dem es mit vollen Händen schöpft.

Weshalb diese Einstellung? Weil sich die UdSSR, im gleichen Zustand wie Deutschland befindet, das der Krieg verarmt und zerbrochen hat, und dessen Elend ein guter Boden für das Aufblühen des Kommunismus ist. Als Hitler am 30. Januar 1933

die Macht übernimmt, freut sich Stalin, der an Lenins Stelle getreten und weit davon entfernt ist, darin eine Bedrohung zu erblicken, denn er rechnet, dass nun eine Erschwerung der inneren Lage Deutschlands folgen wird, was der allzu sehr vom Westen angezogenen Weimarer Republik einen verhängnisvollen Stoss versetzen kann. Darum veranlasst er auch die deutschen Kommunisten, die Nazis, die die nationale und soziale Befreiung Deutschlands wünschen, zu unterstützen und es ihnen in der nationalen Befreiung zuvor zu tun, um den Hitlerismus gegen Europa zu verbittern.

In Frankreich geht die kommunistische Partei den gleichen Weg. Maurice Thorez erklärt von der Tribüne der Kammer am 15. Juni 1934:

> «Wir *wollen nicht einen einzigen Augenblick an die nationale Verteidigung glauben. Wir Kommunisten sind hier bei dem Satz des kommunistischen Manifestes von Marx stehen geblieben: «Die Proletarier haben kein Vaterland».*

Das Gesetz zur Einführung des zweijährigen Militärdienstes wird zum Vorwand für heftige Reden gegen den Krieg. Anfang 1935 bringt das Komitee Amsterdam-Pleyel ein Manifest in Umlauf, in dem als Wesentlichstes gesagt wird:

> *«Gegen jede Verlängerung der militärischen Dienstzeit, gegen jede Erhöhung der Kriegsbudgets . . . bildet Ausschüsse der Volksfront . . . keinen Sou mehr für den Militärdienst. Keinen Sou mehr für den Krieg.»*

Am 15. März spricht Maurice Thorez in der Kammer gerade heraus von den der «Arbeiterklasse» gegebenen Ratschlägen:

> *«Die Kommunisten glauben nicht an die Lüge von der nationalen Verteidigung. Der Feind steht in unserem Lande. Der Kampfruf Liebknechts ist der Ruf der Kommunisten . . . Wir werden nicht zulassen, dass man die Arbeiterklasse in einen sogenannten Verteidigungskrieg der Demokratie gegen den Faschismus hineinzieht . . . Mit allen Mitteln werden wir gegen die Erklärung des imperialistischen Krieges kämpfen. Wir sind entschlossen, die antimilitaristische Aufgabe ohne Schwäche und trotz aller Rückschläge zu erfüllen.»*

Zwei Tage später schrieb André Marty in der «Humanité»:

> *«Heute sagt man uns: ein Angriff Hitlers muss alle Arbeiter Frankreichs, auch die Kommunisten, in Harnisch bringen. Diese alte Redensart haben wir schon 1914 gehört.»*

Am 30. März schleudert Thorez die folgenden harten Worte von der Kammertribüne:

«Wir fordern unsere Anhänger auf, in die Armee einzutreten, um in ihr die Aufgabe der Arbeiterklasse zu vollenden, die darin besteht, diese Armee zu zersetzen»

Hier zeichnet sich unzweideutig die Einstellung der Kommunistischen Partei gegenüber Deutschland ab, zu dessen Verbündeten sie sich offen durch ihren unsinnigen Kampf macht, der die französische Wehrkraft in dem Augenblick zersetzen will, in welchem Hitler durch ein Gesetz vom 16. März 1935 die Militärdienstpflicht wieder einführt.

Knapp zwei Monate später bringt dann plötzlich ein Theatercoup die ganze Welt zum Erstarren: Moskau veröffentlicht am 15. Mai folgendes Kommuniqué:

«Stalin, Molotow, Litwinow und Pierre Laval haben ihre Befriedigung über den in Paris am 2. Mai 1935 abgeschlossenen Pakt ausgesprochen . . . Zunächst obliegt ihnen die Pflicht, die Mittel ihrer nationalen Verteidigung in keiner Hinsicht schwächen zu lassen. In dieser Beziehung versteht und billigt Stalin voll und ganz die von Frankreich zur Aufrechterhaltung seiner bewaffneten Macht auf der Ebene seiner Sicherheit betriebene Politik»

Ist dies die Verleugnung einer seit 15 Jahren geführten Politik? Nicht im Geringsten. Der Widerspruch liegt in den Worten und nicht im Denken' des Kreml. Die französischen Kommunisten, die von einem zum anderen Tage Patrioten werden, dienen der Politik ihres Sowjetvaterlandes auf Befehl ihres Herren. Worin besteht diese Politik? Sie ist die der Zaren, deren Ziele, die Ausdehnung nach dem Mittelmeer und dem Osten, unveränderlich waren. Stalin setzt sie getreu und unbeirrt fort. Zur Stunde beschäftigt ihn als das zunächst zu erreichende Ziel die Unterjochung Chinas, von dem er weiss, dass die dort lagernden ungeheuren Bodenschätze ihn zum Herren der Welt machen werden. Aus demselben Grunde drängen sie aber auch einen Gegner, – Japan – der auf seinen Inseln von allem abgeschnitten ist und diesen Teil Asiens begehrt, den er, begünstigt durch die dort herrschende Anarchie, noch zu erobern hofft. Um aber handeln zu können, braucht Stalin die Neutralität Deutschlands; er schliesst mit diesem am 2. September 1933 einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt ab und schafft sich damit die Sicherheit, dass Hitler auf dem durch den Rapallovertrag geöffneten Wege verbleibt. Bald aber wird er sich darüber klar, dass die Dinge nicht so laufen, wie er vorausgesehen hatte. Deutschland entwickelt seine Rüstungen erheblich und nimmt Besprechungen

mit Polen und Japan auf. Unter diesen Umständen wird ein Krieg im Fernen Osten unmöglich, denn es liegt auf der Hand, dass auch Hitler eine Ausweitung nach Osten sucht.

Von nun an verläuft die Politik, die Stalin anwendet, in ihren grossen Linien folgendermassen: Europa zu spalten, um zu vermeiden, dass Deutschland sich mit Frankreich und England verständigt, gleichzeitig Deutschland mit der Drohung einer Einkreisung zu belasten, zu deren Vermeidung es alles tun wird, da es weiss, wie verhängnisvoll dies für es 1914 war.

Stalin lässt seine französischen Stipendiaten heulen und manövriert inzwischen insgeheim mit der Regierung Laval, bei der er nicht ungeschickt auf die Schwenkung Polens anspielt, das das Lager der Demokratien verlassen hat.

So beginnt also eine neue Ära: die des bis zum äussersten gesteigerten Patriotismus der Kommunisten Frankreichs, die von 1935 bis zum Kriege dauert.

Die Vorbereitungen zum Kriege: 1935-1939

Stalins erstes Ziel ist, zwischen der französischen kommunistischen Partei und den anderen Linksparteien Einigkeit herzustellen, und dann nach und nach alle Franzosen für den Kreuzzug gegen den Nationalsozialismus zu gewinnen. Die Bildung eines Kerns beginnt und findet ihren Ausdruck in der Volksfront von 1936: man sorgt dafür, dass die Sozialisten an die Führung kommen und hat dabei den Gedanken, dass sie sich mit der Macht in Missachtung bringen, und dass Léon Blum dabei die Rolle Kerenskis, des Schrittmachers der Bolschewiken in Russland, spielen wird. Alsdann soll eine kommunistische Regierung in Paris eingesetzt werden, die Stalin nach seinem Gefallen lenken kann.

So weit sind wir aber nicht, und um es dahin zu bringen, versetzen die Kommunisten die Franzosen durch ihren Chauvinismus in einen Angstzustand, machen sich zu ausgesprochenen Patrioten, die die Lauen ausschelten, die Säumigen antreiben, sich als Schulmeister des Patriotismus und Musterknaben von Franzosen auf spielen. Die «Internationale» wird mit allem Drum und Dran abgeschafft, man singt wieder die Marseillaise, die nun bei jedem Anlass gegröhlt wird! Thorez ist von nun an auf die Trikolore eingeschworen und zitiert in seinem Bericht vom 17. Oktober 1935 an das Zentralkomitee der kommunistischen Partei nachstehenden Satz von Jaurès:

«Die erste der Nationen des kontinentalen Europa (Frankreich) war gebildet worden, und ihre Kraft erglänzte im Ausstrahlen von Geist, Edelmut, Gewalt; dann die Kreuzzüge, die französische Rechtgläubigkeit des XII. Jahrhunderts, die trotzige und glänzende Vorherrschaft Ludwigs XIV., die Universalität der Enzyklopädie, die Revolution der Menschenrechte, schliesslich der Sturm Napoleons, der Europa befruchtete indem er es umstürzte.»

Thorez fährt fort:

«Dies ist der Ruhm unseres Landes, und wir sagen den Arbeitern, Bauern, Intellektuellen, dem gesamten Volke Frankreichs: alles das gehört uns. Dies alles sind wir!»

Da die Kommunisten sich überall und bei allem betätigen, verlangen sie von Jean Zay, dem Erziehungsminister der Regierung Blum, dass in allen Schulen «Mein Kampf» durchgenommen wird. Der Boden des Vaterlandes ist heilig geworden und die einstigen «Schreihälse» sind nun geachtete und beifällig begrüsste Offiziere.

Da kommt der Krieg in Spanien. Am 19. Juli 1936 wendet sich Franco gegen die rote Gefahr. Im Anfang nimmt Stalin keinen Anstoss und wartet, welche Wendung die Ereignisse nehmen werden. Als er sieht, dass Franco nicht in einigen Tagen die Spanien beherrschende moskowitische Pöbelherrschaft abschütteln kann, entschliesst er sich, zu intervenieren, sich in Madrid einen Vasallen zu schaffen, der seine Position Berlin und Rom gegenüber stärken könnte. Dennoch will er kein Risiko eingehen und lässt sich zunächst das Gold Spaniens zur Bezahlung der Waffen bringen, die er den «Kämpfern des Proletariats» schicken will.

Er hütet sich, viel für sie zu tun, denn er erkennt den politischen Vorteil, den er sicher davontragen wird, wenn er Frankreich zum Intervenieren veranlassen und es damit endgültig aus dem deutsch-italienischen Lager drängen könnte, womit dann unvermeidlich die Brücken abgebrochen würden.

Indessen mehren sich die Zwischenfälle in Mitteleuropa, und die kommunistische Kampagne tritt hartnäckig für den Krieg ein. Am 10. September 1938 schreibt Thorez in der «Humanité» unter dem Titel «Um den Frieden zu retten»:

«In Berlin soll man wissen, dass Frankreich seine Unterschrift einlösen und damit eine Lage schaffen wird, in der England, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten möglicherweise auf seiner Seite stehen werden, um die Integrität der Tschechoslowakei zu verteidigen.»

Daher bringt der Entschluss des britischen Premierministers, Chamberlain, sich zu Verhandlungen mit Hitler nach Deutschland zu begeben, die Kommunisten in Wut und in «Ce Soir» vom 16. September donnert Marcel Gitton, der kommunistische Parteisekretär und Vizepräsident des Armeeausschusses:

> *«Es muss deutlich gesagt werden, dass die unerwartete und beunruhigende Reise Chamberlains nach Berchtesgaden die Friedensfront nicht begünstigt . . . Chamberlain und alle, die sich an diesem gegen die Interessen des Friedens gerichteten weitgehenden Manöver beteiligen, müssen wissen, dass zwischen ihnen und dem Volke eine völlige Trennung besteht.»*

Doch das verhindert nicht, dass das Abkommen zwischen Chamberlain und Hitler am 29. September 1938 abgeschlossen wird. Der Zorn der Kommunisten kennt keine Grenzen mehr. Am 8. Oktober erklärt Maurice Thorez in der Winterradrennbahn:

> «Die *Geschichte wird das Datum des 29. September 1938 als den grössten Verrat bezeichnen, den eine republikanische Regierung jemals gegen Frankreich und gegen den Frieden begangen hat.»*

Die kommunistischen Kriegshetzer kümmert es nicht, dass Frankreich Deutschland allein gegenübersteht; England ist nicht bereit und glaubt, dass es beim gegenwärtigen Stand der Dinge nur auf diplomatischem Wege intervenieren kann. Die französische Regierung wendet Deutschlands militärische Macht und die mangelnde Vorbereitung der Demokratien ein, um ihre «Kapitulation» zu rechtfertigen, aber die «Humanité» vom 6. November 1938 beantwortet dies mit der Veröffentlichung eines Manifestes der kommunistischen Internationale, das behauptet, Deutschland fehle es an allem:

> *«Hitler-Deutschland war weder in militärischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht kriegsbereit. Ihm fehlten Rohmaterialien, Lebensrnittel, Geld . . . Seine Armee verfügte nicht über ausreichende, erfahrene Verbände.»*

Zu demselben Thema überbietet ihn André Marty bei einer Versammlung in der Winterradrennbahn:

> *«Weder militärisch noch wirtschaftlich konnte Hitler Krieg führen. Deutschland verfügt nicht über die für einen grossen Krieg erforderlichen Rohstoffe . . . Deutschland könnte gar keinen grossen Krieg führen . . . Deutschland könnte keinen Krieg mit seiner Arbeiterklasse im Rücken führen.»*

Der Feldzug über das gleiche Thema geht weiter; indessen beginnen Verhandlungen zwischen Frankreich, England und

Russland, dessen kommunistische Presse unablässig seine militärische Stärke rühmt.

Unerwartet vernimmt man am 22. August 1939, dass Russland einen Handelsvertrag mit Deutschland unterzeichnet hat, was Marcel Gitton zu dem Ausspruch führt: *«auf der roten Fahne des Landes des Sozialismus ist ein neuer Sieg zu verzeichnen»*. Am folgenden Tage erfährt die ganze Welt die sie bestürzende Neuigkeit von der Unterzeichnung eines deutsch-russischen Nichtangriffspaktes.

Nun kann man die Geschmeidigkeit der kommunistischen Dialektik bewundern, wenn man in der «Humanité» vom gleichen Tage liest:

«Alle, die als anerkannte Faschisten oder Defaitisten gegenüber dem Hitlerismus geschrieben hatten, die UdSSR wolle uns in den Krieg gegen Deutschland ziehen, machen freundliche Miene . . . Sie hat damit erneut bewiesen, dass sie den Frieden für sich (sic) und die Völker sucht . . .»

Wir beschränken die Schwindeleien der Kommunisten auf dieses einzige Zitat, um die Ursachen und Begründungen dieses Paktes zu beschreiben.

Mit einem Scharfsinn von wahrhaft diabolischer Kunstfertigkeit vollendete Stalin sein Werk durch die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes mit Deutschland, der in der Tat eine Ermutigung für Hitler war, sich auf Polen zu stürzen, wodurch alsdann die Intervention von Frankreich und England ausgelöst wurde. Mehr noch, nach dem Kriege erfuhr man im Nürnberger Prozess durch die Aussage des deutschen Juristen Gauss, der mit Ribbentrop zusammen in Moskau war, dass Geheimklauseln die Teilung Polens zwisçhen Deutschland und der UdSSR, den Verzicht des Reichs auf seine Interessen in den baltischen Ländern zum Nutzen Russlands und schliesslich die Stalin gelassene Freiheit in seinen Forderungen bezüglich Finnlands und Rumäniens bestimmten.

In dem Konflikt, der zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und England andererseits unvermeidlich wurde, blieb Russland neutral und versorgte dazu noch seinen neuen Verbündeten auf Grund des mit ihm wenige Tage vorher abgeschlossenen Handelsvertrages. Natürlich gaben die französischen Kommunisten ihre übersteigerte Kriegshetze auf und riefen nun nach dem von der UdSSR geretteten und von den «Imperialisten» bedrohten Frieden.

Stalin war an das Ziel gelangt, das er sich vorgenommen hatte, und das sein Schwager Kaganowitsch schon in der «Iswestia» vom 22. Januar 1934 zugegeben hatte: *«Der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich stärkt unsere Position in Europa . . . Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Ländern müssen vertieft werden.»*

Michel de Mauny

DIE ROLLE DER FREIMAUREREI BEI DER VORBEREITUNG DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Die Grosslogen am Werk

Es könnte als Widerspruch erscheinen, wenn man diese Studie mit dem Hinweis beginnt, dass die französische Freimaurerei nicht immer eine ausgesprochene Gegnerin Deutschlands war.

Diese Behauptung sollte im 'Gegenteil genügen, um die Bedeutung und Schnelligkeit der Entwicklung erkennen zu lassen, die die Logen innerhalb weniger Jahre unter dem Druck einer starken kriegshetzerischen Clique, wahrscheinlich der «Wenigen, die die Welt beherrschen», und von denen schon Disraeli im vergangenen Jahrhundert sprach, durchmachten.

In der Tat beeilte sich die französische Maurerei sofort nach 1870, die «Eroberungen Bismarcks» zu rechtfertigen; zweifelsohne mehr in dem Gedanken, die Gunst der allmächtigen deutschen Maurerei zu erwerben, als die Interessen Frankreichs zu verteidigen.

Auf dem Konvent am 3. September 1886 machte der Abgeordnete der Loge «Le Globe» von Vincennes, W. Trollet, lange Ausführungen über die Frage von Elsass-Lothringen und verlangte als deren Folgerung, dass die Annektion dieser Provinzen durch Deutschland als endgültig angesehen werden solle. Die Delegierten von 403 französischen Logen (gegen 6) billigten es und äusserten ein dementsprechendes Verlangen.

Nach dem Frieden von 1919, der auf dem Kongress der alliierten und neutralen Freimaurer im Juni 1917 vorbereitet worden war, nahmen die Logen trotz einer wenig wohlwollenden öffentlichen Meinung dieselbe Politik der Annäherung und Unterstützung gegenüber Deutschland wieder auf.

Im Jahre 1921 trat die Grossloge von Frankreich als erste in Beziehungen zur deutschen Grossloge «Zur auf gehenden Sonne». Im folgenden Jahre nahm auch der Gross-Orient seinerseits feierlich Verbindung mit dieser ausländischen Obedienz auf, zu deren Konvent er seinen Sekretär des Ordensrates, Adrien Juvanon ([1]) abgeordnet hatte.

1) Späterer Gouverneur von Französisch-Indien und Chef des besonderen, Sekretariats des Ministers für Arbeit und soziale Fürsorge.

Die Eintracht wurde durch den Beitritt der deutschen Grossloge zur internationalen Freimaurer-Vereinigung besiegelt, und der Konvent von Hamburg telegraphierte alsbald an die französischen Obedienzen:

«Generalversammlung Grossloge ‚Zur aufgehenden Sonne' hat soeben einstimmig und mit Begeisterung den Entschluss bestätigt, in die Internationale Freimaurer-Vereinigung einzutreten und dankt Ihnen für Ihre Zusammenarbeit.» (2)

Diese Zusammenarbeit sollte sich von nun an ständig weiter entwickeln.

Als erstes wurde die Räumung des Ruhrgebietes in den Logen beschlossen, wie dies folgender Auszug aus der Wiener Freimaurerzeitung beglaubigt: (3)

> *«Als 1923 unsere deutschen Brüder im Ruhrgebiet in grausamster Weise überfallen wurden, wandte sich unser Grossmeister, B.*. Schlesinger, in energischer Form an die französischen Brüder. Er tat es nicht vergebens. Etwas später erfolgte in beiden französischen Kammern eine Interpellation, die den Freimaurern zugeschrieben werden muss»*

Dann wurde die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund auf die Tagesordnung des Konvents des Gross-Orient von 1924 gesetzt, was einen der Priester aus der Rue Cadet, Aitaly, zwang, den Versuch im folgenden Jahre erneut zu machen:

> *«Im Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, der, wie wir hoffen, bald vollendete Tatsache sein wird, könnte man die Entwicklung der internationalen Sitten erkennen, ohne die, wie Painlevé in seiner Rede vom 22. Mai in Grenoble gesagt hat, der Völkerbund in seiner Vollkraft nicht bestehen kann.» (4)*

Ein gewisser Bz. Métois, der in militärischen Kreisen gut bekannt war, bemühte sich seinerseits, Deutschland «reinzu- waschen»:

> *«Da wir uns über die Notwendigkeit der Anerkennung einer deutsch-französischen Annäherung einig sind, wäre es vielleicht von Nutzen, dem deutschen Volke, das das Gefühl hat, Opfer einer ungerechten Verurteilung gewesen zu sein, die Genugtuung zu bereiten, dass diese Verurteilung von Neuem überprüft wird.» (5)*

---

2) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1925, Bericht S. 48.

3) Freimaurerzeitung von Wien, Nr. 10, 1931

4) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1925, Bericht S. 173.

5) Ebenda S. 218.

Es ist daher nicht erstaunlich, dass der Konvent des Gross-Orient von 1926 mit einer in den französischen Logen stark beachteten Siegeshymne des Delegierten der jugoslawischen Logen, W. Tomitsch, eröffnet wurde. Er sagte:

> *«Die erste Anstrengung, den Weg für eine deutsch-französische maurerische Aussöhnung und die Wiederherstellung der Welt-Freimaurerei frei zu machen, ist abgeschlossen worden» (6)*

Trotz so vielem guten Willen sahen sich gewisse deutsche Maurer mit nationalistischer Einstellung, zumeist Mitglieder der altpreussischen Logen, noch nicht zufriedengestellt.

In der Absicht, ihnen gut zuzureden, hatten zwei Freimaurer hohen Grades, Brenier und Doignon, eine Zusammenkunft mit dem Grossmeister der Eklektischen Grossloge von Frankfurt, namens Ries.

In dem Bericht, den er selbst über diese Begegnung am 19. September 1927 machte, erklärt Brenier offen:

> *«Nach dem entsetzlichen Sturm, unter dem wir so tief in unserer Zuneigung, unserem Glauben und unseren Hoffnungen litten, haben wir an die Spitze unserer Sorgen die Pflicht gestellt, uns unseren deutschen B.*. B.*. zu nähern.*
>
> *. . . Viele unter uns kennen die Ergebnisse dieser Zusammenkunft; sic haben die von unserem B.*. Ries von Anfang an formulierten Vorbehalte erfahren, die uns bedeuteten, dass diese Begegnung nur den Charakter eines Gesprächs haben könne; sie würde von den preussischen und sächsischen Logen zwar nicht getadelt, aber doch wenigstens diskutiert und demzufolge könne man – wie auch der gute Wille unserer B.*. B.*. der Eklektischen Grossloge von Frankfurt sei – nicht glauben, dass sie zu sofortigen Ergebnissen führen werde . . .*
>
> *. . . An zweiter Stelle hat man uns gefragt, ob wir glaubten, dass die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich durch die Besetzung des deutschen Gebietes nicht schwieriger geworden sei. Die Antwort ist uns nicht schwer gefallen, dass sowohl in den Versammlungen der Grossloge von Frankreich wie auch denen des Gross-Orient die französischen Maurer deutlich und wiederholt zu erkennen gegeben hatten, dass sie eine Politik vorziehen, die die Besetzung des Rheinlands zeitlich und in ihrer Bedeutung begrenzen würde, wie sie nach besten Kräften die mutigen und loyalen Bemühungen Briands unterstützt haben.» (7)*

---

6) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1926, Bericht S. 390.

7) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, Bericht S. 15, 16-17.

Kurz darauf wurde die Räumung von Mainz beschlossen, und auf dem Schlussbankett des Konvents des Gross-Orient von 1929 konnte der Bundesrat der Grossloge, Alavoine, unter dem Beifall der Anwesenden ausrufen:

«Das republikanische Deutschland gibt uns Beweise guten, friedlichen Willens, wir dagegen wollen dem Militarismus einen letzten Stoss geben, den Rhein, den wir seit zehn Jahren besetzt haben, und den sich seit zehn Jahren die gesamte Maurer ei zu befreien bemüht hat, zu verlassen» (8)

Dies alles änderte sich mit dem Machtantritt Hitlers im Jahre 1933.

Mit ganz feinen Schattierungen schaltete die französische Freimaurerei um.

Während der fünfzehn Jahre dauernden Versuche zur Herstellung des europäischen Friedens haben die Maurer kein einziges konstruktives Element beigetragen, sondern sich damit begnügt, dem Frieden in derselben Zeit zuzujauchzen, in welcher sie in Grossbritannien, Amerika, der Tschechoslowakei und Frankreich internationale Massnahmen des politischen Misstrauens wünschten.

Man sieht, wie sie von nun an ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, die neuen europäischen Ideologien niederzuschlagen, die in ihren Augen deshalb ein grosses Unrecht bedeuten, weil sie keine maurerische Vaterschaft besitzen und sich nicht am Spiel der Weltdemokratie beteiligen.

Als der ganz aus Maurern bestehende Völkerbund seinen Bankrott bewiesen hat, will man versuchen, alle europäischen Völker gegen Deutschland zusammenzuschliessen.

Am 25. April 1933, also nur drei Monate nach dem Machtantritt Hitlers, äusserte die Loge «Locarno» den Wunsch:

«dass die französische Freimaurerei mit allen Kräften dazu beitragen möge, in Frankreich und der ganzen Welt die Wahrheit über die Hitlerdiktatur und die Ausschreitungen, die sie begeht, so vollständig wie nur möglich bekannt zu geben»

Dass jeder Freimaurer soweit als möglich dazu beitragen möge, den Opfern der deutschen Verfolgungen beizustehen und die zu diesem Zwecke geschaffenen weltlichen Organisationen zu entwickeln ...

«Dass der Gross-Orient von Frankreich unverzüglich und in enger Verbindung mit den Schwesterobedienzen eine Protest-

---

8) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1929, Bericht S. 322.

aktion einleiten möge, die geeignet ist, ein Maximum an Reaktionen bei *den Einzelnen hervorzurufen.»*

«Dass die Freimaurerei breiter und schärfer als je ihre Ziele der bürgerlichen Gleichstellung verfolgen möge, um allen Diktaturen den Weg zu versperren»

Auf dem Konvent des Gross-Orient im Jahre 1933 machte sich Paul Perrin, ein Delegierter der Loge «La Philosophie Positive» zum Vorkämpfer der Demokratien und erklärte Hitlerdeutschland den Krieg:

«Wenn wir einen Blick in die Welt werfen, stellen wir dann nicht fest, dass der Machtantritt des Faschismus oder des Nationalsozialismus das völlige Verschwinden der Maur er ei bedeutet? Demnach müssen wir – und wäre es auch nur in einem Gefühl der Selbstverteidigung – die Pflicht haben, uns mit dieser Gefahr zu beschäftigen und den Kampf zu organisieren.» (9)

Dann lässt er vom Konvent folgendes Gelöbnis annehmen:

«Schmerzlich bewegt von den gehässigen Verfolgungen unter der Hitlerdiktatur, deren Opfer fortlaufend alle freidenkenden Menschen sind, erhebt der Konvent einen energischen Protest gegen diese Exekutionen; in der Erwägung, dass die Entwicklung der Gedanken der Diktatur in der Welt, die sich auf eine nationalistische Mystik stützen, eine ernste Bedrohung sowohl der demokratischen Institutionen der Länder in denen sie noch folgen, wie für den internationalen Frieden und die Freimaurerei selbst ist, die unmittelbares Ziel wird, seitdem der Faschismus sich in der Macht festsetzt,... beschliesst der Konvent, folgende Frage hervorzuheben, damit sie den Logen zum Studium zugewiesen werden kann:

Studium der faschistischen und nationalsozialistischen Theorien und Doktrinen im Gegensatz zu den demokratischen Prinzipien.Die zu ergreifenden Mittel, um ihre Propagierung zu begrenzen und die freien Völker zu veranlassen, sie abzulehnen» (10)

Um gegenüber der Schwesterobedienz nicht im Rückstand zu bleiben, bestieg die Grossloge von Frankreich ein neues Streitross durch die Stimme ihres Grossmeisters Louis Doignon bei einer Diskussion über den Status für Europa von morgen:

«Der Hitlerismus ist nicht nur ein grosses Unglück für Deutschland, er ist auch eine Bedrohung für die Zivilisation und den Frieden und eine Gefahr für die Menschheit.» (11)

---

9) Konvent des Gross-Orient von Frankreich. 1933, Bericht S. 127.

10) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, Bericht S. 131/2.

11) Konvent der Grossloge von Frankreich, 1933, Bericht S. 272.

Die Bildung der Volksfront, einer aus verschiedenartigsten Elementen zusammengesetzten Konstruktion, die von den Trotzkisten bis zu den Radikalen reichte, und deren Kitt die Freimaurerei war, bot die Möglichkeit, diese Aufhetzungskampagne noch stärker zu betonen.

Gewandt schuf man durch geschickte Vorträge in den Logen die Kriegspsychose:

«Kommt der Krieg?» fragte eine «Werkstätte» am 22. Januar 1935.

«Ist *der Krieg möglich?»* drängte die Loge «Les Coeurs Unis Inséparables» am 17. April desselben Jahres.

Hunderte von Vorträgen, Plaudereien und Unterhaltungen folgten einander Anfang 1936 über dieses Thema.

Mit dem Wahlerfolg der Logen im Mai nahm diese Kampagne X eine noch heftigere Wendung an.

Im Verein mit 31 anderen Logen organisierte die Loge «Liberté» eine Versammlung. Sie nahm sich vor, dort nicht nur den Sieg der Wahlurnen zu feiern, sondern auch neue Siege vorzubereiten:

> *«Am Vorabend, des neuen, sich vorbereitenden internationalen Jahres 1789 obliegt es der Freimaurerei, eine von der ganzen Menschheit erwartete neue Lebensformel zu entwickeln» (12)*

So sollte der von der Maurerei vorbereitete Sieg der Volksfront in Frankreich nicht nur ein liberales oder nationales Ereignis sein, sondern Beginn einer internationalen Aktion werden.

Um diese vorzubereiten, kamen jedes Jahr ausländische Brüder, um in den Konventen Öl ins Feuer zu giessen und die Kriegswut der französischen Maurer zu schüren.

Auf dem Konvent des Gross-Orient von 1938 wurde diese Rolle dem stellvertretenden Grossmeister des Gross-Orient von Belgien zugeteilt:

> *«Auf der Rückreise von der Schweiz hatte ich das Vergnügen, durch Ihr Land, Frankreich, zu reisen und habe die Würde der französischen Nation empfunden. Als ich in Strassburg weilte, bin ich zur Brücke nach Kehl gegangen. Von da aus sieht man, wie die Deutschen in provozierender Form ein Werk des Hasses vorbereiten Seitens der Franzosen, die dieses Schauspiel mit ansahen, habe ich nur würdige und ruhige Worte gehört. Auf diese Weise macht sich ein Volk beliebt.» (13)*

---

12) Rundschreiben der Loge «Liberté» vom, 27. Mat 1936.

13) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1938, Bericht S. 322.

Der Vertreter der Grossloge «Jugoslawia» ging auf dem Konvent des Gross-Orient von Frankreich noch weiter:

«Anlässlich des Angriffs Italiens auf Äthiopien habe ich gehört, dass sogar Maurer es ganz natürlich finden, dass Frankreich sich nicht dem von England aufgestellten Gesichtspunkt anschliesst, wonach der Völkerbundspakt beiden zur Pflicht macht, Italien zu zwingen, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Äthiopiens zu achten. Sie fanden es dumm, dass Frankreich gegen eine grosse europäische Nation Krieg führen solle, um die Unabhängigkeit der «dunkelfarbigen Abessinier» zu verteidigen. Nun vernahm man kurze Zeit danach von englischer Seite, diesmal Frankreich gegenüber, dieselbe Überlegung hinsichtlich des Einmarsches deutscher Truppen in das Rheinland! Die Engländer sagen den Franzosen: Und trotzdem werdet Ihr uns nicht in einen Krieg gegen Deutschland aus Eigenliebe und Stolz ziehen, um die deutschen Truppen zu hindern, im Parademarsch durch die rheinischen Städte zu ziehen?

Weder Franzosen noch Engländer sind sich darüber klar, dass die beiden Rechtsbrüche, wenn sie unbestraft bleiben, zum Begehen weiterer dienen, und dass, wenn sie sich wiederholen und erweitern, sie in verhängnisvoller Weise auf die internationale Anarchie hinauslaufen.» ([14])

Hitler und Mussolini boten mehrmals an, unmittelbar mit Frankreich zu sprechen, um jede beunruhigende Frage aus der Welt zu schaffen. War es aufrichtig gemeint? War es ein Manöver? Wie dem auch sei, die Maurerei – die noch immer auf den Kreuzzug der Demokratien unter der Fahne des Friedens hinarbeitete und dem nationalsozialistischen Deutschland durch ihr Manifest «Für den Frieden» den Krieg erklärte, während sie zur gleichen Zeit ihren «Aktionsausschuss gegen den Krieg» auflöste, der vom Gross-Orient unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg geschaffen worden war –, handelte nach einer gut bekannten Methode: sie warf ihre eigenen Schandtaten dem Gegner vor.

Bei der Prüfung der Frage A, die 1934 vom Konvent des Gross-Orient unter dem Titel *«Studium der faschistischen Doktrinen und Mittel zu ihrer Bekämpfung»* zur Diskussion gestellt worden war, erklärte der Berichterstatter Bécanne klar heraus:

«Er (der Faschismus) *träumt vom imperialistischen Krieg und spricht dabei vom Frieden. Wir kennen den Frieden der Diktatoren, wie ihn Anatole France so richtig mit den Worten kenn-*

14) Konvent des Gross-Orient von Frankreich. 1936, Bericht S. 284/5.

zeichnet: «unversöhnlich und grausam, ein bedrohender, schrecklicher, blitzender, dumpfer, rollender, donnernder, strahlender, Blitze schleudernder Friede; ein Friede, schrecklicher als der schrecklichste Krieg, wird die Welt in Schrecken erstarren lassen.» Ist dies der Friede, den Hitler und Mussolini vorbereiten?» (15)

In den Jahren 1937 und 1938 erreichte die Kriegswut der Freimaurer ihren Höhepunkt.

B.*. Paul Perrin schleuderte im Namen der «republikanischen Reserveoffiziere», eines erprobten Verbandes der Armee des kommenden Konflikts, Blitz und Donner gegen alle Arten von Faschismus.

Die Logen hallten wider vom wahnsinnigen Geschrei aller, die in Frankreich «va t'en guerre» (hinein in den Krieg) riefen. Man kann sie nicht alle nennen. Möge es genügen, an jene berühmte Sitzung vom 21. Dezember 1938 in der Loge «Garibaldi» zu erinnern, bei welcher in Galakleidung unter dem Vorsitz des Grossmeisters der Grossloge von Frankreich, Dumesnil de Gramont, der Freimaurer und Präsident der L. I. C. A. (16), Bernard Lecache, gegen Hitler und Mussolini losdonnerte.

Alle diese Prahlereien verbargen sich geschickt unter der humanitären Maske. Das «Selbstbestimmungsrecht der Völker», die «unterdrückten Minderheiten», der «hassenswerte antichristliche Rassismus», waren die üblichen Ausdrücke, die die Brandstifter gebrauchten, um alles für sich zu gewinnen, was in Frankreich und der Welt an Idealisten und Leichtgläubigen vorhanden war.

Der wahre Grund für diese auf den Krieg hinarbeitende Propaganda wurde uns jedoch von B.*. Bodin 1938 auf dem Konvent des Gross-Orient gesagt:

«Wissen Sie, welchen Eindruck ich in diesen Tagen voller Angst habe, in denen über Frankreichs Schicksal entschieden wird? Es ist nicht das Erschrecken vor dem Gedanken, dass Deutschland in Europa vielleicht eine echte faktische Hegemonie ausüben kann. Es ist das Erschrecken über die Feststellung des wachsenden Prestiges, das die nationalsozialistische Doktrin auf mehr oder weniger viele Völker ausübt.» (17)

---

15) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, J934, Bericht S. 197.

16) Ligue Internationale contre L'antisemitisme = Internationale Liga gegen den Antisemitismus.

17) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1938, Bericht S. 215.

Vergessen wir dieses Eingeständnis nicht, denn hiermit fordert die Maurerei uns auf, den Tornister auf den Rücken zu nehmen, um die Völker dem nationalsozialistischen Wahn zu entreissen.

Der italienisch-äthiopische Konflikt

Im Jahre 1923, also kurz nach dem Marsch auf Rom, konnte man im «Bulletin du Bureau International des Relations Maçoniques» lesen:

> *«Die Regierung Mussolini hat die weltliche Schule zerstört und in den Schulen das Kruzifix sowie den Religionsunterricht wieder eingeführt, und dies ist das Motiv des Kampfes zwischen Faschismus und Maurerei» (18)*

So verzieh die Freimaurerei Mussolini niemals, dass er nicht nur die italienischen Logen vernichtet, sondern auch gewagt hatte, die weltliche Schule anzutasten.

Als Italien sich auf die Eroberung Äthiopiens einliess, wobei es doch nur dem Beispiel anderer europäischer Mächte folgte, glaubte die seit mehr als zehn Jahren auf die Stunde der Vergeltung wartende Maurerei, dass diese bei der Anwendung von Sanktionen schlagen werde.

Sie glaubte, die durch die Verlängerung des Konflikts der italienischen Zivilbevölkerung zugefügten Leiden und Entbehrungen könnten die ungeduldig erwartete Explosion hervorrufen.

Hierüber besitzen wir das Zeugnis eines amerikanischen Freimaurers 32. Grades, W. Anson M. Barber, der in «The New Age» schrieb:

> *«... Nun, welche Art Hoffnung können wir in diesem Bild finden? Gibt es ein Mittel, um den Folgen dieser Doktrin von der «Bestimmung Italiens» zu entgehen? Vielleicht hätte ein Fehlschlag Italiens in Äthiopien einen ernüchternden Einfluss, der Hoffnungen enthielte.*
>
> *Er würde dazu dienen, Mussolini um seinen Kredit zu bringen und dies würde vielleicht ermöglichen, den ganzen Orden zu diskreditieren, den er vertritt.*
>
> *Eine Verlängerung des Konflikts mit Hunger und Leiden für die Zivilbevölkerung würde zweifelsohne ein ähnliches Ergebnis herbeiführen. Der Hunger ist keines der von den Diktatoren*

---

18) «Bulletin des Internationalen Büros für Maurerbeziehungen», Nummer April-Juni 1923, S. 127.

bevorzugten Rezepte, um eine blinde Hingabe an weit entfernt liegende Ziele aufrecht zu erhalten, wenn ein Umschwung zu Lebensmitteln und Erleichterungen führen würde .. (19)

Einen Monat vorher hatte ein anderer B.*. des 32. Grades, Juchhoff, der mit der Rubrik Aussenpolitik in «The New Age» betraut war und seit Beginn der Sanktionen für die Aufhebung des Embargos auf Kriegsmaterial eintrat, noch etwas besser gefunden:

«Um eine feindliche Handlung Italiens fehlschlagen zu lassen, ist die Herbeiführung eines gegenseitigen Beistandspaktes zwischen fünf Mächten: Grossbritannien, Frankreich, der Türkei, Griechenland und Jugoslawien im Rahmen des Völkerbundes vielleicht das wirksamste Mittel.»

Dieser B.*. J. Juchoff begnügte sich aber nicht mit dem Gedanken, die Völker Europas in den Krieg zu treiben, sondern wollte auch noch die Vereinigten Staaten hineinziehen. Er glaubte, sein Land könne als Unterzeichner des Briand-Kellog-Paktes Italien in «fühlbarer» Form daran erinnern, dass es als Mitunterzeichner dieses Paktes für immer auf den Krieg als einem «Mittel der internationalen Politik» verzichtet hätte.

So war die Freimaurerei von London bis Addis-Abeba quer durch die ganze Welt noch einmal in Aufregung. In allen Logen gab es nur ständige Erregungen und Notzeichen; es galt, den italienischen Faschismus zu vernichten und, um mit einem Schlage gleich zwei Fliegen zu schlagen, die Berechnungen der Krämer der City zu fördern.

Obwohl – wie B.*. Tomitsch sagte – gewisse Freimaurer es für dumm befunden hatten, dass Frankreich gegen Italien Krieg führen sollte, um die Unabhängigkeit der «dunkelfarbigen Abessinier» zu verteidigen, gehörte die französische Freimaurerei nicht zu den letzten in diesem internationalen Kriegstreiberkonzert.

Von aussen her übertrug die Freimaurerei einigen ihrer Jünger, die unter den sichersten und ergebensten ausgewählt waren, die Aufgabe, die französische Meinung diskret zu interessieren. Mit der erleuchteten Hilfe der Vereinigung der B.*. Journalisten wurden Pressefeldzüge organisiert, die systematisch alle italienischen Unternehmen verleumdeten und Roms Imperialismus und Kolonialismus angriffen.

19) «The New Age» (April-Nummer iy36), das Organ des obersten Rates des Schottenritus der Rechtsprechung im Süden der Vereinigten Staaten, war auf dem Kongress in Brüssel am 16. Juni 1935 zum offiziellen Organ des Obersten Rates des Schottenritus, d.h. der B.*. 33. Grades der ganzen Welt geworden.

Alle Ausschüsse, alle Gruppierungen, die in jenem Augenblick «für die Verteidigung des äthiopischen Volkes» gebildet wurden, kamen unter dem Schutz und Schirm der Maurerei zustande. Als Beispiel hierfür erwähnen wir das Rundschreiben, das der «Internationale Ausschuss für die Verteidigung des äthiopischen Volkes und des Friedens» bei seiner Bildung an die Meister vom Stuhl aller Logen richtete:

Paris, 19. November 1935.

Ver.*. M.*. und S .*.L.*. B .*.

Unser Ausschuss – der 203 Organisationen aller nationalen und internationalen, politischen und gewerkschaftlichen, kulturellen und religiösen Richtungen umfasst – hat sich zur Aufgabe gemacht, auf nationaler und internationaler Ebene alle Tätigkeiten zusammenzufassen, die mit dem Kampf gegen den italienisch-äthiopischen Krieg zugleich auch die Unabhängigkeit eines Volkes und den Weltfrieden verteidigen wollen.

Unsere wiederholten Schritte in Genf haben dazu beigetragen, den Völkerbund in die Verurteilung des Angreifers einzubeziehen; jetzt setzen wir uns zum Ziel, die Anwendung von Sanktionen zu unterstützen; unsere Delegationen haben schon bei der Organisierung gemeinsamer Tätigkeit in den Häfen und bei der Bildung von Überwachungsausschüssen für die Anwendung der Sanktionen mitgeholfen.

Leider sind unsere Hilfsmittel begrenzt; wir können unsere Kampagne nicht so erweitern wie wir es möchten. Im Namen unseres Ausschusses erlaube ich mir deshalb, Sie um einen Beitrag zu diesem Werk zu bitten, das aus den Grundsätzen der universalen Brüderschaft hervorgeht, die auch die Grundlagen unseres Ordens sind; wir nehmen dankbar das bescheidene Scherf lein entgegen, das Ihre RA At.*.uns zukommen lassen wollen.

Mit Dank im Voraus bitte ich Sie, Ver.*. M.*.und S.*.L. .*.B .*., meiner brüderlichen Gefühle versichert zu sein.

Für den Ausschuss:
P. Kienlen (Richter G. O.)

Innerhalb der Tempel wurde die Arbeit intensiv. Die französischen Logen vermehrten die Versammlungen, Kongresse und Konferenzen «in Galakleidung», ohne von den geheimen Zusammenkünften zu sprechen.

Hierbei fanden sie eine Hilfe in den italienischen Emigrantenlogen «Italia», «Italia-Nuova» und dem Obersten Kapitel «Italia Liberia», Werkstätten, die in der Absicht geschaffen worden

waren, das faschistische Regime zu vernichten, und die unter Nichtachtung der elementarsten Gesetze der Gastfreundschaft auf unserem Boden ihren Aufregungs- und Hassfeldzügen nachgingen.

Aus dem Wochenbulletin der Pariser Logen mögen wahllos herausgegriffen einige dieser Konferenzen hier folgen:

16. Oktober 1935: Galakleidung, organisiert in der Rue Puteaux von der Loge «Italia-Nuova» mit Hilfe von zehn anderen Logen und der Gruppe «Brüderlichkeit-Versöhnung» (sic): «Der Konflikt zwischen dem italienischen Faschismus und Äthiopien.»
Redner: Mario Angeloni, Luigi Campolonghi, Präsident der italienischen Liga für Menschenrechte, Marc Rucart, V. de Moro-Giafferzi.

Am gleichen Tage: in der Loge «L'Etoile Polaire»: «Betrachtungen über Äthiopien.»

18. Oktober: in der Loge «Thébah»: «Die äthiopische Frage.»

20. Oktober: in der Loge ,,L'Aurore Sociale» von Alfortville: dasselbe Thema.

21. Oktober: in der Loge «France et Colonies», die von den Offizieren und Gouverneuren der Kolonien besucht wird: dasselbe Thema.

24. Oktober: in der Loge «Les Rénovateurs»: Trauergedenken für die Opfer des mussolinischen Faschismus.

Am gleichen Tage: in der Loge «Spartacus»: Zeremonie zum Gedächtnis der in Abessinien gefallenen B.*. B.*.

12. November: in der Loge «Paris»: Vortrag von Paul Perrin: «Der italienisch-äthiopische Konflikt.»

13. November: in der Loge «Italia-Nuova»: Vortrag von Angeloni: «Die Sanktionen sind der Frieden!»

Die Gedankengänge des B.*. Angeloni werden uns übrigens in genauerer Form durch einen Brief enthüllt, den er am 10. März 1936 an den Grossmeister der Grossloge von Frankreich, Louis Doignon, schrieb. Darin spricht er sein Bedauern aus, dass das faschistische Italien nicht härter unter das Genfer Joch gebeugt wurde:

> *«Die Abkommen von Rom haben alle wesentlichen Fragen unberührt gelassen. Wie richtig geschrieben wurde, wäre es nötig gewesen, Mussolini die Probleme der europäischen Politik in ihrem ganzen Umfang und mit unerbittlicher und heilsamer Klarheit zu stellen.*
>
> *... Wenn Frankreich und England mit der erforderlichen Klarheit und Festigkeit zu Mussolini gesprochen hätten, ist es sicher, dass dieser nicht alle seine Karten auf den Krieg in Afrika gesetzt*

hätte. Und wenn Frankreich und England, nachdem dieser Krieg einmal erklärt war, unbedenklich und sofort den Artikel 16 des Übereinkommens angewendet hätten, würde Mussolini ein Kompromiss nicht abgelehnt haben. Und das System der kollektiven Sicherheit hätte seine erste Probe bestanden ...»

Der B.*. Luigi Campolonghi hatte seinerseits die Liga für Menschenrechte durch einen Artikel auf Italien aufmerksam gemacht, der in ihrem «Cahiers» am 30. August 1935 unter: «Kolonialkrieg, koloniale Missbräuche» veröffentlicht wurde.

Unter seinem Einfluss nahm der Zentralausschuss der Liga übrigens am 24. Oktober folgende Entschliessung an, die die von zahlreichen Freimaurern in der Linkspresse unterstützten Gedankengänge wiedergibt:

«Der Zentralausschuss beglückwünscht sich zu der dem Völkerbund von den Gewerkschaftsorganisationen in Bezug auf den Boykott des angreifenden Staates geleisteten Hilfe. Er wünscht, dass die französische Regierung die Kontrollverfügungen bekannt gibt, die sie ergriffen hat oder zu ergreifen gedenkt, um die genaue Durchführung der Anordnungen von Genf zu sichern.

In der Überzeugung, dass die als einziges vorgesehenen wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen den Staaten, die dem Völkerbund treu sind, ermöglichen müssen, den Krieg abzudrosseln, ohne dass ein Tropfen Blut vergossen wird, beantragt er ihre sofortige und strenge Anwendung. Er glaubt, dass das Beispiel eines Angreifers, der bei seinem Unternehmen durch den Verlust der für die militärischen Operationen unentbehrlichen Hilfsquellen gehemmt und dem jeder gebietliche oder sonstige Nutzen durch kollektive Weigerung der solidarischen Nationen vorenthalten wird, die Fruchtlosigkeit des Krieges beweisen und etwaigen Friedensstörern als Beispiel dienen wird.»

Das Ergebnis aller dieser Intrigen ist bekannt: ohne sich immittelbar allzu sehr zu kompromittieren, erwirkte die Freimaurerei durch die Vermittlung ihrer Mitglieder, die «aus persönlicher Verantwortung» handelten, vom Völkerbund den Beschluss wirtschaftlicher Sanktionen gegen Italien.

In den Logen war die Genugtuung gross, und auf dem Konvent des Gross-Orient 1936 teilten mehrere Brüder der Versammlung dies als Beweis mit, dass diese Politik der Festigkeit uns schliesslich zum Weltfrieden führen werde.

«Ohne das Gebiet der Politik zu betreten», erklärte B.*. Rodrigues, *«werden wir alle einmütig und jubelnd das Erwachen be-*

grüssen, das gestern beim Völkerbund in Genf stattgefunden hat: «Bis hierher und nicht weiter!»

Nachdem man durch Schwäche zugelassen hatte, dass sich das gemeine äthiopische Drama vollziehen konnte, nachdem man durch Schwäche die Entwicklung des Aufruhrs zugelassen hatte und, wie der Schwede Branting sagte, hierdurch ungewollt das Recht zur Rebellion legalisierte, hat man diesem faschistischen und versklavten Lande gesagt: «Jetzt ist es aus!»

Und anstatt uns zum Kriege zu führen, zu dem uns die eingenommene Haltung geführt hätte, wird dies ein Rückschlag des italienischen und Hitlerfaschismus sein, und man wird sehen, dass alle diese Drohungen in Wirklichkeit nur Drohungen aus Schwäche waren. ([20])

Und B.*. Paul Perrin begrüsste mit seiner gewohnten Grossprecherei diesen Sieg der Demokratien über den Faschismus:

« ... Endlich ist das männliche ‚Nein' gesprochen worden, auf das wir seit Wochen gewartet haben. Die Vertreter der kleinen Mächte, die sich grosse Sorgen machen, ebenfalls zu einem «Äthiopien von irgendwem» zu werden, haben in einem schönen Ansatz von Energie gerufen: «Nun genug des Feilschens mit Hitler und Mussolini! Wir sind nicht geneigt, länger die durch Überredung kopflos Gewordenen zu spielen! Äthiopien wird in Genf seinen Sitz haben, so wie es Gerechtigkeit und internationale Moral fordern, und wir werden sehen, was aus den überheblichen Reden der Diktatoren herauskommt.»

Und Äthiopien hat seinen Sitz in Genf.

Was hat sich alsdann ereignet? Welche Umwälzungen sind über die Welt hinweg gegangen? Ist der ständig wie ein Popanz gehandhabte Krieg aus Gefälligkeit des Führers plötzlich losgebrochen? Keineswegs.

«Alles geht normal, friedlich vor sich, und die Dinge nehmen endlich ihren logischen Verlauf, weil der Arroganz der Diktatoren, dieser Kolosse mit tönernen Füssen, endlich der ruhige und entschlossene Wille der Einheitsfront der Demokratien entgegengetreten ist.» ([21])

Trotz dieser Bemühungen der Freimaurer gelang es dieser Einstellung doch nicht, uns sofort in den Krieg zu führen. Aber es gelang ihr, unsere Lage in Europa zu kompromittieren und

---

20) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1936, Bericht S. 152.

21) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1936, Bericht S. 264.

uns Italien, das unser natürlicher Verbündeter hätte sein müssen, in den Rücken zu führen.

Der spanische Bürgerkrieg

Als General Franco beschloss, gegen die spanische Republik vorzugehen, die sein Land seit fünf Jahren zu Niedergang und Ruin führte, nahm die Freimaurerei den Feldzug zugunsten eines französischen Einschreitens, den sie anlässlich der Eroberung Äthiopiens durch Mussolini eingeleitet hatte, erneut auf.

Nachdem es ihr gelungen war, Frankreich im Südosten zu isolieren, versuchte sie dieselbe Operation nun im Südwesten und tat alles Mögliche, um uns endgültig mit Franco zu entzweien, dessen Intervention vom ersten Tage an als unumgänglich nötig erschien.

Die spanische Maurerei, die das gesamte Räderwerk der republikanischen Regierung kontrollierte und sich unmittelbar bedroht fühlte, rief die französische Freimaurerei zu Hilfe. Diese antwortete auch sogleich auf das Notzeichen und tat alles, um die Intervention Frankreichs und Englands auf Seiten der Roten in Madrid herbeizuführen.

Das Manöver war auf dem Konvent des Gross-Orient im September 1936 in Gang gebracht worden, auf dem Seferino Gonzalez, der stellvertretende Grossmeister des spanischen Gross-Orient erklärt hatte:

> *«Ich habe alles erfahren, was Sie im Verlauf dieser Generalversammlung zur Stärkung Ihrer spanischen Brüder getan haben. Im Namen aller, die dort für Freiheit, Recht und Gerechtigkeit kämpfen, danke ich Ihnen tief bewegt von ganzem Herzen. Seitens des Gross-Orient von Frankreich, der befreundeten maurerischen Macht, deren glorreichen Beispielen wir stets nach besten Kräften gefolgt sind, kann uns keine Geste des Edelmutes überraschen ...*
>
> *Bevor ich ende, bitte ich Sie, unser menschlichstes, brüderlichstes, maurerischstes Gedenken jenen Brüdern zu widmen, die, obwohl sie keine Spanier sind, dennoch ihr Leben in der Front der spanischen Milizen gegen alle Generale hingegeben haben, die jetzt die Unterdrückung und den Faschismus verteidigen.*
>
> *Für uns ist jetzt nicht mehr die Stunde des Redens...» (22)*

22) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1936, Bericht S. 281/2.

Tatsächlich war die Zeit zum Reden vorbei. Schon Augusto Barcia, der nicht nur spanischer Aussenminister war, sondern auch Maurer im 33. Grad, Grosskommandeur des Höchsten Rates für Spanien und Garant für die Freundschaft des Gross-Orient von Frankreich und des Obersten Rates von Frankreich bei dem spanischen Obersten Rat, hatte den Botschafter Spaniens in Paris beauftragt, der französischen Regierung durch Vermittlung ergebener Brüder eine Bitte um Zusendung von Kriegsmaterial aus unseren militärischen Beständen gegen Bezahlung vorzulegen.

Der Botschafter aber, Berufsdiplomat und dieser Politik fremd, lehnte es ab, eine Mission zu übernehmen, von der er den Eindruck hatte, sie setze die Unabhängigkeit und Würde seines Landes aufs Spiel. Um ihm bei seiner Aufgabe zu helfen und ihn zu ermutigen, musste die spanische Regierung Fernando de Los Rios, einen ehemaligen Minister, der zufälligerweise auch Freimaurer war, abordnen. Der Botschafter aber, der sich von dessen Anwesenheit, die alle Anzeichen eines Ersatzes aufwies, desavouiert fühlte und wenig Neigung hatte, in einer Angelegenheit zu intervenieren, die er als antipatriotisch ansah, demissionierte und gab seine Gründe dafür in den Zeitungen bekannt.

Angesichts der heftigen Pressekampagne, die der Nachricht von dieser Demission und des ihr zugrunde liegenden Vorgangs folgte, musste die französische Regierung, die mit der Lieferung des erbetenen Kriegsmaterials schon stillschweigend einverstanden gewesen war, nachgeben und eine Entschliessung über die Nichteinmischung in den spanischen Konflikt annehmen. B. Fernando de Los Rios berichtete seinem Regierungschef, dem Freimaurer José Giral, über diese Dinge in einem Brief, in dem er als Wichtigstes ausführte:

> *«Das Kabinett hat beschlossen, keinerlei Lieferung von Regierung zu Regierung vorzunehmen, aber die Lieferung desjenigen Materials durch die Privatindustrie, das wir erwerben sowie den Transport dieses Materials, zu genehmigen. Mittel zur Durchführung und Erleichterungen werden uns von einem Ministerausschuss genehmigt, bei dem wir auf einen unserer treuesten Freunde rechnen können. Sie werden morgen die wichtigste und entscheidenste Sitzung abhalten, aber sie sagten mir im Voraus, dass wir mit fast absoluter Sicherheit die Flugapparate vom 25. bis Montag oder Dienstag beziehen können; wir organisieren, oder besser gesagt, ich organisiere mit Cruz Martin und einem anderen spanischen Freunde unter Mithilfe einiger ausgezeichneter französischer Freunde den Versand der Bomben. Dies ist*

schwierig, besonders für jemand, der wie ich, nicht gerade Fachmann ist; aber wir werden sehen, wozu die Notwendigkeit uns befähigt...» (23)

Wenn die französische Regierung ihre Verantwortlichkeit für den in der Praxis durchgeführten Plan auch nicht offiziell einging, so genehmigte sie doch nicht nur die Hilfe für die Rotspanier, sondern förderte sie noch.

Aber diese Aktion wurde von den französischen Brüdern, die eine offizielle französische Intervention jenseits der Pyrenäen sehen wollten, als ungenügend angesehen.

Noch auf dem Konvent des Gross-Orient von Frankreich 1936 beschuldigte der Sekretär des Ordensrates des Gross-Orient, Paul Perrin, in einer auf dem Abschlussbankett gehaltenen Rede die Regierung sogar der Schwäche, nachdem er erklärt hatte:

«Wir Franzosen und Freimaurer, die leidenschaftlich der Demokratie verbunden sind, haben die Pflicht, auch das Unmögliche zu tun, um die Vernichtung der spanischen Republik zu verhindern» (24)

«In den tragischen Stunden, die wir durchleben, steht der Mut, den die Staatsmänner beweisen müssen, die das Schicksal der Demokratie in Händen halten, viel höher als Intelligenz und Scharfsinn. Sie müssen den Mut haben, den faschistischen Meistersingern ein für allemal «Nein!» zu sagen. Fort mit dem Pseudopazifismus der Regierenden, Fatalisten oder Zitternden!» (25)

Im folgenden Jahre, auf dem Konvent 1937, stimmen die Kongressteilnehmer des Gross-Orient von Frankreich begeistert dem Verlangen zu, das ihnen von M. Lindon (Lindenbaum), dem Berichterstatter der politischen und sozialen Studienkommission, vorgelegt wird:

«Als Antwort auf den verzweifelten Appell der spanischen BB.. und in der Erwägung, dass das einzige Mittel zur Verhütung eines europäischen Krieges die Lieferung von wirkungsvollen Verteidigungsmitteln an die spanische Republik ist, äussert*

23) Dieser Beschluss der französischen Regierung wird übrigens durch die Erklärung des B.\ Paul Perrin auf dem Konvent des Gross-Orient von Frankreich von 1936 bestätigt (Bericht S 262): «Aber wer hat denn von einer Intervention der französischen Regierung gesprochen, wenn es sich einfach darum handelt, Privatunternehmen Handelsgeschäfte ausführen zu lassen, die seit Langem mit der legalen Regierung in Madrid abgeschlossen wurden? Die Intervention fände im Gegenteil statt, wenn ein Embargo für die fraglichen Aufträge ausgesprochen würde.»

24) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1936, Bericht S. 260.

25) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1936, Bericht S. 264 und 265.

der Konvent das Verlangen, dass unverzüglich Handelsbeziehungen zu Spanien aufgenommen werden» ([26])

Auch die Liga für Menschenrechte blieb nicht untätig. Am 10. August 1936 veröffentlichten ihre «Cahiers» folgende unmissverständliche Erklärung:

«Die französische Liga für Menschenrechte legt Wert darauf, sich mit unseren Kameraden in Spanien solidarisch zu erklären, die mannhaft für die Verteidigung der Republik einstehen.

Sie grüsst ihre stoische Ergebenheit für eine Sache, die nicht unbedingt ihre Sache, sondern heute diejenige aller noch freien Völker ist.

... Das französische Volk liebt den Frieden leidenschaftlich. Aber es gibt einer Erpressung durch Kriegsdrohungen nicht nach. Es weiss genau, dass jeder Sieg des Faschismus Europa dem Kriege näher bringt. Zu füsilierenden Generalen hat es kein Vertrauen, und um ihm den Frieden zu erhalten, gehört das Vertrauen dem Volke, das sich die Diktatur derer, die auf es schiessen, nicht aufzwingen lässt.

So sehen die wahren Gefühle des Volkes aus, die in der Volksfront ihren Ausdruck finden. Alles andere ist Verrat: Verrat der Freiheit, Verrat des Friedens, Verrat an Frankeich. Denn es liegt in Frankreichs Interesse, dass es Völker zu Nachbarn hat, die Herren ihrer selbst sind.

Darum dankt die Liga für Menschenrechte in voller Übereinstimmung mit allen Organisationen der Volksvereinigung unseren Freunden in Spanien, die für unser gemeinsames Wohlergehen kämpfen, leiden und sterben.

Es lebe die Frente Popular, der heroische Bruder unserer Volksvereinigung.»

Innerhalb der Logen blieb man auch nicht hinter der Bewegung zurück.

Liest man die Sammlung des «Wochenbulletins der Logen im Pariser Gebiet», das alle von den Logen der Hauptstadt und ihrer Vororte abgehaltenen Versammlungen ankündigte, so erkennt man die Bedeutung, die dem Kriege in Spanien beigemessen wurde.

Dann findet man über dieses einzige Thema: 64 Vorträge im Jahre 1936; 96 im Jahre 1937; 56 im Jahre 1938 und 1939 deren 27.

26) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1937, Bericht S. 131 und 132. Es handelte sieh hauptsächlich um den Waffenhandel!

In drei Jahren, von Juli 1936 bis Juli 1939, organisierte die Maurerei also allein im Pariser Gebiet 243 Vorträge über das spanische Problem.

Die Lektüre der Berichte über diese Versammlungen ist besonders lehrreich, denn nicht alle Brüder waren so verschwiegen oder vorsichtig, wie Gustave Rodriguez, der am 22. Dezember 1936 in der Loge «Clarté» erklärte:

> *«In Bezug auf das republikanische Spanien kann ich hier nicht viel sagen... da Indiskretionen stets zu befürchten sind.*
>
> *Seien Sie aber überzeugt, meine Brüder, unsere Regierung lässt die unglücklichen Brüder in Spanien nicht im Stich; der Appell des sehr erhabenen Bruders Seferino Gonzales, des Grossmeisters des Gross-Orient von Spanien, ist nicht vergeblich gewesen, glauben Sie es ja ..!»*

Albert Vigneau, ein ehemaliger Freimaurer, hat in einem seiner Bücher einen Vortrag erwähnt, den am 15. November 1936 ein gewisser Edouard Serre für die Loge «Les Zélés Philanthropes» hielt. Dieser Vortrag war betitelt: «Helft Spanien!»

> *«B.*. Serre (damals Vizepräsident des Volkssports und technischer Leiter der Gesellschaft Air-France und darüber hinaus noch graue Eminenz des Ministers Pierre Cot) lobte zunächst die klugen Bemühungen der BB Bossoutrot und Sadi Lecointe, der Direktoren der Volks-Luftfahrt – beide zugleich von der Loge «Ecole» – denen es auf Schleichwegen gelungen war, das von dem ganz illustren B.*. Seferino Gonzales bestellte Luftwaffenmaterial nach Katalonien zu leiten.*
>
> *B.*. E. Serre berichtete sodann Einzelheiten über seine Begegnung mit Largo Caballero in Madrid und beglückwünschte sich zu der dank der Dolmetscherkunst des französischen Militärattaches in Madrid, B.*. Cahuzac, verwirklichten Zusammenarbeit zwischen der Botschaft Frankreichs in Madrid, dem spanischen Luftfahrtminister und den Dienststellen der Air-France.*
>
> *Nachdem er seinen Glauben an den Sieg der Republikaner Spaniens dank der unbegrenzten Hilfe der Sowjets für die spanische Regierung versichert hatte, richtete er schliesslich an die anwesenden BB.*. einen Appell in pathetischen Tönen, in welchem er sie bat, in der profanen Welt einen Druck auszuüben, der ausreiche, den Einsatz unserer Waffen und unseres Materials auf der Halbinsel herbeizuführen.»*

Der Appell Edouards Serres wurde übrigens verstanden, da einen Monat später ein Kongress der Logen des Pariser Gebiets, der 77 Werkstätten umfasste, den Meister vom Stuhl der Loge

«L'Internationale» beauftragte, bei der C. G. T. ([27]) zu intervenieren, jede Aktion zu unternehmen, die geeignet sei, «ein *Abgehen von der Intervention Frankreichs zu verhindern»* ([28])

Und um einem Teil der öffentlichen Meinung, der die Intervention als das sicherste Mittel zur Herbeiführung eines Weltkrieges bezeichnete, Antwort zu geben, griff die Freimaurerei ihren Feldzug wieder auf, der beweisen sollte, dass das System des französisch-sowjetischen Paktes Frankreich gegen jede Kriegsgefahr schütze.

Paul Perrin wurde beauftragt, dazu als grundsätzliches Thema «Die *Rote Armee und der französisch-sowjetische Pakt»* in einer Maurerkonferenz zu erörtern, das ein gewisses Echo fand.

Auch die amerikanische Maurerei beteiligte sich an diesem Konzert. Der Redaktionsstab von «The New Age», der, wie schon gesagt, sich mit ganzer Kraft in der Angelegenheit der Sanktionen gegen Italien eingesetzt hatte, stellte seine Feder nun in den Dienst der spanischen Republikaner.

Schon zu Beginn des Bürgerkrieges definierte B.:. Juchhoff in der Septembernummer 1936 die Rolle der Demokratien folgendermassen:

> *«Die Demokratien können sich nur noch erlauben, für geringere politische und wirtschaftliche Meinungsverschiedenheiten nachsichtig zu sein und, solange kein Machtelement es unternimmt offen die allgemeine Struktur der Regierung abzuändern. Sie müssen sich darauf vorbereiten, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen und zumindest zeitweise Festigkeit anzuwenden, wenn sie die Hoffnung haben, den Sturmangriff jener zu überdauern, die zur Diktatur greifen, um die Probleme der Stunde zu lösen...»*

Alle Hilferufe der spanischen Maurerorganisationen wurden von «The New Age» und den übrigen Organen der amerikanischen Freimaurerei veröffentlicht, die sich ihrer bedienten, um die Intervention der Vereinigten Staaten zugunsten Rotspaniens zu empfehlen.

Je gespannter die Lage in Spanien wurde, umso höher stieg das Fieber, und im Februar 1939 liess «The New Age» folgenden Ruf ergehen, wobei es sich auf die Tatsache berief, *«dass es nicht nötig sei, grosse Einbildungskraft aufzuwenden, um das Schicksal*

27) *C.G.T.* = eine französische Gewerkschaft.

28) Hier findet man das übliche Vorgehen der Freimaurerei wieder, die sich selten in die Karten blicken lässt und es vorzieht, über vorgeschobene Personen oder Gruppen, wie die Liga für Menschenrechte oder die Liga für Erziehung handeln zu lassen. Hier ist es die C.G.T., die ihrem Einfluss unterliegt.

vorauszusehen, das die spanischen Brüder in dem Augenblick erwartet, in welchem Franco den Krieg gewinnen würde».

«Im Namen der Menschlichkeit, der Demokratie und der menschlichen Freiheit erheben wir unsere Stimme und ersuchen die Regierung der Vereinigten Staaten, das Embargo auf die für die Republikaner Spaniens bestimmten Waffen aufzuheben. Die Niederlage des loyalistischen Spaniens wird für die Vereinigten Staaten wie für Lateinamerika schwerste Rückwirkungen haben.»

Offenbar wünschte Präsident Roosevelt auch zu intervenieren. Wenn er es nicht tat, geschah es, weil die Erinnerung an Wilson noch zu frisch war und die Anhänger der Femhaltung von den Angelegenheiten Europas noch zu mächtig waren. Rotspanien konnte also von den Vereinigten Staaten nichts weiter als eine offiziöse Hilfe erhalten, die in allen Punkten der Hilfe vergleichbar war, die ihm die französische Volksfront leistete.

In Frankreich wie anderwärts war die Freimaurerei jedoch bis zur letzten Minute am Werke, um die Regierungen der Demokratien zu einem bewaffneten Kampf gegen General Franco zu veranlassen.

Als Spanien völlig befreit war und auch die französische Regierung das Regime Francos anerkennen musste, fand dies gar nicht den Beifall der Logen.

Die Brüder von Parthenay liessen dies offen durchblicken, als sie am 15. März 1939 eine kategorische Tagesordnung veröffentlichten:

«Die Mitglieder der R.. L.*. «Les Amis de la République» in Parthenay, die sich zur regelmässigen Sitzung am 12. März 1939 zusammenfanden, sind sehr bewegt gewesen, dass unsere BB.*. Regierungsmitglieder und gewisse unserer parlamentarischen BB dem Akt der Anerkennung des Generals Franco als Oberhaupt der rechtmässigen Regierung Spaniens zugestimmt haben.*

Wir sehen diese Zustimmung als flagranten Bruch der Grundsätze der Maurerei an, weil dieses Staatsoberhaupt sich gegen die in seinem Lande in Kraft befindlichen Gesetze auf gelehnt hat, hauptsächlich aber, weil er der Folterknecht unserer spanischen BBwar.^Die Mitglieder der Loge «Les Amis de la République» fordern demzufolge, dass unsere parlamentarischen und die in der Regierung sitzenden BB.. von befugter Seite daran erinnert werden, dass sie sich in der Zukunft in ihrem öffentlichen Leben mehr von den maurerischen Vorstellungen leiten lassen.)*

Ausserdem fordern sie, dass diese Haltung einer strengen Prüfung seitens der Obedienzen oder Werkstätten, denen sie unterstehen, und ebenso seitens des Bundesrates unterzogen wird»

Auch die Loge von Saint-Marcellin im Departement Isère verlangte im Juli 1939 *«von der Grossloge von Frankreich einen dringenden Schritt bei den republikanischen und besonders den freimaurerischen Ministern zu unternehmen, damit das spanische Gold zur Fürsorge für die unglücklichen Flüchtlinge herangezogen werde, und dass sie sich mit allen Kräften der Auslieferung dieses Goldes an Franco widersetzten. Andernfalls könnten die BB. von Saint-Marcellin sich fragen, ob die Bezeichnung, mit der sie sich schmücken, noch ihren vollen Sinn behalte.»*

Die Maurerei, die sich drei Jahre lang keine Ruhe gegönnt hatte, um Frankreich in die Dinge hineinzuziehen, konnte sich nicht entschliessen, ihre Tätigkeit einzustellen.

Die freimaurerischen Hintergründe der tschechoslowakischen Angelegenheit

Man darf nicht glauben, die Tätigkeit zugunsten der spanischen Republikaner hätte die französische Maurerei gehindert, ihren Antifaschismus auszuweiten und ihren Eifer auch auf die anderen Gebiete Europas auszudehnen. Ganz im Gegenteil. Im Oktober 1937 schrieb ein Bruder dieser Obedienz an den Grossmeister der Grossloge von Frankreich: *«Die Tätigkeit der Volksfront gegen die Nazifront darf sich nicht auf Frankreich erstrecken; sie muss sich überall da entwickeln, wo sie es kann.»*

Der tschechoslowakische Staat, eine Frucht des Maurerfriedens von 1919, war ein vollauf dafür vorbereiteter Boden, und die Freimaurerei nahm an, dass sie diesem Staate helfen müsse, die von Deutschland unterstützten Forderungen der sudetendeutschen Minderheit abzuweisen.

Der Gedanke eines «tschechoslowakischen» Staates war in der Tat eine spezifisch freimaurerische Idee. Wie es die Revue «Les Annales Maçonniques Universelles» bekannte:

«Ein ganzes Siebengestirn von Schöpfern des nationalen Erwachens waren Mitglieder maurerischer Vereinigung en oder standen zumindest in enger Verbindung mit ihnen.» (1)

Es ist also nicht erstaunlich, dass es zwei Freimaurer, Thomas Masaryk und Eduard Benesch, waren, die auf den Gedanken

1) April-Nummer 1932.

kamen, die Bildung dieses Staates bei den Siegern von 1918 zu verlangen.

Einer unserer Bevollmächtigten, Philippe Berthelot, der im darauf folgenden Jahre Generalsekretär am Quai d'Orsay werden sollte, hatte 1919 den Organisationen für die Friedenskonferenzen nachfolgenden Grundsatz als wesentlich vorgetragen:

> *«Für alles, was Mitteleuropa angeht, das zu tun, was Benesch fordern wird»*

Deshalb konnte die Maurerei durch die Friedensverträge von Trianon und Saint-Germain ganz Mitteleuropa balkanisieren und die mächtigen Nationen auf ein Nichts von kleinen Nationen herabsetzen, die in ihrer Isolierung lebensunfähig waren. Aber auch um einen *«Laienstaat im Osten Europas zu schaffen»,* wie es Bruder Bouglé, der Unterdirektor des höheren Schulwesens, zugeben musste, wurden die Nachfolgestaaten der katholischen Habsburgermonarchie verteilt, eine Aufteilung, die, wie wir später erfahren werden, verheerende Folgen haben sollte.

Die Tschechen, die Gründer des neuen Staates, zählten nur 44 Prozent der ganzen Bevölkerung ([2]).

Darüber hinaus wohnten alle Minderheiten derart zusammengedrängt, dass sie in bestimmten Gegenden überwältigende Mehrheiten darstellten: es war also ein flagranter Bruch des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Um auf das traurige Los hinzuweisen, das diesen Minderheiten beschert war, veröffentlichte Lord Rothermere in der «Daily Mail» einen scharfen Artikel unter dem Titel: *«Die Gefangenen der Tschechoslowakei».* Darin schrieb er in der Hauptsache folgende prophetische Zeilen:

> *«Der Fehler, det darin bestand, einen künstlichen Staat zu schaffen, der sich Tschechoslowakei nennt, kann Europa einen Krieg kosten. Selbst der Name Tschechoslowakei hat keinen Sinn. Er ist eine falsche Etikette ohne geschichtliche und geographische Bedeutung. So könnte man auch von einem England-Holland sprechen. Dieser Betrug, der eine dauernde Gefahr für Mitteleuropa darstellt, wurde im Interesse der Tschechen, eines arglistigen Volkes, verübt, das sich so einstellte, dass es während des ganzen Krieges in jedem Lager einen Fuss behielt und am Ende von den Siegern einen übertriebenen Lohn für sein Doppelspiel forderte.*

---

2) Vgl. die Studie von' Henri Lebre.

Heute häufen sich die Kriegswolken über den Grenzen der Tschechoslowakei. Vielleicht hat die Prager Regierung noch Zeit, das Unglück, das sie angerichtet hat, wiedergutzumachen. Aber die Tschechoslowakei steht immer unter der Kontrolle von Politikern, die diesen Bastardstaat geschaffen haben. Dr. Benesch, der Hauptgründer des tschechoslowakischen Staates, ist heute sein Präsident.» ([3])

Die Zugehörigkeit fast aller tschechoslowakischen Regierungsmitglieder zur Freimaurerei war nicht dazu angetan, die Dinge in Ordnung zu bringen.

Die tschechoslowakische Freimaurerei war durch die Zahl ihrer Anhänger nicht gerade bedeutend, denn sie überstieg 3'000 nicht; aber sie war aktiv und einflussreich.

Sie umfasste zwei wichtige Formationen, die «Grossloge Lessing zu den drei Ringen» und die «Nationale Grossloge der Tschechoslowakei», die beide eine beachtliche Wirkung nach aussen hatten.

Für erstere gaben die «Weltfreimaurer-Annalen» Folgendes an:

«Die Grossloge Lessing zu den drei Ringen», die sich zunehmend entwickelt, unterhält zur Zeit freundschaftliche Beziehungen zu 77 Freimaurer-Mächten, darunter 22 in den Vereinigten Staaten, 6 in Australien, 6 in Kanada, 15 in Südamerika und 22 in Europa. Ihr Bestand erreichte im Jahre 1936/37 die Zahl von 1'438 Mitgliedern.» ([4])

Die «Nationale Grossloge der Tschechoslowakei» organisierte den «Internationalen Freimaurer-Konvent», der vom 8. bis 31. August 1936 in Prag stattfand. Diese Zusammenkunft war von aussergewöhnlicher Bedeutung: sie hatte den Wert eines Kriegsrates, der beschloss, einen erbitterten Kampf gegen Deutschland zu beginnen.

*
* *

Es war normal, dass dem tschechoslowakischen Staat seine bevorzugte Lage als «Maurer-Bastion» im Herzen Europas ein aussergewöhnliches Ansehen bei allen Logen der Welt, besonders aber in Frankreich, verschaffte.

So hatte bei dem Konvent des Gross-Orient von Frankreich der Präsident des Ordensrates, Arthur Groussier, diesen Staat mit einer Erklärung begrüsst, die voller Versprechungen war:

«Ich heisse Ihren ausgezeichneten B. Bondy, der die «Grossloge Lessing zu den drei Ringen» vertritt, im Orient von Prag herzlich willkommen.

---

3) «Daily Mail» vom 12. Februar 1937.

4) September-Nummer 1937.

Diese Grossloge hat uns immer grosse Freundschaft bezeugt. Die Tschechoslowakei ist eine Nation, die durch ihre Institutionen und ihre Kultur der unseren nahesteht, und die wir unterstützen und verteidigen müssen, und wenn wir den Völkern der kleinen Entente und des Balkans helfen könnten, ihre Gewehre friedlich zusammenzusetzen, so wäre dies für Europa ein wirkliches Unterpfand für Frieden und Freiheit.»

Worum es sich bei diesem von dem Präsidenten Groussier gepriesenen «friedlichen Zusammensetzen der Gewehre» handelte, lässt sich unschwer aus dem erkennen, was die maurerische Regierung, die aus Prag einen Mittelpunkt zweideutiger Verbindungen zu Moskau machte, von ihm dachte.

Im Juni 1936 veröffentlichte ein tschechischer Diplomat, Jean Seba, ehemaliger Sekretär Masaryks, ein Buch von 650 Seiten Umfang, *«Russland und die kleine Entente in der Weltpolitik»,* in welchem er den ständigen Gedanken der Prager Politiker entwickelte: eine gemeinsame Grenze mit der UdSSR zu haben, indem man Rumänien und Polen Gebietsopfer auferlegte.

Dieses Werk rief in Bukarest und Warschau eine Entrüstung und Aufregung hervor, die umso lebhafter war, als es ein Vorwort von Camille Krofta, dem Minister des Auswärtigen, enthielt, und sein Verfasser ausgerechnet der Vertreter der Tschechoslowakei bei König Carol war.

So könnten noch viele Tatsachen auf den beunruhigenden Charakter der prosowjetischen Politik der Maurerregierung der Tschechoslowakei hinweisen.

Erwähnen wir nur, dass ein *«Ausschuss zur Unterstützung des demokratischen Spaniens»* einen Hilferuf zugunsten der Frente Popular ([5]) erliess; man hob hier unter den Mitgliedern den ehemaligen Senator Votja Benesch, den Bruder Eduards, hervor, denselben, der zusammen mit Masaryk das berühmte Abkommen von Pittburg gegengezeichnet hatte.

Auch die englische Presse kritisierte diese Politik heftig. Die «Times» bekannte, dass die französisch - tschechisch - sowjetischen Pakte der Regelung der europäischen Fragen hindernd im Wege stünden. Noch schärfer schrieb der Journalist Garvin im «Observer»: *«Prag ist zum Pförtner Moskaus geworden.»*

Inzwischen bereitete Deutschland sich darauf vor, Österreich zu annektieren.

---

5) Frente Popular = Volksfront in Spanien.

Um diesen unsinnigen Staat schaffen zu können, der sich Tschechoslowakei nannte, war das katholische Österreich aufgeteilt und nur noch in seinem deutschen Volksteil erhalten worden. Die Dynastie des Bundes, die einzige Grundlage seiner Einheit, war ihm genommen worden, und ohne diese war es klar, dass keinerlei Grund mehr vorlag, der seinen Anschluss an das Deutsche Reich behindert hätte.

Der *einstimmige* Beschluss des Wiener Parlaments im Jahre 1920, der um den Anschluss Österreichs an das Reich nachsuchte, und der von der Entente übrigens als null und nichtig abgetan wurde (wohl im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker), hätte auch den Verblendetsten die Augen öffnen müssen; aber die Augen wollten sich nicht öffnen, und der B.*. Plantagenet (6) liess noch im Februar 1936 in seiner Revue «Der Friede», einer im Geiste der «Weltfreimaurer-Annalen» wirkenden, aber für die Profanen bestimmten Zeitschrift, schreiben:

> *«Wenn wir nicht das tun können, was nötig ist, um das legitimistische Österreich von diesem verrückten Abenteuer abzubringen (d.h. der Wiedereinsetzung der Habsburger), so werden wir selbst unsere Freunde von der kleinen Entente zwingen, sich Deutschland wieder zuzuwenden, um die legitimistische Politik zum Scheitern zu bringen. Seien wir überzeugt, dass das Reich unbedenklich die revisionistischen Forderungen Ungarns, seines Verbündeten, opfern würde, um sich die verschiedenen Vorteile zu sichern, die sich aus einer solchen Zunahme seines Einflusses auf dem Balkan für es ergeben würden.»*

An diese Tatsachen musste erinnert werden, um die erstaunliche Haltung, nicht nur der Freimaurer, sondern auch der Kriegspartei in jenen Tagen vom 10. bis 13. März 1938 zu erklären, in denen Österreich von Deutschland einverleibt wurde. Die Mehrheit der französischen Meinung war spontan gegen den Anschluss, der eine Machterweiterung des Reiches bedeutete. Hier fanden die Freimaurer eine Ausnahmegelegenheit, die öffentliche Meinung gegen den Faschismus aufzuwiegeln. Nun aber schienen sie das Ereignis unbeachtet zu lassen. Man findet kein Wort der Freimaurer, das die Franzosen im Namen des Friedens und der Freiheit gegen Deutschland zu den Waffen gerufen hätte (7).

---

6) Unter seinem wahren Namen Ignaz Engel, Meister vom Stuhl der Loge «Goethe» G. L.

7) Aber Mussolini war es, der durch Mobilmachung am Brenner die österreichische Unabhängigkeit 1934 gerettet hatte!

Wieder einmal hatte die Freimaurerei sich das Schlagwort Beneschs zu eigen gemacht: *«Lieber den Anschluss als die Habsburger»*

Denn die aufeinanderfolgenden Regierungen Frankreichs begingen Fehler, die zu befürchten waren. Durch ihre Schuld verschlimmerte sich die internationale Lage zwischen 1919 und 1939 unaufhörlich. In dieser verbrecherischen Diplomatie spielten die Logen eine stetige und entscheidende Rolle. Es muss wohl gesagt werden: bis 1938 sagte der Quai d'Orsay nichts, bereitete nichts vor und tat nichts, ohne den B.*. Masaryk oder den B.*. Benesch zu konsultieren. Bei diesen Päpsten der internationalen Freimaurerei suchte unsere Regierung ihre Eingebungen und oft ihre Richtlinien.

Unter ihrem Druck schloss man Verträge mit England, der Tschechoslowakei, Polen, Russland, Jugoslawien, die Deutschland einkreisten und uns verpflichteten, zu den Waffen zu greifen, falls diese Länder sich als angegriffen ansahen.

Die von Benesch aus dem Geheimfonds des tschechoslowakischen Aussenministeriums reichlich gespeiste Presse reizte die Öffentlichkeit gegen Deutschland, Italien und Spanien auf. Das missbrauchte und getäuschte französische Volk ahnte nicht, dass diese Abhängigkeit es geradewegs zum Blutvergiessen führte.

Nach dem Anschluss im März 1938 war zu erkennen, dass Reichskanzler Hitler auch die Angliederung der zum tschechoslowakischen Staat gehörenden, von deutschen Mehrheiten bewohnten Provinzen fordern werde. Léon Blum begann seine zweite Ministerpräsidentschaft damit, dass er dem Botschafter der Tschechoslowakei in Paris, B.:. Osusky, die Versicherung erneuerte, *«dass Frankreich effektiv, sofort und ungeteilt alle seine Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei, die sich aus einem allen bekannten Vertrage ergäben, einhalten werde».*

Es handelte sich um einen in Locarno am 16. Oktober 1925 paraphierten Vertrag. In der Einleitung war ausgesprochen, dass er *«im Rahmen des Völkerbundspaktes»* abgeschlossen sei. Sein Artikel 4 bestimmte ausserdem: *«Er wird unter denselben Bedingungen wie die genannten Vertrüge in Kraft bleiben»,* d.h. jene Verträge, die am gleichen Tage zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Grossbritannien und Italien abgeschlossen worden waren. Da Deutschland, Belgien und Italien sich nacheinander aber von dem in Locarno errichteten hinfälligen Sicherheitssystem zurückgezogen hatten, war es schwierig, dem französisch-tschecho-

slowakischen Vertrag noch irgendwelchen juristischen Wert beizulegen.

Aber die «Kriegspartei» schlief nicht.

Nach Spanien schien die Tschechoslowakei den Logen Gelegenheit zu bieten, endlich den von B.*. Groussier auf dem Konvent des Gross-Orient von 1936 ausgesprochenen Wunsch zu verwirklichen:

> *«Wünschen wir, dass die siegreiche Demokratie nacheinander alle Autokratien Europas zerbrechen und das maurerische Ideal verwirklichen möge» (8)*

Das tschechoslowakische Pressebüro in London telegraphierte sogleich, Frankreich hätte England, Polen, Rumänien und Jugoslawien unterrichtet, dass es im Falle eines gegen die Tschechoslowakei gerichteten Angriffs intervenieren werde.

In Prag schreckte man vor dem Gedanken eines europäischen Krieges nicht zurück.

In «Auferstehung eines Staates» war Thomas Masaryk so zynisch gewesen, folgende widerwärtigen Zeilen über den ersten Weltkrieg zu schreiben:

> *«Angsterfüllt fragte ich mich, ob der Krieg so lange dauern würde, wie ich gerechnet hatte... Im Falle eines raschen Sieges der Alliierten würden wir, so fürchtete ich, mit leeren Händen zurückbleiben. Ein längerer Krieg würde uns mehr Zeit lassen, um unsere Propaganda durchzuführen»*

Die künstliche Schaffung der Tschechoslowakei hatte für Frankreich einen langen und grausamen Krieg erforderlich gemacht. Sollte dies nochmals so sein, um sie unangetastet zu erhalten?

In der Presse stieg das Fieber.

Unterdessen wurde klar, dass die öffentliche Meinung – so unwissend sie auch war – nicht der von der Kriegshetzerpresse ins Leben gerufenen Bewegung folgte. Die «Friedenspartei» gewann an Boden.

Dies war deutlich am 19. September zu erkennen, dem Tage nach der ersten englisch-französischen Konferenz in London, als die Zeitungen das Kommuniqué veröffentlichten, das die Übereinstimmung der beiden Regierungen über den Grundsatz einer *«friedlichen Lösung der tschechoslowakischen Frage»* anzeigte.

Es trat eine Unsicherheit in der Meinung auf, und viele Franzosen fühlten, dass die «Friedenspartei» siegen werde.

---

8) Ganz offenbar? mit den Waffen!

In diesem Klima wurde am 19. September morgens der Konvent des Gross-Orient von Frankreich eröffnet.

«Die *Lage ist ernst»,* erklärte der Präsident des Ordensrates, *«gefahrvoll, und jeden Tag ereignen sich neue Zwischenfälle – die Macht will sich durchsetzen...* Wir *durchleben eine Zeit der Wirren. Weder die Menschen noch die Nationen scheinen die Achtung vor schönen und edlen Ideen bewahrt zu haben..*
Wird der Kampf zwischen den Völkern wieder aufleben? ... Werden wir wieder ein ungeheuerliches Blutbad erleben? ... Bewahren wir für die Dauer unserer Arbeiten Ruhe und Würde, und bringen wir es fertig, uns über unsere Leidenschaften zu erheben . . « (9)

Beinahe wären die Brüder des Gross-Orient von dieser Ruhe und Würde, die ihr Präsident so gepriesen hatte, abgewichen, als am nächsten Tage der Berichterstatter der politischen und sozialen Studienkommission, B.*. Caron, den Standpunkt der Mitglieder dieser Kommission vortrug:

«In Bezug auf die äussere Lage wollen wir erkennen, dass die Ereignisse uns überholt haben. Wir sind alle nicht verantwortlich, wenn der Konvent seine Arbeiten in dem Augenblick begonnen hat, in welchem eine uns entgangene Entscheidung in einem Sinne getroffen wurde, der nicht alle befriedigt.» (10)

Und es gab im Festsaal des Gross-Orient «verschiedentlich Bewegung», als kurz darauf B.*. Roumilhac die Rede des Grossmeisters des spanischen Gross-Orient, Martinez y Gil, verlas, der seinen Zeitpunkt, den Kreuzzug gegen den Faschismus predigen zu lassen, wahrhaft schlecht gewählt hatte:

«... Wenn aber der Krieg erklärt wird, muss die Weltfreimaurerei wissen, um welches Banner sie sich scharen muss, sie muss ihre Haltung kennen. Für sie gibt es nur eines zu tun, nämlich wie die spanische Maurerei zu kämpfen, zu siegen und die Diktatur zu zerstören, die ihrerseits nur ein Ziel im Auge hat: die Zerstörung des Ideals, das uns allen vor Augen schwebt.» (11)

Wonach auf Drängen des Präsidenten Groussier ein Antrag angenommen wurde, bei dem friedliebende Tendenzen vorherrschten, als er erklärte:

«Wenn jeder von uns jetzt auf der Tribüne seine eigenen Vorstellungen vorbringt, ist zu befürchten, dass wir Zusammenstös-

---

9) Konvent des Gross-Orlent von Frankreich, 1938, Bericht S. 13 u. 14.

10) Konvent des Gross-Orient von Frankl eich, 1938, Bericht S. 89.

11) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1938, Bericht S. 325.

sen und dass tiefe Meinungsverschiedenheiten Spaltungen hervorrufen, die von aussen her benutzt, zu einer Gefahr für den Gross-Orient werden könnten.» ([12])

Dieser Antrag, der auf Beschluss des Konvents gegen die maurerischen Gepflogenheiten der öffentlichen Meinung zur Kenntnis gebracht werden sollte, sagte in der Hauptsache:

«Der Konvent des Gross-Orient von Frankreich hält es für unnötig, die Demokraten darauf hinzuweisen, dass ein Krieg schon durch die Ausrufung des Belagerungszustandes und das Verschwinden aller Freiheiten sowie durch die systematische Zerstörung der im Kampf befindlichen Länder einem nahezu völligen Rückgang der europäischen Kultur entsprechen würde.

Er ist sich der Angst bewusst, die alle Menschen vor den Gefahren eines allgemeinen Krieges zusammenführt, er behauptet, dass durch den Krieg nichts zu lösen ist und keine Ideologie ihn rechtfertigen kann.

Der Konvent verkündet feierlich, dass der Krieg nicht unvermeidlich ist, solange der Frieden durch die Einheit aller, die guten Willens sind, erhalten werden kann...

Hiesse man den Krieg gut, so hiesse dies auch unvermeidlich hinzunehmen, dass er zum totalen Krieg wird und keinen verschont ...

Der Konvent wendet sich gegen jede Politik, die zur Bildung von Blocks rivalisierender Nationen führt...»

Natürlich war diese Resolution doppelzüngig. Sie erklärte den Faschismus für «eine *verschlimmerte Form des Kapitalismus»;* sie stellte den Bankrott des Völkerbundes fest und setzte trotzdem grosse Hoffnungen auf ihn; sie empfahl eine Gesamtprüfung der Forderungen benachteiligter Staaten und einen entschiedenen Widerstand gegen jeden Versuch von Gewaltanwendung; sie war abgefasst, um sowohl die Anhänger der festen Haltung als auch die Verhandlungsfreunde zufriedenzustellen: also das Musterbild eines «schwarz-weiss"-Antrages. Immerhin war sie sonderbarerweise weniger schwungvoll als alle vorher von der Rue Cadet verfassten Texte und war in dieser Hinsicht charakteristisch für die Geistesverfassung in der Maurerei im September 1938 ([13])

---

12) Konvent des Gross-Orient von Frankreich, 1938. Bericht S. 42.

13) Eine Handvoll Maurer, die Anhänger des Friedens war, führte eine heftige Kampagne zugunsten eines Kompromisses. Sie sollte diese Opposition gegen einen Krieg 1944 teuer bezahlen.

Die Verantwortlichen hatten Angst bekommen. Sie glaubten, Zeit zu haben unter der Bedingung, keinen taktischen Irrtum zu begehen.

Inzwischen bereitete sich die maurerische Neugruppierung auf einen Gegenangriff vor, der dazu bestimmt war, alle Widerstände nacheinander zu brechen.

In der Septembemummer ihrer «Cahiers» brachte die Liga für Menschenrechte bereits ihre Missstimmung über das zum Ausdruck, was sie als *«den Verrat von München»* bezeichnete.

Hier einige besondere Stellen ihres Anliegens:

«Die Liga behauptet erneut, dass der Krieg aufgegeben würde, wenn alle friedlieb enden Völker sich entschlossen geeinigt hätten, ihm den Weg zu versperren.

Sie glaubt, dass es leider zwar spät, aber nicht zu spät ist, um diesen Zusammenschluss aller Friedenskräfte zu verwirklichen.

Die Liga verlangt dementsprechend von Frankreich, den Abgrund zu bedenken, in den es eine Politik des Nachgebens und der Entsagung unvermeidlich führt.

Sie verlangt von England und Frankreich, sich wieder aufzuraffen, sich ihrer materiellen Macht und der intellektuellen wie moralischen Wirkung nach aussen bewusst zu werden, die durch ihre Haltung gefährdet wurden.»

Die Liga wünschte, dass das tschechoslowakische Problem «internationalisiert» werden und beim Völkerbund und dem Obersten Gerichtshof die gerechte Lösung eines Konflikts beantragt werden solle, der drohte, ganz Europa zum Verbluten zu bringen.

Am 20. Oktober und am 16. November desselben Jahres hielt ein Mitglied der Loge «La Nouvelle Jérusalem», Réné Georges-Etienne, ein Anwalt am Kassationshof und ehemaliger Kabinetts-Stellvertreter des Unterstaatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten, in zwei Logen hitzige Reden über die Münchener Abkommen.

Am 27. Oktober 1938 hielt B.*. H. Dudon, Ehrenmeister vom Stuhl der Loge «La Libre Pensée» (G O .*.), im Maurertempel in der Rue Froidevaux in einer Versammlung einen Vortrag, dessen Titel stark einem Wunsche gleicht: *«Der Weltkrieg wird trotzdem stattfinden.»*

Die Loge «Thêlème», eine der bedeutendsten der Hauptstadt, bat am 10. Juni 1939 die Brüder aus verschiedenen Werkstätten, sich mit ihr über internationale Probleme zu unterhalten. Sie hatte beschlossen, Brüder zur Diskussion dieser Probleme in

andere Logen zu entsenden. Nach München wünschte sie eine «Umkehr der Aussenpolitik der grossen Demokratien»; sie forderte einen antifaschistischen Kreuzzug.

Sie sollte bald zufriedengestellt werden. In der Tat protestierten von diesem Zeitpunkt an die eifrigsten Maurer energisch gegen die nach ihrer Meinung zu nachgiebige Haltung der Regierung, wodurch die Freimaurerei zum Mittelpunkt einer intensiven politischen Gärung zugunsten des Krieges wurde.

Der Gnadenstoss des B.*. Roosevelt

Wir glauben unseren Lesern nichts Neues zu verkünden, wenn wir schreiben, dass Franklin Roosevelt, der grosse Verantwortliche für die Welle der Kriegshetze, die 1939 die Welt überflutete, Freimaurer war. ([14])

Er wurde schon bei Beginn seiner Laufbahn in die Geheimnisse dieser Sekte eingeweiht und erhielt den Meistergrad in der «Holland Lodge No 8» am 28. November 1911, d.h. kurz nach seiner Wahl in den Senat. Am 28. Februar 1929 erreichte er den 32. Grad des Schottenritus, der ihn zu einem «Erhabenen Fürsten des Königlichen Geheimnisses» machte.

Es ist also nicht erstaunlich, dass die Häupter der Maurerei damit rechneten, dass er ihre Sache fördern und ihre Pläne durchführen werde. Darum ist verständlich, dass B.*.Groussier im Mai 1939 auf dem Kongress der Logen des Ostens erklären konnte:

*
* *

«Die *Maur er ei ist die Grundlage der Botschaften des B.*. Roosevelt. Unsere Gegner haben darin sehr richtig das Erkennungszeichen der französischen Maurerei gesehen, und ihre Kritiken machen zur Zeit in Europa die Runde»*

*
* *

Deshalb benutzte die französische Freimaurerei, die auf dem Wege diplomatischer Intrigen niemals rückständig war, alle sich bietenden Gelegenheiten, um den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu ermutigen oder ihm zu danken, wenn er den von ihr vorgetragenen Gedanken Fortschritte verschafft hatte. Sie vermehrte die Briefe und Telegramme an die Adresse des Weissen Hauses.

14) Man lese das 1955 erschienene Werk: «Franklin Roosevelt, der Mann von Jalta» von G. Olivier (Librairie Française, Paris).

B.*. Roosevelt war gerade (zum zweiten Male) zum Präsidenten gewählt worden und hatte die kurze Spanne Zeit, die ihn von der Wiederaufnahme seiner Dienstgeschäfte trennte, dazu benutzt, eine kurze Reise nach Südamerika zu machen. Er hatte in Buenos Aires eine vielbeachtete Rede gehalten und unter Drohungen gegen Deutschland und Japan von seinen Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Friedens gesprochen.

In dieser Botschaft kommen die Befürchtungen und Hoffnungen der Maurerei zum Ausdruck:

> *« . . . Das erste Wort unserer Brüder in Hiram sei (...) dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der düstersten und trübsten Stunde der Weltgeschichte den Tribut ihrer Dankbarkeit abzustatten. Möge es ihnen ferner gestattet sein, ihre Beunruhigung, ihre Befürchtungen und auch die ihnen verbliebenen Hoffnungen zu Ihrer Kenntnis zu bringen.*
>
> *In der Befürchtung, dass bald ein Krieg der Verwüstung die Hoffnungen zunichte macht, die auf dem Frieden der europäischen Demokratien beruhen, lenken die unterzeichneten Maurerobedienzen die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf die neuen und gefährlichen Motive des Hasses, die hier, dort und anderwärts entgegengesetzte Ideologien erwecken. Die aus dem englischen Parlamentarismus und der französischen Revolution hervorgegangenen Demokratien haben an verschiedenen Stellen der Welt Gegner gefunden, die bereit sind, über ihr Weiterleben allein die Macht der Waffen entscheiden zu lassen. Politische Philosophien, soziale Ideologien stehen sich gegenüber, die willig auf die Schlachtfelder gehen würden, um ihren Machtwillen zu bekunden.*
>
> *So treten zu allen Kriegsmotiven, die bereits Gewinn- und Habsucht der Menschen hervorriefen, heute geistige und von Leidenschaft getragene Beweggründe, deren Gefährlichkeit Eurer Exzellenz nicht entgehen kann. Besonders in Spanien zerfleischen sich Menschen, die dem gleichen Vaterlande angehören und in deren Adern der Ruhm gleichen Blutes fliesst.*
>
> *Soll uns jede Hoffnung versagt bleiben? Und soll gesagt werden, dass die Freimaurerei ihre brüderliche Stimme nicht rechtzeitig erhoben hätte? Das können wir nicht zulassen und beschwören Eure Exzellenz, sich mit uns in einer äussersten Anstrengung zugunsten des Friedens zu verbinden.*
>
> *Wir haben wahrlich nicht vergessen, dass der Mann, der für vier weitere Jahre dazu berufen wurde, die Geschicke eines riesigen Volkes zu lenken, die Erleuchtung in unseren Tempeln*

empfing. Nicht weniger werden wir die Rolle vergessen, die *derjenige unserer Brüder zugunsten des in so tragischer Weise bedrohten Friedens spielen könnte, dem durch eine Volksabstimmung mit unzählbaren Stimmen eine neue und aussergewöhnliche Autorität verliehen wurde, wenn er seinerseits nicht ohne Trauer den gegenwärtigen Zustand Europas zu beurteilen verstünde»*

Und unter Erwähnung der in der Rede von Buenos Aires enthaltenen Drohungen gegen Deutschland und Japan folgern die europäischen BB:

«Möge unser B.. Franklin Roosevelt seinen liebevollen Alarmruf auf jedes Echo aus dem Alten Kontinent erheben! Eure Exzellenz hat begonnen. Und zwar hervorragend. Wir bitten Sie aber, mit allen Mitteln Ihrer Macht rasche und entscheidende Schritte gegen den Krieg einzuleiten und auszuharren.*

Möge Eure Exzellenz bewegten Herzens den Ruf unserer brüderlichen Angst vernehmen. Auf Ihnen und bei Ihnen, in der Erleuchtung, die Sie an Orten erhielten, an denen Wohltun und Friede regiert, beruht unsere letzte Hoffnung, in deren Namen wir Sie mit den geheimnisvollen Zahlen begrüssen, die wir allein kennen.

Gegeben und unterzeichnet im Gross-Orient zu Paris am Tage des Saint – Jean d'Hiver im Jahre des wahren Lichtes fünftausendneunhundertsechsunddreissig.

(E.\ V.\ 27. Dezember 1936)
L. D O I G N O N
G M G L de *Fr*

unleserlich
G .. S G L.*.*. de *F*

Dieser Appell war ausserdem von den Grossoffizieren von fünfzehn weiteren europäischen Obedienzen gegengezeichnet, darunter dem Gross-Orient von Frankreich, der Grossloge und dem Gross-Orient von Spanien und allen Grosslogen der Länder Mitteleuropas.

In der Antwort, die Washington den BB durch Vermittlung des Generalrates der Vereinigten Staaten in Paris zugehen liess, gab der Präsident bekannt, dass er *«für die ihm in dem Dokument ausgesprochenen Zeichen des Vertrauens sehr empfänglich gewesen sei.»*

Roosevelt stiess auf die systematische Obstruktion von Amerikanern, die erkannten, wohin seine Politik führen musste; haupt-

sächlich im Senat, wo die Anhänger der Isolierungspolitik die Mehrheit hatten.

Seinen Willen, das grosse Werk zu retten, bekundete er nur in einer am 5. Oktober 1937 in Chicago gehaltenen Rede, drei Monate nach dem Beginn des zweiten japanisch-chinesischen Krieges, der ihm die kapitalistischen Gruppen, die grosse Interessen in China hatten, näher gebracht hatte. Er sagte:

> *«In der modernen Welt besteht eine Solidarität und wechselseitige Abhängigkeit, die es einer Nation technisch und moralisch unmöglich macht, sich von den wirtschaftlichen und politischen Erscheinungen der übrigen Welt völlig zu isolieren . . .»*

Dies war der Beginn des Feldzuges, der die Amerikaner veranlassen sollte, den Isolationismus abzulehnen.

Der zweite Appell der Freimaurerei wurde am 24. September 1938 während der tschechoslowakischen Krise abgesandt. Der Gross-Orient von Frankreich, der zu dem berühmten Konvent zusammengetreten war, der ohne die Ruhe des Präsidenten Groussier stürmisch hätte werden können, richtete folgendes Telegramm an den B.*. Roosevelt:

> *«Konvent Gross-Orient von Frankreich an Präsident Roosevelt, Washington. Generalversammlung G.*. O .*. von Frankreich, in Gegenwart der Delegierten der Grossloge von Frankreich, Schweizer Grossloge Alpina, Grossloge von Jugoslawien,* G.*. O .*. *von Belgien, spanischer G.*. feierlich vereint, beschwört Präsident Roosevelt brüderlich, seine Stimme für den Aufschub von Gewaltmassnahmen in Europa zu erheben stop Weltkrieg kann durch Intervention hoher Autorität des Präsidenten Roosevelt im Dienste von Recht und Gerechtigkeit vermieden werden stop Ausdruck der Dankbarkeit Hunderter von Millionen Menschen.»*

Der international gemischte Maurerorden für Menschenrechte folgte dem vom Gross-Orient gegebenen Beispiel und telegraphierte seinerseits am 25. September an den Präsidenten Roosevelt:

> *«Präsident Roosevelt, Washington (USA). Der Oberste Rat der Internationalen gemischten Maurer-Obedienz «Menschenrecht» tritt den bei Ihnen erfolgten Schritten zur Erhaltung des Friedens bei.»*

Auch diesesmal antwortet B.*. Roosevelt auf das Notzeichen. Er erliess zwei Botschaften und nahm darin die Formulierung von den «Hunderten von Millionen Menschen» auf, die ihm die französische Maurerei geliefert hatte.

«Die Freimaurerei wird vor der Geschichte mit Stolz sagen können, dass ihre Rolle bei der hohen Intervention des B.. Roosevelt über die Aussetzung von Gewaltmassnahmen seitens der im Konflikt befindlichen Staaten entscheidend war»*

So ist es in einer Propagandaschrift mit dem Titel «Der *Gross-Orient von Frankreich und der Frieden»* zu lesen. Zum Unglück für die Freimaurerei und die Geschichte hatte jedoch Präsident Roosevelt bei der Versöhnung in München nichts zu bestellen. Im Gegenteil, «Das Neue Europa» spricht von der Betroffenheit Roosevelts, als er die Einberufung der Viererkonferenz erfuhr:

«Roosevelt müsste kein Mensch sein und wäre nicht Roosevelt, wenn seine erste Regung nicht die einer tiefen Enttäuschung, um nicht mehr zu sagen, gewesen wäre.» ([15])

Wahrscheinlich hatten die französischen Maurer «Das Neue Europa», dessen Beziehungen zu den Logen wohlbekannt waren, nicht gelesen, denn sie beeilten sich, Roosevelt herzliche Dankbarkeitsbotschaften zu schicken.

Diejenige des «Menschenrechtes» war die lakonischste:

«Oberster Rat International Gemischtes Menschenrecht dankt Ihnen brüderlich für bewundernswerte Bemühung zugunsten des Friedens.»

Die Dankeskundgebung des Gross-Orient war inhaltsreicher:

Paris, 8. Oktober 1938

Herrn Franklin Roosevelt, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Herr Präsident,

am Samstag, dem 24. September 1938, als die internationale Lage nahezu verzweifelt schien, beschwor die feierlich zusammengetretene Generalversammlung unseres Ordens in Gegenwart der Delegierten der befreundeten europäischen Maurermächte Sie brüderlich, Ihre gewichtige Stimme zu erheben, um die Entfesselung eines Weltkrieges zu vermeiden.

Eine ungeheuere Hoffnung hat nicht nur die Freimaurer, sondern die ganze zivilisierte Welt in Wallung gebracht, als Sie unter Beantwortung unseres angsterfüllten Hilferufes am 26. September ein Manifest zugunsten des Friedens gütigst erliessen, dessen Tragweite sich als erheblich erwiesen hat.

Als Europa von ihm Kenntnis genommen hatte, war das Klima völlig verändert und Staatsmänner, die vorher nichts mehr ins

---

15) Fransalès, alias F. Roussy de Sales, Sonderkorrespondent des «Paris-Soir» in «Das Neue Europa» vom 15. Oktober 1933.

Auge zu fassen schienen, als den Rückgriff zur Gewalt, zeigten sich zur Weiterführung von Verhandlungen bereit.

Man weiss, dass diese mit der Rettung des Friedens endeten. Es unterliegt also keinem Zweifel, dass in diesem Falle Ihre hohe Intervention entscheidend war.

Wir legen Wert darauf, Ihnen dafür unseren tiefsten Dank auszusprechen und Sie recht brüderlich zu bitten, das humane Werk fortzusetzen, dem Sie mit soviel Grossmut Ihren Namen verliehen haben.

Die Lösung der umfangreichen Probleme, die die zivilisierte Welt beängstigen, kann sich nur aus der breitesten Zusammenarbeit aller Nationen ergeben und unter diesen hauptsächlich der grossen Schwesterdemokratie, deren Vertreter Sie sind.

Wir danken Ihnen im Voraus für diese ausgezeichnete Zusammenarbeit und bitten Sie, Herr Präsident, den Ausdruck unserer brüderlichen und achtungsvollen Zuneigung zu gestatten.

Einer der Sekretäre des Ordensrates.

Die Folge dieser Botschaft war, dass eine Offensive der amerikanischen Kriegshetzer, von den industriellen Anhängern der «guten Katastrophe» unterstützt, das Auseinanderfallen der Friedenskräfte beschleunigte, auf die Chamberlain seine Münchener Politik gestützt hatte. Bernard Baruch begab sich nach London, um dort die Verbindung zwischen den englischen und amerikanischen Kriegshetzern herzustellen.

Eden, von dem Chamberlain sich anlässlich des Anschlusses von Österreich an Deutschland getrennt hatte, landete am 8. Dezember 1938 in New York. Er besuchte Roosevelt «als *einfacher Demokrat, der mit einem anderen Demokraten spricht*» und überbrachte ihm die *«Entschuldigungen»* Grossbritanniens für das Münchener Abkommen. ([16])

Dies war der Anfang der Winkelzüge, die Chamberlain isolieren sollten; es war auch der Beginn des Umschwenkens der Londoner City, des Ausgangspunktes des Zweiten Weltkrieges.

Die französische Maurerei gab die Partie nicht auf. Durch stete Aufreizungen nährte sie die Kriegslust Roosevelts, der übrigens bereits durch seinen *«Gehirntrust»* bis zur Weissglut erhitzt wurde.

So richtete sie am 1. Februar 1939 eine neue Botschaft an ihn, welche der Tätigkeit des B.*. Roosevelt in den folgenden Wochen grosse Bedeutung beilegt:

16) «Time» vom 19. Dezember 1938, S. 10.

«An S. Exz. Franklin Roosevelt, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Der Gross-Orient von Frankreich und die Grossloge von Frankreich sprechen Ihnen nochmals die tiefe Dankbarkeit aller französischen Maurer für Ihre unablässige Tätigkeit zugunsten des Friedens aus. Sie können nicht vergessen, dass Ihre hochherzigen Interventionen im September 1938 in entscheidender Weise dazu beigetragen haben, die Gefahren, die Europa und die Zivilisation bedrohten, zu beseitigen.

Die Grossloge und der Gross-Orient von Frankreich stellen jedoch fest, dass die Sicherheit der Welt leider weit davon entfernt ist, endgültig gefestigt zu sein.

Die Kriegsgefahren bleiben gross und widerwärtige Verfolgungen, welche die amerikanische Regierung in Worten gebrandmarkt hat, denen die französische Maurerei vollkommen zustimmt, scheinen das Aufkommen eines auf den grossen Grundlagen der Gerechtigkeit und der geistigen Freiheit gegründeten Friedens, zu dessen glühendem Dolmetscher Sie sich stets gemacht haben, noch schwieriger zu gestalten.

Die beiden französischen Maurermächte glauben wie Sie, dass die neue Ordnung, nach der alle Menschen guten Glaubens und guten Willens streben, nur durch eine internationale Konferenz aufgerichtet werden kann, bei der alle interessierten Staaten vertreten sind, und in deren Verlauf alle territorialen, ethnologischen und wirtschaftlichen Probleme, die heute die Nationen trennen, in voller Klarheit studiert werden müssen.

Der Gross-Orient von Frankreich und die Grossloge von Frankreich sind der Meinung, dass im gegenwärtigen Augenblick Sie allein die notwendige Autorität haben, um den Zusammentritt dieser Konferenz herbeizuführen. Daher richten die beiden französischen Maurerbünde im Namen aller ihrer Mitglieder an Sie die dringende und achtungsvolle Aufforderung, unverzüglich die Initiative zur Einberufung dieser Internationalen Versammlung zu ergreifen, bevor in der Welt neue Konflikte ausbrechen, deren unmöglich vorauszusehende Rückwirkung den Untergang unserer Zivilisation herbeiführen könnte.

Paris, 1. Februar 1939

Der Grossmeister des
Gross-Orient von Frankreich
ARTHUR GROUSSIER

Der Grossmeister der
Grossloge von Frankreich
MICHEL DUMESNIL DE GRAMONT

Durch die Unterstützung der europäischen Maurerei gestärkt, setzte Roosevelt seine Tätigkeit fort, vermehrte seine pseudopazifistischen Erklärungen und richtete nach der Besetzung von Böhmen und Mähren durch die deutsche Armee sowie von Albanien durch Italien an Chamberlain eine Drohnote, in welcher hervorgehoben wurde, dass Amerika die Demokratien nicht mehr unterstützen werde, falls sie sich an die Münchener Abkommen hielten. Ebenso spielte er weiter voller Zuversicht die Rolle des Friedensstifters und schlug am 14. April 1939 vor, eine internationale Konferenz einzuberufen, wie es zwei und einen halben Monat zuvor der Gross-Orient und die Grossloge von Frankreich vorgeschlagen hatten.

Die Umstände machten den Zusammentritt dieser Konferenz unmöglich, als aber der Gross-Orient von der Botschaft des B.*. Roosevelt Kenntnis bekam, richtete er folgendes Kabeltelegramm an ihn:

«An seine Exzellenz Mr. Franklin Roosevelt, Präsident der Republik der Vereinigten Staaten von Amerika.

«Am Tage nach der durch einen Ihrer Gesprächspartner erfolgten unnützen Widerlegung Ihrer am 15. April erlassenen bewundernswerten Botschaft, legt der Gross-Orient von Frankreich Wert darauf, Ihnen den Ausdruck seiner tiefen Dankbarkeit für das so edle humane Werk zu wiederholen, dem Sie sich mit soviel Mut und Kühnheit gewidmet haben.»

Roosevelt beeilte sich, diesen Dank zu rechtfertigen. Als die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Danzigfrage begannen, unterrichtete er die Botschafter Englands, Frankreichs und Polens, dass die Vereinigten Staaten Polen eine unbegrenzte Hilfe für den Fall leisten würden, dass der Krieg nicht vermieden werden könne: *«Auf jeden Fall»* –, fügte er hinzu – *«dürfen die Demokratien nicht kapitulieren.»* Das hiess, die Gegner des Reichs zum Radikalismus zu treiben.

Zugleich beschleunigte er die Dinge in Frankreich.

Am 15. April 1939 bat Bullitt, der Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris, die Grossmeister der französischen Maurerobedienzen brieflich zu sich, um ihnen eine vertrauliche Botschaft des Präsidenten Roosevelt zu eröffnen. Einige Tage später, am 2. Mai 1939, wurde der Präsident des Ordensrates des Gross-Orient von Frankreich von Bullitt persönlich empfangen; dieser soll ihm einige Wochen später bestätigt haben, *«dass ein Kompromiss zwischen den Demokratien und Hitlerdeutschland die Um-*

kehrung dessen bedeuten würde, was die Amerikaner gewohnheitsmässig als geheiligt betrachteten».

Wie sollten nach solchen Versprechungen und solcher Hetze England und Frankreich sich noch versöhnlich zeigen? Wie hätten sie ihrem polnischen Verbündeten noch zur Mässigung raten können? Mussten sie nicht, dank der Hilfe der grossgn amerikanischen Republik, an ihre Überlegenheit glauben? Anstatt nach einer gütlichen Regelung der Danzigfrage zu suchen, trieben sie daher Polen mit allen Kräften dazu, nichts von seinen Ansprüchen nachzulassen und alle Vorschläge zu einem friedlichen Ausgleich zu verwerfen, namentlich jenen Mussolinis auf Einberufung einer Konferenz, in der Polen vertreten sein sollte, und der Hitler bereits zugestimmt hatte.

Die Folgen sind bekannt . . .

Die Freimaurer schalteten sich in den Krieg ein, wie sie sich zwanzig Jahre vorher in den Frieden eingeschaltet hatten.

Die anderen fuhren fort, sich in den Logen zu versammeln, um dort den Frieden vorzubereiten, den sie als eine Vergeltung der Weltfreimaurerei ansahen.

In einer Schau auf die Nachkriegszeit deutete die bereits zitierte Broschüre «Der Gross-Orient von Frankreich und der Frieden» an:

> *«Die neue Gesellschaft der Völker kann nur eine Überschrift haben: Tochter des Freimaurergeistes.»*

Dazwischen gab der Aufenthalt der englischen Armee in Frankreich Anlass zu zahlreichen Empfängen britischer Maurer durch die französischen Logen. Im November 1939 hatte der Ordensrat des Gross-Orient von Frankreich an alle seine Werkstätten ein Rundschreiben geschickt, in dem hauptsächlich gesagt war:

> *«Ist es nötig, sie alle Ihrer brüderlichen Aufnahme zu empfehlen? Für die Mitglieder des Gross-Orient von Frankreich sind die britischen Maurer, die aus der gemeinsamen Tradition des Maurerordens hervorgegangen sind, Brüder. Unter dieser Bezeichnung werden sie in unseren Werkstätten alles erhalten, was ihren Aufenthalt erleichtern oder verbessern kann, hauptsächlich die ungeteilte Unterstützung unserer umsichtigen Brüderschaft.»*

Einige Monate später bereiteten sich andere Freimaurer, mitunter auch dieselben, auf den Empfang der deutschen Brüder vor, die auf den Wagen der Wehrmacht gekommen waren. Der Gross-Orient hatte diesmal kein Rundschreiben versandt, und es

handelte sich auch nicht darum, ihnen beim Aufenthalt zu helfen oder ihn zu verbessern.

Trotzdem gelang es diesen Brüdern, die sich ihrer einstigen Tätigkeit zugunsten einer deutsch-französischen Annäherung erinnerten und sich bemühten, ihre jüngste Kriegshetze vergessen zu machen, oft genug, wichtige Posten in den zahlreichen Organisationen zu ergattern, die damals in Paris im Überfluss vorhanden waren.

Nachdem sie den Krieg herbeigeführt hatte, spielte nun die Freimaurerei in der Ungewissheit über den Sieg, an zwei Spieltischen.

Jacques Béarn.

Anmerkung: Andererseits darf nicht die Rolle verschwiegen werden, die die Freimaurerei bei der! Einführung Sowjetrusslands in die europäische Gesellschaft spielte. Da die UdSSR vom Westen geächtet worden war, konnte sie dem Konzert der zivilisierten Nationen nur durch Mithilfe der Logen, ihrer Jünger und Freunde beitreten.

Schon 1922 wiederholte das offizielle Organ des Gross-Orient (Oktober 1922 S. 286) die von den BB.* .erhobene Forderung nach Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Russland.

Am 7. Februar 1924 kündigte der Hochgradfreimaurer Jammy Schmidt, Abgeordneter und künftiger Minister im Kabinett Herriot, der später den Vorsitz der parlamentarischen Maurergruppe führte, die Annäherung an die Sowjets an und warf dem nationalen Block mit Schärfe vor, ihre Regierung nicht anerkannt zu haben (Wochenbulletin, 17. Februar 1924, Rede des B.*. Jammy Schmidt in der Loge ,,L'Action Socialiste»-).

Im März des gleichen Jahres wurde unter der Schirmherrschaft des Sehr Erhabenen B.*. Ariès, 33. Grad. Generalsekretär des Gross-Orient von Frankreich, das «Komitee für neue französisch-russische Freundschaft» gegründet, bei dem der genannte Arièsl mit Hilfe von Anatole de Monzie das Generalsekretariat übernahm.

Am 17. Juni versicherte der Ehrenpräsident dieses maurerischen und prosowjetischen Komitees, Edouard Herriot, der übliche Logenredner, der inzwischen Regierungschef geworden war, in seiner Erklärung als Minister: «Wir bereiten von nun an die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Russland vor.»

Etwas später, im August 1924, ernannte ein Dekret Anatole de Monzie (den Vizepräsidenten des Komitees) zum Vorsitzenden der internationalen Kommission für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Russland.

Die Anerkennung der Sowjets traf bald ein, und Edouard Herriot nahm die grundsätzliche Zulassung der Sowjetregierung zum Völkerbund an. Im November liess sich der Genosse Krassin als Botschafter der UdSSR bei der französischen Republik in Paris nieder.

Trotzdem der Logenfreund Herriot schon 1924 die Zulassung der UdSSR zum Völkerbund angenommen hatte, dauerte es zehn Jahre, bis die Gegnerschaft der Mitgliedstaaten überwunden war. Es war B.*. Eduard Benesch, der Präsident der Genfer Institution, der die Zulassung Sowjetrusslands entscheiden sowie ihm einen ständigen Sitz im Völkerbund zuteilen liess und schliesslich den sowjetischen Beauftragten Litwinow in der internationalen Versammlung empfing.

Und es waren auch die Maurer der französischen Deputiertenkammer – Bourbon Aubaud und Jammy Schmidt, die Leiter der Maurergruppe im Palais Bourbon, an der Spitze – die im Februar 1936' ür den berühmten französisch-sowjetischen Pakt stimmten, von dem Pierre Taittinger, einer der damaligen nationalen Führer sagen konnte, er käme ihm «wie eine Drohung an Deutschland» vor, die letzterem die Gelegenheit verschaffe, die letzten Blätter des Versailler Vertrages zu zerreissen. (Journal Officiel, 19. Februar 1936, S. 457.)

DIE AFFÄRE HERSCHEL FEIBEL GRYNSZPAN ODER DIE ENTSCHEIDENDE WENDUNG ZUM KRIEGE

Wir möchten erleben, dass die Geschichtsschreibung in jener hellen Region schwebt, in der weder Leidenschaften noch Groll noch Rachegelüste vorhanden sind. Wir verlangen von ihr den Reiz der vollkommenen Unparteilichkeit, aus dem die Reinheit der Geschichte besteht.

Fustel de Coulanges,
Geschichtliche Fragen

I

Das Attentat am 7. November 1938

Es ist Freitag, der 7. November 1938, kurz nach neun Uhr. Der Tag ist grau und kalt, das Licht trübe und matt. Ein ganz junger Mann von kleiner Gestalt, arm aber reinlich gekleidet, geht langsam durch die Rue de Lille. Sein Gesicht ist gespannt, aufgeregt. Er geht an der deutschen Botschaft vorüber, zögert einen Augenblick, wirft einen flüchtigen Blick nach der Tür, dann setzt er seinen Weg fort. Die beiden Beamten, die auf dem Bürgersteig die Wache halten, sehen gleichgültig, wie er sich entfernt. Da besinnt sich der junge Mann plötzlich, kehrt um und läutet an der Tür der Botschaft. Man öffnet. Er tritt ein. Es ist weder Überwachungsdienst noch Kontrolle vorhanden.

Dem Pförtner, der ihn nach seinem Begehren fragt, antwortet er in ausgezeichnetem Deutsch, aber mit fremdländischem Tonfall, dass er beim deutschen Botschafter vorsprechen will. Ein wenig überrascht erwidert ihm der Hausmeister, dass der Botschafter nur nach schriftlichem und genehmigtem Ansuchen empfängt. Der junge Mann drängt: kann er nicht wenigstens eine Unterredung mit dem Sekretär des Botschafters haben? Mit leiser Stimme setzt er hinzu, er habe dem Botschafter sehr wichtige Dokumente zu übergeben, die bestimmt von höchstem Interesse für die deutsche Regierung seien.

Der Pförtner ist ratlos. Er betrachtet den Besucher aufmerksam. Zweifellos sieht er, dass dieser ärmlich, mit einem grauen abgetragenen Gabardinemantel bekleidet und ohne Hut ist. Aber seine grosse Jugend sowie sein offenes und treuherziges Gesicht flössen ihm Vertrauen ein. Er ruft die Dienststelle des

Sekretariats an. Die Antwort erfolgt sofort: der Besucher soll in die erste Etage geführt werden. Ein Amtsbote geleitet ihn bis zum Zimmer des dritten Botschaftssekretärs, Ernst vom Rath, eines jungen dreissigjährigen Diplomaten, und Neffen des einstigen Botschafters des Reichs in Paris, Koerst.

Herr vom Rath heisst den Besucher, sich zu seiner Linken niederzulassen, dann verabschiedet ein Zeichen den Amtsboten, der sich zurückzieht und die Tür schliesst. Kaum hat er aber einige Schritte gemacht, als er fünf Schüsse hintereinander fallen hört. Er stürzt zurück, öffnet die Zimmertür und tritt ein. Der morgendliche Besucher steht und hält einen Revolver in der Hand. Botschaftsrat vom Rath liegt am Boden und verliert übermässig Blut. Von den fünf Kugeln, die der Mörder abgeschossen hat, haben ihn drei getroffen, eine von ihnen hat die Milz durchbohrt. Das gesamte Botschaftspersonal eilt herbei und ergreift, den Verbrecher, der sich widerstandslos festnehmen lässt. Man nimmt ihm seinen Revolver vom Kaliber 6,35 ab, eine ganz neue Waffe, die zum ersten Male gebraucht wurde.

Die französische Polizei wird von dem Drama benachrichtigt, während man nach der ersten Hilfeleistung den deutschen Diplomaten eiligst nach einer benachbarten Klinik transportiert, wo als Dringendstes eine Blutübertragung stattfindet. Trotz der chirurgischen Eingriffe der besten französischen und deutschen Spezialisten, welch letztere in grösster Eile aus Deutschland herbeieilen, sollte vom Rath drei Tage später, am 10. November, seinen Verletzungen erliegen.

Ein einfacher Vorfall?

Diese beiden Nachrichten, das Attentat am 7. November und der Tod des deutschen Diplomaten am 10. November werden in der französischen und angelsächsischen Presse nahezu ohne Kommentare veröffentlicht. Nur einige Zeilen in kleinen Buchstaben, als ob es sich um ein ganz alltägliches und bedeutungsloses Vorkommnis handele. Artikel über den Vorfall sind selten. Nicht die leiseste Erwähnung über Beweggründe, etwaige Hintermänner, noch der Folgen dieses Attentates. Einige Wochen lang findet man dann und wann in der Rubrik Gerichtsnachrichten und in immer kleiner werdenden Buchstaben einige Nachrichten über den Verlauf der von der französischen Justiz eingeleiteten Untersuchung. Dann herrscht völliges Stillschweigen.

Man spricht nun nicht mehr von dem Mord am 7. November 1938, obwohl er – wie wir noch sehen werden – eine Reihe schrecklicher Kettenreaktionen zur Folge hatte. Eines der bedeutungsvollsten und folgenschwersten Ereignisse der Vorkriegszeit ging fast unbemerkt vorüber. Niemand dachte daran, einen geschichtlichen Vergleich zwischen den beiden Daten zu ziehen: dem 28. Juni 1914 mit dem Attentat von Sarajewo und dem 7. November 1938, an dem Botschaftsrat vom Rath in Paris ermordet wurde.

Die gerichtliche Untersuchung

Wenige Augenblicke nach dem Attentat wird an Ort und Stelle eine erste Untersuchung durch die leitenden Beamten der deutschen Botschaft in Gegenwart französischer Polizeibeamter vorgenommen, die auf Ansuchen des Botschafters erschienen sind.

Der Mörder nannte sofort seine richtigen Personalien: *Herschel Feibel Grynszpan,* geboren am 26. März 1921 in Hannover, Deutschland, Konfession Israelit, Nationalität polnisch. In der Tasche seines Rockes fand man übrigens einen vom polnischen Generalkonsul in Paris ausgestellten Pass.

Nach den Beweggründen seines Verbrechens befragt, antwortete der junge polnische Jude ohne Zögern, dass er mit den Schüssen auf vom Rath, den er gar nicht kannte, *«seine Glaubensgenossen und besonders die aus Deutschland ausgewiesenen polnischen Juden hätte rächen wollen».* Dann sagte er weiter, dass er von seinem Onkel, Abraham Grynszpan, der in der Rue des Petites-Ecuries No. 6 wohne, beherbergt worden sei.

Nachdem der Mörder der französischen Justiz übergeben worden war, wurde er am Nachmittag einer strengen Vernehmung unterzogen; gleichzeitig fanden Ermittlungen über die Wahrheit seiner Erklärungen statt.

Im Verlauf der Untersuchung hörte man eine gewisse Zahl sonderbarer Dinge. Der als Flüchtling in Frankreich lebende Vater Grynszpans war im August 1938 unter die Ausweisung gefallen. Der Sohn, Herschel selbst, hatte am 8. Februar 1938 einen Ausweisungsbefehl erhalten, der übrigens wirkungslos war, weil er bis zum 15. August 1938 bei seinem Onkel und seiner Tante, den Eheleuten Grynszpan in Frankreich geblieben war, zuerst in ihrer Wohnung, Rue Montal No. 8, dann Rue des Petites-Ecuries No. 6.

Ein Waffenhändler, Carpe, meldete sich freiwillig bei Gericht und sagte aus, dass der junge Grynszpan die Waffe für das Verbrechen am Morgen dieses 7. November kurz nach neun Uhr bei ihm gekauft hatte.

Auf Befragen durch den Untersuchungsrichter erklärten die Eheleute Grynszpan, dass sie *«am 6. November* (also dem Tage vor dem Attentat), *eine bewegte Auseinandersetzung mit ihrem Neffen hatten. Dieser hatte drei Tage vorher eine Karte von seinen Eltern mit der Anzeige ihrer Ausweisung aus Deutschland erhalten. Er war sehr nervös geworden und sagte, er wolle in die Fremdenlegion eintreten. Einen Augenblick sprach er auch von Selbstmord. Kurz, wir konnten ihn nicht hindern, fortzugehen. Dieses Mal konnten wir ihn nicht zurückhalten. Wir haben ihm 200 Francs ausgehändigt, er ging fort und warf die Tür hinter sich zu...»* (Vernehmung am 17. November.)

Demnach hätte der junge Herschel also mit 200 Francs – dem einzigen Geld, das er anscheinend besass – ein Hotelzimmer bezahlt, in dem er die Nacht vom 6. zum 7. November verbrachte, sowie seine Mahlzeiten und den 6,35-Revolver? Ein Revolver dieses Kalibers kostete zu jener Zeit immerhin 125 bis 250 Francs je nach Marke; ein belgischer Browning 225 bis 250 Francs; eine französische automatische Pistole 175 bis 185 Francs; eine ganz gewöhnliche Pistole 100 bis 125 Francs. Rein rechnerisch wäre es von Vornherein also nicht unmöglich, dass Grynszpan sein Attentat allein mit jenen 200 Francs hätte vorbereiten können, die ihm am 6. November von seinem Onkel Abraham Grynszpan gegeben wurden. Kurz, dies alles ist schon richtig.

Die Untersuchung des Untersuchungsrichters lässt aber ebenso die Feststellung zu, dass der junge Grynszpan an einem Tage, der nicht genau festgestellt werden konnte, da der Mörder hierüber die Aussage verweigerte, zum deutschen Generalkonsulat gegangen war. Ebenso weigerte er sich auch, Aufklärung über die Person eines Genossen, namens Nathan, zu geben, mit dem er an einigen vor dem Attentat liegenden Tagen häufige Besprechungen hatte. Er wollte auch nicht aussagen, wo und bei wem er zwischen dem 15. August 1938, dem Datum seines Auszuges aus der Rue des Petites-Ecuries No. 6 und dem 7. November, dem Tage der Ermordung des Botschaftsrats vom Rath gewohnt hatte. Eine Spur seines vorübergehenden Aufenthaltes ist erst am Vorabend des Verbrechens, dem 6. November, in einem Hotel zu finden. So viele Fragen blieben ohne Antwort.

Der Fall der Eheleute Grynszpan

Die Eheleute Abraham Grynszpan – deren Rolle in dieser Affäre dem Untersuchungsrichter verdächtig vorkam – wurden wegen Beihilfe zum Mord festgenommen und im November 1938 eingesperrt. Daneben wurden sie vor Gericht gestellt, weil sie ihren Neffen in regelwidriger Lage geschützt hatten, und zu vier Monaten Gefängnis und 100 Fr. Geldstrafe verurteilt. Dies ist die komische Seite eines typischen Verwaltungsstreiches in dieser tragischen Angelegenheit. Dagegen schien die Beschuldigung eines Verbrechens – der Beihilfe zum Mord – so wenig erwiesen, dass die Eheleute Grynszpan am 25. Dezember 1938 wieder freigelassen wurden.

Die Untersuchung zog sich noch einige Monate hin, dann hörte man in der Presse der damaligen Zeit von ihr nichts mehr.

Die drei Hypothesen

Der Hintergrund des Problems bleibt also heute noch völlig offen. Hat Herschel Grynszpan allein, ohne Komplizen, gehandelt, ausschliesslich von dem – erklärlichen, wenn auch menschlich nicht entschuldbaren – Willen getrieben, seine in Hitlerdeutschland unterdrückten Glaubensgenossen zu rächen? Es muss zugegeben werden, dass der Mörder bei dieser These ohne Abänderungen und ohne zu schwanken vor dem Untersuchungsrichter verblieb.

Schon am 8. November erklärt er bestimmt, dass er *«allein und ohne Helfer gehandelt hat. Die Gestapo möchte die Gerechtigkeit verfälschen»* (sic). Dabei bleibt er und weigert sich, auszusagen, womit er seine Zeit zwischen dem 15. August und dem 7. November verbracht, wer ihn unterstützt und welche Verbindungen er hatte. Eine Hypothese, die an sich nichts Unwahrscheinliches enthält. Wissen wir aber nicht aus der Rechtsgeschichte des Verbrechens, insbesondere des politischen Verbrechens, dass abgesehen vom Falle des Wahnsinns – der aber bei Grynszpan ausgeschlossen ist – das politische Attentat selten, höchst selten, die Tat eines Einzelnen ist? Hat man nicht erst vor Kurzem nachgewiesen, dass der Mörder Heinrichs IV. (1610), Ravaillac, nicht nur ein Fanatiker, sondern auch das Werkzeug ganz bestimmter politischer Kräfte war?

Bleiben zwei andere Hypothesen.

Konnte das Attentat des Grynszpan gegen den Botschaftsrat vom Rath durch die Gestapo angezettelt worden sein, um neue Gesetzesmassnahmen und Repressalien gegen die Juden in Hitlerdeutschland zu rechtfertigen? Aus den Vernehmungen Herschels ist, abgesehen von dem bereits zitierten Satz, dass die Gestapo die Gerechtigkeit zu verfälschen suche, kein Anhaltspunkt zu finden, aus dem geschlossen werden könnte, dass der Mörder ein bewusster oder unbewusster Helfershelfer der Hitlerpolitik gewesen wäre.

Immerhin bleibt festzustellen, dass in einer bestimmten Zahl von französischen oder ausländischen Veröffentlichungen behauptet wurde, die Familie vom Rath sei gegen das Hitlerregime gewesen, und der Vater wie die Verwandten des jungen Diplomaten wären in ein Konzentrationslager gebracht worden. Von da bis zu einem von der Gestapo betriebenen Verbrechen wäre nur ein Schritt. Aber der Vater und die Familie Ernst vom Rath – die auf die Nachricht vom Attentat sofort zum Sterbebett geeilt waren – dementierten diese Gerüchte energisch.

Oder sollte umgekehrt – dies ist die dritte Hypothese – Grynszpan das wissende oder blinde Werkzeug von hitlerfeindlichen Organisationen oder gar Geheimdiensten gewesen sein? Der Mörder des deutschen Diplomaten tritt in einer ausserordentlich wichtigen Periode der Vorkriegszeit auf, genau wenige Wochen nach dem so umstrittenen Münchener Abkommen und kurz vor der Reise Ribbentrops nach Paris, wo der Aussenminister des Reichs mit Frankreich ein Abkommen schliessen soll, das die Tragweite der Münchener Abkommen präzisiert und erweitert. Es war dies der berühmte Plan eines neuen Viererpaktes: Frankreich, Grossbritannien, Deutschland und Italien, gegen den sich Winston Churchill und seine Freunde wie auch der Präsident Roosevelt mit grösster Heftigkeit gewendet hatten. Eine Hitlerzeitung, «Der Angriff», richtete geradewegs Anschuldigungen gegen Churchill und Duff Cooper und unterstellte ihnen in kaum verschleierten Worten das Attentat vom 7. November 1938. Der Artikel erregte Aufsehen und rief eine starke Reaktion in England hervor, so dass Goebbels schliesslich von ihm abrücken musste.

Ist es immerhin nicht ein beunruhigendes Zusammentreffen, dass der Mord an vom Rath in einem überhitzten internationalen Klima stattfand? Muss unter diesen Umständen das lateinische Sprichwort «is fecit cui prodest» – der Täter ist, wem es nützt – angeführt werden? Aber auch hier ist es nach dem Stande unserer Kenntnisse– da so viele Dokumente fehlen oder unbeibring-

lich sind – nicht möglich, eine Folgerung in dieser oder jener Richtung zu ziehen.

Die Akten in Sachen Grynszpan sind verschwunden. Die Hauptpersonen des Dramas ebenfalls. Der junge Grynszpan, dessen Untersuchung bei Kriegsbeginn noch nicht beendet war, wurde während der Besetzung ausgeliefert. Wie so viele seiner Landsleute und Glaubensgenossen sollte auch er in diesem Sturm untergehen.

Für den Augenblick kann die unparteiische Geschichtsschreibung nur das Fehlen jeglicher Dokumente, die für die Hintergründe des Attentates vom 7. November 1938 Beweiskraft hätten, verzeichnen.

II

Ursachen und Folgen des Mordes vom 7. November 1938

Ob der Mord vom 7. November 1938 nun die Tat eines einzelnen oder Fanatikers, eines alleinstehenden, von seinem Ideal trunkenen Rächers war, oder ob dunkle Mächte und geheime – politische oder polizeiliche – Organisationen ihn beraten und seine Hand bewaffnet und geleitet hatten, diese Frage, so wichtig sie auch sein mag, ändert nichts an den Ursachen und Folgen dieser Tat. Sie ist der logische und tragische Ausfluss des seit fünf Jahren im Gange gewesenen Kampfes auf Leben und Tod zwischen der jüdischen Weltmacht und Hitlerdeutschland.

Sie muss nun unter den geheimen, noch ungenügend geklärten Ursachen des letzten grossen Krieges ihren Platz finden. Sie kennzeichnet zugleich auch den Schlusspunkt der Versuche zu einem, wie man heute sagt, friedlichen Nebeneinanderleben zwischen den Demokratien des Westens und den totalitären Staaten. Sie war auch das Totengeläut für die sogenannte Münchener Politik. Sie ist das Anzeichen für die grosse Wendung zum Abgleiten in den Abgrund.

Wie die Schüsse Prinzips in Sarajewo am 28. Juni 1914, so ertönen auch die Revolverschüsse Grynszpans am 7. November 1938 wie die drei Schicksalsschläge des Verhängnisses, die das Heben des Vorhangs zum blutigsten aller Dramen ankündigen, das bis auf den heutigen Tag die Menschheit heimgesucht hat.

Der Kampf auf Leben und Tod zwischen der jüdischen Weltmacht und der Macht Hitlers

Um die Verkettung und den Ablauf der Ereignisse richtig zu erfassen, die zu dem Mord vom 7. November 1938 und hierdurch noch kein Jahr später im September 1939 zum Konflikt zwischen den westlichen Demokratien und Hitlerdeutschland führen sollten, ist es ratsam, noch einmal rückwärts zu schauen und den

Kampf in seinen Wechselfällen zu verfolgen, der schon 1933 zwischen Hitlerdeutschland und dem Weltjudentum begonnen hatte.

Bei seinem Auftreten auf der politischen Bühne Deutschlands im Jahre 1920 hatte der Nationalsozialismus sic[1] eine deutlich rassistische und demzufolge antijüdische Einstellung zu eigen gemacht. Hitler hat in seinem Buch, «Mein Kampf», berichtet, wie er «ein *fanatischer Antisemit*» wurde. In seinem ganzen Werk, das erst nach dem fehlgeschlagenen Putsch von München im Jahre 1923 geschrieben wurde, greift er in ausserordentlich heftigen Ausdrücken «die Missetaten und Verbrechen der Juden» an. ([1]) Hauptsächlich in Kapitel XI dieses Buches setzt der Gründer des Nazismus seine rassischen und antijüdischen Vorstellungen auseinander.

> *«Der Jude»* – so schreibt er – *«benützt erst das Bürgertum als Sturmbock gegen die feudale Welt, nun den Arbeiter gegen die bürgerliche. Wusste er sich einst im Schatten des Bürgertums die bürgerlichen Rechte zu erschleichen, so hofft er nun, über den Kampf der Arbeiter ums Dasein, den Weg zur eigenen Herrschaft zu finden» ([2])*

Für Hitler sind die Juden die Verantwortlichen für alles Böse, das Deutschland nach seiner Niederlage 1918 zu erleiden hatte.

So sind es auch die Juden – immer nach seiner Meinung –, die bewusst den Untergang des Kaiserreiches herbeigeführt haben, indem sie die Sozialdemokratie zur Untergrabung der

> Moral der Heimat benutzten. *«Wenn wir all die Ursachen des deutschen Zusammenbruches (1918) vor unserem Auge vorüberziehen lassen, dann bleibt als letzte und ausschlaggebende das Nichterkennen des Rasseproblems und besonders der jüdischen Gefahr übrig»*

Es sind die Juden, die das edle deutsche Blut «schänden», und in einem Anfall von Romantik entrüstet sich Hitler über das Unglück, das über die zarten und jungen deutschen Mädchen kommt, die von Juden verführt werden: *«Der schwarzhaarige junge Jude lauert stundenlang, satanische Freude in seinem Gesicht, auf das ahnungslose Mädchen, das er mit seinem Blute schändet und damit seinem (des Mädchens), Volke raubt. (S. 293)*

Die Schändung der deutschen Rasse durch jüdisches Blut ist Hitlers Alpdruck: *«Man halte sich die Verwüstungen vor Augen,*

---

1) Anm. des Verfassers: Es ist ein für allemal selbstverständlich, dass hier keine Rede davon sein kann, weder den Antisemitismus herauszustreichen noch ein Verbrechen irgendwelcher Art zu billigen.

2) Seite 287 der französischen Übersetzung.

welche die jüdische Bastardierung jeden Tag an unserem Volke anrichtet und bedenke, dass diese Blutvergiftung nur nach Jahrhunderten oder überhaupt nicht mehr aus unserem Volkskörper entfernt werden kann . . .» (S. 514) *«Der Jude zerstört die rassischen Grundlagen unseres Daseins und vernichtet dadurch unser Volk für immer.»* (S. 517)

Nicht nur das deutsche Volk – fährt Hitler fort – sondern alle Nationen, besonders die arischen, die ganze Zivilisation christlicher Herkunft, werden durch den Juden und seinen Hunger nach Weltbeherrschung gefährdet.

«Die Juden sind das Ferment der Dekomposition von Völkern und Rassen, und im weiteren Sinne lösen sie die menschliche Kultur auf . . .» (S. 407) *«Schon glauben die grössten Köpfe der Judenheit die Erfüllung ihres testamentarischen Wahlspruches des grossen Völkerfrasses herannahen zu sehen» (S. 587)*

Und in einer apokalyptischen Vision kündigt der Autor von «Mein Kampf» den Kampf auf Leben und Tod zwischen den beiden Prinzipien und das Ende der Menschheit mit dem Siege der Juden an: *«Sicher aber geht diese Welt einer grossen Umwälzung entgegen. Und es kann nur die eine Frage sein, ob sie zum Heil der arischen Menschheit oder zum Nutzen des ewigen Juden ausschlägt . . .» (S.388) «Siegt der Jude mit Hilfe seines marxistischen Glaubensbekenntnisses über die Völker dieser Erde, dann wird seine Krone der Totentanz der Menschheit sein, dann wird dieser Planet wieder wie einst vor Jahrmillionen menschenleer durch den Äther ziehen.» (S. 60)*

Der Antisemitismus in den Statuten der Hitlerpartei

Diesen Forderungen oder Grundsätzen musste notwendigerweise auch die praktische Anwendung folgen. Hitler hatte übrigens nicht die Niederschrift von «Mein Kampf» abgewartet, um die Grundlagen einer anti jüdischen Gesetzgebung vorzuzeichnen. Die ersten Statuten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die er am 25. Februar 1920 im Hofbräuhaus zu München verkündete, sind völlig klar:

Art. 4 – «Deutscher Volksgenosse ist, wer deutschen Blutes ist ohne Unterschied der Konfession. Kein Jude kann Volksgenosse sein.

Art. 5 – «Wer nicht deutscher Staatsbürger ist, kann in Deutschland nur als Gast leben und unterliegt einer Gesetzgebung für Ausländer.»

Einige Jahre später wird in der Gottfried Feder zuzuschreibenden neuen Fassung der antijüdische Charakter des deutschen Rassismus genau gesagt:

I – 3 – «Juden und allen Fremden ist der Zugang zu allen öffentlichen Ämtern, die eine grosse Verantwortung erfordern, nicht gestattet.

I – 4 – «Die Einwanderung aller Ostjuden und anderer ausländischer Parasiten ist nicht gestattet. Ausländer und unerwünschte Juden können ausgewiesen werden.

Der Nationalsozialismus ist mit dem Antisemitismus darin einig, im jüdisch-materialistischen Geist die Summe alles Bösen zu sehen.»

Von da an war kein Zweifel mehr möglich, dass Hitler und der Nationalsozialismus, wenn sie jemals legal oder illegal in Deutschland zur Macht gelangen würden, ganz offenbar auch den Versuch machen würden, den jüdischen Einfluss auf das wirtschaftliche, soziale und politische Leben des deutschen Volkes auszuschalten.

Die jüdische Apathie vor Hitlers Drohung

Es erscheint merkwürdig, dass die Juden in Deutschland und der ganzen Welt in den ersten Jahren des Nationalsozialismus die Gefahr unterschätzten, die ihnen durch eine anti jüdische, auf rassistische Auffassung von Geschichte und Zivilisation gestützte Bewegung entstehen konnte. In Wirklichkeit nahmen die Juden den «kleinen Anstreicher» lange Zeit nicht ernst. Der Fehlschlag des Münchener Putsches im November 1923 und die anschliessende Auflösung der Nazipartei schienen ihnen recht zu geben.

Aber auch das Wiederaufleben der nationalsozialistischen Bewegung zwei Jahre später, im Jahre 1925, und ihre ersten Wahlerfolge weckten die jüdische Welt nicht aus ihrem Schlafe und ihrer heiteren Ruhe. Bei jedem neuen Wahlsiege des Nazismus lautete ihre Parole: «Strohfeuer!»

Das beste Beispiel für diese Verblendung gibt in Frankreich Léon Blum, der von 1928 bis 1933 hartnäckig Hitlers Vorwärtsdrängen in Deutschland verneint und den unmittelbar bevorstehenden Untergang des Nazismus voraussieht. Seine Voraussagen werden im «Populaire» Vom 8. November 1932, zwei Monate vor Hitlers Machtübernahme, mit der prächtigen Prophezeiung gekrönt: «Hitler ist nun von der Macht ausgeschlossen;

ich wage zu sagen, dass ihm sogar die Hoffnung auf die Macht versagt bleibt.»

Der jüdische Einfluss in Deutschland

Ist ein solches Vertrauen – das uns beim Rückblick heute überrascht – nach allem so überraschend? Im Grunde hatten die Juden in Deutschland und die meisten ihrer einflussreichen Glaubensgenossen im Ausland nicht an das tiefgehende Eindringen des Antisemitismus Hitlers in den Geist des deutschen Volkes geglaubt. Seit nahezu zwei Jahrhunderten waren Deutschland und Österreich die Wahlländer der Juden in Mitteleuropa. Dort lebten sie friedlich und glücklich unter dem wohlwollenden Schutz der grossen und kleinen Höfe, denen sie vielerlei finanzielle und andere Dienste leisteten. Das Reich der Hohenzollern wie das der Habsburger pflegten Freundschaft mit den Juden, besonders den reichen israelitischen Bankiers. War nicht der Jude Albert Ballin, der Präsident der mächtigen «Hamburg-Amerika-Linie», einer der intimsten Berater Wilhelms II., auf den am meisten gehört wurde?

Nach der Niederlage 1918 wurde der schon im Kaiserreich beachtliche jüdische Einfluss noch grösser. Ein Jude, Walher Rathenau, wurde sogar für kurze Zeit Herr der Geschicke des II. Reiches durch Vermittlung der Sozialdemokratie, die sie beeinflussten und finanzierten, «würden die Juden in der Weimarer Republik allmächtig. Da sie Politik und Wirtschaft des II. Reiches genau kontrollierten, mochten sie nicht ganz ohne Berechtigung glauben, mit Hitlers «Strohfeuer» leicht fertig werden zu können.

Über die zahlenmässige Bedeutung der Juden in Deutschland vor dem Wahlsiege Hitlers sind die statistischen Angaben ungenau und widersprechend. Man hat sich sogar zu der Behauptung verstiegen, es hätte etwa eine Million Juden in Deutschland gegeben. Eine Zahl, die ganz offenbar übertrieben erscheint. Bezieht man sich auf die von der jüdischen Agentur für Palästina beim Völkerbund aufgestellten Statistik, dann hätte die Gesamtzahl der Einwohner israelitischer Konfession in Deutschland zwischen 1930 und 1935 nicht 365‘000 überstiegen, was also knapp 0,8 Prozent der deutschen Bevölkerung entspricht. In Österreich war das Verhältnis mit 180‘000 Juden, gleich 2,8 Prozent der Einwohner, höher. Die Gesamtzahl ergäbe für das Grossdeutsche Reich also 550‘000 Personen jüdischer Herkunft. Was ungefähr

der von Léon Motzkin, dem Präsidenten des Komitees für die jüdischen Delegationen, in der Revue «Témoignages de Nôtre Temps» vom September 1933 angegebenen Zahl entspricht.

Der politische und wirtschaftliche Einfluss der jüdischen Minderheit in Deutschland steht aber in keinem Verhältnis zu ihrer zahlenmässigen Bedeutung. Dies unterstrich Viktor Basch, der israelitische Präsident der Liga für Menschenrechte in derselben Nummer von «Témoignages de Notre Temps», als er das traurige Los «der *Tausenden von deutschen Juden, Universitätsprofessoren, Richtern, Rechtsanwälten, Medizinern, Künstlern, Beamten aller Rangklassen und der Zehntausenden von Studenten und Schülern* . . bedauerte, das diesen von nun an in Hitlerdeutschland beschieden wäre.

Der im Besitz der jüdischen Minderheit befindliche Anteil am beweglichen und unbeweglichen deutschen Vermögen ist rückschauend heute noch schwerer zu beziffern. Die nationalsozialistischen Führer behaupteten, er habe 30 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland überstiegen. Im Jahre 1938, dem Jahr der Vergeltung, die den deutschen Juden als Sühne für die Ermordung vom Raths auferlegt wurde, erklärte Goebbels, es könne nicht mehr geduldet werden, dass sich in Berlin noch immer 70 Prozent des Immobilienbesitzes in jüdischen Händen befänden. Solche Zahlen beruhen auf keiner ernsthaften Unterlage. Sie sind nur ein einfaches Propagandaargument, um Eindruck auf die Massen zu machen.

Dagegen wurde zur gleichen Zeit eine andere Zahl vorgebracht, die anscheinend sowohl von der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland als auch der Hitlerregierung bestätigt wurde. Obwohl sich das jüdische Vermögen seit dem Regierungsantritt des Nationalsozialismus schon um die Hälfte vermindert hatte, repräsentierte es noch 8 Milliarden Mark- Im Verlauf der Verhandlungen, die Ende 1938 zwischen Mr. Rublee, dem Präsidenten des Komitees für jüdische Emigration und dem Reichsfinanzminister Dr. Schacht in der Schweiz stattfanden, um das Schicksal der jüdischen Minderheit in Deutschland zu regeln, war einen Augenblick die Rede davon, eine internationale Anleihe in Höhe von 500 Millionen Pfund Sterling aufzulegen, um den Juden die Möglichkeit zum Verlassen Hitlerdeutschlands zu geben und dabei den anteilmässigen Gegenwert für ihren Besitz auf deutschem Boden mitzunehmen . .

Die deutsche jüdische Gemeinschaft, die reich und mächtig war und einen ansehnlichen Teil der deutschen Wirtschaft, der

Bankinstitute, der Presse und Propagandamittel, wie Kinos, Radio, Verlagshäuser usw. kontrollierte, und die seit dem XVIII. Jahrhundert in gutem Einvernehmen mit der Bevölkerung germanischer Rasse gelebt hatte, konnte sich täuschen und nicht voraussehen, dass die deutsche Meinung unter dem Einfluss der Hitlerpartei jäh umschlagen würde. Schlimmstenfalls würde Hitler, wenn das Unmögliche einträte, sich doch wohl hüten, sein antijüdisches Programm ungeschmälert anzuwenden.

Die angelsächsische Meinung, die doch so empfindlich für alles war, was die Rechte der Juden in anderen Nationen anzutasten schien, war ganz im Anfang über den jähen Anstieg Hitlers in Deutschland vor 1933 kaum erschreckt, ja nicht einmal beunruhigt. Während dieser Zeit bleibt die ganze sogenannte internationale Presse teilnahmslos und still. Das Weltgewissen schläft. Noch ist nicht die Rede davon, die «braune Schmach» anzuprangem. In den Augen der Angelsachsen ist weder Deutschland noch Hitler ein Störenfried, sondern Frankreich, dieses Frankreich, das hartnäckig, gegen jede Vernunft, sagt man, darauf besteht, die genaue Anwendung des Versailler Vertrages zu fordern.

Hitlers Sieg und die ersten antijüdischen Massnahmen

Aus dem heiteren Himmel der jüdischen und internationalen Meinung fuhr die Machtübernahme Hitlers, der von Generalfeldmarschall v. Hindenburg am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, wie ein Blitzschlag hernieder.

Unter Anwendung der Doktrin der Hitlerpartei erliess die neue Regierung alsbald eine erste Reihe von antijüdischen Massnahmen. Am 3. April führt ein Gesetz die «Arierklausel» für den Beamtenstand ein; am 25. April folgt der «numerus clausus» für das Unterrichtswesen und die Universitäten. Nacheinander schränken neue gesetzliche Verfügungen die politischen und bürgerlichen Rechte der Juden ein; diese werden praktisch vom Beruf des Verteidigers, der Journalistik, von den Banken und Börsen verdrängt. Ihre kommerziellen Rechte werden ebenfalls stark reduziert, hauptsächlich im Einzelhandel. Festnahmen und Eigentumsbeschlagnahmungen finden statt. Schliesslich ereignen sich ausser den gesetzlichen Verfügungen in gewissen Teilen Deutschlands auch Schikanen und Misshandlungen.

Indessen behält Hitlers Gesetzgebung, trotzdem sie die deutschen Juden mit einer wahren «capitis deminutio» (Niedrigerstellung) trifft, die Unterscheidung zwischen deutschen und

fremdländischen Juden bei. Die ersteren werden als Bürger zweiter Klasse betrachtet, eine Art fremdländischer, auf deutschem Boden errichteter und einfach geduldeter Gemeinschaft angesehen; ihre Rechte werden eingeschränkt, aber nicht völlig aufgehoben. Dagegen wird die Lage der ausländischen Juden immer unsicherer; auf ihnen lastet die ständig drohende vorbehaltslose Ausweisung.

Nun beginnt eine Zahl deutscher oder ausländischer Juden zu emigrieren. Es sind dies fast alles bekannte Persönlichkeiten, Reiche, Bankiers, Wissenschafter und Universitätslehrer. Die meisten nehmen den Weg nach New York, London oder Paris, wo ihre Tätigkeit für das Erwachen des «Weltgewissens» entscheidend sein wird.

Jedenfalls ist klar, dass in diesem ersten Abschnitt der Geschichte des Deutschlands Hitlers die antijüdische Gesetzgebung weniger darauf ausgeht, die Juden völlig aus Deutschland zu vertreiben, als sie aus dem öffentlichen Leben auszuschalten und ihren Einfluss auf Politik, Presse, Erziehung, Wissenschaften und Künste auf ein Nichts herabzusetzen. Kurz, das Deutschland Hitlers sucht häufig mit Härte und Gewalt die jüdische Prägung zu verwischen, die das Deutschland der «Revolutionszeit», der Republik von Weimar und des Kaiserreichs so sehr gekennzeichnet hatte.

Die Reaktion des Weltjudentums

Auf die ersten antijüdischen Massnahmen des III. Reiches, die die internationale jüdische Meinung, die sich bisher gegenüber allem was deutsch war so nachsichtig verhalten hatte, überraschten und niederschmetterten, folgt nun eine Reaktion. Eine natürliche Abwehrbewegung entsteht in allen Ländern, in denen die Juden politisch wichtige Stellungen innehaben.

Von März 1933 an werden Protestkundgebungen von den jüdischen oder zionistischen Gruppen in den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und in verschiedenen Ländern Mitteleuropas, in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei organisiert. Von Paris aber ergeht das Signal zur Gegenoffensive gegen Hitler.

Am 3. April droht eine bestimmte Zahl von Organisationen in einem an den Kanzler Hitler gerichteten Telegramm mit wirtschaftlichen Vergeltungsmassnahmen:

«Wir sind entschlossen, alle nur möglichen wirtschaftlichen und finanziellen Vergeltungsmassnahmen zu ergreifen, hauptsächlich den systematischen Boykott der deutschen Produkte solange fortzusetzen, bis sie (die Reichsregierung) den Juden in Deutschland alle Erleichterungen des moralischen Lebens zurückgegeben und sie wieder in die vollständigen Rechte der anderen deutschen Bürger eingesetzt haben wird»

Dieses Telegramm ist von der Liga gegen den Antisemitismus, dem kurz zuvor geschaffenen Verteidigungsausschuss der in Deutschland verfolgten Juden, dem französischen Ausschuss für den jüdischen Weltkongress und der Vereinigung jüdischer freiwilliger Frontkämpfer unterschrieben.

Ein neu herausgebrachtes Organ, «Témoignages de Notre Temps», ([3]) bemüht sich, die französische öffentliche Meinung für das Los der deutschen Juden zu interessieren. Viktor Basch, der Präsident der Liga für Menschenrechte, weist in ihr mit Heftigkeit auf die «Nazibarbarei» hin. Dieser Vertreter der weltlichsten und atheistischsten aller Organisationen ruft sogar die Gerechtigkeit Gottes an.

«Gegen *diese widerliche Verletzung aller menschlichen und göttlichen Gesetze, gegen diesen Rückfall in die Barb er ei, gegen dieses Auf wecken der tierischen Instinkte erhebt die Liga für Menschenrechte ihren leidenschaftlichen Protest und fordert alle Menschen, die die Menschlichkeit nicht verloren haben, auf, sich mit ihr in einer grosser Erhebung des Weltgewissens zusammenzufinden»* (Nr. 2 vom September 1933.)

Dieser erste Appell an das Weltgewissen fand jedoch nicht das Echo und die Ergebnisse, die seine Verfasser erwartet hatten. Die Länder und Regierungen, insbesondere die angelsächsischen, wahrten vorsichtige Zurückhaltung. Das Telegramm vom 3. April an Hitler, das unter Androhung von wirtschaftlichen und finanziellen Vergeltungsmassnahmen die vorbehaltslose Wiederherstellung des status quo für die deutschen Juden forderte, wird in vielen politischen und wirtschaftlichen Kreisen als üble Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands angesehen. Keine Regierung konnte sich ihm anschliessen, ohne offen mit dem Reiche zu brechen.

Unter dem Druck der jüdischen Organisationen und auf ausdrückliche Bitte von Paul-Boncour, dem Vertreter Frankreichs,

---

3) Diese alle zwei Monate erscheinende Revue wurde von Lucien Vogel, dem Direktor der illustrierten Wochenschrift «Vu» geleitet.

nahm jedoch der Völkerbundsrat am 30. Mai 1933 nach vielen Diskussionen und langem Zögern einen platonischen Antrag an, der jede Politik einer rassischen Diskriminierung verurteilt. Weiter ging man nicht, und es war keinen Augenblick davon die Rede, dass der Völkerbund den Plan eines Wirtschaftsboykotts Deutschlands auf seine Verantwortung nehmen solle. Die Enttäuschung aller, die gehofft hatten, ungesäumt das Weltgewissen gegen Hitlerdeutschland mobilmachen zu können, war gross. Überdies war die jüdische Weltmeinung in dieser Frage selbst gespalten und von widerstrebenden Strömungen bewegt.

Die internen Zwistigkeiten der jüdischen Meinung

Hier gab es einerseits die Vertreter einer Politik der Festigkeit und Vergeltung, die eine sofortige, direkte Aktion vertraten, der eine Agitationskampagne gegen Hitler in allen Ländern vorausgehen müsse. Sie kritisierten bitter das Verhalten des Ausschusses jüdischer Delegationen, dem es, wie er sagte, nicht möglich gewesen war, beim Völkerbund eine formelle Verurteilung des Hitlerregimes und Sanktionen zu erreichen. Dieser Ausschuss jüdischer Delegationen war am 25. März 1919 in Paris gegründet worden, um die über die Welt verteilten jüdischen Minderheiten zu vertreten und zu verteidigen.

Eine bestimmte Zahl jüdischer Organisationen – besonders in Frankreich – warf dem Ausschuss Kleinmut und Untätigkeit vor und machte den Vorschlag, ihn durch einen tatkräftigeren und kämpferischeren jüdischen Weltausschuss zu ersetzen. Ein grosser Teil der internationalen jüdischen Meinung scheute jedoch einen unmittelbaren Zusammenstoss mit dem Hitlerreich und fürchtete, den «braunen Riesen» zu vergrämen, da er annahm, die an sich schon so harte Lage der deutschen Judgn würde durch Repressalien auf die Repressalien unerträglich. Um alles noch verwickelter zu gestalten, fasst die Vereinigung nationaler deutscher Juden einen Beschluss, der jeden Versuch einer äusseren Einmischung in die Angelegenheiten des Reiches tadelt:

> *«Entsprechend der von uns schon wiederholt eingenommenen Haltung missbilligen wir deutschen Juden nationaler Richtung entschieden jeden Versuch, durch Vermittlung des Auslandes ginen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben»*

Ob dieser Beschluss nun freiwillig und spontan oder ob er unter Zwang erfolgte, – eine Frage, die noch nicht geklärt ist – er hatte nur den Erfolg, die Meinungsverschiedenheiten und die

Uneinigkeit innerhalb der internationalen jüdischen Organisationen zu vertiefen.Ajnd dies umso mehr, als die unentwegten Zionisten – wie Leon Motzkin, der Vorsitzende des Ausschusses jüdischer Delegationen – angesichts der auf den Juden, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas und Asiens lastenden Drohungen, eine stärkere Neigung zeigen, eine Politik der Rückwanderung nach Palästina, der nationalen Heimat des jüdischen Volkes, dem neuen, als Ausgleich für anderweitige Enttäuschungen versprochenen gelobten Lande, zu fördern.

Glück und Unglück des jüdischen Weltkongresses

So musste der Plan eines jüdischen Weltkongresses als Antwort auf die antijüdische Politik Hitlers eine schmerzensreiche Geburt durchmachen. Am 20. Juli 1933 trat eine internationale jüdische Konferenz in Amsterdam, einer der Hochburgen jüdischer Denkart, zusammen. Von Neuem wurde ein Antrag angenommen, der den Boykott deutscher Erzeugnisse ankündigte und beschlossen, einen jüdischen Weltbund für Wirtschaft zu schaffen.

Im August 1933 neue Konferenz in Prag. Sie wird von zionistischen Gruppen organisiert. Hier herrscht eine gegenteilige Absicht vor, nämlich die Rückkehr in das Land der Väter. Dem widersetzt sich der Ausschuss für den jüdischen Weltkongress, der Versammlungen über Versammlungen abhält, um dem künftigen Kongress und seinem Programm Leben einzuhauchen. Neue, wieder erregte und unfruchtbare Versammlung im September 1933 in Genf. Man entscheidet sich grundsätzlich, den jüdischen Weltkongress im Dezember 1933 zusammentreten zu lassen. Aber die Spaltungen sind so gross, dass wenig Aussicht besteht, den Kongress zum vorgesehenen Datum abhalten zu können. Die Verfechter einer sofortigen energischen Aktion werden unruhig.

> «Der *Gedanke eines jüdischen Weltkongresses*» – schreibt Nahum Goldmann in der «Jüdischen Revue von Genf» im September 1933 – *«ist so einfach, dass die ständigen Einwürfe zu diesem oder jenem Punkt seines Programms, die seine Einberufung hinausziehen, nur einer tiefgehenden Eigentümlichkeit des jüdischen Geistes, die einfachsten Dinge unnötig zu erschweren, zugeschrieben werden können . . .»*

Nahum Goldmann sah die Dinge mit Weitblick. Immer wieder verschoben, konnte der jüdische Weltkongress schliesslich erst drei Jahre später zusammentreten.

Inzwischen blieben die jüdischen Organisationen nicht untätig und errichteten ein Verteidigungs- und Angriffssystem, um

die öffentliche Meinung in den Demokratien des Westens zugunsten der durch Hitler unterdrückten deutschen Juden in Bewegung zu bringen.

Die Konferenzen, Kundgebungen und Aufrufe an das Weltgewissen, die Ultimaten an Hitler kreuzten und überkreuzten sich. Was nicht verhindert, dass die Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze stets die grossen jüdischen Organisationen: amerikanischer jüdischer Ausschuss, israelitische Weltallianz, Vereinigung jüdischer Deputierter, Ausschuss zur Verteidigung der in Deutschland verfolgten Juden, Internationale Liga gegen den Antisemitismus, Ausschuss für den jüdischen Weltkongress usw. . . . bewegen; Einigkeit herrscht bei Weitem nicht. Darüber erneuert die Vereinigung nationaler deutscher Juden ihre Geste oder ihr Manöver von 1933 und richtet am 24. August 1934 ein Telegramm an den Kanzler Hitler, in welchem sie ausdrücklich den Panjudaismus im Namen *«derjenigen Juden verurteilt, die sich als Deutsche fühlen».* So antwortet Hitlerdeutschland auf die Bemühungen der jüdischen Weltmeinung, eine zunächst moralische und später diplomatische und militärische Koalition gegen es zusammenzubringen, damit, dass es die Vereinigung nationaler deutscher Juden zu dem Versuche benutzt, die Widerstandsfront der jüdischen Gemeinschaften zu zersetzen.

In diesem zunächst nur platonischen Duell erzielen die jüdischen Organisationen Ende 1934 einen Erfolg. Im Oktober erreichen sie bei der von Lord Robert Cecil gegründeten Liga der Vereinten Nationen, dass eine offiziöse Volksbefragung in Grossbritannien über die im Falle eines Angriffs der totalitären Staaten einzunehmende Haltung organisiert werden soll. Die Vorboten des italienisch-äthiopischen Konflikts erleichtern dieses Vorhaben bedeutend. Die gestellte Hauptfrage lautet:

> *«Sind Sie der Meinung, dass, falls eine Nation entschlossen sein sollte, eine andere anzugreifen, die übrigen Nationen diese Nation zwingen müssten, von ihrem Vorhaben Ab stand zu nehmen:*
>
> *1. durch wirtschaftliche Sanktionen ausser militärischen,*
>
> *2. im Falle der Notwendigkeit durch militärische Massnahmen?»*

Dies hiess, vor der englischen Meinung durch den Stimmzettel und vor dem Weltgewissen indirekt auf geschickte Weise die furchtbare Frage eines Präventivkrieges aufzuwerfen, die bisher von der angelsächsischen Moralauffassung abgelehnt worden war.

Etwa 5 Millionen Briten von 45 Millionen antworteten nach einer heftigen Kampagne von Versammlungen, Reden und Schrif-

ten auf diese Volksbefragung. Die im April 1935 veröffentlichten Ergebnisse brachten 4‘300‘000 zustimmende Antworten auf die erste Frage nach wirtschaftlichen Sanktionen, das heisst, 94 Prozent der Abstimmenden. Die zweite Frage nach militärischen Sanktionen erhielt eine etwas geringere Stimmenzahl, 3‘700‘000, ungefähr 74 Prozent.

Auf die gewaltigen Volksabstimmungen in Hitlerdeutschland antwortete die jüdische Weltmeinung mit anscheinend ebenso eindrucksvollen Volksbefragungen.

Der Zwischenfall mit der «Bremen» in New York

In den Vereinigten Staaten entwickelte sich die Bewegung zugunsten der deutschen Juden langsamer, obwohl die israelitischen Gemeinschaften in diesem Lande, gerade in New York, der grössten Stadt der Welt mit ihren zwei Millionen Juden, zahlreich und mächtig sind. Aber der für die amerikanische Wahlbilanz sehr gewichtige Mittelwesten ist den Juden wenig gewogen, wenn nicht offen antisemitisch.

Präsident Roosevelt ist von Anfang an für die Sache der deutschen Juden gewonnen. Unter den in seinem Gehirntrust am meisten gehörten Ratgebern ist das jüdische Element durch Frankfurter, Rosenman und Ben Cohen vorherrschend. Der Oberbürgermeister von New York, La Guardia, ist ebenfalls (durch seine Mutter) jüdischer Herkunft; sein Einfluss ist beträchtlich, ebenso seine Tätigkeit, obwohl sie häufig händelsüchtig und unzeitgemäss ist.

Deshalb erlegen sich Roosevelt und seine Freunde anfangs eine gewisse Reserve auf, denn die amerikanische Meinung bleibt zum grossen Teil isolationistisch und pazifistisch sowie äusserst misstrauisch gegen alles, was die europäischen Dinge betrifft, diesem unentwirrbaren politischen und diplomatischen Geflecht, von dem der amerikanische Durchschnittsbürger nicht viel versteht. Letzten Endes ist auch das deutsche Element in den Vereinigten Staaten bedeutend und einflussreich.

Indessen sollten der Gang der Ereignisse in Europa, die beharrliche Tätigkeit des Präsidenten Roosevelt, seiner Frau Eleanor Roosevelt und ihrer vertrauten Berater, wie auch die immer intensiver werdende Propaganda der gegen Hitler gerichteten Organisationen, die von einem Teil der unter der Kontrolle der israelitischen Finanz stehenden grossen amerikanischen Presse unterstützt werden, eine langsame aber stete Entwicklung der

amerikanischen Meinung herbeiführen. Wie in Grossbritannien wird der Umschwung zuerst durch den Krieg in Äthiopien und alsdann durch den Krieg in Spanien beschleunigt und ausgeprägter.

Als die ersten jüdischen Emigranten in New York zu landen beginnen, gerät ein Teil der Meinung merklich in Aufregung. Der erste erwähnenswerte Zwischenfall ereignet sich am 27. Juli 1935 bei der Ankunft des Überseedampfers «Bremen». Auf einen Appell des Oberbürgermeisters La Guardia hin überfallen mehrere hundert Demonstranten das Schiff, bemächtigen sich der Hakenkreuzflagge und werfen sie in den Hudson. Die Angelegenheit wäre an sich ohne grössere Bedeutung, wenn nicht wenige Wochen später, im September, fünf festgenommenen und der amerikanischen Justiz übergebenen Demonstranten die Einstellung des Verfahrens durch den Richter Brodsky unter besonders sarkastischen Erwägungen in Bezug auf Hitlerdeutschland verkündet worden wäre:

> «Es *ist möglich»* – erklärte der Richter –, *«dass die. Angeklagten das Hakenkreuz abrissen, weil sie zu Recht oder Unrecht annahmen, dieses symbolische Emblem symbolisiere alles das, was gegen die amerikanischen Ideale verstösst, die Freiheit und Lebensrecht heissen.*
>
> *Es ist sehr möglich, dass die Angeklagten, immer zu Recht oder Unrecht, diesem Emblem den Wert der Flagge eines Piratenschiffes beigemessen haben.*
>
> *Aber es ist keineswegs erwiesen, dass diese Kundgebung als eine ungesetzliche Zusammenrottung angesehen werden könnte . . .»*

Das Reich protestierte scharf gegen die Ausdrücke dieser Anordnung und die amerikanische Meinung reagierte in unterschiedlichem Sinne. Dies führte dazu, dass Cordell Hull, der Staatssekretär Roosevelts, schliesslich offiziell im Namen der Vereinigten Staaten dem deutschen Botschafter Luther sein Bedauern aussprach.

Von Chautauqua bis Chicago

Zwei Jahre noch verhält sich die amerikanische Regierung abwartend, ohne in den europäischen Angelegenheiten Partei zu ergreifen, sobald es sich um Probleme der deutschen Juden, des äthiopischen Krieges oder der Kündigung des Versailler Ver-

träges durch das Dritte Reich handelt. Insgeheim aber nimmt die Entwicklung ihren Lauf.

Nichts kennzeichnet die durchlaufenen Etappen besser als zwei Reden des Präsidenten Roosevelts: die von Chautauqua im August 1936 und die von Chicago im Oktober 1937. In der ersteren, die vor den Präsidentschaftswahlen zur Erneuerung des Mandates von Roosevelt gehalten wurde, ist der Ton deutlich pazifistisch und isolationistisch, gemäss der strengen Tradition der Monroedoktrin.

> *«Wie gross auch der Druck sein mag, der sich von innen und aussen hiergegen richtet, wir werden unsere Neutralität wahren. Wenn man uns vor die Wahl zwischen grossem Nutzen oder dem Frieden stellt, wird die Nation antworten: wir wollen den Frieden!»*

Ein Jahr später, am 5. Oktober 1937, schlägt die Rede einen ganz anderen Ton an. Sie ist eine regelrechte Kriegserklärung an die totalitären Staaten:

> *«Der Friede, die Freiheit und die Sicherheit von 90 Prozent der Bevölkerung des Globus sind von den 10 Prozent bedroht, die im Begriff stehen, die ganze internationale Ordnung und jede Rechtlichkeit zu zerstören . . 4 Wenn eine physische Krankheit sich in epidemischer Form auszubreiten beginnt, muss die Gesamtheit sich zusammentun und die Patienten in Quarantäne bringen, um die Gemeinschaft vor Ansteckung zu bewahren.»*

Zweifellos war die anti jüdische Politik Hitlerdeutschlands eines der entscheidenden Elemente für die feindliche Haltung Roosevelts und seiner Regierung. Aber selbst zu jener Zeit eilte der Präsident im Vergleich zur amerikanischen Meinung den Dingen voraus und blieb es noch für lange Zeit, wie dies Frankreich und England auf ihre Kosten im September 1939 und Juni 1940 erfahren sollten.

Daher diese schwankende und widerspruchsvolle Politik, diese schlagartigen mündlichen Ausfälle, denen Feststellungen folgten, die als ebenso viele Dementis erscheinen und die Meinung der europäischen Demokratien, besonders in Frankreich aufs Tiefste verwirren und beunruhigen.

Die Ausbreitung des Antisemitismus in Europa

Der Kampf zwischen der jüdischen Weltmacht und der Macht Hitlers geht also ohne Waffenruhe oder Unterbrechung von 1933

bis 1938 mit Perioden weiter, in denen Nachlassen und Wiederausbruch abwechseln wie bei einem Vulkan, in dessen Innern das Feuer ewig schwelt.

Wiederholt hält Hitler auf den Nürnberger Kongressen der Jahre 1935, 1936 und 1937 heftige antisemitische Reden. Der Schraubstock der antisemitischen Gesetzgebung schliesst sich immer enger um die deutschen Juden.

Das faschistische Italien, das bisher dem Rasseproblem und der Judenfrage ziemlich gleichgültig gegenübergestanden hatte, ergreift 1938 unter Nachahmung Hitlerdeutschlands gewisse Massnahmen gegen die Juden. Am 15. Juli gründet eine Gruppe von Universitätsprofessoren eine italienische Rassenbewegung. Am 1. September bestimmt ein Erlass, dass alle nach dem 1. Januar 1919 in Italien eingereisten Juden die Halbinsel binnen sechs Monaten zu verlassen haben. In der Praxis wird diese Verfügung aber nicht sehr streng angewendet.

So gewinnt der Antisemitismus auf Betreiben des Nationalsozialismus in Europa insoweit an Boden, als der politische Einfluss des Reiches die Grenzen Deutschlands überschreitet. Er dringt in Rumänien mit der Eisernen Garde, in Ungarn und Polen ein, wo der Boden bereits vorbereitet ist. Er bezwingt sogar die Tore der Demokratien des Westens.

Vor dieser wachsenden und sich ausbreitenden Gefahr bemühen sich die jüdischen Verteidigungsorganisationen einerseits, ihre eigene innere Einheit herzustellen und andererseits, die Meinung in den grossen Demokratien – Vereinigte Staaten, Grossbritannien, Frankreich – aufzurütteln, um eine demokratische Einheitsfront gegen die totalitären Staaten zu bilden. Im August 1936 erblickt endlich der jüdische Weltkongress nach einer beschwerlichen Schwangerschaft von drei Jahren offiziell in Genf das Licht der Welt. Delegierte aus 33 Ländern, die 7 Millionen Juden vertreten, sind dem Rufe gefolgt. Im Verlauf der Debatten

> erhebt der Exekutivausschuss einen Protest *«gegen die Kampagne von Drohungen und Diffamierungen, die methodisch von den höchsten Würdenträgern der nationalsozialistischen deutschen Regierung und Partei gegen das ganze Judentum organisiert werden»*

Im März 1937 tritt der amerikanische jüdische Kongress in New York zusammen. La Guardia hält dort am 7. März eine heftige Rede gegen Hitler und Deutschland. Der Oberbürgermeister von New York macht darin den Vorschlag, auf der Weltausstellung 1938 eine Folterkammer mit dem Bildnis *«des Fana-*

tikers im Braunhemd, der den Frieden Europas und der Welt bedroht», in voller Grösse einzurichten, und ruft sodann aus:

«Das *amerikanische Volk muss dem Reich alle neuen Kredite verweigern. Wir übernehmen die Verpflichtung, den Boykott der Waren und Leistungen zu verstärken»*

Da die Reden La Guardias das Mass überschritten, rufen sie, ganz abgesehen von einem offiziellen Protest des Reiches in Washington, eine Reaktion im gegenteiligen Sinne in der amerikanischen Meinung hervor, dass Roosevelt seinen Staatssekretär Cordell Hull wieder einmal Hitler seine Entschuldigungen aussprechen lassen muss.

Hitlers Gegner nehmen ihre Rache im September 1937 in Paris, wo sich eine weitreichende Welt Vereinigung gegen Rassismus und Antisemitismus versammelt, die 400 Delegierte aus 28 Nationen umfasst, und an der auch zahlreiche nichtjüdische Persönlichkeiten teilnehmen. Das angenommene Manifest verweist auf die Gefahr, die der Neutralismus angesichts der rassistischen Gefahr durch Hitler darstellt:

«Die Neutralität angesichts der Verbrechen, die Untätigkeit bei der organisierten Ausweitung der Gefahr führen zur Nachgiebigkeit und Mittäterschaft. Wer heute schweigt, wenn Millionen Lebewesen leiden, wenn Unschuldige zu Hunderten von Millionen ([4]) fallen, nimmt seinen Anteil an der Verantwortung auf seine Schultern.»

So wird nach und nach seit der Volksbefragung durch die Liga für Einheit der Nationen, die den Anstoss dazu gab, die Kampagne zugunsten eines Präventivkrieges gegen die totalitären Staaten immer schärfer erkennbar. In seinem Buche «Die Neue Heilige Allianz» schreibt der deutsch-jüdische Geschichtsschreiber Emil Ludwig: *«die Völker des Westens müssen sich angesichts der Welt verschwören, unsere Ideale durch die Gewalt zu verteidigen.»*

Genau wie heute gegenüber dem Problem der Ost-West-Beziehungen zwischen der Welt des Westens und der kommunistischen Welt, ist auch zwischen 1935 und 1938 die öffentliche Meinung der Demokratien des Westens in zwei grosse Lager gespalten. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die an die Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderlebens zwischen totalitären Staaten und demokratischen Nationen glauben und bestreiten, dass der

---

4) So lautet es tatsächlich im Text. Wahrscheinlich wollte man Hunderttausende sagen.

Krieg unvermeidlich und schicksalsbedingt sei. Auf der anderen Seite diejenigen, die – aus oft stark verschiedenen Gründen – jeden Gedanken einer Verständigung mit dem Hitlerismus und dem Faschismus ablehnen und die Politik der Befriedung und der Konzessionen als Verrat brandmarken und so weit gehen, dass sie die militärische Präventiv- und Strafintervention empfehlen.

Die fortschreitende Verschlechterung des internationalen Klimas bis München

Von 1934 an lässt die Frage der deutschen Juden, die bisher den internationalen Schauplatz in Europa beherrscht hat, anderen Problemen den Vortritt, weil die Ereignisse sich überstürzen, aufeinander stossen und das durch den Versailler Vertrag geordnete – oder vielmehr nicht geordnete – hinfällige Gleichgewicht zu Fall bringen.

Am 16. März 1934 erfolgt unter Verletzung des Artikels 160 des Versailler Vertrags die Wiedereinführung der militärischen Dienstpflicht in Deutschland. Am 3. Dezember 1934 leitet der Zwischenfall von Ual-Ual zwischen Italienern und Abessiniern den äthiopischen Krieg ein, der in stufenweiser Folge in den Jahren 1936 und 1937 die Veranlassung zur Herstellung der Achse Berlin – Rom wird. Am 17. März 1935 ergeht die Kündigung des Versailler Vertrags und des Locarnopaktes durch Deutschland neben der militärischen Wiederbesetzung des Rheinlandes durch die im Aufbau begriffene Wehrmacht. Vor allem ist es der Krieg in Äthiopien mit der Intervention des Völkerbundes, die Annahme der Sanktion 4, der sogenannten Oelsanktion durch den 18er-Ausschuss, dann folgen der Bruch der Allianz zwischen Frankreich, Grossbritannien und Italien, das Ende der Abkommen von Stresa und die ersten Vorboten einer Annäherung zwischen Rom und Berlin.

Im Jahre 1936 wird die internationale Lage noch schwieriger. In Spanien grollt dumpf die Revolution nach dem – durch Folgerichtigkeit erzielten – Wahlerfolg der «Frente Populär». In Frankreich sind es die Maiwahlen mit dem Siege der Volksfront, die Woge revolutionärer Streiks mit Besetzung von Fabriken, die Bildung des Ministeriums Blum. Am 17. Juli in Spanien die nationale Erhebung des Generals Franco, der Beginn dieses langen und blutigen Bürgerkriegs, der von Intervention zu Inter-

vention die Welt in zwei Lager spaltet und wiederholt nahe an den allgemeinen Konflikt heranführt. Am 14. Oktober 1936 die Verkündung der belgischen Neutralität durch König Leopold und die Rückgängigmachung der französisch-belgischen Militärabkommen von 1920. Schliesslich am 25. November 1936 die Unterzeichnung des Antikominternpaktes durch das Reich und Japan, der nach dem Beitritt des faschistischen Italiens, 1937 die Achse Berlin-Rom-Tokio ins Leben ruft.

Das Jahr 1937 ist von den Wechselfällen im spanischen Bürgerkrieg und dem Wiederausbruch des japanisch-chinesischen Konflikts erfüllt. Auf diplomatischer Ebene erfolgt der Zerfall der kleinen Entente, die Annäherung zwischen Italien und Jugoslawien unter dem Minister Stojadinowitsch und die von Deutschland und Rumänien unter der Regierung Octavian Goga. Die totalitären Staaten haben die Einkreisung durch die demokratischen Nationen durchbrochen.

Als das Jahr 1938 beginnt, ist die internationale Lage äusserst gespannt. Hitlerdeutschland, durch seine Erfolge kühner geworden, beschleunigt seine Tätigkeit in Mitteleuropa und führt eine Reihe von Schlägen, die das Ende des Versailler Vertrags herbeiführen. Am 13. März erfolgt der Anschluss Österreichs während einer französischen Ministerkrise. Die Wehrmacht zieht im Triumph in Wien ein. Das faschistische Italien, das einst die Wacht am Brenner hielt, rührt sich nicht, ja es stimmt zu, eine verhängnisvolle Folge des äthiopischen Krieges, der Sanktionen und Interventionen in Spanien.

Der Alarm vom 21. Mai 1938

Mit der österreichischen Frage hatte Hitler aber in seiner Rede vom 20. Februar 1938 zugleich ganz klar die Frage der Sudetendeutschen aufgeworfen:

«Vor den Toren Deutschlands leben zehn Millionen Deutsche, die von uns getrennt sind.»

Nach vollzogenem Anschluss bemächtigt sich die Agitation sogleich des Sudetenlandes. Die Deutsche und prohitlerische Partei Henleins bereitet sich durch eine umfangreiche Kampagne von Reden und Versammlungen auf die Gemeindewahlen im Mai-Juni vor. Am 21. Mai kommt es zu einem Zwischenfall in Cheb, wo zwei Sudetendeutsche von der tschechischen Polizei getötet werden. Deutschland und das Sudetengebiet stehen augenblicks in Flammen. Die Prager Regierung ordnet eine Teilmobilisierung

an. Die Wehrmacht ist auf alles vorbereitet. Man steht zwei Finger breit vor einem Konflikt zwischen Hitlerdeutschland und der Tschechoslowakei der Benesch und Hodza. Aber der Erstminister Grossbritanniens, Chamberlain, schaltet sich ein und erteilt Ratschläge zur Mässigung. Die deutschen Divisionen ziehen sich 30 km von den Grenzen der Tschechoslowakei zurück. In den Demokratien des Westens frohlocken die Anhänger der starken Hand: *«Hitler hat geblufft, Hitler ist zurückgewichen.»*

Aber die Sudetenkrise lebt nach dem Wahlerfolg der Henleinpartei bei den Kommunalwahlen sogleich wieder auf. In Deutschland, in der Tschechoslowakei und in ganz Europa, steigt das Fieber rasch. Die im Juli auf Drängen Englands zwischen Henlein und der tschechoslowakischen Regierung begonnenen Verhandlungen ziehen sich in die Länge und führen zu keinem Abschluss. Die Vermittlerrolle des Lord Runciman wird durch die Ausflüchte Beneschs wie durch die Forderungen Henleins zum Scheitern verurteilt.

Der Septembermonat beginnt in einem Klima von Schwefel und Pulver. Am 2. September empfängt Hitler Henlein in Berchtesgaden und verspricht den Sudetendeutschen feierlich die vollkommene Unterstützung des Reiches. Am 4. September Teilmobilmachung in Frankreich; Deutschland ergreift am anderen Tage gleiche Massnahmen. Am gleichen Tage – 4. September – hält William Bullitt, der Botschafter der Vereinigten Staaten in Frankreich, in Pointe de Grave, Dep. Gironde, eine geheimnisvolle Rede:

> *«Wie ich schon am 27. Februar 1937 sagte, könnte, wenn der Krieg in Europa ausbräche, niemand erklären oder voraussagen, ob die Vereinigten Staaten in einen solchen Krieg hineingezogen würden oder nicht.»*

Diese Worte werden von manchen als ein formelles Versprechen des amerikanischen Eingreifens zu Beginn eines Konfliktes zwischen den europäischen Demokratien und Hitlerdeutschland ausgelegt.

Am 7. September aber veröffentlicht die offizielle «Times» mit der Unterschrift ihres Direktors Dawson – was ganz ungewöhnlich ist – einen sensationellen Artikel, der, wie verlautet, von Chamberlain selbst veranlasst ist:

> *«Für die tschechoslowakische Regierung»,* schreibt er, *«wäre es ratsam, von Neuem zu überlegen, ob es richtig ist, weiterhin den Plan abzulehnen, der von gewissen Kreisen begünstigt wird, nämlich aus der Tschechoslowakei einen homogeneren Staat zu*

machen und der Abtrennung des Bevölkerungsteiles zuzustimmen, der den Namen Ausländer verdient und an der Grenze der Nation wohnt, mit der er durch die Rasse verbunden ist.» In diesen wenigen Zeilen liegt der Keim für das ganze München.

Gegen diesen Plan erheben sich in Frankreich, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten die Anhänger der Politik der Festigkeit. Die Polemiken sind so lebhaft, so bitter, so pessimistisch, dass die Massen von der Kriegspsychose erfasst werden, die Hoffnung für die einen ist die Angst für die anderen.

In diesem hitzigen Klima wird der Nürnberger Kongress am 6. September eröffnet, während sich die Zwischenfälle in der Tschechoslowakei, hauptsächlich am 7. September in Morawska-Ostrawa, häufen. Am 12. September bricht Hitler in seiner Schlussrede auf dem nationalsozialistischen Kongress die Brücken ab und verlangt die sofortige Angliederung des Sudetengebietes an Deutschland. Er verkündet, wenn *«diese gemarterten Geschöpfe das Reich bitten, ihre Rechte zu schützen und ihnen zu Hilfe zu kommen, so wird dies geschehen.»* Diese Worte bewirken alsbald einen Wiederausbruch der Agitation und rufen Wirren im Sudetengebiet hervor. Am 13. September ereignen sich blutige Zusammenstösse in Cheb, Nydek, Asch und weiteren Orten. Es gibt Tote und Verwundete. Am Abend stellt Henlein der Regierung in Prag ein Ultimatum und verlangt Antwort noch vor Mitternacht. In Frankreich und England verdoppeln die Anhänger der Festigkeit und des Widerstandes ihre Tätigkeit. Um jeden Preis soll festgeblieben werden. *«Hitler blufft noch einmal; vor der Drohung mit Gewalt wird er wie am 21. Mai zurückweichen.»*
Aber die öffentliche Meinung, bei der sich die Torheit des Krieges doch rasch durchsetzt, übt auf beiden Seiten des Ärmelkanals einen entgegengesetzten Druck auf die leitenden Politiker aus, die in beiden Ländern selbst sehr unterschiedlicher Meinung sind.

Am 14. September verkündet Chamberlain, dass er die Initiative ergriffen hat und schlägt Hitler eine Zusammenkunft in Berchtesgaden für den folgenden Tag, den 15. September, vor. Das Gefühl der Erleichterung ist allgemein.

Nun folgen die wechselnden Bilder dieser langen und dramatischen Verhandlung, die vom 15. September bis zum 1. Oktober 1938 dauert, mit der ersten französisch-britischen Konferenz am 18. September in London, den beiden Begegnungen Chamberlain-Hitler in Godesberg am 22. und 23. September, der Weigerung Prags vom 25. September, das Godesberger Memorandum zu unterschreiben, die zweite französisch-britische Konferenz am

26. September in London, die Reihe der täglichen Reden Mussolinis am 21. in Treviso, am 24. in Padua, am 25. in Vincenna, am 26. in Verona, in welchen der Leiter der italienischen Regierung zwischen den Zeilen seine Vermittlung anbietet. Dann die weit beachtete Rede Hitlers im Berliner Sportpalast am Abend des 26. Septembers. Nach der Versicherung, er habe keine gegenteilige Forderung als Grossbritannien und Frankreich zu stellen, ruft der deutsche Kanzler mit hämmernden Worten:

«Hinsichtlich des Problems der Sudetendeutschen ist meine Geduld zu Ende»

Man meldet die allgemeine deutsche Mobilmachung zum 28. September, aber diese Nachricht wird sogleich von der offiziellen Presseagentur des Reiches, dem DNB, dementiert.

Schliesslich, in dem Augenblick, da alles verloren scheint und der Krieg unmittelbar bevorsteht, folgt der Theatercoup am 28. September im Unterhaus ([5]), als Chamberlain seine Rede um 15 Uhr unterbricht, nachdem man ihm ein Telegramm überreicht hat und dann verkündet, dass auf Anregung Mussolinis morgen, am 29. September eine Viererkonferenz – Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien – in München stattfinden wird.

München, das einstweilen den Frieden rettet, München, das die verängstigten Völker mit frenetischem Beifall begrüssen, und das die Deputiertenkammer am übernächsten Tag mit 535 gegen 75 Stimmen (darunter 73 Kommunisten) billigt. Daladier wird bei seiner Rückkehr nach Paris von einer begeisterten Menge im Triumph getragen. Chamberlain vom ganzen Unterhaus, das sich erhoben hat, mit Beifall empfangen und – ein in den Annalen des britischen Parlaments unerhörtes Vorkommnis – auch von dem Publikum, das sich auf den Tribünen drängt.

München endlich, das im Westen einen langen leidenschaftlichen und sogar blutigen Streit entzünden sollte, der heute noch nicht erloschen ist.

Das jüdische Problem in zweiter Linie

Im Sturm der politischen und diplomatischen Ereignisse, die über Europa hinweggingen, tritt das Problem der deutschen Juden etwas in den Hintergrund, in die zweite Linie der Dinge, mit denen sich die Meinung beschäftigt. Übrigens scheint der

5) Wahrscheinlich vom britischen Erstminister insgeheim vorbereitet.

Antisemitismus in Deutschland etwas nachgelassen zu haben, und eine Art «modus vivendi» scheint stillschweigend zwischen der jüdischen Gemeinschaft und der Regierung Hitler eingetreten zu sein. Natürlich wiederholen sich die anti jüdischen Schmähungen Hitlers und der nationalsozialistischen Führer in regelmässigen Zwischenräumen, aber die Gesetzgebung in dieser Periode wird nicht wesentlich verschärft.

Das auffallendste Ereignis muss vielmehr in Italien gesucht werden. Im Juli 1938 entsteht auf der Halbinsel ein harter antisemitischer Druck. Wollte Mussolini sich für die antifaschistische Haltung internationaler jüdischer Organisationen in der Angelegenheit Äthiopiens und der Sanktionen rächen?

Immerhin bleibt die Frage der deutschen Juden untergeordnet wie die Hintergründe der demokratischen Politik. Man kann sogar sagen, dass die Gebietsforderungen der totalitären Staaten, ihre Drohungen und die fortgesetzten Schläge, die von Hitlerdeutschland dem Versailler Vertrag versetzt wurden, der Sache der deutschen Juden mehr zu- als abträglich waren, da sie dazu beitrugen, ihnen in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten die Sympathien einer zunächst abwartenden oder zurückhaltenden Meinung zu verschaffen. Durch eine unheilverkündende Ironie des Schicksals wurde Hitler zum besten Helfer der jüdischen Sache. Nach und nach fiel diese schliesslich mit der Sache der Demokratien des Westens zusammen.

Es liegt, nun kein Anlass vor, überrascht zu sein, wenn in den Monaten, die der Münchener Krise vorangingen, nach dem Anschluss Österreichs und der Emigration zahlreicher österreichischer jüdischer Persönlichkeiten, die jüdischen Weltorganisationen sich an die Spitze des Kampfes gegen die totalitären Nationen stellen, den schwindenden Mut wieder anfachen und den unsicheren und zögernden Demokratien den Weg des Widerstandes vorzeichnen.

Hierfür bestehen besondere Gründe. Der Anschluss hat dem «braunen Riesen» die 180'000 Juden Österreichs in die Hände gespielt. Die Angliederung des Sudetengebietes und der Druck auf die Tschechoslowakei, ihre Pflicht zu erfüllen, würde die 360'000 Juden dieses Landes unter Hitlers Gewalt bringen. Die Erregung und Beunruhigung der israelitischen Welt sind begreiflich.

Im Juli 1938 organisiert Dr. Wise, der Vorsitzende des jüdischen Weltkongresses, mit Unterstützung Roosevelts zu Evian in Frankreich eine internationale Konferenz zum Studium der durch die Emigration der Juden aus Deutschland und Österreich entstandenen Fragen. Bei dieser Konferenz führt Myron C. Taylor,

ein ehemaliger Botschafter der Vereinigten Staaten, den Vorsitz. Ein von allen Regierungen beschickter Ausschuss wird gebildet, sein Vorsitzender wird der persönliche Freund Roosevelts, Rublee. Dieser Ausschuss tagt in Paris am 29. und in London am 31. August. Er wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Hitlerreich zu beginnen, um das Los der deutschen und österreichischen Juden zu regeln. Da aber bricht die Septemberkrise aus.

Am 9. September greift der jüdische Weltkongress ein, ruft den Völkerbund an und bittet ihn, *«inmitten der vielseitigen Sorgen, mit denen die im Rate und der Versammlung sitzenden hervorragenden Staatsmänner belastet sind, die grosse Tragödie des jüdischen Volkes nicht zu vergessen . . . Möchten sie nicht vergessen, dass die Stunde entscheidend ist . .* Am 17. Wendet sich der Exekutivausschuss des Kongresses an Chamberlain und Daladier, um ihnen die *«Erregung darzulegen, die Millionen Juden bei der Aussicht auf ein Abkommen empfinden, das Hitlerdeutschland neue, von Juden bewohnte Gebiete ausliefern würde. Der Exekutivausschuss beschwört Sie, keiner Regelung zuzustimmen, die nicht die unwandelbaren Rechte unserer Rassen- und Religionsbrüder wahrt.»*

Inzwischen aber hält Präsident Roosevelt, auf den man zur Stärkung des schwankenden Willens der europäischen Demokratie sehr rechnet, wieder einmal sein Wort nicht und verleugnet am 9. September die ihm zugeschriebenen Reden wie auch diejenige Bullitts in Pointe de Grave vom 4. September. In einer Pressekonferenz im Hyde Park erklärte er: *«Der Eindruck, den man in Europa hat, die Vereinigten Staaten seien mit den Demokratien darin einig, die Fortschritte Hitlers zu verhindern und sie aufzuhalten, sind hauptsächlich die von politischen Berichterstattern und Journalisten gebrachten Auslegungen; in Bezug auf die internationale Lage der Vereinigten Staaten sind sie hundertprozentig falsch. Alle, die auf die zugesicherte Hilfe der Vereinigten Staaten für den Kriegsfall in Europa rechnen, täuschen sich vollkommen.»*

Dass Roosevelt persönlich ganz anders dachte, kann heute, wie die Ereignisse beweisen, niemand bestreiten. Damals aber konnte der Präsident der Vereinigten Staaten angesichts der abwartenden Haltung der amerikanischen Meinung, die einem Eingreifen in die europäischen Angelegenheiten ablehnend gegenüberstand, nicht anders, als die voreiligen Behauptungen Lügen zu strafen, die die Illusion verbreiten wollten, die Vereinigten Staaten würden sich im Falle eines Krieges mit Hitlerdeutschland sofort

und automatisch auf die Seite Frankreichs und Grossbritanniens stellen. Eine lange Vorbereitung und vor allem der Konflikt mit Japan werden noch nötig, um die amerikanische Meinung im gewünschten Sinne zurechtzubiegen.

Nach München

Die Münchener Abkommen waren für die gegen Hitler gerichteten sowie die jüdischen Abwehrbewegungen eine grosse Enttäuschung. Die plötzliche Ausweitung der Macht Hitlers in Mitteleuropa beunruhigte die Leiter des jüdischen Weltkongresses in höchstem Grade. Das Telegramm vom 17. September bezeugt diesen Geisteszustand. Die Gefahr erschien ihnen umso grösser, als man in München übereingekommen war, der Regelung des Sudetenproblems ohne Krieg durch die Eingliederung dieses Gebietes in das Dritte Reich ein noch weiter gehendes Übereinkommen über alle europäischen Probleme durch den Abschluss eines aufrichtigen Viererpaktes – Frankreich, Grossbritannien, Deutschland und Italien – folgen zu lassen, dessen Keim die in München vereinbarten Feststellungen bereits enthielten.

Nachdem die erste Aufwallung schöner Reden und die sogar von Léon Blum verspürte «feige Erleichterung» vorüber waren, fassten sich die Anhänger der Politik der Festigkeit wieder, wobei sie von den jüdischen Organisationen aller Länder unterstützt wurden, die sich bemühten, die Meinung in den Demokratien wieder in die Hände zu bekommen. Ein italienisches Sprichwort sagt: *«Passato il pericolo, gabato il Santo»* («Ist die Gefahr vorüber, dann ehrt man den Heiligen nicht mehr»).

Von Anfang Oktober an findet sich die gegen München gerichtete Reaktion zusammen. In Grossbritannien demissioniert Duff Cooper, der Erste Lord der Admiralität, um damit gegen das Münchener Abkommen zu protestieren. Major Attlee, der Führer der Arbeiterpartei, gibt im Unterhaus bekannt, dass Grossbritannien und Frankreich in München die grösste diplomatische Niederlage der Geschichte erlitten hätten.

In Paris beeilt sich Léon Blum, seine «feige Erleichterung» zu verleugnen und taucht seine Feder wieder in eine kriegerische Tinte. Die Münchener Politik wird als schmachvolle Kapitulation und entehrende Konzession, als ein Verrat hingestellt.

«Ich *zittere*» – notiert M. A. de Monzie, ein Minister des Kabinetts Daladier am 10. Oktober (6) in seinem Erinnerungsmanual –

6) In «Ci-devant», S. 47. (Ci-devant = «Vordem».)

«ich zittere vor dieser Propaganda, die so sehr dem Temperament so vieler Franzosen und der Verschlagenheit so vieler Ausländer entspricht.»

Und kurze Zeit darauf, am 21. November, fügt er hinzu: *«Mich plagen die heimtückischen Winkelzüge, deren Mittelpunkt wir seit München sind.»*

In allen politischen Formationen rufen die Münchener Abkommen eine interne Spaltung hervor: Antimünchener gegen Münchener. Befürworter Münchens finden sich bei allen Parteien von der Rechten bis zur Linken, bei den Gemässigten, bei den Radikalen, bei den Sozialisten, ja selbst bei den Kommunisten. Diese letzteren finden sich aber erst wieder unter der Besetzung zusammen. Es regnet Spaltungen, Demissionen oder Aschlüsse.

Im Nationalrat der P. P. F. – der französischen Volkspartei – hält am 15. und 16. Oktober Bertrand de Jouvenel eine hitzige Anklagerede gegen die Münchener Politik. Dabei wird er von Pucheu unterstützt, der später, anfangs 1939, die Partei von Jacques Doriot verlässt und Paul Marion, Arrighi, Paringaux . . . mitnimmt. Bei den Sozialisten scharen sich die «Münchener» und Paul Faure, die «Antimünchener» um Léon Blum. Die sozialistischen Lehrer sind mehr «Münchener», während die Lyzeal- und Universitätsprofessoren gegen den Geist von München eingestellt sind.

In Grossbritannien und den Vereinigten Staaten spalten diese beiden Strömungen Meinung und politische Führer gleichermassen. In London werden die «Antimünchener» von Winston Churchill, Duff Cooper, Höre Belisha, Anthony Eden, Lord de la Warr, Sir Vansittard angespornt, während Chamberlain, Lord Runciman, Sir Samuel Hoare, Sir John Simon, Sir Horace Wilson «Münchener» sind.

In Amerika ist die Einstellung Roosevelts, der während der internationalen Krise offiziell Neutralist ist und am 26. September Hitler in einem Briefe beschwört, *«die Verhandlungen nicht abzubrechen, sondern nach einer friedlichen, gerechten und konstruktiven Lösung der vorliegenden Fragen zu suchen»,* persönlich gegen jede Konzession an die totalitären Staaten. Deshalb wurden die Münchener Abkommen von ihm auch sehr nachhaltig, fast als Beleidigung empfunden. Sein Privatsekretär, Irsout, behauptete in einer Presseerklärung am 1. Oktober 1938, dass die Zusammenkunft und die Abkommen von München *«nicht den Absichten des Präsidenten entsprächen».* Unter Ausserachtlassung kleinerer Abweichungen und Ausnahmen kann man

sagen, dass in den Vereinigten Staaten die Demokraten mit Roosevelt mehr «Antimünchener» waren, und die Republikaner mit dem ehemaligen Präsidenten Hoover und Oberst Lindbergh mehr «Münchener».

Das wesentlichste Ziel der «Antimünchener» nach München war, die Propagierung des sogenannten Münchener Geistes und die vorgesehene Erweiterung der Viererabkommen durch eine deutsch-französische Regulierung und die Ratifikation des englisch-italienischen Vertrages vom 16. April 1938, der den zwischen beiden Ländern seit dem äthiopischen Kriege bestehenden Meinungsverschiedenheiten ein Ende bereiten sollte, zu unterbinden.

Der englisch-italienische Vertrag wurde indes vom Unterhaus am 2. November 1938 mit 345 gegen 138 Stimmen zugleich mit dem Münchener Abkommen gebilligt. Aber die Verhandlung Bonnet – Ribbentrop stiess in Frankreich auf hartnäckige Opposition der «Antimünchener», und so konnte die wiederholt verschobene Reise des Reichsaussenministers nach Paris erst am 30. November, drei Wochen nach dem Attentat Grynszpans in einer erregten und stürmischen Atmosphäre stattfinden. Von der (kommunistisch beherrschten Gewerkschaft) C. G. T. war ein Generalstreik angeordnet worden, aber de Monzie brachte ihn damit zum Scheitern, dass er dem Kommunisten Pierre Semard, dem Generalsekretär der Eisenbahnergewerkschaft, drohte, die von den Artikeln 16 und 18 des Gesetzes vom 15. Juli 1845 vorgesehene Todesstrafe oder Zwangsarbeit auf ihn persönlich anzuwenden. Semard gab sofort nach, und der Streik der Eisenbahner fand nicht statt.

Trotzdem die gegen München gerichteten Kampagnen mit äusserster Heftigkeit geführt werden, bleibt die öffentliche Meinung in Frankreich wie in Grossbritannien und den Vereinigten Staaten – aus welchen Motiven dies auch sein mag – im Grossen und Ganzen noch den Münchener Abkommen und der deutsch-französischen Annäherung gewogen und dem Kriege abgeneigt. In London ist die City, deren Einstellung von entscheidendem Einfluss auf die Entschlüsse der britischen Regierung ist, noch für den Frieden und unterstützt Chamberlain.

«Alles ist in Frage gestellt»

Dieses Klima wird durch das Attentat vom 7. November 1938 jäh beeinträchtigt. De Monzie schreibt am 8. November in sein Erinnerungsmanual:

«Ein junger polnischer Israelit, Grynszpan, hat den Botschaftsrat vom Rath der deutschen Botschaft tödlich verletzt. Da das deutsch-französische Abkommen gestern zustande gekommen ist, legt sein Zusammenfallen mit diesem Verbrechen den Gedanken nahe, dass hier eine Verbindung zwischen dem diplomatischen Akt und der verbrecherischen Tat besteht. Vielleicht muss jede Hypothese einer politischen Mitschuld ausgeschieden werden. Der Rachegedanke hat in der Atmosphäre der jüdischen Emigration aufkommen können, ohne dass ein Komplott oder eine Anstiftung zum Mord vorgelegen hat. Das Ergebnis dieses Verbrechens aber ist, dass alles in Frage gestellt wird . . .»

«Alles wird in Frage gestellt», dieser Satz des radikalsozialistischen Ministers bringt in erschütternder Kürze die dramatischen Folgen zum Ausdruck, die aus der Tat eines jungen Israeliten entstehen sollten, der über die Verfolgung seiner Glaubensgenossen durch Hitler ausser sich war.

Die antijüdischen Ausschreitungen in Deutschland nach dem Attentat vom 7. November 1938

Hier berühren wir nun den neuralgischen Punkt. Das Attentat vom 7. November stellt erneut in seiner ganzen Schärfe das Problem der deutschen Juden heraus und ruft die Wirkung eines Katalysators bei allen hervor, die in Deutschland wie in den Demokratien des Westens in Opposition zur sogenannten Friedenspolitik stehen.

Die Nachricht von dem Attentat gegen den Botschaftsrat vom Rath bringt das Reich zur Explosion. Geleitete oder spontane Kundgebungen ereignen sich am 8. in Kassel und Bebra, am 9. in Hersfeld in Hessen. In München ordnet der Polizeipräsident an, dass die Juden ab sofort ihre Geschäfte in deutscher und hebräischer Sprache beschriften müssen. Am 10. November, nach dem Tode vom Raths, verstärkt sich die antijüdische Agitation und dehnt sich auf zahlreiche deutsche Städte aus: Berlin, Nürnberg, München, Hamburg, Frankfurt am Main, Köln, Aachen, Bayreuth, Dessau, Bamberg, Kottbus, Potsdam usw... Die jüdischen Geschäfte werden zerstört und geplündert, die Synagogen niedergebrannt, in Berlin neun von einem Dutzend. Die Polizei greift nur ein, um die Juden festzunehmen und einzusperren, um sie, wie eine amtliche Verlautbarung behauptet, *«vor der Volkswut zu schützen».* Am 12. November werden Tausende von Verhaftungen in ganz Deutschland, immer unter dem Deckmantel

des Schutzes, vorgenommen. In Wirklichkeit befasst man sich weniger mit den Personen als mit dem Vermögen der Juden.

Es werden weder Tote noch Verwundete gemeldet, ausgenommen der Selbstmord Emil Kraemers und seiner Frau vom Bankhaus Martin Haupthäuser in München. Am 14. November 1938 hebt der «Temps» hervor, dass *«gewisse im Ausland veröffentlichte Berichte diese Vorkommnisse übertrieben haben»*

Die Gewaltakte gegen die jüdischen Unternehmen häufen sich jedoch vom 10. November an derart, dass die um die internationale Reaktion besorgte Berliner Regierung am 11. November durch Dr. Goebbels den Befehl gibt, die anti jüdischen Kundgebungen ungesäumt einzustellen.

> *«Die gerechtfertigte und verständliche Entrüstung des deutschen Volkes»* – so heisst es in Goebbels' Aufruf – *«als Folge des abscheulichen jüdischen Mordes in Paris, hat heute Nacht ihren Ausdruck in Vergeltungsmassnahmen gegen jüdische Niederlassungen und Geschäfte gefunden. Ich richte nun an die Bevölkerung die dringende Aufforderung, sofort alle gegen die Juden gerichteten Kundgebungen und Handlungen zu unterlassen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat von Paris wird auf dem Gesetzeswege erteilt.»*

Sogleich hört die Agitation wie durch Zauberhand auf. Was zu dem Gedanken verleitet, sie wäre methodisch organisiert und «geleitet» gewesen. Übrigens scheint auch die deutsche Bevölkerung im Ganzen gesehen diese Gewalttaten nicht gebilligt zu haben.

Neue antijüdische Gesetzgebung

Die von Goebbels angekündigten gesetzlichen Massnahmen werden am 12. beschlossen und am 14. durch einen Erlass von Göring verkündet. Die deutsche jüdische Gemeinschaft wird mit einer Kollektivstrafe von einer Milliarde Reichsmark belegt. Alle Juden werden verpflichtet, ihr gesamtes Hab und Gut, einschliesslich der Möbel, ihres Schmuckes und ihrer persönlichen Effekten, anzugeben. Jeglicher Einzelhandel wird ihnen vom 1. Januar 1939 an untersagt, ebenso die Betätigung als Handwerker. Sie werden ausserdem angehalten, die bei den Kundgebungen vom 8. bis 11. November zerstörten, beschädigten oder geplünderten Läden auf ihre Kosten wieder instandsetzen zu lassen, ohne aber auf die Versicherungen zurückgreifen zu können, die zugunsten des

Reiches beschlagnahmt werden. Schliesslich wird ihnen das Betreten von Schulen, Universitäten und Theaterräumen verboten.

Nachdem die Juden durch die Nürnberger Gesetze bereits die politischen und einen Teil ihrer bürgerlichen Rechte verloren hatten, erleben sie nun, dass ihnen durch Görings Verordnung auch der Rest ihrer bürgerlichen und kommerziellen Rechte genommen wird. Dies bedeutet die Verbannung aus der deutschen Gesellschaft in ihrer ganzen Härte. Das faschistische Italien schliesst sich an und nimmt am 11. November ein Judengesetz an, das bestimmt viel weniger drakonisch ist, die Juden aber genau so aus der faschistischen Partei, dem Wehrdienst und von öffentlichen Ämtern ausschliesst und ihnen verbietet, Eigentümer, Leiter, Verwalter oder Geschäftsführer von Unternehmen zu werden,. die mehr als zehn Personen beschäftigen.

Die Reaktion der Demokratien des Westens

Die Vergeltungsmassnahmen gegen die Juden und der Erlass Görings riefen in Grossbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten in antimünchener und hitlerfeindlichen Kreisen eine starke Reaktion hervor.

Am 11. November richtet der jüdische Weltkongress einen Aufruf an die Demokratien und *«protestiert energisch gegen die bei dieser Gelegenheit gegen das gesamte Judentum vorgebrachten heftigen Beschuldigungen und vor allem gegen die zur Zeit an den deutschen Juden verübten Vergeltungsakte».* Am 15. November erhebt auch die israelitische Weltallianz einen Protest. In dem allgemeinen, durch die antijüdischen Massnahmen in Deutschland ausgelösten Aufruhr verliert man das Attentat vom 7. November aus den Augen, und dieses verschwindet unter einer Flut von Berichten, Telegrammen, Kommentaren und Artikeln, die ausschliesslich den Ereignissen jenseits des Rheins gewidmet sind.

Die gegen München gerichtete Presse empfiehlt dem Weltgewissen, die *«Nazibarbarei»* zu verabscheuen. *«Eine Orgie an Wildheit»,* schreibt der Londoner «Daily Telegraph». *«Eine Woge des Wahnsinns brandet heute über Deutschland hinweg»,* sagt die «New York Herald Tribüne». *«Der faschistische Terror setzt sich auf dem alten Kontinent fest»,* behauptet in Paris «Le Droit de Vivre».

In England protestiert der Erzbischof von Canterbury, Mgr. Gordon, namens der anglikanischen Kirche in der «Times» vom 12. November gegen «das Hitlerpogrom». Am 13. November läuft

eine Riesenkundgebung im Londoner Hydepark gegen Hitlerismus und Antisemitismus.

In Amerika organisieren jüdische Gruppen auf Betreiben von Frankfurter, eines persönlichen Ratgebers Roosevelts, eine umfangreiche Sammlungsbewegung, an welcher sich katholische und protestantische kirchliche Persönlichkeiten beteiligen. Am 14. November ist das deutsche Überseeschiff «Bremen» erneut Gegenstand einer heftigen Kundgebung der Feindschaft mit den Rufen: *«Nieder mit Hitler!» «Keine deutschen Schiffe mehr nach New York!» «Boykott den deutschen Waren».* Am 22. November werden die deutschen Klubs in Montreal verwüstet. ([7])

Diese Reaktionen wirken auf die offiziellen Kreise zurück. Am 16. November erklärt Präsident Roosevelt auf einer Pressekonferenz:

> «Die *aus Deutschland in den letzten Tagen eingelaufenen Nachrichten haben dem amerikanischen Volk zutiefst missfallen. Ich selbst vermag kaum zu glauben, dass solche Dinge sich in der Zivilisation des XX. Jahrhunderts ereignen könnten.»*

Der greise einstige Präsident Hoover, der als «Münchener» galt, hat den Antisemitismus Hitlers missbilligt:

> *«Ich freue mich»* (sic) – sagt er –, *«einen öffentlichen Beweis meiner Entrüstung über die den Juden in Deutschland zugefügte Behandlung geben zu können.»*

Die Beziehungen zwischen Berlin und Washington werden gespannt. Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland, Hughes, wird zur Berichterstattung zurückgerufen. Die «New York Times» glaubt sogar an einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen, der jedoch nicht erfolgt. Immerhin richtet Präsident Roosevelt in seiner Neujahrsbotschaft an den Kongress eine wahre Anklagerede gegen die totalitären Mächte:

> *«Die Diktatur kostet einen Preis, den das amerikanische Volk niemals bezahlen wird. Sie kostet die geistigen Werte; sie kostet*

---

7) Der Botschafter Polens in Washington, J. Potocki, unterstreicht in seinem Bericht an den polnischen Aussenminister die Bedeutung der Judenfrage bei der Schwenkung der amerikanischen Meinung:
«Das brutale Vorgehen in Deutschland gegen die Juden und das Emigrantenproblem entfachen stets von Neuem den Hass, der gegen alles besteht, was in irgendeiner Beziehung zum deutschen Nationalismus steht. An dieser Kampagne haben verschiedene jüdische Intellektuelle wie Bernard Baruch, Lehmann, der Gouverneur des Staates New York, Felix Frankfurter, der neu ernannte Richter im Obersten Gericht, Morgenthau, der Schatzsekretär und andere persönliche Freunde Roosevelts teilgenommen. Sie wollen, dass Präsident Roosevelt, der Vorkämpfer für die Menschenrechte, die religiöse Freiheit und die Freiheit des Wortes werden soll; er soll zukünftig die Begünstiger von Wirren bestrafen. Diese Personengruppe hat die höchsten Stellungen in der amerikanischen Regierung inne.»

das geheiligte Recht, sagen zu dürfen, was uns beliebt; sie kostet die Gewissensfreiheit; sie kostet die Beschlagnahme unseres Kapitals; sie kostet die Internierung in einem Konzentrationslager; sie kostet die Furcht, mit einem gefährlichen Nachbarn auf der Strasse spazieren zu gehen..

In Grossbritannien dieselben offiziellen Proteste. Am 13. November erklärt Lord de la Warr, ein Minister Chamberlains:

«Die Ereignisse, die sich seit einigen Tagen auf dem europäischen Kontinent abspielen, haben nur die Überzeugung bekräftigt, dass diejenigen, welche das Ideal eines zivilisierten Lebens verteidigen wollen, stark in Waffen wie an moralischen Überzeugungen sein müssen.»

Der Unterstaatssekretär der Admiralität, Geoffrey Shakespeare, gibt dem Hitlerreich einen Rat:

«Deutschland muss sich darüber im Klaren sein, dass die Befriedungspolitik mit England durch anarchische Kundgebungen einer zügellosen Masse und durch die Verfolgung von Menschen, deren einziges Verbrechen ihre Rassezugehörigkeit ist, nicht begünstigt wird»

So stellen nach Meinung des britischen Ministers das Attentat vom 7. November und seine Folgen die ganze sogenannte Befriedungspolitik in Frage. Man kann sich fragen, ob dies nicht gerade das war, was man gewollt und nach dem man gesucht hatte.

Am 14. November nimmt der Erstminister Chamberlain im Unterhaus namens der Regierung Seiner Majestät offiziell Stellung und verurteilt die anti jüdischen Kundgebungen und Massnahmen in Deutschland:

«Es gibt Mittel» – so sagt er –, *«der Reichsregierung dieses Gefühl klar zu machen. In der Tat glaube ich, dass sie über diese Dinge nicht den mindesten Zweifel haben kann.»*

Am 23. November folgt eine neue, sehr bewegte Debatte im Unterhaus über das Schicksal der deutschen Juden. Am 14. Dezember ruft Lord de la Warr in Bradford:

«Mit Hitlerdeutschland können nur die Waffen wirksam sprechen.»

In Frankreich ist die Agitationskampagne genauso heftig, und die Reise Ribbentrops am 30. November nach Paris gibt Anlass zu tobenden Gegendemonstrationen. Am 7. Dezember, dem Tage, nachdem die französisch-deutsche Erklärung am Quay d'Orsay paraphiert worden war, kommt Duff Cooper, der am 1. Oktober zum Zeichen seines Protestes gegen München zurückgetretene Minister des Kabinetts Chamberlain, nach Paris, hält dort zwei

Versammlungen ab und lässt von seinen Zuhörern *«das Volk, das der Welt das Christentum gebracht hat»,* mit Beifall begrüssen.

Vor dem Umfang der internationalen Reaktionen versucht Hitlerdeutschland, sich zu rechtfertigen. In einer Erklärung an die britische Agentur Reuter vom 14. November erklärt Dr. Goebbels, das Ziel der neuen antijüdischen Gesetzgebung sei *«die Entfernung der Juden aus dem sichtbaren Wirtschaftsleben des Landes»,* aber die Juden könnten trotzdem *«Deutschland verlassen und einen grossen Prozentsatz ihrer Vermögen im Rahmen der Währungsgesetze mitnehmen».* Der «Völkische Beobachter», das offizielle Organ der Hitlerpartei, beantwortet die Kritiken der britischen Presse mit folgenden Worten:

> *«Was sich in Deutschland zugetragen hat, ist die Explosion eines Volkes gegen eine Rasse, die seine Gastfreundschaft missbraucht hat. Die sogenannten Gewalttaten, bei denen übrigens keinem Juden ein Leid angetan wurde, haben nur einige Stunden gedauert. Die Gewalttaten aber, die England in den verschiedenen Kontinenten begeht, in denen es Kolonien besitzt, dauern seit Jahrhunderten.»*

Verunglückter Versuch einer Regelung der deutschen Judenfrage

Mehrere Wochen lang, vom November 1938 bis Ende Januar 1939 fördert die Angelegenheit vom 7. November, das heisst nicht etwa das Attentat, sondern die antijüdischen Vergeltungsmassnahmen in Deutschland, eine ausgedehnte Agitationskampagne in der ganzen Welt. Ohne dass damit das Problem der deutschen Juden auch nur einen Schritt weiter gebracht wird. *«Es wäre besser gewesen»,* sagt man in gewissen Kreisen, *«Hitler hätte alle Juden aus Deutschland ausgewiesen, als ihnen fortgesetzte Verfolgungen zuzufügen»* Dies ist auch wohl die Meinung des internationalen Ausschusses für jüdische Auswanderung, den Rublee, ein Freund Roosevelts, leitet. Dieser hat nach München Besprechungen mit Dr. Schacht, dem Reichsfinanzminister, begonnen. Nach dem Novemberausbruch werden sie aktiver wieder aufgenommen. Plötzlich aber stösst man auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Deutschland ist bereit, die Juden mit einem Teil ihrer Vermögen wegziehen zu lassen, aber unter der Bedingung, dass dies seine Finanzen nicht belastet. Man denkt an die Auflegung einer internationalen Anleihe von 500 Millionen Pfund, um die Ausreise der deutschen Juden zu finanzieren. Der Zinsendienst für diese Anleihe soll vom Reich garantiert und sichergestellt

werden. Einverstanden, sagt Berlin, aber unter der Bedingung, dass Deutschland, um dies durchführen zu können, ein zusätzliches Ausfuhrkontingent in gewisse Länder erhält. Dem widerspricht Grossbritannien. Andererseits müssen erst Nationen gefunden werden, die die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland, mehrere hunderttausend, auch aufnehmen wollen. Bei einer Debatte im Unterhaus am 23, November 1938 stellt die britische Regierung fest, dass die Einwanderung in England von den Gesetzen streng reglementiert ist, dass Grossbritannien bereits 11'000 Juden seit 1933 zugelassen hat, und *«dass es an der Grenze seiner Anstrengung angelangt ist»*.

Die Regierung in Washington zieht sich ebenfalls hinter die amerikanische Gesetzgebung über die Einwanderung zurück, die jedem Fremden, der nicht über mindestens eintausend Dollar verfügt, das Betreten amerikanischen Bodens verbietet. Die um Aufnahme eines starken Kontingentes deutscher oder österreichischer Juden angegangene Schweiz spricht ihr Bedauern aus, da, wie sie sagt, der Bund nicht in der Lage ist, eine solche Last auf sich zu nehmen. Ein letzter Versuch wird am 23. Dezember 1938 vom Britischen Israelitischen Beirat gemacht. Dieser bittet die englische Regierung, dann doch wenigstens 10'000 jungen deutschen Juden den Zuzug nach Palästina zu gestatten, «ohne dass dies die britischen Behörden auch nur einen Penny kostet». Mac Donald, der Kolonialminister, setzt auch dem eine klare Weigerung entgegen. Grossbritannien befürchtet die Reaktion der arabischen Welt und beabsichtigt nicht, seine Schwierigkeiten in Palästina und dem Vorderen Orient zu vergrössern.

Von allen Nationen hat Frankreich am grosszügigsten und grossmütigsten den aus Deutschland oder Österreich emigrierten Juden offen gestanden.

So winden sich die Nationen eine nach der anderen. Die internationale Fürsorge für die von Hitler unterdrückten Juden geht nicht so weit, dass sie dafür gewisse politische oder wirtschaftliche Interessen opfern.

III

Das verhängnisvolle Abgleiten in den Krieg

Im Dezember 1938 ist das internationale Klima zerstört. Die Münchener Abkommen, die deutsch-französische Erklärung vom November, der englisch-italienische Vertrag, sie alle sind nur noch Seifenblasen oder Papierfetzen. Am 17. November 1938 hatte der «Temps» diese unausweichbaren Folgen des Attentats vom 7. November prophetisch vorausgesehen:

> *«Die Judenverfolgungen in Deutschland und die Reaktionen, die sie vor allem in den angelsächsischen Ländern hervorrufen, drohen, eine wenig günstige Atmosphäre für eine Politik der Annäherung und des Ausgleichs herbeizuführen, der man nach den Münchener Abkommen mit einigem Vertrauen entgegensehen konnte»*

Das Vertrauen aber liegt an diesem düsteren Jahresende 1938 im Sterben. Die Demokratien versteifen sich. Die totalitären Staaten werden härter. Dann erfolgen Ablauf und Aufeinanderfolge der Ereignisse des Jahres 1939: der Einzug der Wehrmacht am 18. März in Prag und die Bildung des Protektorats Böhmen-Mähren; einige Tage später, am 23. März, die Angliederung des Memelgebietes an das Reich; die Besetzung Albaniens durch Italien im April 1939; die Angelegenheit Danzig und des polnischen Korridors; das Wettrennen um das Bündnis mit den Sowjets; der Misserfolg der französischen und britischen Militärmissionen in Moskau; der bestürzende Abschluss des Ribbentrop-Molotow-Paktes am 23. August 1939; die Blitzoffensive der Wehrmacht gegen Polen am 1. September 1939... Was vom alten Europa vorhanden ist, bricht in einem gigantischen Konflikt von fünfjähriger Dauer in Feuer und Blut zusammen.

Bei den grossen Ereignissen, die die Menschheit in Unordnung und die Zivilisationen zum Einsturz bringen, vermischen und verwirren sich die Ursachen. Niemals gibt ein einzelnes Vorkommnis die Begründung für alles. Aber bei den Völkern wie bei den einzelnen genügt mitunter eine letzte, zu einer Reihe vorheriger

Stösse hinzutretende Erschütterung, um eine Revolution im allgemeinen Verhalten auszulösen. Bossuet ([8]) misst in seiner Weltgeschichte dem heimlichen Lauf unsichtbarer Ereignisse grossen Wert bei, die den Gang der Menschengeschichte endgültig regeln, wie Wasser, die lange Zeit unterirdisch verborgen liegen und dann jäh der Erdoberfläche entspringen.

*
* *

So verhält es sich auch mit dem Attentat vom 7. November 1938. Für sich allein genügt es nicht, um den Umschwung zu erklären, der sich Ende 1938 im Verhalten der Demokratien des Westens und der totalitären Staaten zueinander vollzogen hat. Andere Ursachen haben gleichzeitig mitgewirkt. Die wirtschaftliche Ausbreitung Deutschlands in Mitteleuropa, der japanische Vorstoss im Fernen Osten, sind z.B. mitbestimmend bei der Entwicklung der englischen Politik gewesen. In Frankreich haben auch die lärmenden italienischen Forderungen nach Tunesien Ende 1938 einen Einfluss auf die Entwicklung der Meinung ausgeübt.

Das zur kritischen Stunde unvermittelt eingetretene Attentat vom 7. November aber und seine Folgen haben nach Art eines Katalysators gewirkt, der einzelne Vorgänge beschleunigt, sie verstärkt oder eine ausgeprägte Gestalt annehmen lässt. In den auf München folgenden Wochen waren Europa und die Welt einem Wanderer vergleichbar, der sich im Nebel auf einem engen Gebirgssteig verirrt. Auf der einen Seite ein Steilhang, der über einem Abgrund mit tosenden Wässern endet; auf der anderen ein rauher Aufstieg, der vielleicht zu freien und sicheren Strecken führt. Plötzlich löst sich ein Stein vom Berge, vom Schicksal oder von Verbrecherhand bewegt; er trifft den Wanderer, bringt ihn zum Straucheln und lässt ihn auf dem Hang abwärts gleiten, der in den Abgrund führt.

Dieser Stein war der Schuss des jungen Grynszpan an jenem kalten Morgen des 7. November 1938.

---

8) Bossuet, Jacques Bénigne, Bischof von Condom, dann von Meaux, war ein berühmter französischer Historiker zur Zeit Ludwigs XIV

René d'Argile

DIE FINANZMÄNNER
UND
KRIEGSHETZER

Die Rolle, die die «Geldmächte» in den Kriegen gespielt haben, ist von Henry Coston in seinem Buche «Les Financiers qui mènent le monde» (Die Finanzleute, die die Welt lenken) (1) hervorgehoben worden. Hierauf wird man sich nutzbringend beziehen können. Ebenso kann man mit Erfolg die Artikel nachlesen, die Charles Maurras 1938 und 1939 der «Kriegspartei» gewidmet hat (2).

Die Männer der Rechten, also die Nationalisten, waren nicht die einzigen, die die Kriegslust der kosmopolitischen Finanz an den Pranger stellten. Auch auf der Linken haben Schriftsteller und Journalisten das dunkle Treiben der Hochfinanz, der internationalen Trusts und der City aufgedeckt.

Von ihnen wollen wir hier nur zwei erwähnen, deren Scharfblick es jedoch auch nicht gelang, ihre politischen Freunde zu beeindrucken: Emmanuel Berl und Georges Valois.

Der erstere, der einer unserer besten Journalisten bleibt, hat nur wenige Monate vor dem Kriege kurz entschlossen eine Revue geschaffen, die er völlig allein redigierte, um das in die Welt zu rufen, was er für die Wahrheit hielt.

Als Israelit scheute er keineswegs davor zurück, auch diejenigen seiner Glaubensgenossen anzuklagen, die, wie er sagte, zum Kriege trieben und die Kriegstreiberkampagne mit Geld unterstützten.

> *«Ich wiederhole es nochmals, den Plutokraten, die in diesem Sinne arbeiten und zuerst denen, die derselben Abstammung und desselben Glaubens sein könnten wie ich»*
>
> («Pavés de Paris», 3.II.1939)

Denn, so fährt er fort:

> *«Die Tätigkeit gewisser «Geldmächte» bei den letzten diplomatischen Krisen ist zu auffallend, als dass man sie unter den Systemen des Übergehens oder des Ableugnens verbergen könnte»* (ebenda)

Dann verklagt er persönlich einen, den zu Recht oder Unrecht das Gerücht als den Verteiler von Fonds (drei Millionen Dollar, behauptete Maurras) an die französische Presse bezeichnete. Er schreibt:

«Dass Geld, und zwar viel Geld, an das gegeben wurde, was man

---

1) H. Coston, «Les Financiers qui mènent le monde», La Librairie Française, Paris, 1955.

2) L'Action Française, 23. und 25. Januar 1939.

mit Recht «die Kriegspartei» nennen kann, weiss Herr Bollack ebenso gut wie ich»

(ebenda)

Dann weist er darauf hin, dass die internationalen Kapitalisten, die nicht die gleichen Interessen haben, wie die Besitzenden bei uns, Vorteile in dem von ihnen vorbereiteten Konflikt finden konnten.

«Ein Krieg bedroht einen Franzosen, dessen Besitz in Häusern besteht, die in Strassburg oder Metz liegen, viel mehr als einen Franzosen, dessen Vermögen in Goldbarren, Royal Dutch, Stadtanleihen von New York angelegt ist, die in einem Kassenschrank in Montreal deponiert sind. Ein internationaler Finanzmann ist mit einer Nation weniger verbunden als ein nationaler Kapitalist.

Ich behaupte nicht, dass der internationale Finanzmann von Natur aus kriegslustig ist. Ich behaupte, dass die internationalen Finanzleute, wenn sie sich von einem zum anderen Augenblick der Kriegstreiberei zuwenden, nicht durch die Befürchtung zurückgehalten werden, ihr Leben, ihre Familie und ihren Besitz aufs, Spiel zu setzen wie die einfachen Bürger.

Ihr Leben? Ich finde sehr wenig Milliardäre unter den Opfern der Kriege des XIX. Jahrhunderts. Kein Rothschild aus Österreich ist 1866 gestorben. Kein französischer Rothschild ist 1870 gestorben. Dasselbe trifft nach meiner Meinung auch auf die Morgan und die Vanderbilt zu.

Ihren Besitz? Manchmal vermindert ihn der Krieg, mitunter vermehrt er ihn auch. Die Kriege Napoléons haben die Bildung der grossen Vermögen des XIX. Jahrhunderts ermöglicht, und wir wissen, dass der erste Weltkrieg nicht von allen verloren wurde.»

(Pavés de Paris, 13.II.1939)

*
* *

Zur gleichen Zeit kam Georges Valois zu ähnlichen Feststellungen. Dieser ehemalige Monarchist war zum Faschismus übergewechselt, hatte sich dann dem Linksradikalismus angeschlossen und war einer der Organisatoren der Wirtschaftsblockade der Achse im Jahre 1937 ([3]). Einige Monate vor dem Kriege veröffentlichte er ein Buch, in welchem er mit viel Logik und einem überraschenden Weitblick erklärte, warum die internationale Hochfinanz, die Hitlerdeutschland feindlich gegenüberstand, das Münchener Abkommen, das den Krieg verhinderte, angenommen, wenn nicht gar herbeigeführt hatte.

Die nun folgenden Zitate sind Auszüge aus diesem Werk, das natürlich auf der Linken wie auf der Rechten unbeachtet blieb (4).

«Frankreich hat keinerlei Politik. Mit unbegreiflicher Dummheit ist es der Soldat jeglicher Koalition, welche es auch sei. Seine «Patrioten» sind abgerichtet, im ewigen Deutschland den «Erbfeind» zu sehen: es genügt, diese Sprache zu sprechen, um es in Richtung auf den Rhein mobilzumachen; es wird alsdann zum Soldaten Englands, der UdSSR oder der internationalen Finanz. Sein Generalstab bleibt von der blauen Linie der Vogesen hypnotisiert und hat keinen anderen Gedanken, als das Land faschistisch zu machen, um über den deutschen Faschismus zu siegen.

Die Politiker Frankreichs haben keinerlei Idee. Sie sind allesamt den Bank- oder Industriegruppen hörig, die das Parlament beherrschen, sie folgen der Politik Londons oder Moskaus oder Washingtons oder allen dreien zugleich.

. . . (Sie) bereiten (das Land) auf den Krieg mit der Gewissheit vor, eine grosse historische Tat zu vollbringen, deren Bedeutung sie völlig verkennen.

Im Ganzen gesehen stellt der so überaus reiche demokratisch-plutokratische Block keine Einheit dar und hat keinerlei militärische oder soziale Dynamik. Er ist nur ein grosses Syndikat einander widersprechender Interessen, das Ganze von Bankiers und Leitern der Trusts verwaltet, das die französische Armee für sein hauptsächlichstes Aktionsmittel hält.»

---

4) Nach einem reichlich langen Verweilen bei der «Action Française», wo er die Bildung von monarchistischen Arbeiterkreisen anregte, gründete Georges Valois 1925 «Le Faisceau» (Faschio) und rein Organ «Le Nouveau Siècle»; dann trat er gewerkschaftlichen und pazifistischen Linkskreisen bei, für die er «Nouvel Age» schuf. Im Jahre 1937 ergriff er die Initiative, in einer «Konferenz gegen den Krieg» verschiedene Linksorganisationen wie: die ehemaligen Frontkämpfer, das Zentrum der revolutionären Ausrichtung, die Bauernkommune, das Recht zum Leben (Gustave Rodriguez), die jungen Antimllitaristen, der Endkamnf (Albert Trelnt). die Bewegung des neuen Zeitalters, die proletarische Einheitspartei (abgesprungene Kommunisten unter Garchery und Paul Louis), die Wirtschaftsgesellschaft zur Verteilung, die Freunde von La Vague usw. zu vereinen, die einige Linkszeitungen und -revuen unterstützen: Le Barrage (Wochenzeitung). Le Combat syndicaliste (Wochenzeitung), Le Libertaier (Wochenzeitung) Nouvel Age (Tageszeitung), La Patrie Humaine (Wochenzeitung). La Vague (Wochenzeitung) usw Diese «Konferenz gegen den Krieg» hatte ein Manifest aufgestellt und verbreitet, das als praktisches Kampfmittel gegen den Krieg vorschlug, sofort jede Lieferung von Brennstoffen und Lebensrnitteln an die faschistischen Staaten einzustellen: «Der Krieg wird bestimmt verhindert, wenn die Standard Oil, die Roval Dutch Shell, die Anglo Persian Oil und die UdSSR ihre Lieferungen von Öl und Schweröl an Japan, Italien und Deutschland einstellen.»

4) Georges Valois, «Guerre ou blocus économique», Editions Liberté, Paris, 1939.

Warum die City 1938 für München war

«In der Erwägung, dass die englische Politik stets die Politik der City ist, in der die jüdischen Kapitalisten einen Anteil haben, der weit über 50 Prozent hinausgeht, lässt sich erkennen, dass jede Entente zwischen England und dem Reich jegliche Ehrlichkeit auf beiden Seiten ausschliesst.

Es ist unmöglich, zuzugeben, dass der jüdisch-englische Kapitalismus die Stellung annimmt, die Hitler ihm zuweisen möchte.

Man kann sich nicht vorstellen, dass der gleiche Kapitalismus, wie er es in München getan hat, Hitler ehrlich die Mittel liefern wird, die ihn in den kommenden zehn Jahren Krieg führen lassen.

Man muss also glauben, dass München, das von den Engländern vorbereitet wurde, eine Art freiwilliger Kapitulation darstellt, die vorbereitet wurde, um Hitler einstweilen einmal zufrieden zu stellen. .

Man kann annehmen, dass die von Hitler in ganz Europa politisch und wirtschaftlich geschlagene englische Plutokratie seit 1918 das Auf steig en des Rassismus aushält, sich nicht für fähig hält, ihm den Krieg zu erklären, sich militärisch ungenügend vorbereitet sieht und Europa aufgibt, in dem seine Interessen nicht lebenswichtig sind, um das Empire zu retten. Dies ist eine Politik, die aus ähnlichen Gründen auch leicht dem jüdisch-französischen Kapitalismus vorgeschrieben werden kann.

... Es scheint also, dass alle anglo-französischen Kapitalistengruppen aus verschiedenen Motiven es vermeiden wollten, in einen unmittelbaren Konflikt mit Hitler zu geraten, der ihnen im Aufstieg zuvorgekommen ist und sie zum Rückzug gezwungen hat. Der Antisemitismus Hitlers hat eine erhebliche Rolle bei diesem Rückzug gespielt: nachdem sie Befürworter des Krieges waren, haben die jüdischen Kapitalisten bestimmt gefürchtet, der Kriegshetze beschuldigt zu werden; sie haben Angst, dass im Falle eines allgemeinen Krieges die militärischen Erfolge oder Rückschläge ebenfalls einen antisemitischen Vorstoss in Frankreich und England herb ei führen. Die germanische kriegerische Dynamik hat sie dazu gebracht, gewisse Rückschläge vorauszusehen, die den allgemeinen Antisemitismus entfesseln müssten.

Diese Erwägungen, die mit klar hitlerfreundlichen Gefühlen der französischen Trustführer verbunden sind (für die Hitler die Ordnung in Europa darstellt), erklären die unverständliche Haltung des englisch-französischen Kapitalismus, des Siegers von

1918, der in München mit eigenem Einverständnis als ein Besiegter behandelt worden ist.

So bleibt nur, dass diese Annahme nicht ehrlich gewesen sein kann. Wenn W... ehrlich hitlerfreundlich sein kann, so können weder die jüdischen Kapitalisten Londons, noch die jüdischen Kapitalisten in Paris ehrliche Verbündete Hitlers sein. Ihre Absichten werden durch ihre Aufrüstungsprogramme verraten.

Sie haben kapituliert; sie haben ihre eigene Kapitulation selbst organisiert; dies aber offenkundig mit dem Gedanken, von Neuem anzufangen, wenn sie durch ihre Aufrüstung das Übergewicht über Hitler z u r ü c k e r o b e r t haben.»

ENDE

Hat was dran...
15.10.2019 10:00